



STADT BAD IBURG

**Endbericht
Kommunale
Wärmeplanung
Stadt Bad Iburg**

Bad Iburg, 03. Februar 2025

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Abbildungsverzeichnis	5
Abkürzungsverzeichnis	9
Glossar	11
Zusammenfassung.....	22
0 Einleitung	25
0.1 Motivation, Rechtsrahmen und Aufgabenstellung	25
0.2 Rahmenbedingungen des Projekts	27
0.3 Projektstruktur	28
0.4 Systematik der durchgeführten Wärmeplanung und Struktur dieses Berichts	29
1 Bestandsanalyse	30
1.1 Aufgabenstellung.....	30
1.2 Datenbasis	31
1.2.1 Datenquellen	31
1.2.2 KEAN-Wärmeatlas	31
1.2.3 Daten von Versorgungsunternehmen und Erzeugungsanlagen	32
1.2.4 Zusatzinformationen und Korrekturen.....	32
1.2.4.1 Adressdaten	33
1.2.4.2 Verbrauchsdaten	33
1.2.4.3 Weitere Attribute.....	34
1.2.4.4 Denkmalschutz und Baublöcke	35
1.2.4.5 Schornsteinfegerdaten	35
1.2.4.6 Finale Herleitung	35
1.2.4.7 Treibhausgasemissionsfaktoren	36
1.3 Bestandsanalyse: Status quo der Wärmeversorgung in Bad Iburg	37
1.3.1 Endenergieverbrauch und Treibhausgasemissionen für Wärme.....	37
1.3.1.1 Absoluter Endenergieverbrauch und Emissionen	37
1.3.1.2 Anteil grüner Energien am Endenergieverbrauch	39
1.3.1.3 Leitungsgebundene Wärme	39
1.3.1.4 Erneuerbarer Anteil an der leitungsgebundenen Wärme.....	39
1.3.1.5 Dezentrale Erzeuger	39
1.3.2 Beheizungsstruktur.....	41
1.3.2.1 Heizungsalter	41
1.3.2.2 Wärmeverbrauchsichten	42
1.3.2.3 Wärmelinienichten.....	43
1.3.2.4 Räumliche Verteilung der Energieträger und Treibhausgasemissionen	44
1.3.2.5 Endenergieverbrauch nach Energieträgern	46
1.3.2.6 Anzahl dezentraler Erzeuger.....	48

1.3.3	Gebäudestruktur und Großverbraucher	51
1.3.3.1	Gebäudetypen	51
1.3.3.2	Gebäudealter	53
1.3.3.3	Großverbraucher	56
1.3.4	Infrastruktur und Erzeugung	57
1.3.4.1	Wärmenetze	57
1.3.4.2	Gasnetze	57
1.3.4.3	Abwasserleitungen	58
1.3.4.4	Wärmeerzeuger	59
1.3.4.5	Speicher	60
1.3.4.6	Wasserstoff	60
1.4	Ergebnisse und weiteres Vorgehen	60
2	Potenzialanalyse	61
2.1	Aufgabenstellung	61
2.2	Datenbasis	61
2.3	Analyse	62
2.3.1	Potenzial zur Senkung des Wärmebedarfs	62
2.3.2	Potenzial zur Deckung des Restbedarfs durch „grüne Wärme“ und Abwärme ..	64
2.3.2.1	Einleitung	64
2.3.2.2	Solarthermie	65
2.3.2.3	Geothermie	69
2.3.2.4	Biomasse	72
2.3.2.5	Umweltwärme	74
2.3.2.6	EE-Strom zur Wärmeerzeugung	76
2.3.2.7	Abwärme	79
2.3.3	CO ₂ -neutrale Gase	82
2.4	Ergebnisse	84
3	Zielszenarien und Entwicklungspfade	87
3.1	Aufgabenstellung	87
3.2	Wärmebedarfsentwicklung: Bedarfsreduktion und Restwärmebedarf über die Zeit ...	87
3.2.1	Methodik	87
3.2.2	Ergebnisse	89
3.3	Wärmebedarfsdeckung	90
3.3.1	Wirtschaftliche Betrachtung aus Endkundensicht	90
3.3.1.1	Hintergründe, Annahmen und Modellbeschreibung	90
3.3.1.2	Ergebnisse	95
3.3.2	Zukünftige Wärmenetz- und Gasnetzinfrastuktur	102
3.3.2.1	Wärmenetze	102
3.3.2.2	Gasnetze	104
3.3.3	Entwicklung der Wärmeversorgung	105
3.3.4	Voraussichtliche Wärmeversorgungsgebiete und Wärmeversorgungsarten	115
3.3.5	Zusammenfassung	122
4	Strategie und Maßnahmenkatalog	122

4.1	Betrachtung von Fokusgebieten in Bad Iburg	123
4.1.1	Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet	124
4.1.2	Fokusgebiet Dörenberg-Klinik	129
4.2	Maßnahmenkatalog	136
4.2.1	Kommunikative Maßnahmen	137
4.2.2	Organisatorische Maßnahmen	139
4.2.3	Technische Maßnahmen	143
5	Prozessübergreifende Elemente der kommunalen Wärmeplanung	145
5.1	Beteiligung von Verwaltungseinheiten und allen weiteren relevanten Akteuren	146
5.2	Verstetigungsstrategie	148
5.3	Controlling-Konzept	149
5.4	Kommunikationsstrategie	150
6	Anhang	152
6.1	Anteil sonstiger Energieträger am Endenergieverbrauch	152
6.2	Anzahl sonstiger dezentraler Wärmeerzeuger	155
6.3	Ausschlussgebiete Freiflächenpotenziale	157
6.4	Wärmevollkostenvergleich der dezentralen Heizungsoptionen	158

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Wärmewende als lokale Aufgabe	25
Abbildung 2: Stadtgebiet Bad Iburg mit den einzelnen Ortsteilen	27
Abbildung 3: Projektstruktur zur Erstellung der kommunalen Wärmeplanung Bad Iburg.....	28
Abbildung 4: Arbeitsschritte zur Erstellung der kommunalen Wärmeplanung.....	29
Abbildung 5: Das Wesentliche zur Ausgangslage in Bad Iburg.....	37
Abbildung 6: Anteile der Energieträger am Endenergieverbrauch für Wärme (links) und an den korrespondierenden Treibhausgasemissionen (rechts) in Bad Iburg	38
Abbildung 7: Anteile der Sektoren am Endenergieverbrauch für Wärme (links) und an den korrespondierenden Treibhausgasemissionen in Bad Iburg.....	38
Abbildung 8: Anteil „grüner“ Energien am Endenergieverbrauch in Bad Iburg.....	39
Abbildung 9: Anteile der Wärmeerzeugerarten in Bad Iburg	40
Abbildung 10: Verteilung der Heizungsalter der Heizungen in Bad Iburg.....	41
Abbildung 11: Anteil der Heizungen (nach Anzahl), die älter sind als 30 Jahre, in Bad Iburg (auf Baublücke bezogen)	42
Abbildung 12: Wärmeverbrauchsichte in Bad Iburg (auf Baublücke bezogen)	43
Abbildung 13: Wärmelinienichten in Bad Iburg ¹	44
Abbildung 14: Überwiegende Energieträger in Bad Iburg (auf Baublücke bezogen)	45
Abbildung 15: Spezifische Treibhausgasemissionen in Bad Iburg (auf Baublücke bezogen)	46
Abbildung 16: Anteil Gas am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublücke bezogen) ¹	47
Abbildung 17: Anteil Heizöl am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublücke bezogen) ¹	48
Abbildung 18: Anzahl Erdgas Wärmeerzeuger in Bad Iburg (auf Baublücke bezogen) ¹	49
Abbildung 19: Anzahl Heizöl Wärmeerzeuger in Bad Iburg (auf Baublücke bezogen) ¹	50
Abbildung 20: Auswertung des Endenergieverbrauchs nach Gebäudetypen in Bad Iburg	51
Abbildung 21: Überwiegende Gebäudetypen nach Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublücke bezogen) ¹	52
Abbildung 22: Verteilung der Baualtersklassen nach Anzahl in Bad Iburg.....	53
Abbildung 23: Überwiegende Baualtersklasse nach Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublücke bezogen) ¹	54
Abbildung 24: Auswertung des Endenergieverbrauchs nach Energieeffizienzklassen in Bad Iburg	55
Abbildung 25: Großverbraucher in Bad Iburg ¹	56
Abbildung 26: Wärmenetze in Bad Iburg ¹	57
Abbildung 27: Darstellung der mit Erdgas versorgten Gebiete in Bad Iburg (auf Baublücke bezogen) ¹	58
Abbildung 28: Wärmeerzeugungsanlage des Wärmenetzes in Bad Iburg ¹	59
Abbildung 29: Wärmebedarf für Raumwärme und Warmwasser im Status quo und nach Nutzung des gesamten Reduktionpotenzials in Bad Iburg	63
Abbildung 30: Sanierungspotenzial in Bad Iburg ¹	64
Abbildung 31: Erneuerbare Wärmepotenziale im „Grüne-Wärme-Rad“ von BET	65
Abbildung 32: Exemplarisches Erzeugungs- bzw. Bedarfsprofil für Wärmenetz mit Solarthermie im Jahresverlauf (8.760 Stunden)	66
Abbildung 33: Potenzial Dachflächen-Solarthermie ¹	67
Abbildung 34: Potenzielle Freiflächen für die Wärmeerzeugung in Bad Iburg ¹	68
Abbildung 35: Potenzial dezentraler Sole-Wärmepumpen in Bad Iburg ¹	71

Abbildung 36: Potenzial Luft-Wärmepumpen in Bad Iburg (baublockbezogen) ¹	76
Abbildung 37: Potenzial Dachflächen-Photovoltaik in Bad Iburg ¹	79
Abbildung 38: Theoretische Leistung einer Abwasser-Wärmepumpe im Abwasserstrom des Klärwerks	81
Abbildung 39: Abhängigkeit des Gelingens der Wärmewende von individuellen Wirtschaftlichkeitserwägungen	89
Abbildung 40: Absoluter bzw. relativer Wärmebedarfsrückgang in GWh und Prozent für Bad Iburg	90
Abbildung 41: Definition der möglichen Kunden-Technologie-Kombinationen (KuTeK)	93
Abbildung 42: Variable Kosten der Endkunden in ct/kWh (real 2024, ohne MwSt.)	98
Abbildung 43: Wärmevollkosten je Technologie für ein Einfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.)	99
Abbildung 44: Wärmevollkosten je Technologie für ein Einfamilienhaus - G bis H (real 2024, ohne MwSt.)	99
Abbildung 45: Wärmevollkosten je Technologie für ein kleines Mehrfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.)	100
Abbildung 46: Wärmevollkosten je Technologie für ein kleines Mehrfamilienhaus - G bis H (real 2024, ohne MwSt.)	100
Abbildung 47: Darstellung der bestehenden, der ins Zielszenario einbezogenen und der potenziellen Wärmenetze für Bad Iburg ¹	104
Abbildung 48: Endenergieverbrauch nach Energieträgern in Bad Iburg über die Zeit (Anlage 2, Nr. III. 1, 4 und 6)	110
Abbildung 49: Endenergieverbrauch nach Sektoren in Bad Iburg über die Zeit (Anlage 2, Nr. III. 1)	111
Abbildung 50: Treibhausgasemissionen nach Energieträgern in Bad Iburg über die Zeit (Anlage 2, Nr. III. 2)	112
Abbildung 51: Treibhausgasemissionen nach Sektoren in Bad Iburg über die Zeit (Anlage 2, Nr. III. 2)	112
Abbildung 52: Energieträgereinsatz für Wärmenetze in Bad Iburg (Anlage 2, Nr. III. 3)	113
Abbildung 53: Anteil der Energieträger am Endenergieverbrauch an der leitungsgebundenen Wärmeversorgung in Bad Iburg über die Zeit (Anlage 2, Nr. III. 3)	114
Abbildung 54: Anzahl und Anteil der Gebäude mit Anschluss an Wärmenetze bzw. an Gasnetze	115
Abbildung 55: Teilgebiete mit erhöhtem Energieeinsparpotenzial in Bad Iburg ¹	116
Abbildung 56: Vorrangige Wärmeversorgungsgebiete Status quo in Bad Iburg ¹	117
Abbildung 57: Voraussichtliche, vorrangige Wärmeversorgungsgebiete 2030 in Bad Iburg ¹	118
Abbildung 58: Voraussichtliche, vorrangige Wärmeversorgungsgebiete 2035 in Bad Iburg ¹	118
Abbildung 59: Voraussichtliche, vorrangige Wärmeversorgungsgebiete 2040 in Bad Iburg ¹	118
Abbildung 60: Übersicht über die voraussichtlichen, vorrangigen Wärmeversorgungsgebiete in Bad Iburg ¹	119
Abbildung 61: Voraussichtliche Eignung für eine Wärmeversorgung aus Wärmenetzen in Bad Iburg ¹	120

Abbildung 62: Voraussichtliche Eignung für eine dezentrale Wärmeversorgung in Bad Iburg ¹	121
Abbildung 63: Übersicht der ausgewählten Fokusgebiete in Bad Iburg ¹	123
Abbildung 64: Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet.....	124
Abbildung 65: Wärmelinien dichten im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet ¹	125
Abbildung 66: Verteilung der Gebäudetypen und Aufteilung des Endenergieverbrauchs (EEV) im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet.....	125
Abbildung 67: Verteilung der Baualtersklassen und Heizungsalter im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet.....	126
Abbildung 68: Prognostizierte Veränderung des Endenergieverbrauchs für Wärme im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet.....	127
Abbildung 69: Veränderung der Treibhausgasemissionen im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet.....	128
Abbildung 70: Veränderung der Anzahl Gebäude mit Gas- und Wärmenetzanschlüssen im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet.....	129
Abbildung 71: Fokusgebiet Dörenberg-Klinik.....	130
Abbildung 72: Wärmelinien dichten im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik ¹	130
Abbildung 73: Verteilung der Gebäudetypen und Aufteilung des Endenergieverbrauchs (EEV) im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik.....	131
Abbildung 74: Verteilung der Baualtersklassen und Heizungsalter im Fokusgebiet Dörenberg- Klinik.....	132
Abbildung 75: Prognostizierte Veränderung des Endenergieverbrauchs im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik.....	133
Abbildung 76: Veränderung der Treibhausgasemissionen im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik	134
Abbildung 77: Veränderung der Anzahl Gebäude mit Gas- und Wärmenetzanschlüssen im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik.....	135
Abbildung 78: Anteil Biomasse am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen) ¹	152
Abbildung 79: Anteil Strom am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen) ¹	152
Abbildung 80: Anteil Umweltwärme am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen) ¹	153
Abbildung 81: Anteil Flüssiggas am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen) ¹	153
Abbildung 82: Anteil Wärmenetz am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen) ¹	154
Abbildung 83: Anzahl Biomasse Wärmeerzeuger in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen) ¹	155
Abbildung 84: Anzahl Wärmepumpen in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen) ¹	155
Abbildung 85: Anzahl Nachtspeicherheizungen in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen) ¹	156
Abbildung 86: Anzahl Flüssiggas in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen) ¹	156
Abbildung 87: Ausschlussgebiete der Freiflächenpotenziale ¹	157
Abbildung 88: Gebäudetyp 1 der KuTeK.....	158
Abbildung 89: Wärmevollkosten je Technologie für ein Einfamilienhaus - A+ bis C (real 2024, ohne MwSt.).....	158
Abbildung 90: Gebäudetyp 2 der KuTeK.....	159
Abbildung 91: Wärmevollkosten je Technologie für ein Einfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.).....	159

Abbildung 92: Gebäudety 3 der KuTeK	160
Abbildung 93: Wärmevollkosten je Technologie für ein Einfamilienhaus - G bis H (real 2024, ohne MwSt.)	160
Abbildung 94: Gebäudety 4 der KuTeK in klein/mittel/groß	161
Abbildung 95: Wärmevollkosten je Technologie für ein kleines Mehrfamilienhaus - A+ bis C (real 2024, ohne MwSt.)	161
Abbildung 96: Wärmevollkosten je Technologie für ein mittleres Mehrfamilienhaus - A+ bis C (real 2024, ohne MwSt.)	162
Abbildung 97: Wärmevollkosten je Technologie für ein großes Mehrfamilienhaus - A+ bis C (real 2024, ohne MwSt.)	162
Abbildung 98: Gebäudety 5 der KuTeK in klein/mittel/groß	163
Abbildung 99: Wärmevollkosten je Technologie für ein kleines Mehrfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.)	163
Abbildung 100: Wärmevollkosten je Technologie für ein mittleres Mehrfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.)	164
Abbildung 101: Wärmevollkosten je Technologie für ein großes Mehrfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.)	164
Abbildung 102: Gebäudety 6 der KuTeK in klein/mittel	165
Abbildung 103: Wärmevollkosten je Technologie für ein kleines Mehrfamilienhaus - G bis H (real 2024, ohne MwSt.)	165
Abbildung 104: Wärmevollkosten je Technologie für ein mittleres Mehrfamilienhaus - G bis H (real 2024, ohne MwSt.)	166

Abkürzungsverzeichnis

a	Jahr
AP	Arbeitspaket
BDEW	BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
BEG	Bundesförderung effiziente Gebäude
BET	Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH
BEW	Bundesförderung effiziente Wärmenetze
BHKW	Blockheizkraftwerk
BMWK	Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz
COP	Coefficient of Performance (für Wärmepumpen)
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
EE	Erneuerbare Energien
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EFH	Einfamilienhäuser
EnEfG	Energieeffizienzgesetz
EU	Europäische Union
FFH	Flora Fauna Habitat (-Schutzgebiete)
GEG	Gebäudeenergiegesetz
GHD	Gewerbe, Handel und Dienstleistungen
GIS-Daten	Geografisches-Informationen-System (-Daten)
GMFH	Große Mehrfamilienhäuser
GW	Gigawatt (Leistung)
GWh	Gigawattstunden (Energie)
HDR	Hot-Dry-Rock
JAZ	Jahresarbeitszahlen (für Wärmepumpen)
K	Kelvin (Temperaturdifferenz)
KEA-BW	Klima-Energie-Agentur Baden-Württemberg

KEAN	Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen
KRL	Kommunalrichtlinie
KuTeK	Kunden-Technologie-Kombinationen (BET-Tool)
kW	Kilowatt (Leistung)
kWh	Kilowattstunden (Energie)
kWP	Kommunale Wärmeplanung
kWp	PV-Leistung, Kilowatt-Peak-Leistung (Spitzenleistung)
LGLN	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen
MW	Megawatt (Leistung)
MWh	Megawattstunden (Energie)
MWp	PV-Leistung, Megawatt-Peak-Leistung (Spitzenleistung)
NaWaRo	nachwachsender Rohstoff
NLBL	Niedersächsisches Landesamt für Bau- und Liegenschaften (u. a. Finanzamt, Amtsgericht)
PV	Photovoltaik
RH	Reihenhäuser
ROP	Raumordnungsplan (des Landkreises Osnabrück)
TABULA	Datenanalyse-Tool für Gebäudetypologien
TEN	Teutoburger Energie Netzwerk eG
THG	Treibhausgasemissionen
WPG	Wärmeplanungsgesetz

Glossar

Baublock	Ein Gebäude oder mehrere Gebäude oder Liegenschaften, das oder die von mehreren oder sämtlichen Seiten von Straßen, Schienen oder sonstigen natürlichen oder baulichen Grenzen umschlossen und für die Zwecke der Wärmeplanung als zusammengehörig zu betrachten ist oder sind. (1)
Blockheizkraftwerke / BHKW	Blockheizkraftwerke, kurz BHKW, nutzen das Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), um Quartiere oder einzelne Gebäude sowohl mit Wärme („heiz“), als auch mit Strom („kraft“) zu versorgen. Die bei der Verbrennung verschiedener Brennstoffe entstehende Abwärme wird nicht ungenutzt abgegeben, sondern in der Umgebung, etwa im Gebäude, zu Heizzwecken genutzt. Beim Einsatz werden damit Wärme und Strom bereitgestellt. BHKW variieren nach Leistungsgrößen, genutzten Brennstoffen und Technologien für die Verbrennungsprozesse sowie Anwendungsfeldern (etwa Bereitstellung von Prozesswärme oder Raumwärme).
COP	Die Leistungszahl COP (vom englischen coefficient of performance) benennt wie die JAZ das Verhältnis von eingesetzter Energie und gewonnener Wärme. Die Leistungszahl stellt aber eine Momentaufnahme dar, während die Jahresarbeitszahl, die sich ändernden Bedingungen im Jahresverlauf berücksichtigt. (6)
Dekarbonisierung	Dekarbonisierung bezeichnet den Prozess, bei dem der Ausstoß von Kohlendioxid (CO ₂) und anderen Treibhausgasen reduziert wird, um die Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen. Dies geschieht in der Regel durch den Übergang von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energiequellen, die weniger oder gar keine CO ₂ -Emissionen verursachen, wie Solar- und Windenergie oder Umweltwärme. Dekarbonisierung umfasst auch Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und die Entwicklung neuer Technologien, die helfen, CO ₂ aus der Atmosphäre zu entfernen oder zu speichern. Ziel ist es, eine nachhaltige und klimafreundliche Energie- und Wärmeversorgung zu schaffen.
Dezentrale (Wärme-)Versorgung	Ein Gebiet, das (überwiegend) nicht über ein Wärme- oder ein Gasnetz versorgt wird (1) sondern etwa über individuelle Wärmepumpen.

- Emissionsfaktor** Emissionsfaktoren dienen dazu, (End-) Energieverbräuche in eine Treibhausgas (THG)-bilanz umzurechnen. Für Kommunen in Deutschland erfolgt dies (für retrospektive Bilanzen) nach dem BSKO-Standard. Denn je nach Wahl der THG-Emissionsfaktoren können THG-Bilanzen um bis zu 20 Prozent variieren. Für ein standardisiertes Vorgehen nach BSKO werden alle Sektoren, die energiebezogenen Vorketten der einzelnen Energieträger (Strom, flüssige und gasförmige Energieträger) sowie neben den reinen CO₂-Emissionen weitere Treibhausgase (unter anderem N₂O und CH₄) in CO₂-Äquivalenten berücksichtigt und mit den Energieverbräuchen multipliziert. (2) Im Wärmeplan werden THG-Emissionen in der Zukunft berechnet. Dies erfolgt unter Zuhilfenahme von zukünftigen Emissionsfaktoren aus dem Leitfaden für die kommunale Wärmeplanung der Landesenergieagentur in Baden-Württemberg, die ebenfalls Vorketten und Äquivalenzen umfassen.
- Endenergie** Endenergie bezieht sich auf die Energie, die in einem bestimmten Zustand vorliegt und direkt von den Endverbrauchern genutzt werden kann. Sie ist die Energie, die nach der Umwandlung und Übertragung von Primärenergie (wie fossilen Brennstoffen oder erneuerbaren Energien) und damit einhergehenden Umwandlungs- und Transportverlusten zur Verfügung steht. Beispiele für Endenergie sind elektrische Energie oder Wärmeenergie, die in Haushalten, Industrie oder Verkehr verwendet werden. Endenergie ist also die Form der Energie, die tatsächlich für verschiedene Anwendungen genutzt wird, nachdem sie durch verschiedene Prozesse umgewandelt wurde.
- Energieträger** Als Energieträger werden alle Quellen beziehungsweise Stoffe bezeichnet, in denen Energie mechanisch, thermisch, chemisch oder physikalisch gespeichert ist. Aus Energieträgern kann direkt oder durch Umwandlung Energie gewonnen werden. Unterschieden werden Primär- und Sekundärenergieträger. Bei Primärenergieträgern handelt es sich um Energieträger, die keiner Umwandlung unterworfen werden, zum Beispiel Kohle, Erdgas, sowie erneuerbare Energien. Sekundärenergieträger sind Energieträger, die aus Umwandlung von Primärenergieträgern entstehen, wie Mineralölprodukte, Gichtgas, Strom oder Fernwärme. (4)

Erdwärmesonde	Erdwärmesonden werden (neben Erdwärmekollektoren) in der oberflächennahen Geothermie (bis ca. 400 m) eingesetzt. Sie ist ein Erdwärmeüberträger, in dem eine Wärmeträgerflüssigkeit zirkuliert. In der Regel wird das Rohrsystem in ein vertikal oder schräg verlaufendes Bohrloch eingebracht. Das Potenzial ist von der Wärmeleitfähigkeit des Untergrunds sowie der zulässigen Bohrtiefe abhängig. (3)
Erneuerbare Energien	Umfassen laut WPG (1) Wärme aus Geothermie, Umweltwärme, Abwasser, Solarthermie, Biomasse, grünem Methan, Wärmepumpen, Strom (Bundesstrommix, Direktnutzung aus EE-Anlagen), grüner Wasserstoff. Zudem betrachtet die Wärmeplanung unvermeidbare Abwärme als Quelle.
Flüssiggas	Flüssiggas (auch LPG = Liquefied Petroleum Gas) ist ein fossiler Energieträger, der leitungs- bzw. netzunabhängig in Tanks gelagert und für verschiedenen Anwendungen (Heizen, Kältemittel, Industrie) genutzt werden kann. Dazu zählen vor allem Propan und Butan. Daneben gibt es auch aus Biomasse hergestelltes biogenes Flüssiggas.
Fokusgebiet	Entsprechend den Vorgaben der Kommunalrichtlinie sind in geförderten Wärmeplänen zwei bis drei Fokusgebiete auszuweisen, die bezüglich einer klimafreundlichen Wärmeversorgung kurz- und mittelfristig prioritär zu behandeln sind. Für diese Fokusgebiete sind zusätzlich konkrete, räumlich verortete Umsetzungspläne zu erarbeiten.
Gradtagszahl	Die Gradtagzahl ist eine heiztechnische Kenngröße. Sie stellt den Zusammenhang zwischen der Außenlufttemperatur und der gewünschten Raumtemperatur dar. Die Gradtagzahl ist die Differenz zwischen der Raumtemperatur und der Tagesmitteltemperatur. Sie kann für verschiedene Zeiträume (Monate, Heizperiode, ...) aufsummiert werden. Mit der Gradtagzahl können Energieverbrauch und Heizkostenabrechnung überprüft werden. (5) Im Wärmeplan wird, da die Verbrauchsdaten stark von der Witterung abhängen, eine Witterungsreinigung über Gradtagzahlen durchgeführt. Dadurch werden jahresscharfe Verbräuche vergleichbar gemacht.
Hausumring	Begrenzung eines Gebäudes oder eines Gebäudeteils mit gleicher Nutzung
Jahresarbeitszahl (JAZ)	Je effizienter eine Wärmepumpe arbeitet, desto höher ist ihre sogenannte Jahresarbeitszahl (JAZ). Sie beschreibt, wie viele

Einheiten Wärme eine Heizung im gesamten Jahresschnitt mit einer eingesetzten Einheit Energie gewinnt. Je höher die JAZ ist, desto besser. Die JAZ 4 bedeutet zum Beispiel, dass eine Wärmepumpe pro Kilowattstunde Strom im Schnitt 4 Kilowattstunden Wärme ans Gebäude abgibt. (6)

Kommunalrichtlinie Die Kommunalrichtlinie ist ein Förderprogramm der Bundesregierung basierend auf der nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), das darauf abzielt, Kommunen bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen zu unterstützen. Sie bietet finanzielle Mittel und Beratung für Projekte, die zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen und zur Verbesserung der Energieeffizienz in kommunalen Einrichtungen beitragen. Ziel ist es, die kommunale Infrastruktur nachhaltiger zu gestalten und die Lebensqualität in den Kommunen zu erhöhen. Die kommunale Wärmeplanung wird aus Mitteln der Kommunalrichtlinie gefördert.

Leistungszahl (einer Wärmepumpe, COP bzw. JAZ) Die Leistungszahl einer Wärmepumpe (Coefficient of Performance oder COP) ist ein Maß für die gegenwärtige Effizienz einer Wärmepumpe, während die Jahresarbeitszahl (JAZ) ein Maß für die Effizienz der Wärmepumpe innerhalb eines ganzen Jahres ist. (s. auch COP und JAZ)

Nachtspeicherheizung Die Nachtspeicherheizung (auch Nachtspeicherofen genannt) ist ein Heizgerät, das mit elektrischem Strom betrieben wird. Dieser wird in der Nacht aufgenommen und direkt in thermische Energie umgewandelt. Anschließend speichern Nachtspeicheröfen die Wärme, bis sie diese am folgenden Tag an die Räume abgeben. (7)

Potenzial Die Betrachtung der Potenziale im Wärmeplan dient erstens einer hinreichend genauen Abschätzung der im beplanten Gebiet vorhandenen Potenziale zur Energieeinsparung durch Wärmebedarfsreduktion, sowie zweitens, der Potenziale für Wärmeerzeugung aus Erneuerbaren Energien und unvermeidbarer Abwärme. Unterschieden werden verschiedene Potenzialbegriffe: Das theoretische Potenzial beschreibt jenen Anteil des physikalisch nutzbaren Energieangebots, der durch bekannte Technologien und Bereitstellungsverfahren grundsätzlich erschlossen werden kann. Die Potenziale werden durch technische Restriktionen, die im Rahmen der Potenzialanalyse ermittelt werden, eingeschränkt. Eine weitere Reduzierung erfolgt durch wirtschaftliche oder politische

	<p>Rahmenbedingungen, die in der energiewirtschaftlichen Bewertung vorgenommen werden. Als kleinste Teilmenge berücksichtigen die erschließbaren Potenziale auch nicht ökonomische Barrieren wie beispielsweise Informationsdefizite der möglichen Wärmeabnehmer, rechtliche Hürden sowie Akzeptanzprobleme bei der Erschließung verschiedener Wärmequellen. (3)</p>
Prozesswärme	<p>Neben dem Wärmebedarf für die Nutzungsarten Raumwärme und für Warmwasser wird im Wärmeplan der für Prozesswärme betrachtet, die die Sektoren Industrie sowie Gewerbe, Handel und Dienstleistungen benötigen. Prozesswärme ist für die Herstellung oder Umwandlung von Produkten bzw. die Bereitstellung von Dienstleistungen (etwa Krankenhäuser, Bäder) erforderlich. Dabei sind sehr unterschiedliche (30 bis zu >1000° C), in der Regel aber höhere Anforderungen an das Temperaturniveau von Prozesswärme im Vergleich zu den anderen Nutzungsarten zu berücksichtigen. (3)</p>
Sanierung, Sanierungsquote, Sanierungstiefe	<p>Sanierung meint hier die energetische Sanierung von Gebäuden durch Dämmmaßnahmen verschiedener Gebäudeteile und den Austausch von Fenstern/ Türen mit dem Ziel, die Wärmeleitfähigkeit der Gebäudeteile (u-Werte) und damit den Wärmebedarf zu reduzieren. Unterschieden wird dabei die Sanierungsquote und -tiefe. Die Begriffe Sanierungsquote und Sanierungsrate werden in dem Bericht synonym verwendet. Die Sanierungsquote beschreibt die Anzahl der Sanierungen, z. B. in jährlichen Prozentraten. Die Sanierungstiefe gibt an, wie umfassend eine Sanierung durchgeführt wird, d. h., welcher energetische Standard durch die Sanierung erreicht werden konnte.</p>
Sektoren	<p>Unterschieden werden in der Wärmeplanung die Sektoren: private Haushalte bzw. Wohngebäude, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD) und Industrie, teils werden für die THG-Bilanz kommunale Liegenschaften als vierter Sektor separat ausgewiesen. Nicht berücksichtigt wird hier – auch im Unterschied zu kommunalen Endenergie- und THG-Bilanzen - der Sektor Verkehr.</p> <p>Wichtig: wenn von Sektorenkopplung gesprochen wird, meint dies hingegen die Verschränkung der Energienutzung zwischen Strom, Wärme und Mobilität (etwa die Erzeugung von</p>

	<p>Wasserstoff durch Elektrolyse für den ÖPNV mit nutzbarer Abwärme als Nebenprodukt für umliegende Gebäude).</p>
Sole-Wärmepumpe	<p>Heizungstechnologie, bei der eine Wärmepumpe mit einem Wasser-Glykol-Gemisch eingesetzt wird. Dies ist i. d. R. der Fall, wenn Wärmepumpen mit oberflächennaher Geothermienutzung, z. B. Erdsonden oder Erdkollektoren, kombiniert werden.</p>
Synthetische Gase	<p>Hierzu zählt v.a. synthetisches Methan. Es wird aus CO₂-neutralem Wasserstoff mit CO₂ über den Verfahrensschritt der Methanisierung hergestellt. Damit das synthetische Methan CO₂-neutral ist, muss dieses CO₂ entweder biogen Ursprungs, d. h. aus Biomasse, sein oder aus der Atmosphäre (z. B. über Direct Air Capture zur Abscheidung von CO₂ aus der Umgebungsluft) stammen.</p>
Treibhausgasneutral	<p>Ziel der Wärmeplanung (s. WPG) ist eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung bis spätestens 2040. Treibhausgasneutralität wird dann erreicht, wenn nicht mehr Treibhausgase emittiert werden, als auf natürliche oder künstliche Art und Weise gebunden werden können. Das heißt, wenn ein Zustand von Netto-Null der Treibhausgasemissionen erreicht wird. Davon abzugrenzen ist klimaneutral, als Zustand, bei dem menschliche Aktivitäten im Ergebnis keine Nettoeffekte auf das Klimasystem haben. Dies beinhaltet auch durch den Menschen verursachte Aktivitäten, die regionale oder lokale biogeophysische Effekte haben (z.B. Änderung der Oberflächenalbedo). Allerdings ist Klimaneutralität nicht eindeutig bzw. einheitlich definiert. Treibhausgasneutralität ist ein Teil der Klimaneutralität (8).</p>
unvermeidbare Abwärme	<p>Der Begriff der unvermeidbaren Abwärme wird in § 3 WPG definiert. Danach ist unvermeidbare Abwärme Wärme, die als unvermeidbares Nebenprodukt in einer Industrieanlage, Stromerzeugungsanlage, Elektrolyseuren oder im tertiären Sektor anfällt und ohne den Zugang zu einem Wärmenetz ungenutzt in die Luft oder das Wasser abgeleitet werden würde. Abwärme gilt als unvermeidbar, soweit sie aus wirtschaftlichen, sicherheitstechnischen oder sonstigen Gründen im Produktionsprozess nicht nutzbar ist und mit vertretbarem Aufwand nicht verringert werden kann. Darüber hinaus wird gemäß § 3 WPG Wärme aus thermischer Abfallbehandlung im Anwendungsbereich des WPG unvermeidbarer Abwärme</p>

gleichgestellt, wenn sie unter Einhaltung der Vorgaben des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz) in der jeweils geltenden Fassung aus der energetischen Verwertung von Abfall gewonnen wird. Darunter fällt auch Wärme aus der thermischen Behandlung von Klärschlamm gemäß der Klärschlammverordnung in der jeweils geltenden Fassung. (3)

- Wärmeatlas Der Wärmeatlas ist ein digitales Instrument, das georeferenziert die Ergebnisse der Bestands- und Potenzialanalyse abbildet. Das heißt, er umfasst Daten zum lokal verorteten Wärmebedarf bzw. -verbrauch, zur Infrastruktur der Wärmeversorgung, baulichen Strukturen (Baualtersklassen, Gebäudetypen), bildet ermittelte Kennzahlen wie Wärme(-linien-)dichten ab und enthält Informationen zu lokal verortbaren Potenzialen. Aufgrund des Datenschutzes werden die meisten Informationen nach außen nur aggregiert (etwa auf Ebene eines Baublocks) dargestellt
- Wärmebedarf Unter dem Raumwärmebedarf versteht man die rechnerisch ermittelte Wärmemenge, die sich aus der vorgesehenen Innenraumtemperatur, den äußeren klimatischen Bedingungen sowie den Wärmegewinnen und -verlusten des Gebäudes ergibt. Zusätzlich umfasst der Wärmebedarf jenen, der für die Warmwasserbereitung und für die Herstellung oder Umwandlung von Produkten erforderlich ist (Prozesswärme). Auf Basis von Gebäudetypologie bzw. Abnehmerstruktur lässt sich der Wärmebedarf anhand spezifischer Kennwerte abschätzen und bildet somit eine gute Grundlage für eine erste Einordnung bzw. das Schließen von Datenlücken. (3)
- Wärmedichte Dabei wird der Wärmeverbrauch ins Verhältnis zu einer Grundfläche gesetzt. Als geeignete Bezugsgrößen eignen sich oft Flurstücke, Hektarraster oder Baublöcke. Der Indikator wird meist in MWh/(ha a) oder TJ/(km² a) angegeben. (3)
- Wärmelinien-dichte (WLD) Die Kenngröße setzt die in der Bestandsanalyse ermittelte Wärmeverbrauchs- und -bedarfsmenge, die entlang eines Straßenabschnitts anfällt, ins Verhältnis zur Länge des Straßenabschnitts bzw. der für die Wärmeversorgung relevanten Trassenlänge. Der Indikator wird meist in MWh/(m a) angegeben. (3)

Wärmenetz	Ein Wärmenetz ist ein System, das Wärme von einem zentralen Erzeuger über Leitungen zu mehreren Verbrauchern transportiert. Es wird häufig in städtischen Gebieten eingesetzt, um Wohn- und Nichtwohngebäude sowie Gewerbe- und Industriebetriebe, mit Heizwärme zu versorgen. Die Wärme wird in der Regel in Form von heißem Wasser erzeugt, oft durch Blockheizkraftwerke (BHKW) oder Heizkessel, die mit Gasen oder Biomasse betrieben werden. Des Weiteren werden auch Erzeugungsanlagen eingesetzt, die Erneuerbare Wärme direkt nutzen (z. B. Geothermie oder Solarthermie) oder die Umweltwärme mittels Wärmepumpen nutzen. Wärmenetze zählen zur leitungsgebundenen Wärmeversorgung.
Wärmeplan	Das zur Veröffentlichung bestimmte Ergebnis der Wärmeplanung. (1)
Wärmeplanung	Die kommunale Wärmeplanung ist eine rechtlich unverbindliche, strategische Fachplanung, die Möglichkeiten für den Ausbau und die Weiterentwicklung leitungsgebundener Energieinfrastrukturen für die Wärmeversorgung, die Nutzung von Wärme aus erneuerbaren Energien, aus unvermeidbarer Abwärme oder einer Kombination hieraus sowie zur Einsparung von Wärme aufzeigt und die mittel- und langfristige Gestaltung der Wärmeversorgung für das geplante Gebiet beschreibt. (1)
Wärmeplanungsgesetz (WPG)	Das Wärmeplanungsgesetz (WPG), geltend ab 1.1.2024, ist ein rechtlicher Rahmen auf Bundesebene, der noch in die Ländergesetzgebung überführt werden muss. Das WPG regelt insbesondere die Erstellung kommunaler Wärmepläne, aber auch die Transformation und Dekarbonisierung vorhandener Wärmnetze. Dieses Bundesgesetz muss in die Ländergesetzgebung überführt werden. Die Länder übertragen die Verpflichtung zur Erstellung kommunaler Wärmeplanungen i. d. R. auf die Kommunen. Das WPG zielt darauf ab, die Energieeffizienz zu steigern und den Einsatz erneuerbarer Energien sowie der Nutzung unvermeidbarer Abwärme der Wärmeversorgung umzusetzen. Das Gesetz legt fest, dass die Länder dafür Sorge tragen müssen, eine umfassende Wärmeplanung auf ihren Gebiert durchzuführen, um die Wärmeversorgung nachhaltig zu gestalten. Dazu gehört die Analyse des bestehenden Wärmebedarfs, die Identifizierung von Potenzialen für erneuerbare Energien und die Entwicklung

von Strategien zur Reduzierung von CO₂-Emissionen. Durch das Wärmeplanungsgesetz sollen die Weichen für eine klimafreundliche und zukunftssichere Wärmeversorgung gestellt werden, die sowohl ökologischen als auch ökonomischen Anforderungen gerecht wird

- Wärmepumpe Eine Wärmepumpe erschließt Wärme aus der Außenluft (auch Luft-Wasser-Wärmepumpe genannt), dem Grundwasser (auch Wasser-Wasser-Wärmepumpe) oder der Erdwärme (auch Solewärmepumpe oder Sole-Wasser-Wärmepumpe) für die Nutzung in Gebäuden. Dazu ist ein Kältemittel in einem Rohrsystem das Transportmittel. Dieses wird im Kreislauf verdichtet, bei Abgabe der Wärme wird das Mittel wieder entspannt. Für diese Verdichtung braucht eine elektrische Wärmepumpe Strom. Manche Wärmepumpen können im Sommer auch zum Kühlen eingesetzt werden. (6)
- Wärmeverbrauch Beim Wärmeverbrauch handelt es um die tatsächlich verbrauchte (= gemessene) Energiemenge. Bei der Darstellung des Verbrauchs werden daher im Gegensatz zum Bedarf auch die Auswirkungen von Witterung, Nutzerverhalten und Produktionsänderungen abgebildet. Die Verwendung realer Wärmeverbrauchswerte bietet grundsätzlich den Vorteil einer realistischen Momentaufnahme für den entsprechenden Erfassungszeitraum, die Werte sind jedoch auch von verschiedenen Einflussgrößen abhängig, wie dem Einsatz der Wärmeversorgungsanlage, dem individuellen Nutzerverhalten, den Produktionsabläufen sowie den jährlichen Witterungsschwankungen. (3)
- (voraussichtliches) Wärmeversorgungsgebiet Entsprechend dem WPG umfasst ein voraussichtliches Wärmeversorgungsgebiet ein Wärmenetzgebiet, ein Wasserstoffnetzgebiet oder ein Gebiet für die dezentrale Wärmeversorgung oder ein Prüfgebiet. Auf Grundlage der Bestands- und Potenzialanalyse erfolgt eine Einteilung in Teilgebiete mit dem Ziel einer möglichst kosteneffizienten Versorgung des jeweiligen Teilgebiets auf Basis von Wirtschaftlichkeitsvergleichen. Besonders geeignet sind Wärmeversorgungsarten, die im Vergleich zu den anderen in Betracht kommenden Wärmeversorgungsarten geringe Wärmegebungskosten, geringe Realisierungsrisiken, ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und geringe kumulierte Treibhausgasemissionen bis zum Zieljahr aufweisen. (1)

Quellen:

- (1) Bundesamt für Justiz (2023) Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz - WPG)
- (2) Agentur für kommunalen Klimaschutz am Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) (2024) BSKO Bilanzierungs-Systematik Kommunal. Methoden und Daten für die kommunale Treibhausgasbilanzierung für den Energie- und Verkehrssektor in Deutschland
- (3) Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) (2024) Leitfaden Wärmeplanung Empfehlungen zur methodischen Vorgehensweise für Kommunen und andere Planungsverantwortliche.
- (4) Destatis (o. J.) Glossar (<https://www.destatis.de/>)
- (5) Deutscher Wetterdienst (o. J.) Wetter- und Klimalexikon (<https://www.dwd.de/DE/service/lexikon/Functions/glossar.html?lv2=102936&lv3=103132>)
- (6) Verbraucherzentrale (2024) <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/energie/heizen-und-warmwasser/waermepumpe-alles-was-sie-wissen-muessen-im-ueberblick-5439>
- (7) <https://www.heizung.de/>
- (8) Umweltbundesamt (2021) Treibhausgasneutralität in Kommunen. (https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/2021-03-24_factsheet_treibhausgasneutralitaet_in_kommunen.pdf)

Dieser Bericht wurde durch die Stadt Bad Iburg mit Unterstützung der TEN und BET erstellt.



Förderung



Das Vorhaben „Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung für die Stadt Bad Iburg“ (Laufzeit des Vorhabens: 01.01.2024 – 31.12.2024; Förderkennzeichen: 67K26486) wird durch die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) in Form einer nicht rückzahlbaren Zuwendung von 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert.

Zusammenfassung

Mit dem vorliegenden Endbericht werden die Arbeitsschritte und Ergebnisse für die Erstellung des ersten kommunalen Wärmeplans für Bad Iburg dokumentiert.

Mit einer umfangreichen **Bestandsanalyse** wurde ein gebäudescharfer Wärmeatlas erstellt. Die externe Darstellung der Ergebnisse erfolgt aus Datenschutzgründen auf Baublockebene. Da über drei Viertel der Gebäude älter als 35 Jahre sind, besteht ein hoher Sanierungsbedarf.

Die Wärmeversorgung der Gebäude erfolgt bislang fast ausschließlich mit fossilen Energieträgern, Gas und Heizöl stellen einen Anteil etwa 90 Prozent des Endenergieverbrauchs dar. Das Alter der Heizungsanlagen beträgt bei ca. 50 Prozent der Anlagen mehr als 20 Jahre, 13 Prozent der Anlagen sind älter als 30 Jahre.

Insgesamt benötigen die 2.778 Gebäude für die Wärmeversorgung jährlich 116 GWh Endenergie, damit ist ein Treibhausgasausstoß von 27.000 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr verbunden.

Mit Hilfe der spezifischen Wärmeverbrauchsdichten und den daraus abgeleiteten Wärmelinienindichten wurde die Grundlage geschaffen, mögliche Gebiete zu identifizieren, die für eine leitungsgebunden Wärmeversorgung geeignet sind.

In der **Potenzialanalyse** wurden zunächst die theoretischen Reduktionspotenziale des Wärmebedarfs von knapp 48 Prozent insgesamt und räumlich differenziert ermittelt. Das realistische Reduktionspotenzial, das unter Berücksichtigung der Förderkulisse und der Bereitschaft der Hauseigentümer zur Investition in Sanierungsmaßnahmen angesetzt wurde, ist jedoch viel geringer und liegt bei 23 Prozent. In einem weiteren Schritt wurden die, für die Deckung des verbleibenden Wärmebedarfs in Bad Iburg, zur Verfügung stehenden theoretischen Potenziale zur Nutzung erneuerbarer Wärmequellen und unvermeidbarer Abwärme untersucht. Dazu wurde das theoretische bzw. technische Potenzial für die jeweiligen Quellen analysiert. Es zeigte sich, dass ausreichend grüne Wärmequellen zur Verfügung stehen, um Bad Iburg 2040 treibhausgasneutral mit Wärme versorgen zu können. Dies gilt jedoch unter dem Vorbehalt weiterer, detaillierterer Machbarkeitsstudien und etwaiger Genehmigungsrestriktionen sowie ohne Berücksichtigung nennenswerter Abwärmepotenziale aus der Industrie.

Bei der Erstellung des **Zielszenarios** wurden auf der Basis eines energiewirtschaftlichen Fundamentalmodells die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingen bis 2045 simuliert und auf Bad Iburg bezogen (Top-down-Ansatz) so parametrisiert, dass eine Treibhausneutralität gemäß Klimaschutzgesetz Niedersachsen (NKlimaG) bereits 2040 erreicht wird. In einem weiteren Schritt wurde eine Vollkostenrechnung bis ins Jahr 2045 für die voraussichtlich zur Verfügung stehenden Beheizungssysteme mittels eines BET-internen Tools durchgeführt (Bottom-up-Rechnung). Dabei wurden die örtlichen Gegebenheiten, die sich für die Beheizung aufgrund der lokalen Gebäudestrukturen ergeben, in einer Matrix ermittelt und die Ergebnisse dokumentiert.

Auf diesen Rechnungen basierend wurde die baublockseitenscharfe **Einteilung des Stadtgebiets in Gebiete mit vorrangig dezentraler oder vorrangig zentraler Versorgung** (über Wärmenetze) vorgenommen. Für die dezentrale Versorgungsvariante zeigt sich, dass gasbasierte Technologien erheblich teurer werden und nur noch bis zum Anfang der 2030er Jahre eine wirtschaftliche Option sind. Danach sind in den dezentralen Bereichen Wärmepumpen, in der Regel mit Luft als Wärmequelle, wirtschaftlicher und machen 2040 etwa zwei Drittel der Wärmeversorgung aus. Im Bereich der Wärmenetzgebiete zeichnet sich für die Entwicklung von zunächst zwei Netzen eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung ab. Damit würden Wärmenetze im Jahr 2040 einen Anteil von 12 Prozent an der Wärmeversorgung abbilden. Diese Lösungen sollten im Rahmen der Maßnahmenumsetzung über Machbarkeitsstudien weiter detailliert werden.

Der Einsatz grüner Gase (hier: grüner Wasserstoff, Biomethan und synthetisches grünes Methan) wurde ebenfalls untersucht. In Abstimmung mit dem örtlichen Versorger und laut den aktuellen Szenarien der Fernleitungsnetzbetreiber (Gas) wird es kurz- bis mittelfristig keinen Wasserstoff im Versorgungsgebiet von Bad Iburg geben. Biomethan steht aktuell in geringen Mengen (bilanziell) zur Verfügung und wird in den Betrachtungen ab 2030 sukzessive durch grünes Methan (bilanziell), welches aktuell noch nicht verfügbar ist, ersetzt. Die Anwendungen für grüne Gase sind im Zieljahr ausschließlich im industriellen Bereich zur Erzeugung von Prozesswärme und zur Deckung der Spitzenlast für die Versorgung von Wärmenetzen zu sehen. Mit den angesetzten industriellen Verbräuchen sowie der Spitzenlastdeckung in Wärmenetzen hätten grüne Gase aus jetziger Sicht im Jahr 2040 einen Anteil von 6 Prozent. Da die Kosten für diese Gase, insbesondere auch die Gasnetzentgelte, erheblich ansteigen und die Anzahl der Gaskunden (und damit der Gasverbräuche) entsprechend zurückgehen werden, wird der Einsatz von Gas langfristig für die dezentrale Versorgung stark abnehmen. Ein flächiger Weiterbetrieb des Gasnetzes wird zur Versorgung der dezentralen Endkunden im Zielszenario nicht berücksichtigt, sondern stattdessen lediglich ein Weiterbetrieb der Teile des Gasnetzes, welche für die Versorgung der wenigen Prozesswärme-Kunden und Wärmeerzeugungsanlagen für Wärmenetze notwendig sind. Die verbleibenden 13 Prozent des Endenergieverbrauchs werden über Biomasse, meist in Form von Holzpellets, gedeckt.

Die Annahmen der Potenzialanalyse und der Szenarien inklusive Wärmebedarfe gilt es, mit der Fortschreibung des Wärmeplans kontinuierlich, mindestens im Rahmen des vorgesehenen 5-jährigen Zyklus, zu überprüfen.

Die aus dem Zielszenario abgeleiteten **Maßnahmen** konzentrieren sich

- auf zwei Fokusgebiete,
- auf kommunikative und organisatorische Maßnahmen, die die Akzeptanz der Wärmewende unterstützen und insbesondere im Beratungsbereich zu Sanierungen ansetzen, sowie
- auf technische Maßnahmen im Bereich der weiteren Entwicklung von Wärmenetzgebieten.

Im Rahmen der Aufstellung der **Partizipations- und der Verstetigungsstrategie**, des **Controllingkonzeptes** sowie der **Kommunikationsstrategie** wurde eine umfassende Akteursbeteiligung konzipiert und durchgeführt. Damit wurden die wesentlichen Stakeholder einerseits sowie die Öffentlichkeit erreicht und für das Thema kommunale Wärmeplanung sensibilisiert. Neben der Implementierung einer anlassbezogen tagenden Gruppe der Stakeholder, sollte auch die proaktive Kommunikation fortgeführt werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Weiterentwicklung der vorrangigen Wärmenetzgebiete gelegt werden.

Folgende Kernaussagen lassen sich aus den Untersuchungen ableiten:

- 2.778 Gebäude benötigen für die Wärmeversorgung jährlich 116 GWh Endenergie, damit ist ein Treibhausgasausstoß von 27.000 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr verbunden.
- Der Wärmebedarf lässt sich mit realistischen Annahmen bis zum Jahr 2045 um 23 Prozent reduzieren.
- Wärmenetze können im Ortskern von Bad Iburg sowie um die Dörenbergklinik mit dem angrenzenden bis zum Jahr 2040 errichtet werden und sind voraussichtlich wirtschaftlich.
- Die anderen Ortslagen verfügen nicht über ausreichende Wärmedichten, damit lässt sich keine ausreichende Wirtschaftlichkeit bis 2045 darstellen.
- Gas als Energieträger wird ab dem Zieljahr 2040 nur noch für den Prozesswärmebedarf der großen Industrieverbraucher sowie für die Spitzenlastherzeugung der neu zu errichtenden Wärmenetze eingesetzt. Es wird angenommen, dass dabei v. a. grünes Methan einsetzbar ist.
- In den weniger dicht besiedelten Bereichen Bad Iburgs, in denen keine Versorgung mit Wärmenetzen wirtschaftlich ist, dominiert die dezentrale Wärmeversorgung. Sie basiert im Zieljahr 2040 in Bad Iburg größtenteils auf Wärmepumpen mit Luft als Wärmequelle und geringen Anteilen Biomasse. Gas spielt in der zukünftigen dezentralen Versorgung keine Rolle mehr.

0 Einleitung

Deutschlands Endenergieeinsatz dient zu mehr als der Hälfte der Bereitstellung von Wärme. In Privathaushalten sind es fast drei Viertel. Dies erfolgt aktuell noch überwiegend mit fossilen Energieträgern, insbesondere mit Erdgas und Heizöl.

Die Energiewende zu realisieren, bedeutet daher auch die Wärmewende in die Wege zu leiten. Da die Wärmeversorgung lokal und vergleichsweise „kleinteilig“ erfolgt, sind hier die Kommunen in einer wichtigen Rolle, um den Weg zur Dekarbonisierung zu bereiten.

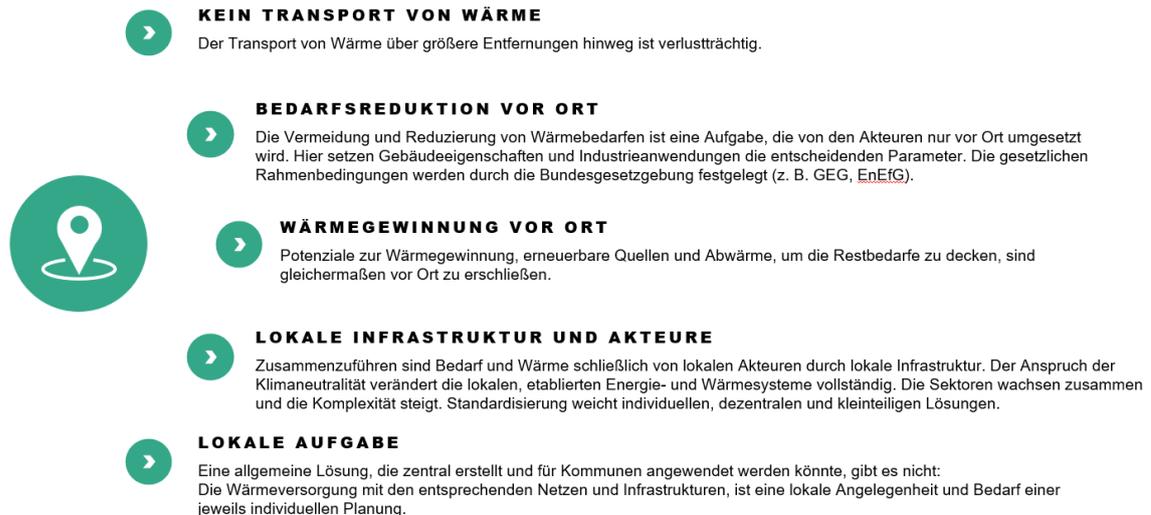


Abbildung 1: Die Wärmewende als lokale Aufgabe

Die Organisation der Wärmewende ist primär eine lokale Aufgabe, die zunächst den Kommunen zufällt, die diese Aufgabe aber insbesondere nur gemeinsam mit den lokalen oder regionalen Energieversorgern und den relevanten Akteuren lösen können.

0.1 Motivation, Rechtsrahmen und Aufgabenstellung

Rechtsrahmen

Mit der Novellierung der **Kommunalrichtlinie** (KRL) vom 18. Oktober 2022 hat der Gesetzgeber auf Bundesebene einen Förderrahmen geschaffen, der insbesondere die Erstellung kommunaler Wärmepläne (kWP) mit i. d. R. 90 Prozent der Kosten bezuschusst, wenn ein Antrag bis zum 31.12.2023 gestellt wurde. Auf Bundesebene wurde am 22. Dezember 2023 das Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (**Wärmeplanungsgesetz – WPG**) durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger zum 01.01.2024 in Kraft gesetzt. Dieses WPG muss noch in die Landesgesetzgebung überführt werden. Für Niedersachsen gilt aktuell das Landesgesetz zum Klimaschutz (NKlimmaG), das eine Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung bis Ende 2026 vorschreibt sowie **eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung bis zum Jahr 2040**. Weitere gesetzliche Anpassungen werden mit der Umsetzung des **WPG auf Landesebene** erwartet.

Zentrale Maßgabe für die Aufstellung des kommunalen Wärmeplans ist die Durchführung der im **Technischen Annex** der KRL geforderten Arbeitsschritte. Darüber hinaus werden – soweit möglich – die Vorgaben des, während der Projektlaufzeit verabschiedeten und auf Landesebene noch nicht geltenden, Wärmeplanungsgesetzes berücksichtigt. Dies betrifft insbesondere die **Information der Öffentlichkeit**. Dazu soll auch dieser Zwischenbericht dienen, mit dem der Stand der Bestands- und Potenzialanalyse dokumentiert wird und ein Entwurf des Zielszenarios dargestellt wird. Mögliche Stellungnahmen und Kommentierungen werden genutzt, um den ersten Wärmeplan der Stadt Bad Iburg zu finalisieren.

Wärmeplanung in Bad Iburg

Die kommunale Wärmeplanung der **Stadt Bad Iburg** ist ein wichtiger Prozess zu einer treibhausgasneutralen, effizienten Wärmeversorgung. Entsprechend der bundesdeutschen Daten entfällt auch in Bad Iburg mehr als die Hälfte des deutschen Endenergieverbrauchs auf Wärmeanwendungen. Die Stadt Bad Iburg hat gemäß des novellierten NKlimaG das Ziel bekräftigt, **bis spätestens 2040 treibhausgasneutral** zu sein. Bislang erfolgt der überwiegende Teil der Wärmeversorgung durch fossile Energieträger: Laut Endenergiebilanz der Stadt Bad Iburg für das Jahr 2020 wurde der Wärmebedarf zu knapp 90 Prozent aus den Energieträgern Erdgas und Heizöl, sowie zu 10 Prozent aus Biomasse gedeckt.

Die Wärmeplanung gibt der Stadt die Möglichkeit, eine Strategie für die **Transformation der Wärmeversorgung** in Form des ersten kommunalen Wärmeplans im Jahr 2024 zu entwickeln. So soll aufgezeigt werden, wie eine treibhausgasneutrale und zukunftsfähige Wärmeversorgung aufgebaut und die Wärmewende aktiv gestaltet werden kann. Durch die frühe Erarbeitung eines Wärmeplans liegen – für alle transparent – wichtige Informationen vor, wie die Zukunft der Wärmeversorgung aussehen kann.

Im **Februar 2024** haben die Arbeiten am kommunalen Wärmeplan, unterstützt durch die TEN eG und die BET Consulting GmbH, begonnen. Dazu wurde ein Projektfahrplan ausgearbeitet. In einem ersten Schritt wurden dafür gemeinsam von der TEN und der BET der aktuelle Wärmeverbrauch und die vorhandenen Wärmeinfrastrukturen im Stadtgebiet detailliert analysiert. Für die Nutzung von Erneuerbaren Energien und von Abwärmequellen sowie für die Reduzierung des Wärmebedarfs wurde eine Potenzialanalyse durchgeführt. Anschließend wird ein Zielszenario erarbeitet, welches einen Pfad zur Treibhausgasneutralität aufzeigt. Daraus wurden Strategien und Maßnahmen zur Senkung des Wärmeverbrauchs und zur treibhausgasneutralen Wärmeversorgung für die einzelnen Stadtgebiete abgeleitet, die zur Zielerreichung einer treibhausgasneutralen Wärmeversorgung im Jahr 2040 führen.

Der Wärmeplan gibt als strategisches Planungsinstrument keine verbindliche Aussage für einzelne Haushalte in Bezug auf eine kurzfristige Heizungsumstellung. Als strategische Leitplanung stellen die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung auch keine Verbindlichkeit für Energieversorger oder Netzbetreiber dar.

Die Ergebnisse können aber als wichtige Grundlage genutzt werden für die strategische Entwicklung der Wärmeversorgung durch die Stadt Bad Iburg sowie durch den örtlichen Versorger im Rahmen der Entwicklung von neuen und Wärmenetzen.

0.2 Rahmenbedingungen des Projekts

Die Stadt Bad Iburg

Die Stadt Bad Iburg ist eine Kleinstadt im Süden des Landkreises Osnabrück und hat etwa 11.500 Einwohnerinnen und Einwohner bei einer Flächenausdehnung von gut 37 km².

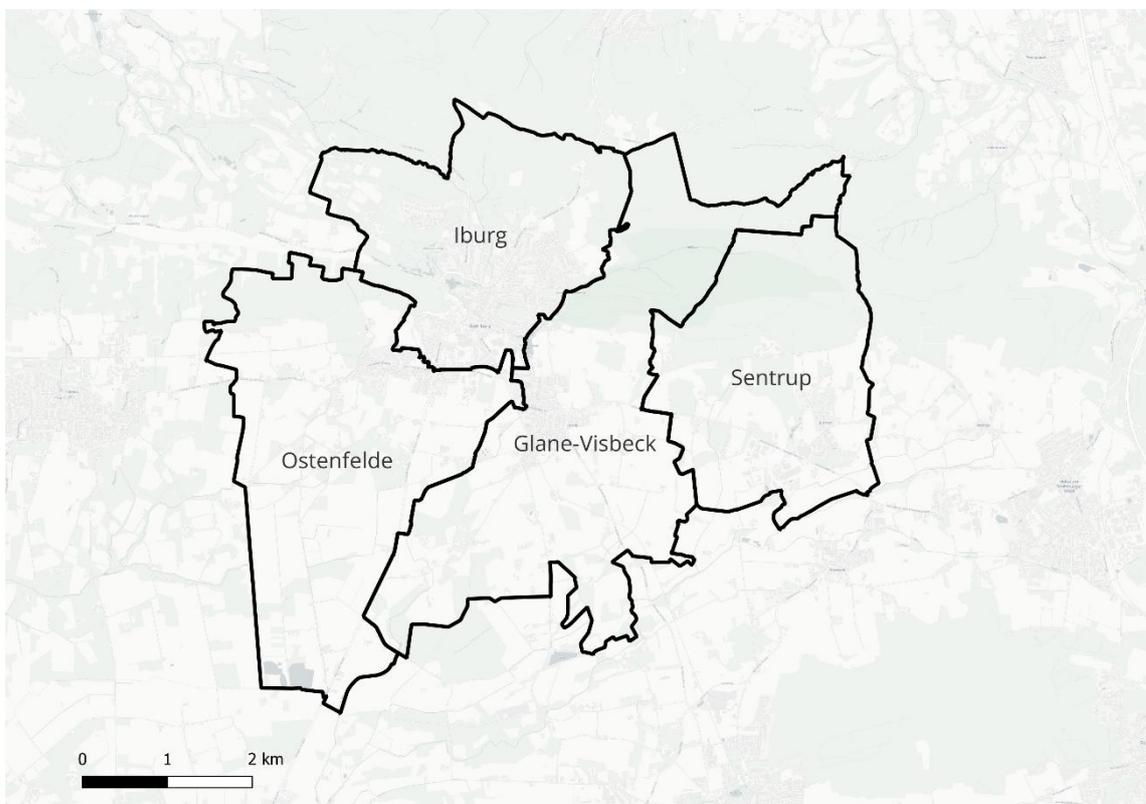


Abbildung 2: Stadtgebiet Bad Iburg mit den einzelnen Ortsteilen¹

Die Kommune Bad Iburg besteht aus den Ortsteilen Bad Iburg, Glane-Visbeck, Ostenfelde und Sentrup. Prägend für die Stadt ist das zentral gelegene Schloss im Stadtzentrum von Bad Iburg und die umgebenden ländlichen Strukturen. Mit den kleineren o. g. Stadtteilen. Daneben ist Bad Iburg geprägt von mehreren Kliniken und Seniorenheimen sowie von Tourismus. Kleinere und mittlere Gewerbebetriebe finden sich insbesondere in Bad Iburg sowie in Glane. Die Stadt Bad Iburg hat ein integriertes Klimaschutzkonzept entwickelt. Dieses befindet sich noch in der verwaltungsinternen Abstimmung. Ziel der nach der KRL geförderten kommunalen Wärmepläne ist es, bis 2045 eine

¹ Map tiles by CartoDB, under CC BY 3.0. Data by OpenStreetMap, under ODbL

treibhausgasneutral Wärmeversorgung darzustellen. Damit folgen diese Ziele den Vorgaben des WPG. Durch die Novellierung des niedersächsischen Klimaschutzgesetzes wurde allerdings das Ziel der Treibhausgasneutralität für Niedersachsen auf das Jahr 2040 vorgezogen. Daher wird in diesem Bericht zur kommunalen Wärmeplanung zwar der Betrachtungszeitraum auf das Jahr 2045 gerichtet, eine **Treibhausgasneutralität** aber schon **im Jahr 2040** erreicht.

0.3 Projektstruktur

Die Durchführung des Projekts sowie die Beteiligung der relevanten Akteure und der Öffentlichkeit wird in unterschiedlichen Gruppen organisiert, die in der nachfolgenden Abbildung dargestellt sind. Vertreterinnen und Vertreter von Parteien oder Gremien werden über den Rat der Stadt und den Stadtentwicklungsausschuss durch die Verwaltung regelmäßig informiert und eingebunden.

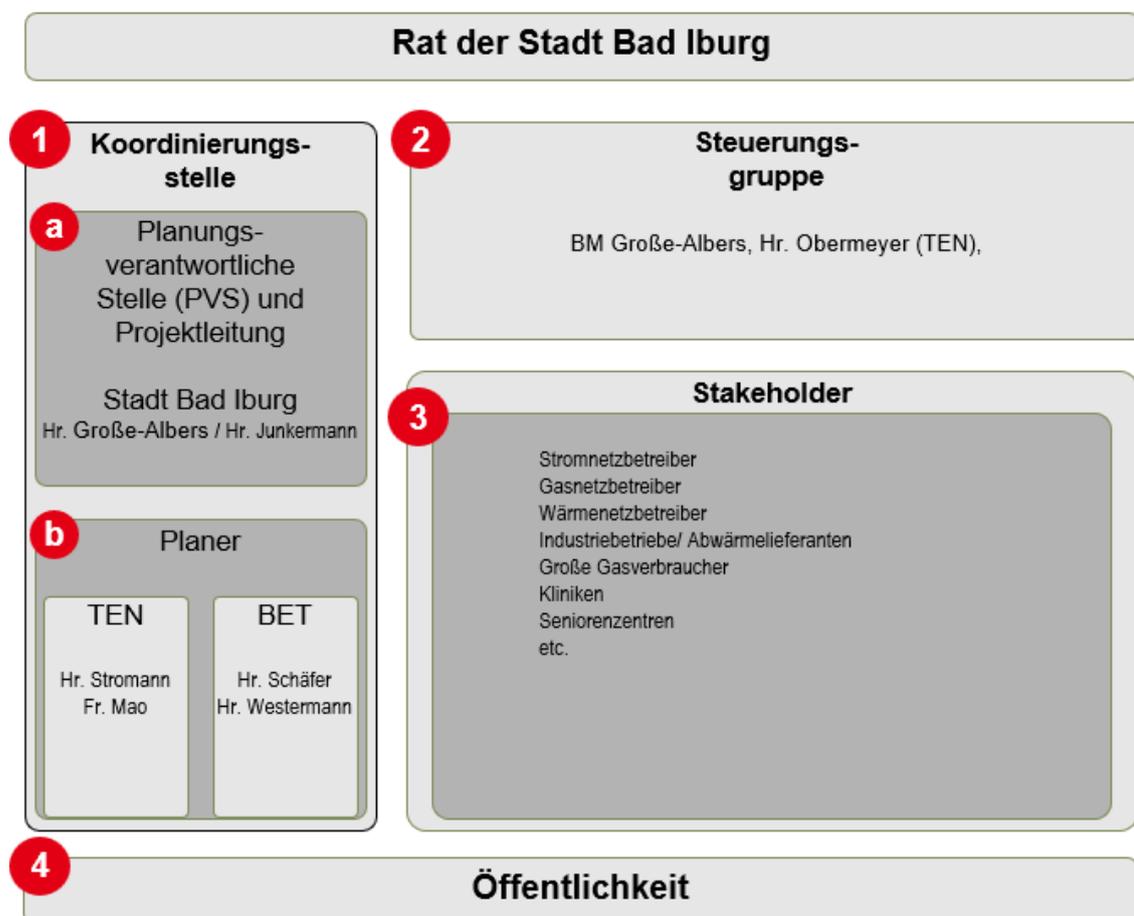


Abbildung 3: Projektstruktur zur Erstellung der kommunalen Wärmeplanung Bad Iburg

Das Projekt wird in einer Projektstruktur durchgeführt, die nachfolgend beschrieben wird:

- Die **Gruppe 1** ist die **zentrale Koordinierungsstelle**. Sie besteht aus der „planungsverantwortlichen Stelle“, also der Stadt, und den operativen Planern (TEN und BET).

- Die **Steuerungsgruppe** umfasst als **Gruppe 2** die oberste Verwaltungsebene, also jene, die formal und politisch Verantwortung für die Ergebnisse trägt und die politischen Gremien, insbesondere den Rat der Stadt Bad Iburg, informiert.
- Die **Gruppe 3** umfasst als wesentliche **Stakeholder** :
Dies sind Gruppen, Unternehmen, Einrichtungen und Institutionen, deren Einbindung und Akzeptanz für die Planung erfolgsrelevant sind sowie alle Betroffenen, Anspruchsgruppen und Beteiligten, die im Rahmen der kWP einbezogen oder zumindest gehört werden sollen.
- Als **Öffentlichkeit** gilt schließlich die **Gruppe 4**; ihr sind alle nicht in den Gruppen 1 bis 3 zugehörigen Personen und Organisationen zugehörig.

0.4 Systematik der durchgeführten Wärmeplanung und Struktur dieses Berichts

Die Arbeitsschritte zur Erstellung der kommunalen Wärmeplanung orientieren sich am Technischen Annex der KRL. Die Wärmeplanung umfasst die in Abbildung 4 dargestellten Arbeitspakete (AP), die die Gliederung dieses Zwischenberichts wie auch des Endberichts bestimmen:

	Kapitel 1	AP 1: Bestandsanalyse
	Kapitel 2	AP 2: Potenzialanalyse
	Kapitel 3	AP 3 A: Zielszenarien und Entwicklungspfade
	Kapitel 4	AP 3 B: Strategie und Maßnahmenkatalog
	Kapitel 5.1	AP 4: Beteiligung von Verwaltungseinheiten und allen weiteren relevanten Akteuren
	Kapitel 5.2	AP 5: Verstetigungsstrategie
	Kapitel 5.3	AP 6: Controlling-Konzept
	Kapitel 5.4	AP 7: Kommunikationsstrategie

Abbildung 4: Arbeitsschritte zur Erstellung der kommunalen Wärmeplanung

1 Bestandsanalyse

1.1 Aufgabenstellung

Welche Wärmebedarfe bestehen und wie werden sie derzeit bedient?

Die Bestandsanalyse zeigt im Ergebnis, wie sich die Ausgangssituation der heutigen Wärmeversorgung darstellt. Es ist zu klären, welche **Gebäudetypen** in den Gemarkungsgrenzen der Kommune existieren, wo sie liegen und welchen **Wärmebedarf** sie letztlich – auch unter Berücksichtigung ihres Baualters und Sanierungszustandes – haben. In Verbindung mit der aktuellen **Heiztechnologie** der Gebäude kann ein gutes Abbild der Ausgangslage gezeichnet werden.

Alle Informationen werden digital in einem „**Wärmeatlas**“ zusammengetragen. Der Wärmeatlas ist das zentrale Arbeitsergebnis der Bestandsanalyse. Er ist die Basis für die Potenzialanalyse, die auf diesen Informationen aufbauend bewertet, wie die Primärziele der Wärmewende umsetzbar sind. Das betrifft zum einen die **Wärmebedarfsreduktion** (z. B. durch Sanierungsmaßnahmen der Gebäude) und zum anderen Deckung der verbleibenden **Restwärmebedarfe** mit erneuerbarer Wärme oder unvermeidbarer Abwärme aus Industrie- oder Gewerbebetrieben.

Der Wärmeatlas kann aus öffentlich zugänglichen Daten und auf der Basis einer bereits verfügbaren Grundlage (z. B. Wärmeatlas des KEAN in Niedersachsen) erstellt werden. Zur Plausibilisierung erfolgt ein Abgleich mit den Energieverbrauchsdaten (insbesondere den Gasverbrauchsdaten, aber auch Wärmeverbrauchsdaten aus Wärmenetzen) des örtlichen Energieversorgers sowie, falls verfügbar, den Schornsteinfegerdaten. So wird sichergestellt, dass der Wärmeatlas den Wärmeverbrauch vor Ort korrekt abbildet und auch unbekanntem Wärmeverbrauch, z. B. mit Heizöl oder Kohle heizen, gut erfasst.

Die Darstellungen im Wärmeatlas erfolgen aggregiert, sodass keine personalisierbaren Rückschlüsse gezogen werden können und damit die Anforderungen an den Datenschutz gemäß Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) jederzeit eingehalten werden.

1.2 Datenbasis

1.2.1 Datenquellen

Folgende Daten standen für die Auswertung zur Verfügung:

- Daten zu Flurstücken und Adresspunkten
- Wärmeatlas der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN)
- Gas- und Wärmeverbrauchsdaten, Gasnetze
- Daten der vorhandenen Wärmenetze (teilweise unvollständig) inkl. Wärmespeicher und Wärmeerzeugungsanlagen
- Daten zu Abwasserkanälen
- Detaillierte Schornsteinfegerdaten

1.2.2 KEAN-Wärmeatlas

Das Datenfundament für die Bestandsanalyse legt der „**KEAN-Wärmeatlas**“. Die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) stellt kommunenscharf Daten² eigens zum Zwecke der kommunalen Wärmeplanung bereit. Die zentrale Information dieser GIS-Daten sind die **Hausumringe** aller Gebäude in der Kommune. Diese tragen jeweils weitere Informationen („Attribute“), die es ermöglichen, Klassen, Typen, Cluster usw. zu bilden und Analysen zu erstellen. Die wesentlichen Attribute der Hausumringe sind Informationen zum gebäudescharfen **Wärmebedarf**. Konkret handelt es sich u. a. um folgende Attribute:



- Einteilung der Umringe in Wohn- und Nicht-Wohngebäude
- Einteilung der Wohngebäude in Wohngebäudetypen (Einfamilienhäuser (EFH), Reihenhäuser (RH), Mehrfamilienhäuser (MFH), Große Mehrfamilienhäuser (GMFH))
- beheizt (ja oder nein)
- Nutzfläche
- Wärmebedarfe (Raumwärme, Warmwasser und Summe)
- Indikative Energieeffizienzklasse
- Baualter
- Adresse

Dieser KEAN-Wärmeatlas ist absolut fundamental für die Analysen. Die Daten sind jedoch nicht lückenlos und auch nicht durchgängig plausibel. Um eine valide Analyse durchzuführen, werden diese Basisdaten aus dem KEAN-Wärmeatlas um Zusatzinformationen ergänzt, z. B. den Gasverbrauchsdaten oder den Schornsteinfegerdaten (vgl.

²https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/zielgruppen/kommunen/KWP-NDS_Waermebedarfskarte.php

Kap. 1.2.3 und 1.2.4). Diese schließen Lücken und bereichern den KEAN-Wärmeatlas um weitere Informationen und Attribute an, erhöhen also Breite, Tiefe und Granularität der Daten.

1.2.3 Daten von Versorgungsunternehmen und Erzeugungsanlagen

Zentral sind außerdem die Daten über Gebiete mit **Gasverteilnetzen** und die **Gasverbrauchsdaten**. Diese stellt der örtliche Gasnetzbetreiber zur Verfügung. Wo keine Gasnetze vorhanden sind, kann das Heizen mit Gas (außer Flüssiggas) ausgeschlossen werden.

Für bestehende **Wärmenetze** werden die Daten von Wärmenetzbetreibern, soweit bekannt, erhoben und die kartografischen Darstellungen übernommen. Möglicherweise bestehende Wärmenetze werden dort angenommen, wo es wahrscheinlich erscheint: Dies gilt vornehmlich für größere Gebiete unbekannter Beheizung, die meist die gleiche Bauungsstruktur und oft den gleichen Eigentümer aufweisen. Meist liegt in dem Gebiet ein Gebäude mit sehr hohem Gasverbrauch vor oder in den Schornsteinfegerdaten ist eine Heizung mit verhältnismäßig hoher Leistung in einem Gebäude vorhanden, in welchem in solchen Fällen eine Heizzentrale vermutet wird. Je nach Datenlage sind auch dazu Annahmen zu treffen. Dabei werden beispielsweise Trassenverläufe und die Anzahl der Anschlüsse, falls nicht bekannt, abgeschätzt. Inbetriebnahmejahre und Temperaturen sind dann jedoch unbekannt.

Abwassernetze werden in den Wärmeatlas ebenfalls mit aufgenommen, damit ggf. die Nutzung von Wärme aus Abwässern im Rahmen der Potenzialanalyse untersucht werden kann. Im hier vorliegenden Fall liegen keine Abwasserleitungen mit einem Durchmesser > DN 800 im Bestand vor, ab dem eine Nutzung der Abwasserwärme in Betracht gezogen werden sollte.

Weitere „blinde Flecken“ sind über die Kenntnis von **Wärmeerzeugungsanlagen**, die in Wärmenetze einspeisen, zu eliminieren. Bekannte Anlagenbetreiberinnen und Anlagenbetreiber werden kontaktiert und um Auskunft zu den Versorgungsgegebenheiten gebeten. Bei unbekanntem Betreiberinnen und Betreibern kann auf die Schornsteinfegerdaten zurückgegriffen werden, um die wahrscheinliche Versorgungsstruktur abzubilden.

Auch die Informationen zu eventuellen **Wärme- und Gasspeichern** werden bei den bekannten Betreibern von Wärmeerzeugungsanlagen bzw. Gasnetzen angefragt und, falls vorhanden in die Darstellungen übernommen.

Sofern Erzeugungsanlagen von **Wasserstoff** oder **synthetischen Gasen** existieren, ist dies in der Regel bekannt. Auch diese Daten fließen nach Betreiberangaben in die Bestandsanalyse ein, um später entsprechende Potenziale abzubilden.

1.2.4 Zusatzinformationen und Korrekturen

Zur besseren Abbildung der Situation in Bad Iburg wird der Wärmeatlas mit weiteren Informationen angereichert und vorhandene Werte, v. a. der Wärmebedarf, geprüft und

bei Bedarf angepasst. Dabei ist der Endenergieverbrauch die eingesetzte Energie, z. B. die kWh Gas oder Heizöl die in einem Wärmeerzeuger eingesetzt wird, also den entsprechenden Wirkungsgrad einer Heizungsanlage berücksichtigt. Der Wärmebedarf hingegen ist die genutzte Wärme, d. h. die Wärme aus dem Heizkörper und das warme Wasser aus dem Wasserhahn.

1.2.4.1 Adressdaten



Mitunter ist einem Hausumring im KEAN-Wärmeatlas keine eindeutige Adresse zugeordnet oder mehrere Adressen liegen in einem Umring. Zum Schließen dieser Lücken bzw. zur Beseitigung der Unschärfen werden, um schließlich den KEAN-Wärmeatlas vollständig mit Adressen zu befüllen, folgende Daten verwendet:

- **Gebäudereferenzen³**
- **Postleitzahlen⁴**
- Liegen mehrere Gebäudereferenzen in einem Umring, wird dieser zerteilt. Umringe ohne Adresse bekommen eine Adresse zugeordnet. Dabei greift ein Algorithmus auf folgende Daten zu und entscheidet, welche Adresse zugeordnet wird:
 - Gebäude mit eindeutigen Adressen aus dem KEAN-Wärmeatlas
 - Flurstücke⁵
 - Distanz zu bekannten Adressen

Anschließend werden die Umringe mit gleicher Adresse aggregiert.

Die Auswertungen und Darstellungen erfolgen immer DSGVO-konform in aggregierter Form, i. d. R. baublockscharf.

Das Ergebnis ist ein georeferenzierter, adressscharfer Wärmeatlas mit einer aggregierten Darstellungsform.

1.2.4.2 Verbrauchsdaten

Der KEAN-Wärmeatlas basiert auf Abschätzungen und Korrelationen. Ein Abgleich mit tatsächlichen Verbrauchsdaten stellt sicher, dass der Wärmeatlas die Situation und den Gebäudebestand vor Ort auch realitätsnah abbildet. Hierfür werden (sofern vorliegend) Verbrauchsdaten genutzt:

- Gasverbrauchsdaten (2020, 2021, 2022)⁶
- Verbräuche und Energieträger in den kommunalen Liegenschaften von der Kommune (2020, 2021, 2022)

³ Versorger

⁴ Quelle: OpenStreetMap

⁵ Versorger/Stadt

⁶ Quelle: Versorger

- Stromerzeuger (Stand März 2024)⁷
- Standorte und wenn möglich Erzeugungsmengen von Wärmeerzeugungsanlagen, die in ein Wärmenetz einspeisen (aktueller Datenstand)⁸
- Erdwärmesonden mit Wärmenutzung (→ Annahme von Sole-Wärmepumpen, Stand März 2024)⁹

Da die Verbrauchsdaten stark von der Witterung abhängen, wird eine Witterungsbereinigung über Gradtagzahlen¹⁰ durchgeführt. Dadurch werden die Verbräuche, die jahresscharf vorliegen, auf ein Jahr umgerechnet, welches dem langjährigen Mittel entspricht, und so vergleichbar gemacht.

Anschließend erfolgt eine Umrechnung in Wärmeverbräuche über anlagenspezifische Wirkungsgrade. Auf mehrere Adressen aggregierte Daten, z. B. wenn mehrere Gebäude über einen Gasanschluss versorgt werden, werden anhand der Wärmebedarfe im Wärmeatlas zerteilt. Anschließend erfolgt ein adressscharfer Abgleich

- der Wärmebedarfe aus dem Wärmeatlas
- mit den Wärmeverbräuchen aus den Verbrauchsdaten.

Tatsächlich bekannte Verbräuche fließen unverändert (lediglich umgerechnet in klimabereinigte Wärmeverbräuche) in den Wärmeatlas ein. Für „unbekannte“ Gebäude werden auf Basis des Vergleichs typenscharfe Korrekturfaktoren abgeleitet. Diesbezügliche Auswertungen zeigen z. B., dass der Wärmebedarf eines Mehrfamilienhauses aus den 1980er Jahren in der Regel im KEAN-Wärmeatlas um ca. 10 Prozent überschätzt wird. Entsprechend erfolgt im Wärmeatlas eine Korrektur der dort (zunächst abgeschätzten) Wärmebedarfe dieses Gebäudetyps.

1.2.4.3 Weitere Attribute

Auf Basis der Gebäudenutzungsarten (bereits im KEAN-Wärmeatlas enthalten) oder Informationen zu Industrieunternehmen (über die Ortskenntnis der Stadt bzw. der TEN) wird jedem Hausumring ein **Sektor** (Haushalte, Gewerbe, Industrie) zugeordnet. Zusätzlich werden die kommunalen Liegenschaften als solche markiert. Prozesswärme wird bei bestimmten Gebäude-Nutzungsarten angenommen, bei denen die spezifischen Verbräuche oberhalb eines Grenzwertes liegen.

Jeder Hausumring hat durch diesen Schritt weitere **Attribute** (neben den oben bereits beim KEAN-Wärmeatlas genannten) erhalten:

- Sektor
- Ausweisung kommunaler Liegenschaften
- Bekannte Energieträger

⁷ <https://www.marktstammdatenregister.de/MaStR>

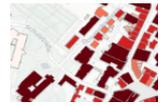
⁸ Anlagenbetreiber

⁹ https://www.opengeodata.Niedersachsen.de/produkte/geologie/geologie/BRG/BRG_NIEDERSACHSEN/

¹⁰ <https://www.iwu.de/publikationen/fachinformationen/energiebilanzen/gradtagzahltool/>

- Auf Basis des Abgleichs neu berechnete Energieeffizienzklassen

Die Gebäude werden ferner einzelnen **Baublöcken** und **Straßenzügen** zugeordnet. Durch diese Kennzeichnung ist es möglich, Wärmelinien dichten (anhand der Wärmebedarfe aus dem konsolidierten Wärmeatlas) zu ermitteln oder baublockscharfe Auswertungen durchzuführen. Dabei wurden Baublöcke, die sehr große unbebaute Flächen umfassen, zugeschnitten, sodass nur die relevanten Flächen dargestellt werden.



Das Ergebnis ist ein konsolidierter, georeferenzierter, adressscharfer Wärmeatlas, der nun auch die Wärmebedarfe vor Ort gut abbildet.

1.2.4.4 Denkmalschutz und Baublöcke



Um die Qualität der Bestandsanalyse weiter zu erhöhen, wird im nächsten Schritt festgestellt, welche Gebäude unter **Denkmalschutz** stehen. Dies ist v. a. für eine realistische Einschätzung von Potenzialen zur Wärmebedarfsreduktion (Sanierung/Dämmung) von Bedeutung. Für diese Gebäude, die mit dem Attribut „Denkmal“ gekennzeichnet sind, sind die Möglichkeiten der Sanierung grundsätzlich eingeschränkt oder besonders kostenintensiv. Bei Prognosen und Potenzialabschätzungen ist eine Einzelfallbetrachtung nahezu legen.

1.2.4.5 Schornsteinfegerdaten



Neben den Primärdatenquellen mit KEAN-Wärmeatlas und Verbrauchsdaten stellen die „Schornsteinfegerdaten“ die wichtigsten Informationen zur realitätsnahen Abbildung der Bedingungen im Wärmeatlas zur Verfügung. Sie liefern sowohl aggregierte Informationen für den Schornsteinfegerbezirk als auch die Informationen über die tatsächlich in den Gebäuden verwendeten **Heizungstechnologien**.

Diese Informationen sind hilfreich, insbesondere für die Zuordnung des Heizungstyps bei Gebäuden, zu denen keine Verbrauchsdaten vorliegen (z. B. Ölheizungen) oder des Alters der Heizungsanlagen.

Es erfolgt zunächst wieder eine Zuordnung der durch die Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfeger erfassten Wohnhäuser zu den Gebäuden des Wärmeatlas. Das besondere Augenmerk liegt hier auf den Zentralheizungen, da diese den Großteil der Wärme bereitstellen. Dabei werden bereits bekannte Energieträger (wie z. B. Gas aus den Verbrauchsdaten) berücksichtigt.

1.2.4.6 Finale Herleitung

Nach der Verarbeitung der Schornsteinfegerdaten verbleibt weiterhin eine gewisse Anzahl an Gebäuden, denen kein Energieträger zugeordnet werden kann. Dies sind entweder Gebäude, die unbekannterweise über andere Gebäude mitversorgt werden oder

es werden Technologien eingesetzt, die bisher nicht erfasst wurden wie z. B. Wärmepumpen und Nachtspeicherheizungen. Diese werden über die Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfeger nicht erfasst. Für Wärmepumpen und Nachtspeicherheizungen werden die bereits verteilten Anteile mit dem Bundeslanddurchschnitt abgeschätzt (Bundeslandstatistik des BDEW¹¹). Restliche Energieträger, die u. U. in der Mitversorgung genutzt werden, werden analog abgeschätzt.

Folgende Beispiele sollen das Vorgehen illustrieren:

- Aus dem KEAN-Wärmeatlas sind die Baujahre der Gebäude – adressscharf – bekannt. Die gemäß BDEW ermittelte Anzahl der Wärmepumpen wird auf die Wohngebäude (zufällig) verteilt, die nach dem Jahr 2000 errichtet worden sind. Denn Wärmepumpen sind noch eine verhältnismäßig neue Technologie und wurden bisher eher im Neubau eingesetzt. Aus dieser bekannten Korrelation zwischen Gebäudealter und Eignung für Wärmepumpen kann eine hinreichend genaue Zuordnung dieses Heizungstyps erfolgen.
- Analog sind Nachtspeicherheizungen in aller Regel in Gebäuden aus den 1950ern und 1960ern in Anwendung. Danach wurde dieser Heizungstyp (Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel) kaum mehr eingebaut.
- Die restlichen Technologien werden zufällig verteilt, sodass sich die vorher ermittelten Anteile ergeben.

1.2.4.7 Treibhausgasemissionsfaktoren

Basierend auf dem Energieträger je Gebäude, dem Wärmebedarf sowie Annahmen zu Wirkungsgraden wird anschließend der Endenergieverbrauch ermittelt. Basierend auf Emissionsfaktoren werden daraus die Treibhausgasemissionen berechnet. Dabei wird auf die Emissionsfaktoren aus dem Leitfaden¹² vom BMWK und BMWSB sowie für dort nicht enthaltene Emissionsfaktoren auf den Leitfaden der KEA-BW¹³ und das GEG zurückgegriffen. Bei Wärmenetzen wird mit den verfügbaren Informationen jeweils ein Emissionsfaktor abgeleitet. Bei fehlenden Daten werden Annahmen basierend auf vergleichbaren bekannten Netzen getroffen (z. B. Netzverluste, Wirkungsgrade der Erzeugungsanlagen etc.).

Das Ergebnis ist ein konsolidierter, georeferenzierter, adressscharfer Wärmeatlas, der den Hauptenergieträger und Endenergieverbrauch sowie die Emissionen enthält.

¹¹https://www.bdew.de/media/documents/BDEW_Heizungsmarkt_2023_Regionalbericht_Nordrhein-Westfalen_20231128.pdf

¹² https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/veroeffentlichungen/wohnen/leitfaden-waermeplanung-lang.pdf;jsessionid=FCA79E552DD1074BA79290BBE5408AAB.live872?__blob=publicationFile&v=2

¹³ <https://www.kea-bw.de/waermewende/wissensportal/kommunale-waermeplanung/einfuehrung-in-den-technikatalog#c7393-content-1>,
https://www.ifeu.de/fileadmin/uploads/BISKO_Methodenpapier_kurz_ifeu_Nov19.pdf

1.3 Bestandsanalyse: Status quo der Wärmeversorgung in Bad Iburg

Mit den in Kapitel 1.2 beschriebenen Datenquellen werden im Folgenden die relevanten Datenauswertungen dargestellt und beschrieben. Die Darstellungen orientieren sich an den geforderten Darstellungen gemäß § 23 WPG und den Ausführungen im Anhang 2, Nr. I zum § 23 WPG.

Die folgenden Darstellungen basieren auf den oben genannten Daten. Hervorzuheben ist, dass es sich nicht um ein klar definiertes Jahr handelt, da verschiedene Datenstände kombiniert wurden (z. B. Verbrauchsdaten 2020-2022 mit Schornsteinfegerdaten aus 2024). Des Weiteren sind die Verbrauchsdaten witterungsbereinigt und gemittelt worden. Somit bildet der Status quo alle Bedarfe und Verbräuche basierend auf dem langjährigen Mittel ab. Die Verteilung der Energieträger ist durch die Schornsteinfegerdaten möglichst aktuell.

1.3.1 Endenergieverbrauch und Treibhausgasemissionen für Wärme

1.3.1.1 Absoluter Endenergieverbrauch und Emissionen

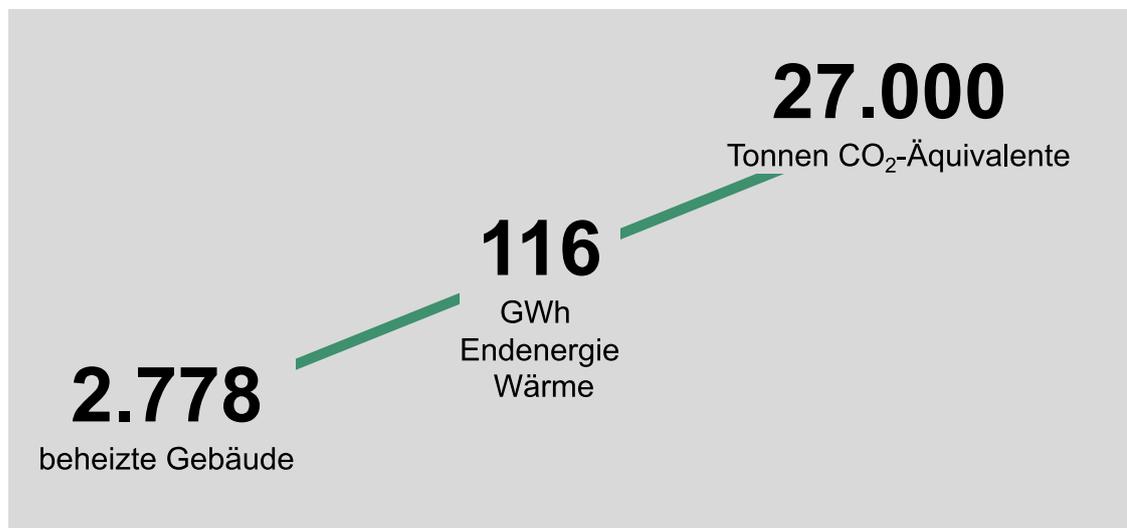


Abbildung 5: Das Wesentliche zur Ausgangslage in Bad Iburg

In Bad Iburg werden heute **2.778 Gebäude** beheizt. Der daraus resultierende, aktuelle, jährliche **Endenergieverbrauch** von Wärme beträgt **116 GWh** (116 Mio. kWh). Die dadurch erzeugten Treibhausgasemissionen betragen jährlich **27.000 Tonnen CO₂-Äquivalente**.

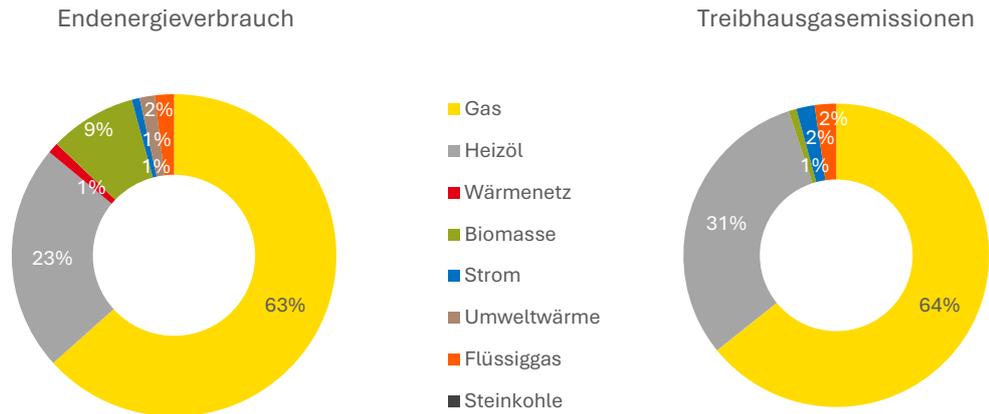


Abbildung 6: Anteile der Energieträger am Endenergieverbrauch für Wärme (links) und an den korrespondierenden Treibhausgasemissionen (rechts) in Bad Iburg

Mehr als 8 von 10 Heizungen werden heute fossil betrieben. Gas dominiert dabei die Beheizung klar mit einem Anteil von mehr als 63 Prozent der eingesetzten Energieträger. Dies schlägt sich konsequent in den zurechenbaren Treibhausgasemissionen nieder, wobei die Ölheizungen aufgrund des höheren Emissionsfaktors einen überproportional hohen Anteil aufweisen.

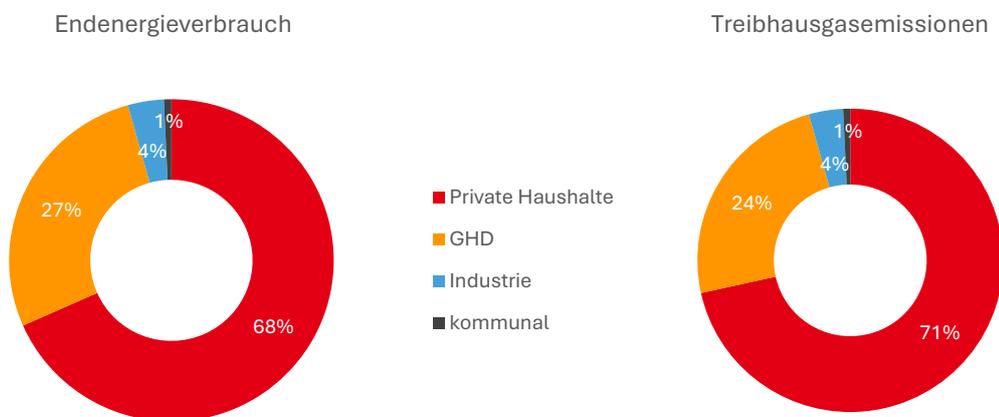


Abbildung 7: Anteile der Sektoren am Endenergieverbrauch für Wärme (links) und an den korrespondierenden Treibhausgasemissionen in Bad Iburg

Verursacher („Sektoren“) dieser Verbräuche sind mit **ca. 68 Prozent** hauptsächlich **Privathaushalte**, mit 27 Prozent der Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD) und mit 4 Prozent der **Industriesektor**. Mit einem Anteil von 1 Prozent ist der Heizenergieverbrauch der Kommune gering. Bei den Anteilen an den Treibhausgasemissionen ergibt sich ein sehr ähnliches Bild.

1.3.1.2 Anteil grüner Energien am Endenergieverbrauch

Der aktuelle Anteil Erneuerbarer Energien und unvermeidbarer Abwärme am jährlichen Endenergieverbrauch von Wärme beträgt aktuell lediglich **10,7 Prozent**. Davon stellt Biomasse den größten Anteil.

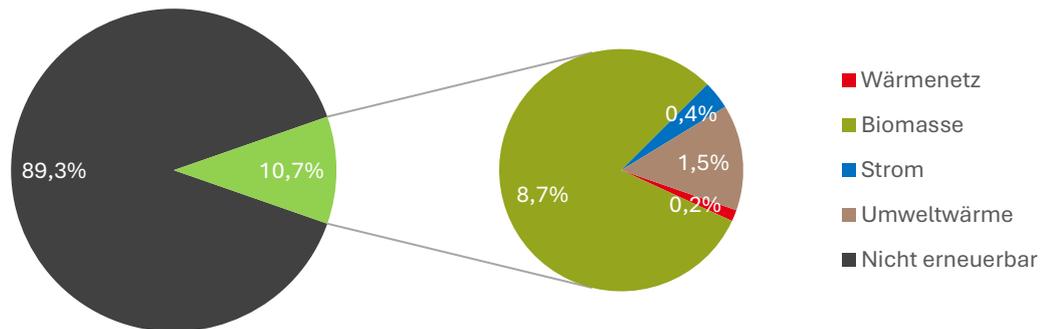


Abbildung 8: Anteil „grüner“ Energien am Endenergieverbrauch in Bad Iburg

1.3.1.3 Leitungsgebundene Wärme

Der aktuelle, jährliche Anteil am Endenergieverbrauch durch **leitungsgebundene Wärme** ist sehr gering und liegt nur bei 1,1 Prozent, der absolute Wert liegt bei 1,3 GWh.

1.3.1.4 Erneuerbarer Anteil an der leitungsgebundenen Wärme

Erneuerbare Energien (bzw. unvermeidbare Abwärme) haben am jährlichen Endenergieverbrauch ebenfalls einen Anteil von 1,1 Prozent, da es sich hier ausschließlich um Biomethan handelt.

1.3.1.5 Dezentrale Erzeuger

Die Anzahl der Wärmeerzeuger wird v. a. über die Schornsteinfegerdaten bzw. die Gas- und Wärmeverbrauchsdaten ermittelt, da daraus z. B. Etagenheizungen ersichtlich sind. Überall, wo Gebäude mitversorgt werden (Gebäudenetze o. ä.), ist kein eigener Wärmeerzeuger vorhanden. Gebäude, die an Wärmenetze angeschlossen sind, haben eine Übergabestation, gehen also damit in diese Statistik ein. Überall anders wird von einem Wärmeerzeuger ausgegangen (Wärmepumpen, Nachtspeicherheizungen etc.). Insgesamt handelt es sich um **3.198 Wärmeerzeuger** mit folgenden Anteilen der jeweiligen Typen:

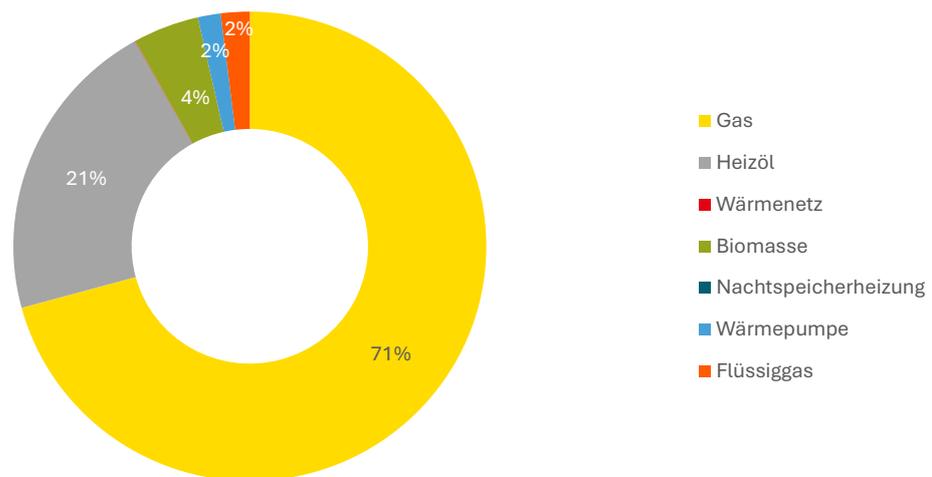


Abbildung 9: Anteile der Wärmeerzeugerarten in Bad Iburg

Dabei liegt die Anzahl aufgrund von Etagenheizungen oder Backup-Lösungen oberhalb der Gesamtanzahl der Gebäude (Wohn- und Nichtwohngebäude). 71 Prozent der Wärmeerzeuger werden mit Gas befeuert, weitere 21 Prozent mit Heizöl. Somit werden über 90 Prozent der Wärmeerzeuger mit fossilen Energieträgern betrieben. Wärmenetze und Nachtspeicherheizungen weisen nur sehr geringe Anteile auf.

1.3.2 Beheizungsstruktur

1.3.2.1 Heizungsalter

Abbildung 10 zeigt die Verteilung der Heizungsalter der Heizungen, welche aus den Schornsteinfegerdaten abgeleitet wurde. Dabei haben 16 Prozent der Heizungen ein unbekanntes Alter. Dies kann verschiedene Gründe haben: Die Heizung wird nicht über die Schornsteinfeger erfasst, z.B. Übergabestationen an einem Wärmenetz oder Wärmepumpen, oder es konnte keine eindeutige Zuordnung über die Adressen vorgenommen werden. 51 Prozent der Heizungen sind jünger als 20 Jahre, wohingegen 13 Prozent der Heizungen älter als 30 Jahre sind. Hier besteht entsprechender Handlungsbedarf, da alte Heizungen oftmals niedrigere Effizienzen aufweisen.

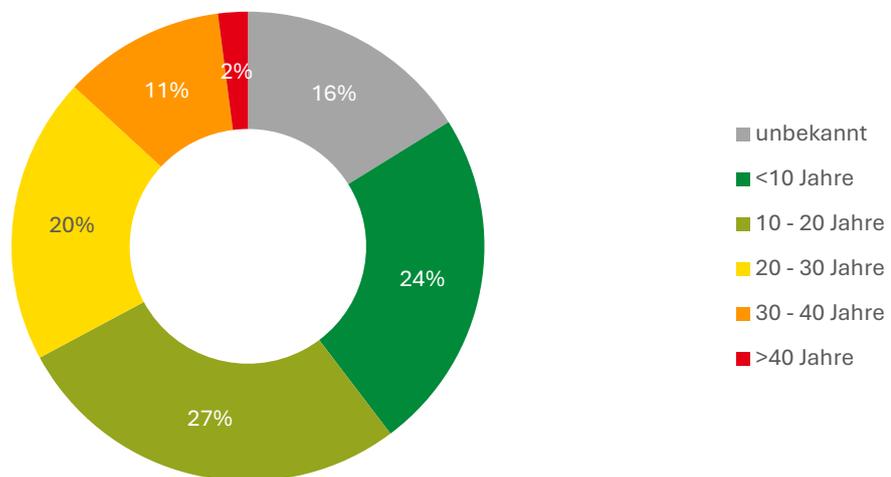


Abbildung 10: Verteilung der Heizungsalter der Heizungen in Bad Iburg

In Abbildung 11 ist die Verteilung der Heizungen, die älter sind als 30 Jahre, dargestellt. Für die Auswertung wurden die unbekanntes Heizungsalter nicht berücksichtigt, die Anteile beziehen sich also lediglich auf den bekannten Anteil. Dargestellt sind Baublöcke.¹⁴

Es zeigt sich in der Darstellung, dass es vereinzelt Bereiche gibt, in denen der Anteil alter Heizungen recht hoch ist, diese verteilen sich über das gesamte Stadtgebiet. In den meisten Bereichen liegt der Anteil aber unterhalb von 40 Prozent.

¹⁴ Baublöcke mit zu wenigen Gebäuden sind aus Datenschutzgründen aggregiert worden.

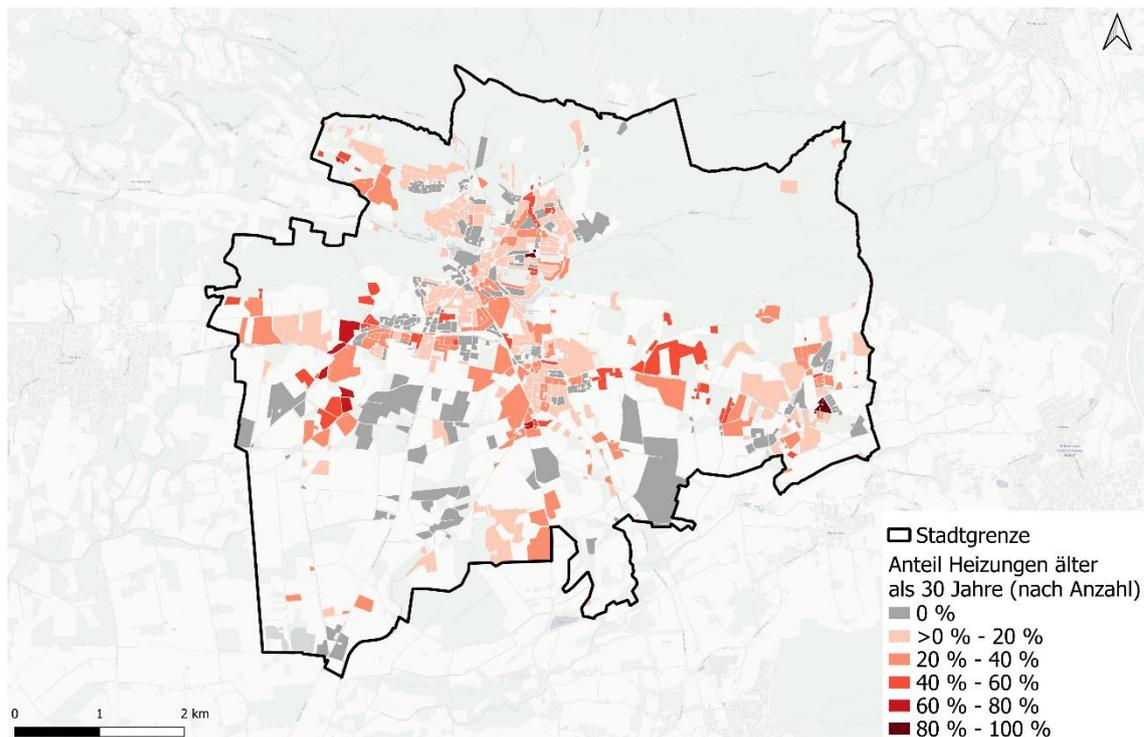


Abbildung 11: Anteil der Heizungen (nach Anzahl), die älter sind als 30 Jahre, in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen) ¹

1.3.2.2 Wärmeverbrauchsdichten

Die Darstellungen zur Beheizungsstruktur zeigen lokale Konzentrationen auf. Die **Wärmeverbrauchsdichte** bildet den Wärmebedarf pro Fläche ab. Je dunkler die Färbung des jeweiligen Baublocks, desto höher ist der spezifische Verbrauch.

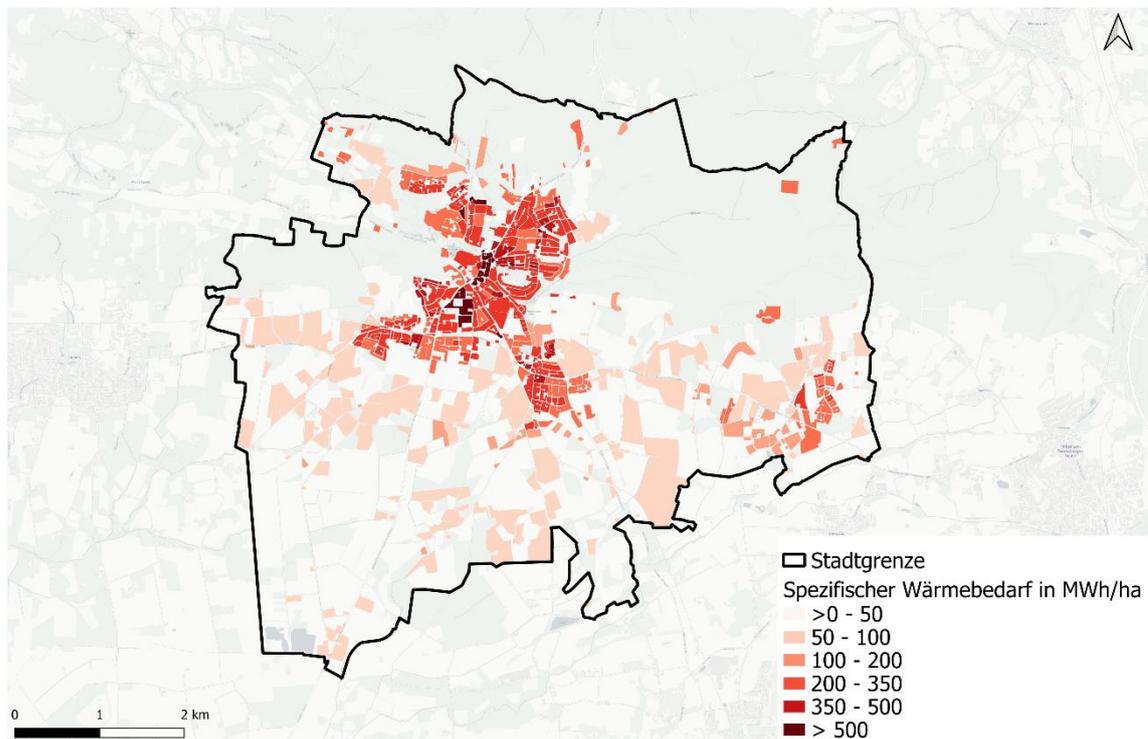


Abbildung 12: Wärmeverbrauchsdichte in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

Es ist gut zu erkennen, dass der Wärmeverbrauch im **Innenstadtbereich (Ortskern)** der Stadt Bad Iburg stark konzentriert ist. In dem Bereich liegt eine hohe Konzentration in der Wohnbebauung vor, demnach auch der Energieverbrauch pro Fläche für die Beheizung der Gebäude. Zudem sind weitere Baublöcke mit hohen spezifischen Wärmebedarfen im Norden und Süden des Stadtkerns von Bad Iburg sowie in der Ortschaft Glane und eher vereinzelt in Sentrup zu erkennen. Hierbei handelt es sich z. T. um die Ansammlungen von teilweise **energieintensiven Gewerbe- und Industrieunternehmen**, aber auch um eine dichte Wohnbebauung, die eine sehr hohe Wärmeverbrauchsdichte von über 500 MWh/ha aufweisen. Im Rahmen der Potenzialanalyse und der Stakeholderbeteiligung wurden die Gewerbe- und Industriegebiete auf eine mögliche Bereitstellung von Abwärme näher untersucht. In sehr hellem grün sind in der Hintergrundkarte Gebiete dargestellt, die entweder keine Siedlungsgebiete oder Waldfläche sind und hier ohne Belang sind. Insgesamt ergeben sich im Untersuchungsgebiet vergleichsweise niedrige Wärmedichten, insbesondere im Vergleich zu Kommunen mit höherer Einwohnerzahl.

1.3.2.3 Wärmelinieindichten

Eine weitere Form der Darstellung von Verbrauchsdichten sind die **Wärmelinieindichten**. Hierbei wird der Wärmebedarf nicht wie oben auf die Flächen, sondern auf die Straßenmeter bezogen. Dies bildet die Sicht eines Versorgers ab, der aus den Wärmelinieindichten erkennen kann, wie viel Wärme pro Meter Versorgungsleitung (nach heutigem Verbrauchsverhalten) bei einer gedachten leitungsgebundenen Wärmeversorgung hier zu erwarten wäre. Es handelt sich also um einen Indikator für eine spezifische

Absatzzahl, der anzeigt, in welcher Straße oder in welchen Quartieren sich eine leitungsgebundene Versorgung empfehlen könnte.

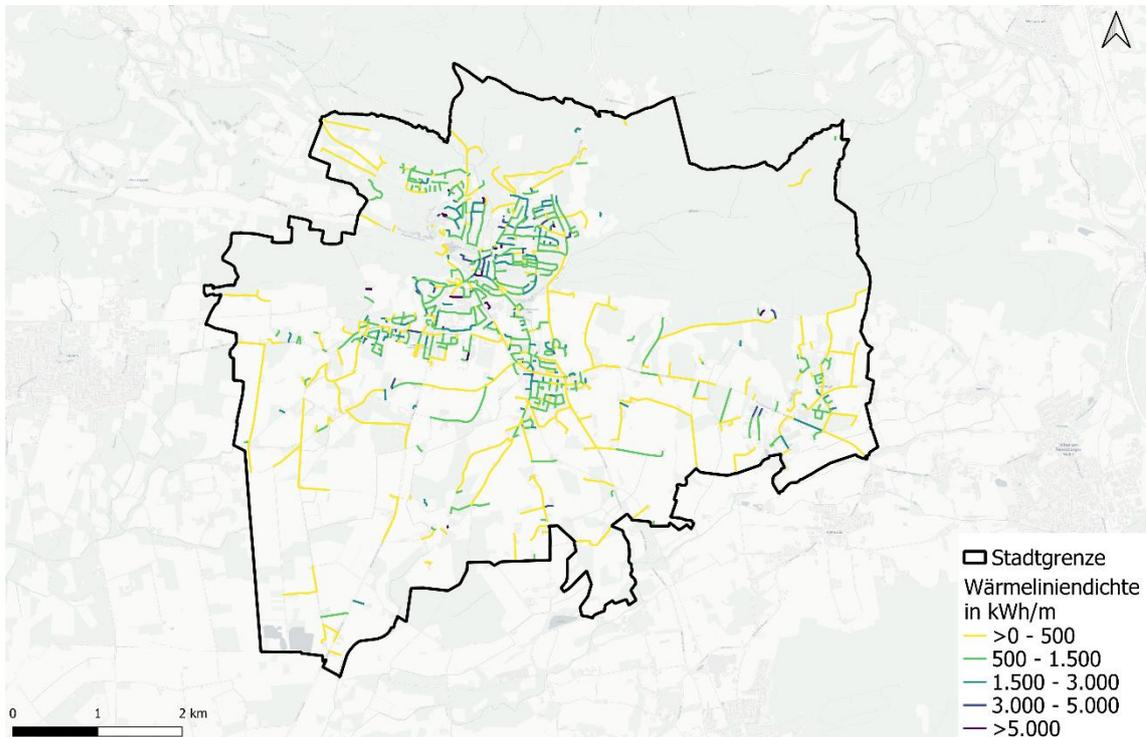


Abbildung 13: Wärmeliniendichten in Bad Iburg¹

Insgesamt sind die **Strukturen**, wie sie bei der Betrachtung der Wärmeverbrauchsichte aufgefallen waren, auch hier **wiederzufinden**. Dabei kann es vorkommen, dass ein Straßenzug nur entlang seines Anfangs bebaut ist und nachfolgend unbebaut ist (z. B. entlang von Feldern oder Wald). Diese weisen jedoch im Allgemeinen immer geringe Wärmeliniendichten auf und sind somit für die folgende Betrachtung nicht relevant.

Eine lokale Bedarfskonzentration für Wärme ist noch nicht notwendigerweise pauschal die Rechtfertigung für eine leitungsgebundene Infrastruktur, konkret eine Errichtung eines Wärmenetzes. Ob sich ein solches Wärmenetz technisch-wirtschaftlich darstellen lässt, hängt ganz wesentlich von der Entfernung einer möglichen Wärmequelle mit ausreichender Leistung und Kapazität ab, dem Anschlussgrad der anzuschließenden Gebäude und den örtlichen Errichtungskosten. Grundsätzlich ist es sinnvoll, wenn die Wärmeliniendichte auf der ganzen Versorgungsleitung hoch ist, nicht nur im Zielgebiet. Lange Zuleitungen verschlechtern diese Kennzahl.

Die Anzahl bzw. die Länge der identifizierten Straßenabschnitte mit attraktiven Wärmeliniendichten > 3.000 kWh/m sind eher gering.

1.3.2.4 Räumliche Verteilung der Energieträger und Treibhausgasemissionen

Abbildung 14 zeigt den nach Endenergieverbrauch dominierenden Energieträger je Block. Dies bestätigt den sehr hohen Anteil von Erdgas in der aktuellen Beheizung.

Vereinzelt sind abgelegene Bereiche erkennbar, die durch Heizöl, Flüssiggas oder Biomasse dominiert werden. Des Weiteren ist eine bestehende Wärmenetzinsel erkennbar.

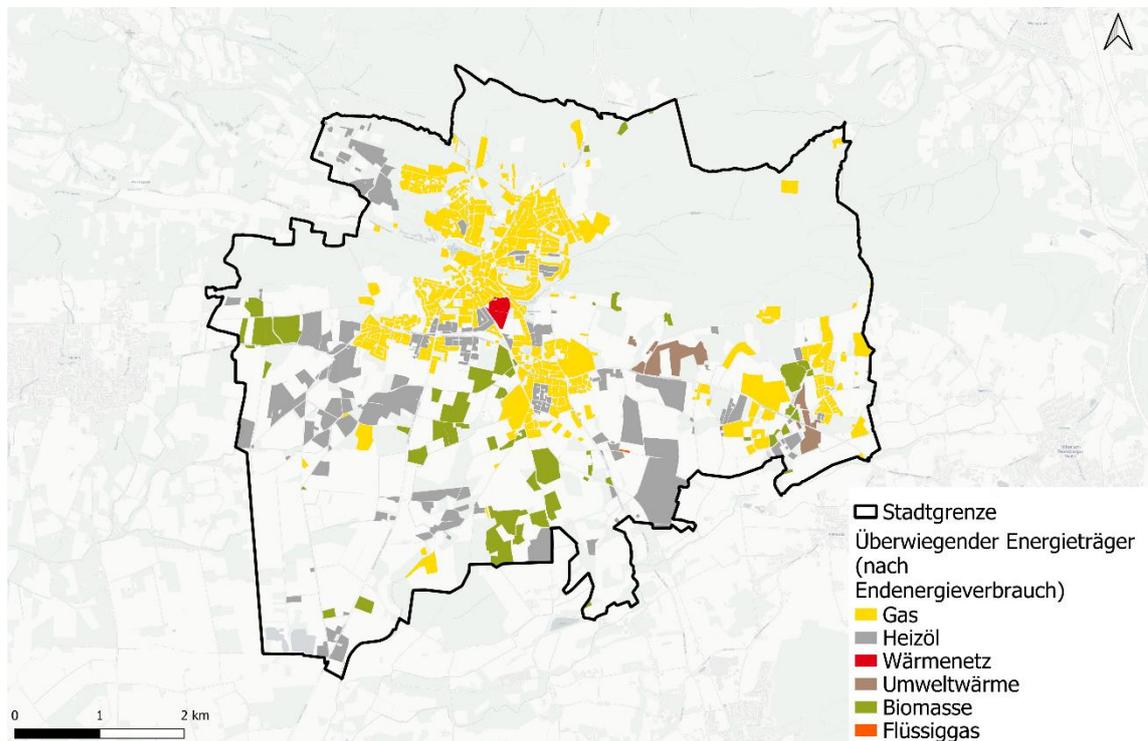


Abbildung 14: Überwiegende Energieträger in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)

In Abbildung 15 sind die Treibhausgasemissionen je Baublock bezogen auf seine Fläche gezeigt. Die Emissionen korrelieren dabei v. a. mit der Bebauungsdichte. Außerdem sind auch Gewerbe- und Industriegebiete meist mit hohen Emissionen vertreten.

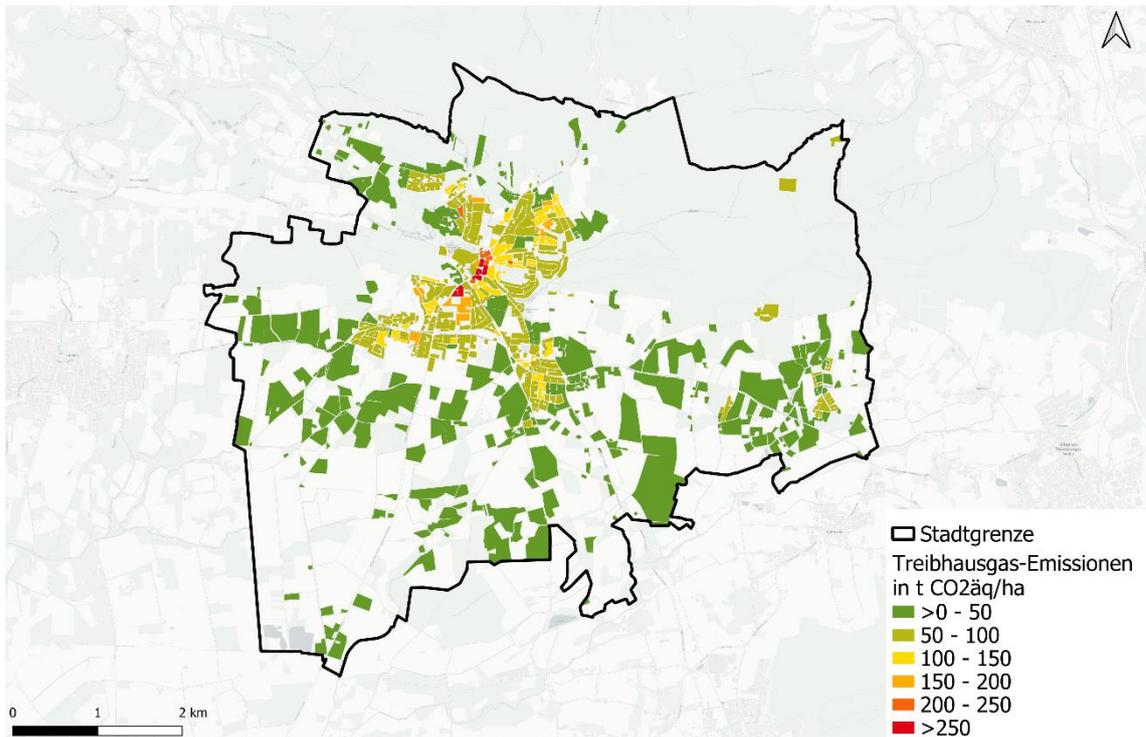


Abbildung 15: Spezifische Treibhausgasemissionen in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)

1.3.2.5 Endenergieverbrauch nach Energieträgern

Nachfolgend werden die **Endenergieverbräuche baublockbezogen** nach dem Anteil des jeweiligen **Endenergieträgers** dargestellt. Hieraus lässt sich nicht direkt ableiten, welcher Heizungstyp in welchen Quartieren vorherrschend ist, sondern wo der jeweilige Heizungstyp mehr und weniger konzentriert („überhaupt“) auftritt.

Nachfolgend finden sich Grafiken für die Energieträger: Gas (gelb) und Heizöl (hellgrau), Die Einfärbung folgt immer der Logik: Je stärker der Farbton, desto höher der Anteil.

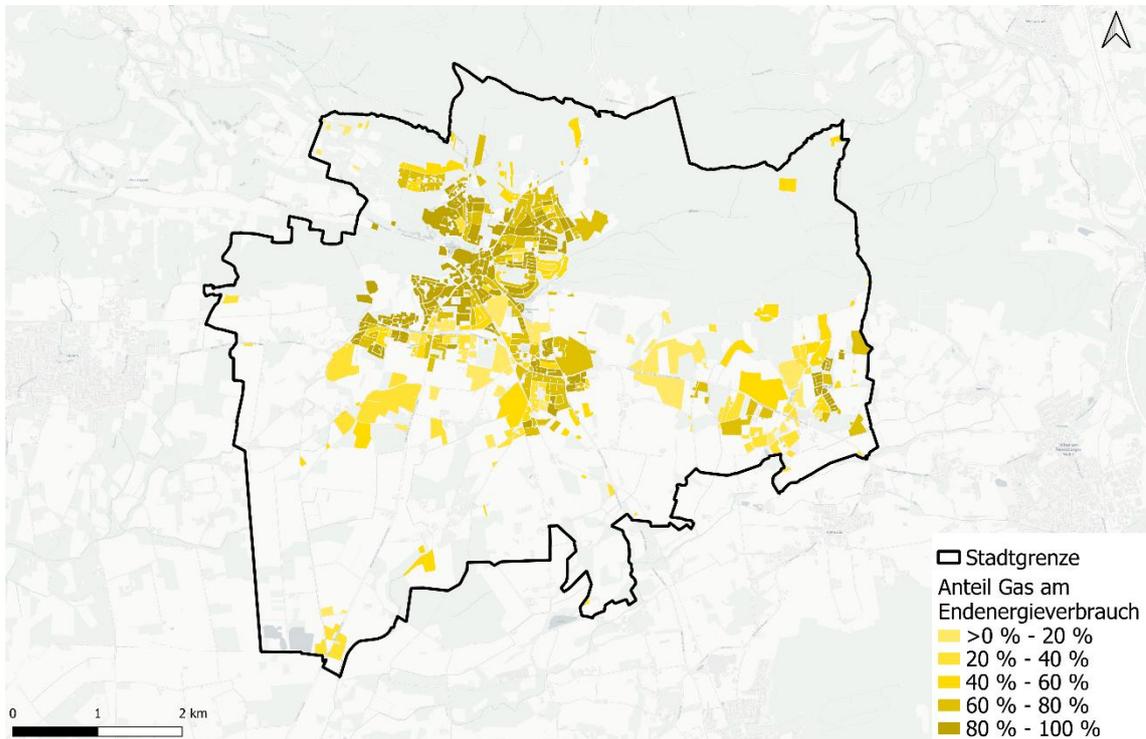


Abbildung 16: Anteil Gas am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

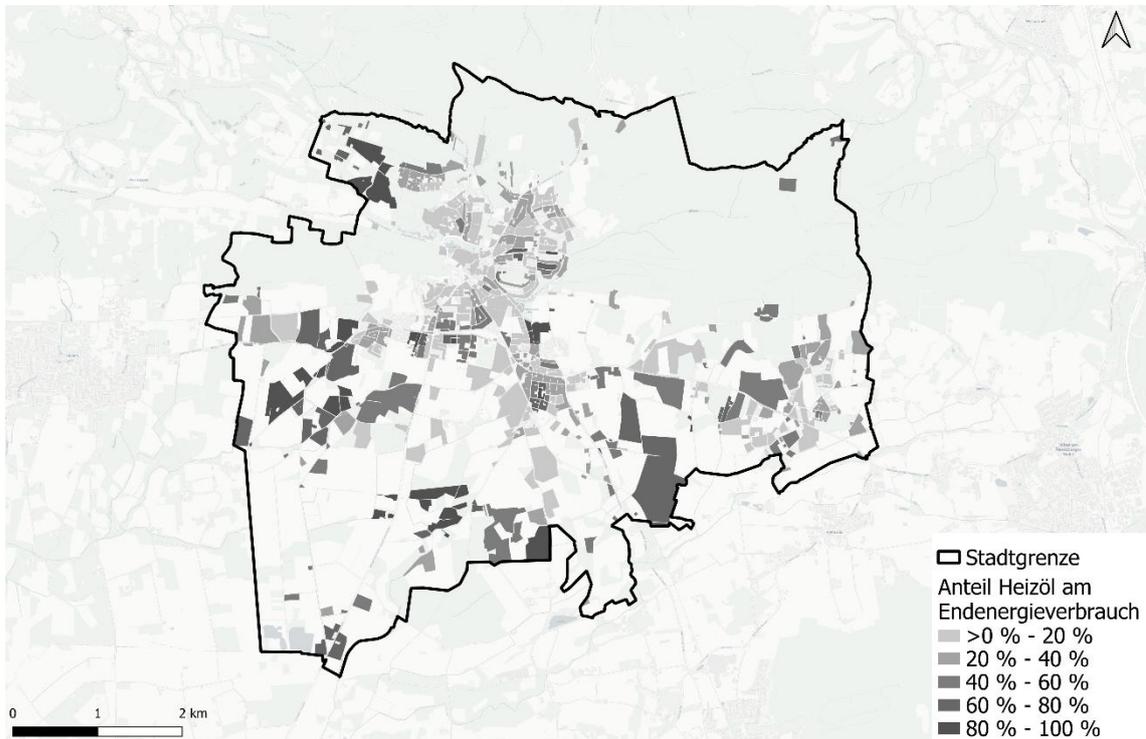


Abbildung 17: Anteil Heizöl am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

Die Darstellungen der Energieträger Biomasse, Strom, Umweltwärme, Flüssiggas und Wärmenetze sind im Anhang zu finden (Abschnitt 5.1).

Gas weist fast in den Ortskernen hohe Anteile auf, was in diesen Bereichen auf eine hohe Anschlussquote an das Gasnetz schließen lässt. Es existiert ein Wärmenetz, in welchem ein Schulkomplex über eine Leitung mit Wärme aus einem Biogas-BHKW versorgt wird. Heizöl ist als zweitwichtigster Energieträger vor allem dort vertreten, wo es weniger oder keine Gasanteile gibt. Primär lässt sich dieser Energieträger in den vereinzelten Siedlungen außerhalb der Stadt Bad Iburg finden. Nachtspeicherheizungen sind nur punktuell vorhanden und spielen eine untergeordnete Rolle. Umweltwärme lässt auf die Positionen von Wärmepumpen schließen, wobei diese nur im geringen Umfang auftreten. Dies gilt auch für Flüssiggas.

1.3.2.6 Anzahl dezentraler Erzeuger

Zum Vorstehenden grenzt sich die nachfolgende Darstellung insofern ab, als sie – ebenfalls baublockbezogen und die Endenergieträger (formal die „Art der Wärmeerzeuger“, was zum selben Ergebnis führt) in den Blick nehmend – nicht auf den Endenergieverbrauch, sondern auf die **Anzahl der dezentralen Wärmeerzeuger** abstellt. Die Ergebnisse ähneln sich insofern erwartungsgemäß. Es gibt aber zum einen eine gewisse Verzerrung, da hier die absoluten Anzahlen an Wärmeerzeugern und keine Anteile

dargestellt werden. Somit stehen hier vor allem Baublöcke mit vielen Gebäuden, aber auch solche mit vielen Etagenheizungen (meist eine Heizung je Etage statt einer Zentralheizung) heraus. Zum anderen sind nicht Strom oder Umweltwärme als Energieträger, sondern Nachtspeicherheizungen oder Wärmepumpen als Wärmeerzeuger dargestellt.

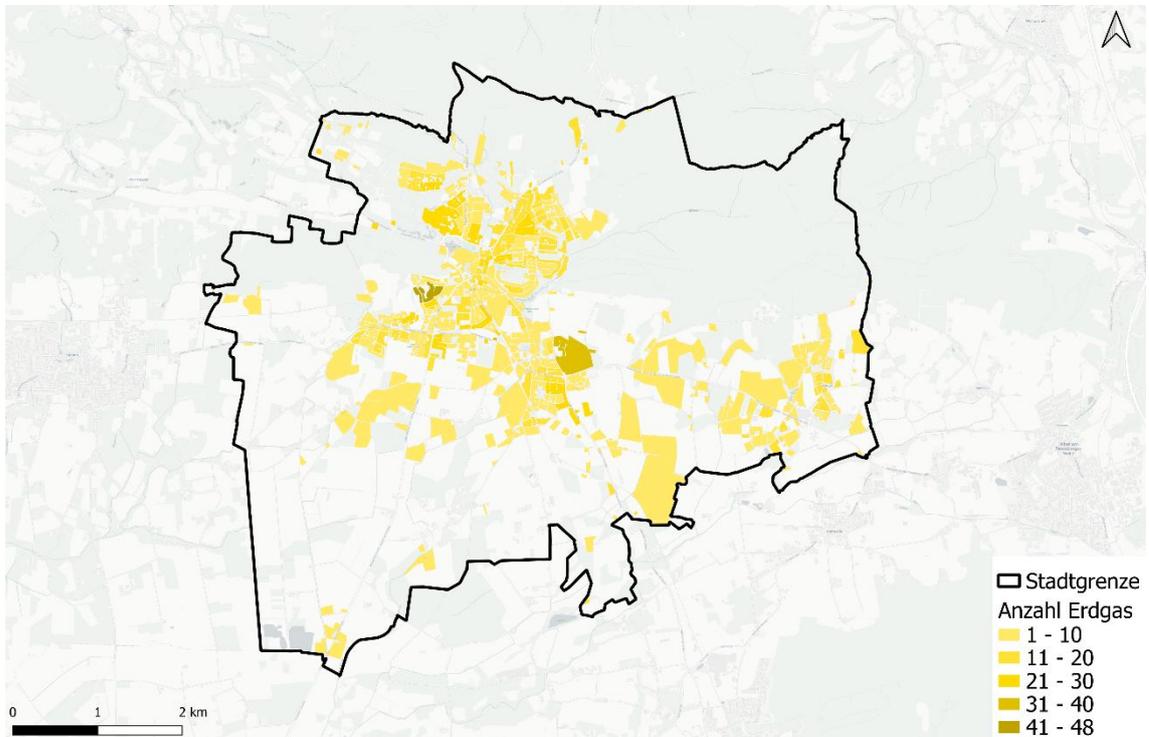


Abbildung 18: Anzahl Erdgas Wärmeerzeuger in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

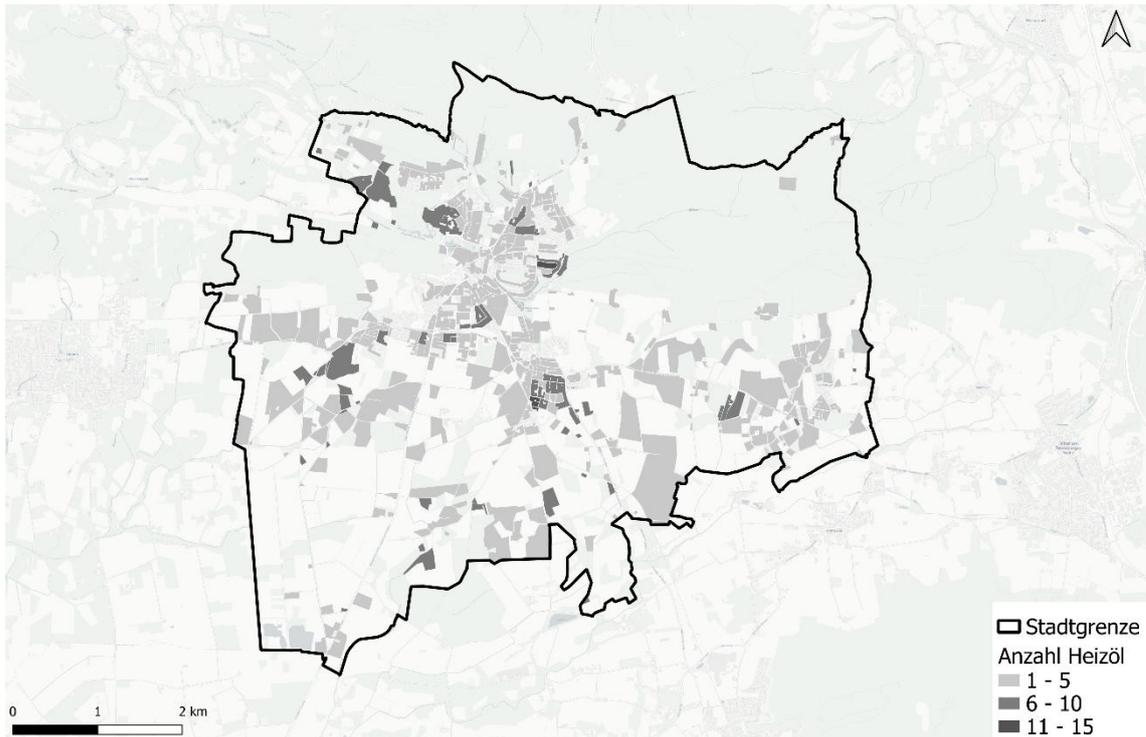


Abbildung 19: Anzahl Heizöl Wärmerezeuger in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

Die Darstellungen der Wärmerezeuger Biomasse, Wärmepumpen, Nachtspeicherheizungen und Flüssiggas sind im Anhang zu finden (Abschnitt 5.2).

Hieraus lässt sich ableiten, dass die dominierende Erzeugerart der gasbasierte Kessel ist, gefolgt von Heizölkesseln. Im weiteren aus geringeren Umfang sind Erzeuger auf Basis von Biomasse an dritter Stelle zu nennen.

1.3.3 Gebäudestruktur und Großverbraucher

1.3.3.1 Gebäudetypen¹⁵

Die folgende Darstellung zeigt die Verteilung der Gebäudetypen nach Endenergieverbrauch. Hierbei überwiegen, wie bereits oben dargestellt, die Wohngebäude. Diese setzen sich wiederum aus Einfamilienhäusern (EFH), Reihenhäusern (RH), Mehrfamilienhäusern (MFH) und großen Mehrfamilienhäusern (GMFH) zusammen, wobei letztere in Bad Iburg nicht auftreten. Dabei überwiegen stark die Einfamilienhäuser und Mehrfamilienhäuser, aber auch die Mischtypen. Bei den Mischtypen handelt es sich um Gebäude, die dem Wärmetlas nach sowohl Wohn- als auch Gewerbenutzung an einer Adresse aufweisen. Dies beinhaltet zu einem großen Teil auch Bauernhöfe.

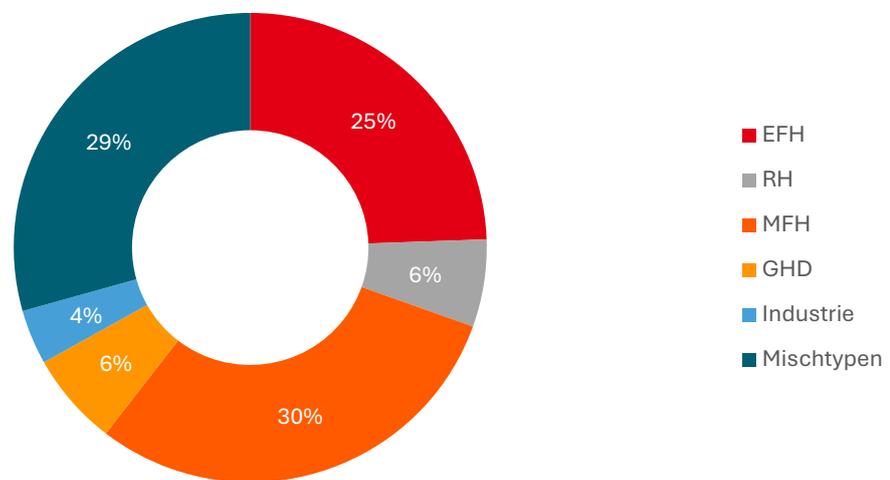


Abbildung 20: Auswertung des Endenergieverbrauchs nach Gebäudetypen in Bad Iburg

¹⁵ EFH: Einfamilienhaus; RH: Reihenhäuser; MFH: Mehrfamilienhaus; GMFH: Großes Mehrfamilienhaus; GHD: Gewerbe, Handel, Dienstleistungen

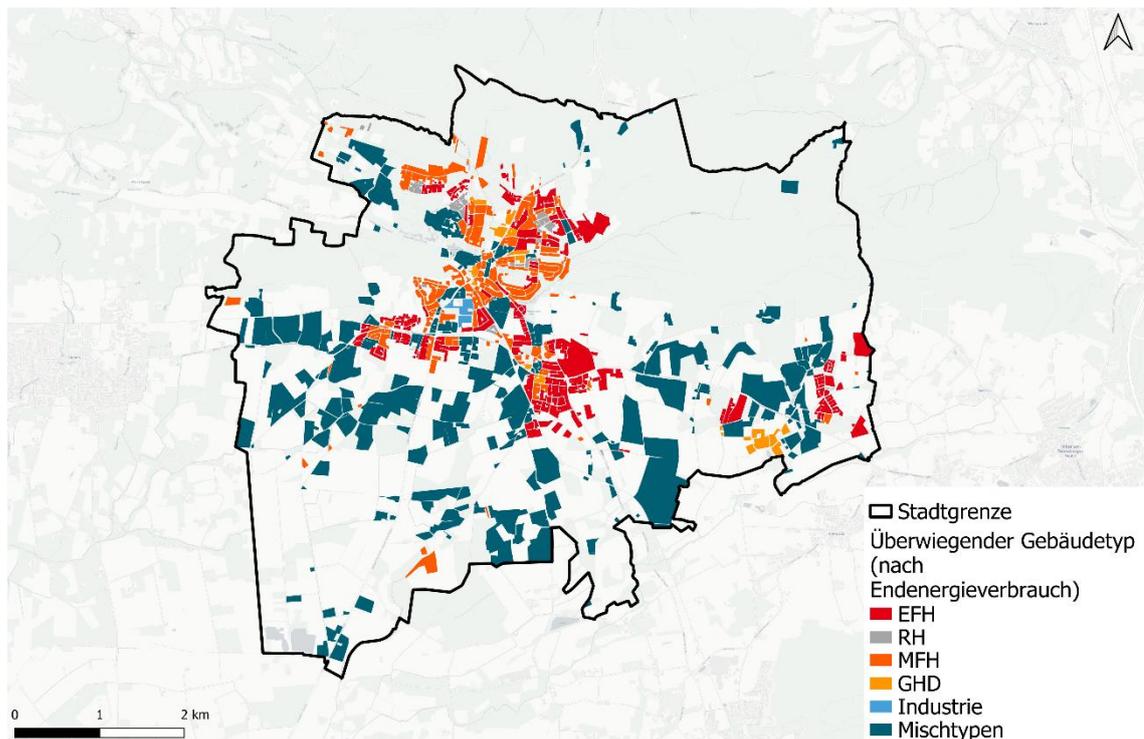


Abbildung 21: **Überwiegende** Gebäudetypen nach Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

Diese Darstellung der überwiegenden Gebäudetypen zeigt insbesondere die Lage von dichter besiedelten Wohnbereichen in den Ortschaften zu gewerblichen genutzten Gebäuden sowie zu einzelnen Ansiedlungen mit Gebäudemischtypen in den ländlicheren Gebieten. Wichtig ist aber zu bemerken, dass sich aus dem überwiegenden Anteil eines Gebäudetyps nicht zwangsläufig eine starke Dominanz dieses Gebäudetyps begründen lässt. Beispielsweise zeigt der überwiegende Anteil roter Bereiche auch Baublöcke an, in denen es auch nennenswerte Anteile von Mehrfamilienhäusern gibt. Mischtypen sind definiert als Bereiche, in denen Gebäude mit gemeinsamer Wohn- und Gewerbenutzung überwiegen, auf diese entfällt ein vergleichsweise hoher Anteil. Dies ist mit der im Wärmetlas vorgegebenen Einteilung der Gebäude in Sektoren zu begründen, bei denen oftmals einzelne Gebäudeteile einer Adresse unterschiedlichen Sektoren zugeordnet werden. In diesem Fall werden die Gebäude in der Mischtypen-Klasse erfasst. Diese befinden sich überwiegend in Gebieten mit geringen Wärmeverbrauchsichten.

1.3.3.2 Gebäudealter

Für die Potenzialanalyse von höchster Relevanz – konkret für die Möglichkeiten der Energiebedarfsreduktion durch Sanierungsmaßnahmen (insbesondere Dämmmaßnahmen) – sind die überwiegenden **Altersstrukturen der Gebäude**. Insbesondere Wohnhäuser älterer Baujahre haben bekanntermaßen sehr niedrige Dämmstandards und entsprechend hohe Wärmeverluste, die das intensive und fortwährende Heizen unter Einsatz hoher Temperaturen erforderlich machen. Jedoch können einige der Gebäude bereits saniert sein, was in dieser Darstellung nicht enthalten ist. Dieser Punkt wird bei der Potenzialanalyse nochmals aufgegriffen.

Die Verteilung der Baualtersklassen nach Anzahl der Gebäude ist in aggregierter Form in folgender Abbildung dargestellt. Dabei zeigt sich ein sehr großer Anteil von Gebäuden, die zwischen 1949 und 1978 errichtet wurden.

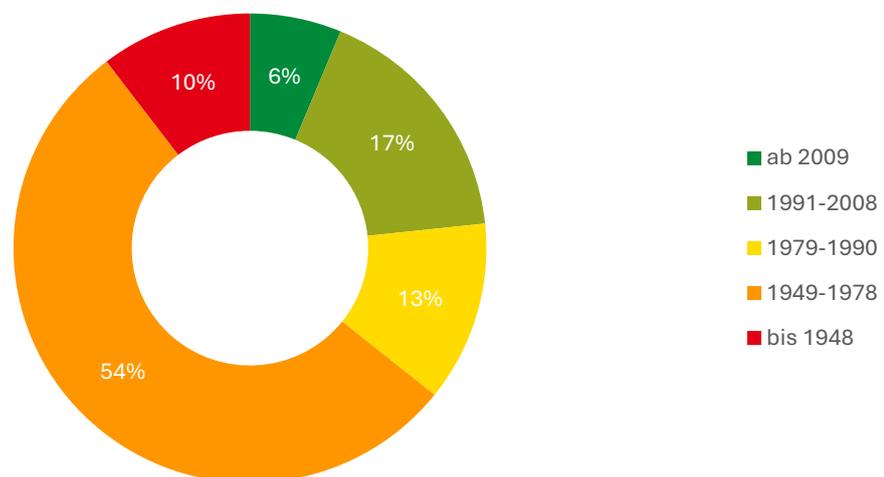


Abbildung 22: Verteilung der Baualtersklassen nach Anzahl in Bad Iburg

Die folgende Karte zeigt die räumliche Verteilung der Baualtersklassen. Dabei ist zu betonen, dass es sich um die nach Endenergieverbrauch überwiegende Baualtersklasse handelt. Somit wird bei durchmischten bebauten Baublöcken nur das dominierende Baualter dargestellt. Besonders neuere Baualter weisen eher geringere spezifische Endenergieverbräuche auf und werden so oft durch ältere Baualtersklassen überwogen.

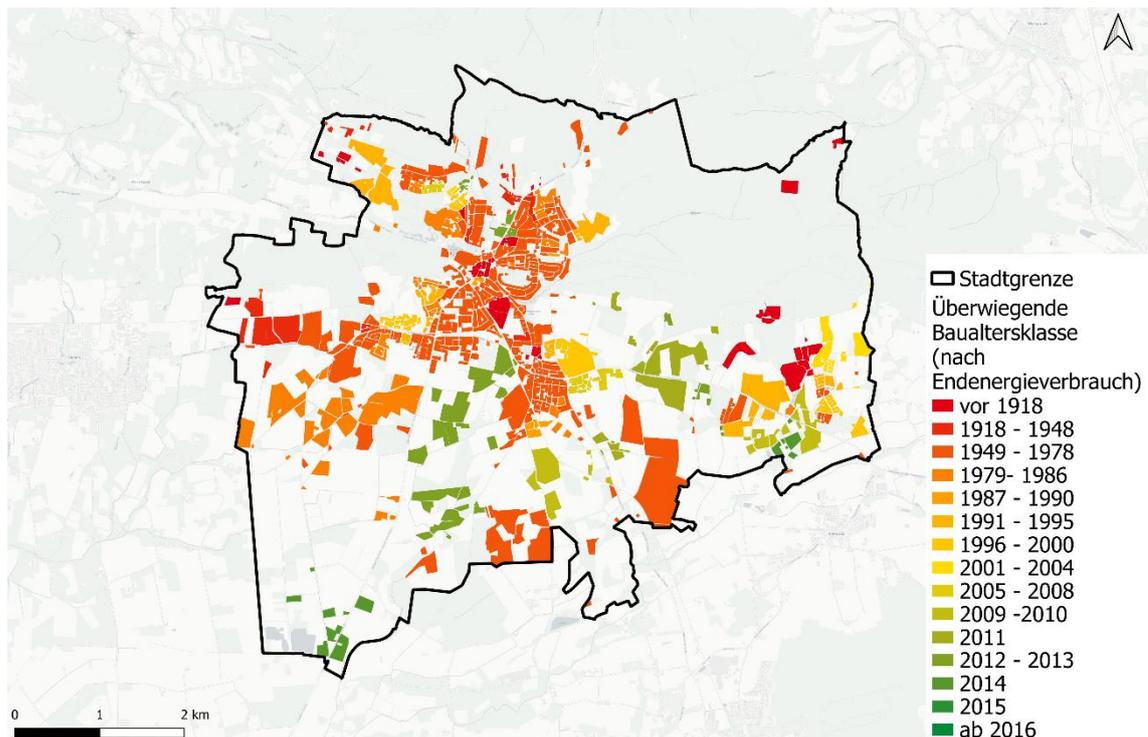


Abbildung 23: **Überwiegende** Baualtersklasse nach Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

Die Karte der Baualtersklassen zeigt, dass die Gebäude in Bad Iburg ganz überwiegend aus frühen Baujahren stammen. Die Gebiete mit überwiegend altem Gebäudebestand überlappen stark mit den Gebieten, die eine hohe Wärmeverbrauchsdichte aufweisen. Ein „sattes Grün“, also Gebäude, die innerhalb der letzten rund 20 Jahre errichtet wurden, findet sich vermehrt in den kleineren südlichen Ortschaften der Kommune. Dabei handelt es sich vor allem um vereinzelte, jüngere Ansiedlungen von Industrie und Gewerbe. Insgesamt ist daher von einem hohen Potenzial bei der Energiebedarfsreduktion auszugehen.

In Abbildung 24 ist zusätzlich die Aufteilung des Endenergieverbrauchs auf Energieeffizienzklassen dargestellt. Dabei fällt auf, dass die Energieeffizienzklassen A+ bis D etwa 44 Prozent des Energieverbrauchs ausmachen. Energieeffizienzklassen G und H repräsentieren 30 Prozent des Endenergieverbrauchs. Hier ist mit hohem Einsparpotenzial durch Sanierung zu rechnen.

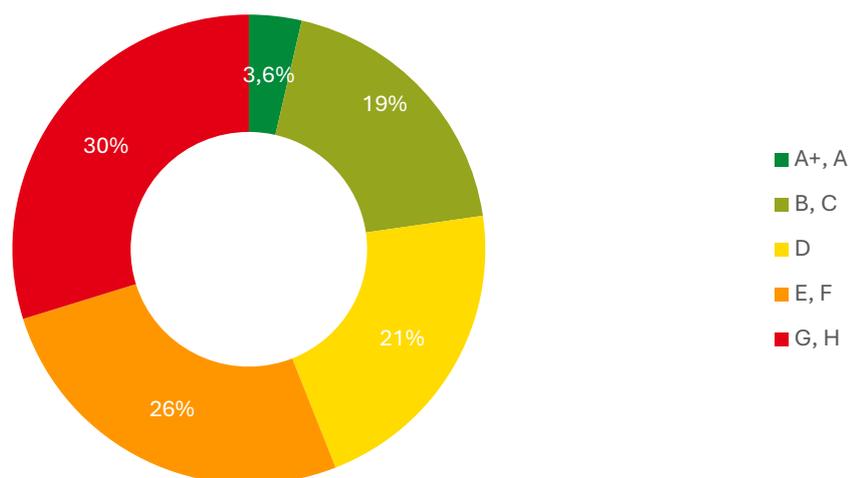


Abbildung 24: Auswertung des Endenergieverbrauchs nach Energieeffizienzklassen in Bad Iburg

1.3.3.3 Großverbraucher

Das Wärmeplanungsgesetz fordert auch die Darstellung:

- bestehender oder potenzieller **Großverbraucher** von **Wärme** oder **Gas** oder
- potenzielle **Großverbraucher grüner Gase** für die stoffliche Nutzung.

Die (potenziellen) Großverbraucher von Wärme und Gas definieren sich in diesem Wärmeplan in Anlehnung an das Energieeffizienzgesetz (EnEfG) und den Leitfaden vom BMWK und BMWSB durch einen Verbrauch (Endenergie) von mehr als 2,5 GWh/a¹⁶. Als Datenbasis wurde hier der Wärmeatlas verwendet.

Zukünftige Großverbraucher grüner Gase sind nach dem WPG potenzielle Nutzer von grünem, blauem, orangem oder türkischem Wasserstoff sowie Biogas, Biomethan oder Grubengas zu stofflichen Zwecken.

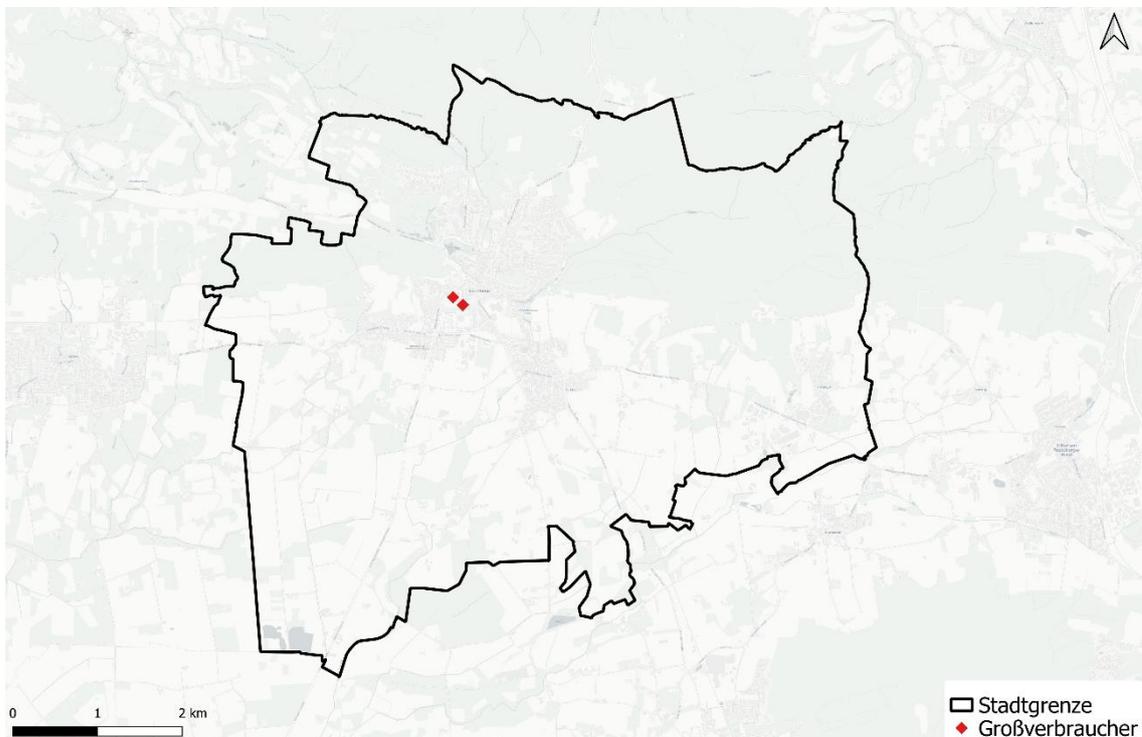


Abbildung 25: Großverbraucher in Bad Iburg¹

Es sind nach den vorstehenden Definitionen zwei Großverbraucher auszuweisen. Großverbraucher wurden im Rahmen der Akteursbeteiligung als wesentliche Stakeholder beteiligt.

¹⁶ Große industrielle und gewerbliche Energieverbraucher haben erst zum 31.12.2024 Daten vorzulegen zu nutzbaren Abwärmepotenzialen, hier ist zu gegebener Zeit eine Überprüfung der Daten durchzuführen.

1.3.4 Infrastruktur und Erzeugung

Zur Ermittlung der nachfolgend dargestellten Daten wurden alle bekannten bzw. ermittelbaren Netzbetreiber kontaktiert. Die Veröffentlichung des Zwischenberichts dient u. a. dazu, diese Daten zu vervollständigen.

1.3.4.1 Wärmenetze

In der folgenden Grafik ist ein bestehendes **Wärmenetz aus dem Jahr 2018** dargestellt. Gebäudenetze werden aufgrund ihrer geringen Größe vernachlässigt.

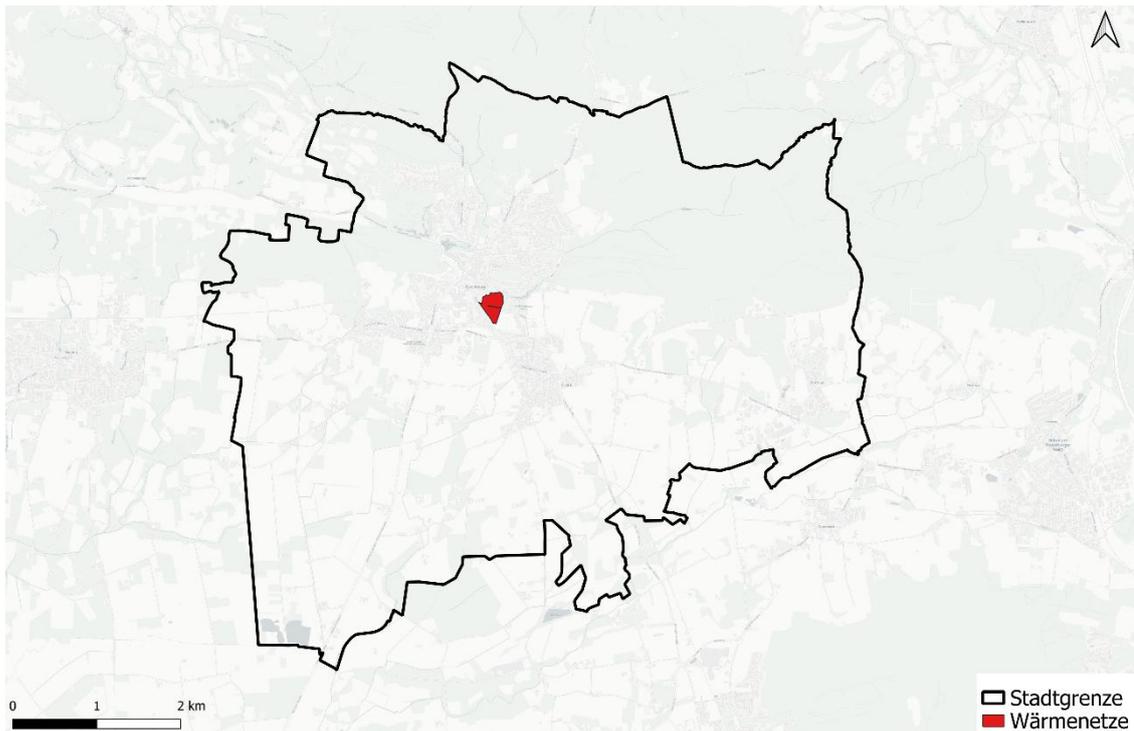


Abbildung 26: Wärmenetze in Bad Iburg¹

Nr.	Art (Wasser oder Dampf)	Jahr der Inbetriebnahme	Temperatur in °C (VL/RL)	Gesamte Trassenlänge in km	Anzahl der Anschlüsse
1	Wasser	2018	ca. 83/60	2,0	Aktuell 1

Tabelle 1: Daten der Erzeugungsanlagen der Wärmenetze in Bad Iburg (2024)

Bei dem in Bad Iburg vorliegenden Wärmenetz handelt es sich um die Versorgung eines Schulkomplexes mit einer Wärmeleitung von 2 km Länge, in welche ein Biogas-BHKW mit ca. von 300 kWth einspeist. Nähere Informationen zum Wärmeversorger sind in Abschnitt 1.3.4.4 zu finden.

1.3.4.2 Gasnetze

Die Gasverteilnetze innerhalb der Gemarkungsgrenzen sind bekannt (die Lage ist gemäß WPG auf Baublockebene und nicht leitungsbezogen dargestellt):

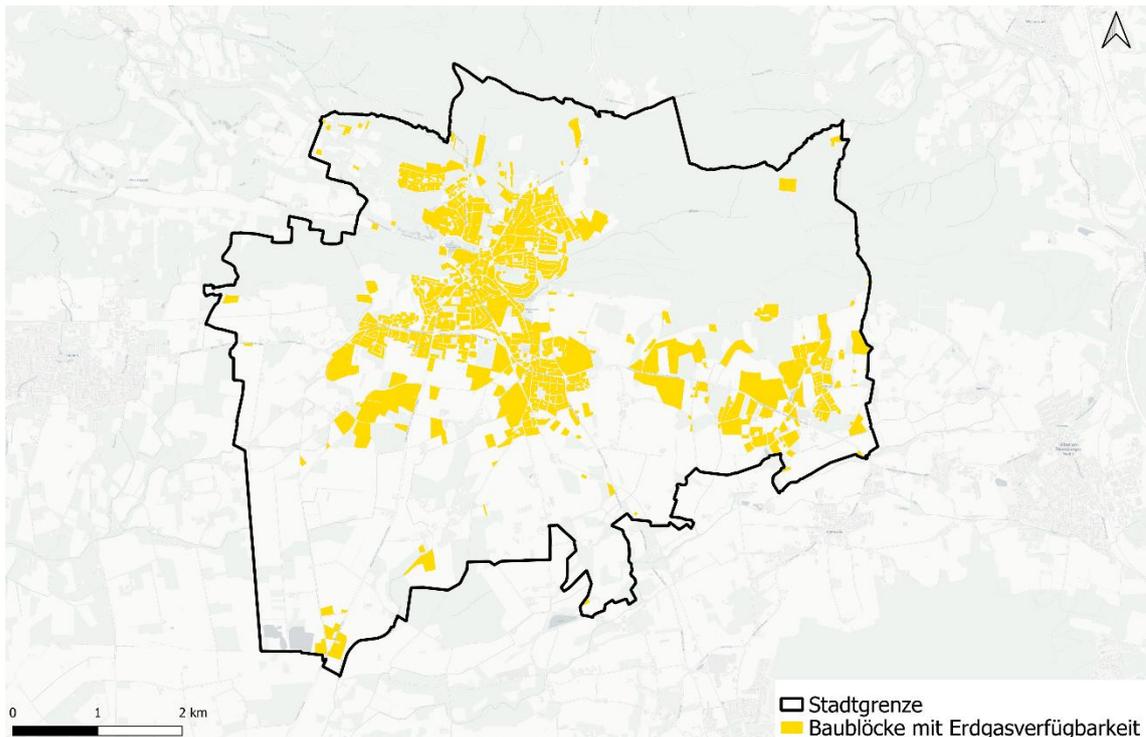


Abbildung 27: Darstellung der mit Erdgas versorgten Gebiete in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

Das Gasnetz hat eine Gesamtlänge von 74 km. Auf Basis der aktuell mit Gas versorgten Gebäude ergeben sich 1.874 Anschlüsse.

Bad Iburg ist insgesamt sehr weitgehend mit Gas erschlossen. Über 60 Prozent aller Heizungen sind gasbetrieben (bezogen auf den Endenergieverbrauch). Entsprechend hoch sind die Dekarbonisierungspotenziale. Perspektivisch wird ein Anstieg der Gaspreise für Endkundinnen und -kunden (also inkl. steigender CO₂-Preise, Gasnetznutzungsentgelte etc.) erwartet. Dabei steigen die CO₂-Preise zunächst durch die im Bundesemissionshandelsgesetz angelegte Steigerung und ab 2027 durch den Wechsel in den öffentlichen Emissionshandel. Bei den Gasnetznutzungsentgelten wird aufgrund der durch Energieträgerwechsel und Energieeinsparungen erwartbar rückläufigen Gasmengen von einer Steigerung ausgegangen. Dadurch geht eine entsprechend hohe Erwartungshaltung an alternative Versorgungslösungen einher. Diese richtet sich an Politik und Versorgungswirtschaft dahingehend, für die Bereitstellung dieser alternativen Lösungen in der Breite zu angemessenen Kosten zu sorgen.

1.3.4.3 Abwasserleitungen

Aus der Restwärme von Abwässern in der Kanalisation kann mit dem Einsatz von Wärmepumpen Wärme für Wärmenetze bereitgestellt werden. Generell liegt die erforderliche Mindestnenngroße der Kanäle für eine Abwärmegewinnung bei DN 800. Ab dieser Nennweite kann eine Potenzialanalyse durchgeführt werden. In Bad Iburg weisen alle Kanalabschnitte einen Nennweite unterhalb von DN 800 auf, so dass das Potenzial hier

nicht weiter untersucht wurde. Weiterer Untersuchungsbedarf besteht noch bezüglich der Kläranlage (vgl. Kapitel 2.3.2.6.2)

1.3.4.4 Wärmeerzeuger

Für eine erfolgreiche kommunale Wärmeplanung genügt es nicht, Energiebedarfe zu reduzieren und die verbrauchsseitigen Potenziale für Wärmenetze, etwa über Wärmeliniendichten, zu betrachten. Ohne geeignete Wärmequellen kann keine passende Lösung gefunden werden. Somit sind die **Standorte von bestehenden, bereits geplanten oder genehmigten Wärmeerzeugungsanlagen**, die in Wärmenetze einspeisen, von wesentlicher Bedeutung für die Analysen.

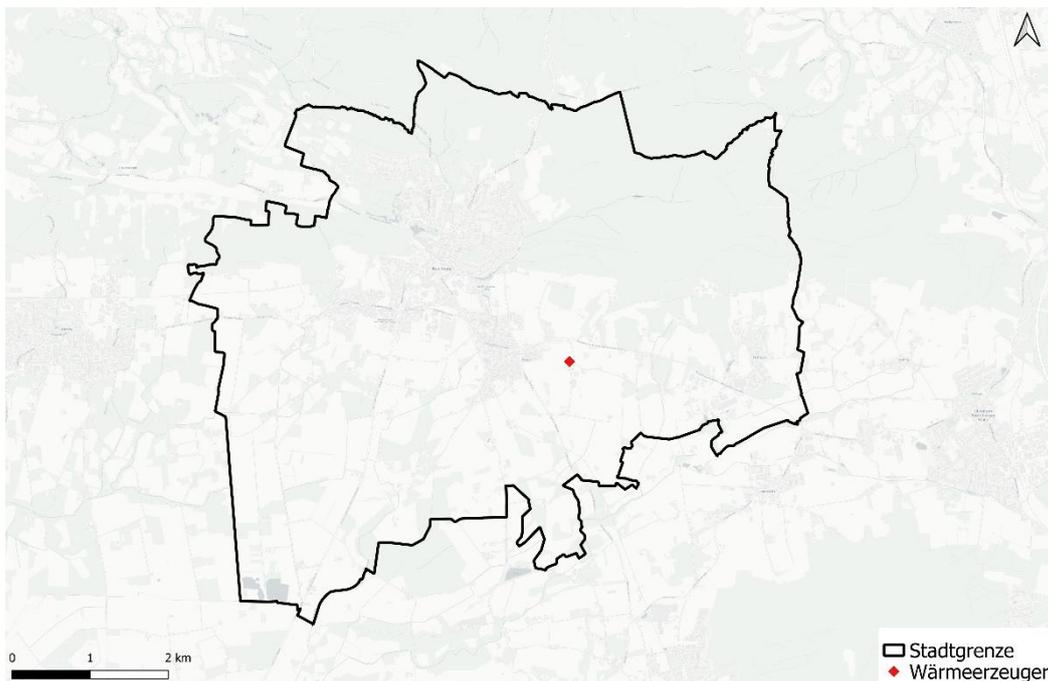


Abbildung 28: Wärmeerzeugungsanlage des Wärmenetzes in Bad Iburg¹

Nr.	Anlage	Thermische Nennleistung in kW	Jahr der Inbetriebnahme	Energieträger
1	Verbrennungsmotor	426	2011	Biogas

Tabelle 1: Daten der Erzeugungsanlagen der Wärmenetze in Bad Iburg (2024)

Als zentraler Wärmeerzeuger ist hier einzig ein Biogas-BHKW im Süd-Osten von Bad Iburg zu nennen. Die Anlage speist ihre produzierte Wärmemenge in Höhe von 1,5 GWh/a in eine Wärmeleitung ein und versorgt damit einen in der Nähe befindlichen Schulkomplex (vgl. Abbildung 26). Weitere 2 GWh/a Wärme werden für den Eigenverbrauch in privaten und landwirtschaftlichen Gebäuden bzw. Anlagen erzeugt.

1.3.4.5 Speicher

Wärmespeicher(standorte) sind wichtige Komponenten für die Wärmeerzeugung. Sie können im Einzelfall für die Flexibilität sorgen, die den Erzeugungsbetrieb vom prohibitiven in den technisch-wirtschaftlich darstellbaren Bereich verhelfen. Für Bad Iburg konnten keine Wärmespeicher identifiziert werden.

Aus den verfügbaren Daten konnten im Untersuchungsgebiet auch keine Standorte für Gasspeicher ermittelt werden.

1.3.4.6 Wasserstoff

Es sind keine bestehenden oder geplanten Wasserstofferzeugungsanlagen bekannt.

1.4 Ergebnisse und weiteres Vorgehen

Im Rahmen der Bestandsanalyse wurde die Ausgangssituation der heutigen Wärmeversorgung in Bad Iburg untersucht und dokumentiert: Die Gebäudetypen mit ihrem jeweiligen Baualter und Sanierungszustand generieren einen konkreten Wärmebedarf, der mit unterschiedlichen Heiztechnologien bedient wird. Die Informationen sind in einem Wärmeatlas für Bad Iburg zusammengetragen worden.

In Bad Iburg wurden **2.778 beheizte Gebäude** mit einem Endenergieverbrauch von **116 Mio. kWh** bzw. einem Wärmebedarf von **86 Mio. kWh** erfasst. Dabei ist der Endenergieverbrauch die eingesetzte Energie, z. B. die kWh Gas oder Heizöl, wohingegen der Wärmebedarf die genutzte Wärme, d. h. die Wärme aus dem Heizkörper und das warme Wasser aus dem Wasserhahn ist. Die für die Beheizung erforderlichen 3.198 Wärmeerzeuger werden zu über 92 Prozent fossil (71 Prozent Gas und 21 Prozent Öl) betrieben und führen zu aktuellen jährlichen Treibhausgasemissionen von 27.000 t CO₂-Äquivalenten. Eine Konzentration des Wärmebedarfs befindet sich einerseits im Innenstadtbereich von Bad Iburg, aber auch im Bereich von Glane. Es ist nur ein Wärmenetz als kleines Inselnetz vorhanden. Kälteinfrastrukturen könnten nicht ermittelt werden.

Die Auswertungen dienen als Grundlage für die Potenzialanalyse, d. h. die Ermittlung der Potenziale für Reduktion der Wärmebedarfe sowie für Erneuerbare Wärmequellen und insbesondere für unvermeidbare Abwärme.

Zur Vorbereitung der Potenzialanalyse erfolgte bereits eine erste Stakeholder-Konsultation in Form von Fragebögen, Workshops und bilateralen Gesprächen.

2 Potenzialanalyse



Aufgabenstellung: Was ist möglich?



Ziel: Verbrauch und Verschwendung erkennen, EE-Potenzial des Restbedarfs, konkret:

- Kenntnis der Potenziale zur Senkung des Wärmebedarfs von Gebäuden (Wohn- und Nichtwohngebäude)
- Kenntnis der Potenziale zur Senkung des Prozesswärmebedarfs von Gewerbe und Industrie
- Potentiale zum Einsatz Erneuerbarer Wärmequellen (Umweltwärme, Geothermie, Solarthermie, Biomasse, ggf. EE-Stromerzeugung) und Nutzung von Abwärme



Ergebnis: Wärmeatlas mit erweiterten Informationen je Gebäude, konkret:

- Perspektivischer Referenz-Verbrauch unter Berücksichtigung äußerer Einflussgrößen
- absehbare Anpassungen im Wärmebedarf nach Durchführung möglicher und sinnvoller Effizienzmaßnahmen
- Potentiale durch Erneuerbare und Abwärmenutzung
- Mögliche Quellen: i.d.R. Aufstellung eigener Szenarien mit Entwicklung von Einschätzungen zu möglichen Bedarfsanpassungen durch Effizienz sowie der möglichen Nutzung von Energieträgern und Erzeugungsbzw. Speicher-Technologien

2.1 Aufgabenstellung

Die Potenzialanalyse untersucht zunächst, wo und wie der heutige Wärmebedarf durch geeignete Maßnahmen reduziert werden kann. Eine Reduzierung des Wärmebedarfs zahlt auf die Reduzierung der THG-Emissionen ein und erleichtert die Aufgabe zur Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung. Es wird aber auch nach diesen Bedarfsreduktionen weiterhin die Notwendigkeit bestehen, Raumwärme, Wärme für die Warmwasserbereitung und Prozesswärme in großem Umfang bereitzustellen. Wie dies durch grüne und regenerative Technologien¹⁷, die im WPG definiert sind, möglich ist, wird im zweiten Teil der Potenzialanalyse beleuchtet. Die Potenzialanalyse zeigt dabei die theoretischen Potenziale auf, die um bestehende technische Restriktionen reduziert werden.

Wie kann der Wärmebedarf in der Kommune reduziert werden und wie kann der Restbedarf treibhausgasneutral, kosteneffizient und nachhaltig gedeckt werden?

2.2 Datenbasis

Für die Potenzialanalyse wurden diverse Datenquellen untersucht, die wesentlichen sind nachfolgend aufgeführt:

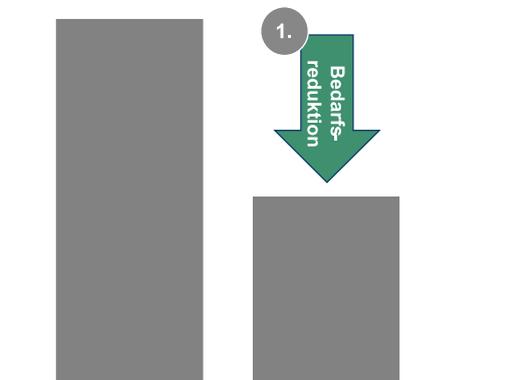
- Informationen von der Stadt Bad Iburg
- Informationen des Kreises Osnabrück (z. B. Solarkataster)
- Daten der TEN
- Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen
- Ermittlungen und Berechnungen BET
- Informationen aus den Stakeholderprozessen

¹⁷ Definition: § 3 WPG Absatz 1 Nr. 15 „Wärme aus erneuerbaren Energien“

2.3 Analyse

2.3.1 Potenzial zur Senkung des Wärmebedarfs

Die beste Kilowattstunde ist im Sinne des Klimaschutzes stets diejenige, welche nicht benötigt wird. Demnach liegt offensichtlich **ein großes Potenzial zum Schutz des Klimas im Wärmesektor in der Vermeidung bzw. der Reduktion von Wärmebedarf**. Die „Senkung des Wärmebedarfs im Gebäudewärmebereich“ bedeutet im Kern die **Dämmung** von Gebäuden. Zudem wird es voraussichtlich auch zu einer Reduktion des Bedarfs durch den Klimawandel kommen: Durch im Mittel höhere Umgebungstemperaturen sinkt der Wärmebedarf im Durchschnitt. Weitere Effekte, die jedoch hier nicht betrachtet werden, sind z. B. verändertes Nutzerverhalten durch größeres Bewusstsein für den Energieverbrauch oder auch Veränderungen durch den demografischen Wandel.



Zur Ermittlung des Reduktionspotenzials für den Wärmebedarf wird für den Bestand folgende Systematik angewendet:

Die im Wärmeetlas hinterlegten Gebäude werden anhand der aus dem KEAN-Wärmeetlas übernommenen Gebäudetypen und Baualtersklassen entsprechend der TABULA-Typologie eingeteilt. Die TABULA-Typologie¹⁸ basiert auf einem Forschungsprojekt, in dem der EU-weite Gebäudebestand betrachtet wurde und Typgebäude unterschiedlicher Größe (Einfamilienhaus, Reihenhaus, Mehrfamilienhaus, Großes Mehrfamilienhaus) und unterschiedlichen Alters (vor 1860 bis heutiger Neubau) kombiniert und analysiert wurden. Dabei wurde auch der Einfluss von Sanierung auf den Endenergieverbrauch untersucht. Da Nicht-Wohngebäude oder gemischt genutzte Gebäude in der Typologie nicht enthalten sind, werden diese vereinfacht wie Mehrfamilienhäuser behandelt. Dies ist eine geeignete Näherung für durchschnittliches Gewerbe, welches sich v. a. durch Raumwärme- und Warmwasserbedarf auszeichnet. Die Berechnung des spezifischen Wärmebedarfs nach Sanierung erfolgt gemäß der im Modernisierungspaket 2 hinterlegten Klassifizierung als „zukunftsweisend“ je Typgebäude (entspricht in etwa einer Sanierung auf Energieeffizienzklasse B bis C) und wird für die Bestimmung des Sanierungspotenzials verwendet. Denkmalgeschützte Gebäude werden abhängig von der Art des Denkmalschutzes betrachtet:

- Bei Einzeldenkmalen, die sowohl innen als auch außen geschützt sind, werden lediglich 20 Prozent der möglichen Sanierungstiefe angenommen.
- In Denkmalbereichen, bei denen lediglich die Außenhaut der Gebäude geschützt ist, wird eine Sanierungstiefe von 40 Prozent der Vollsanierung angenommen.

¹⁸ <https://www.iwu.de/forschung/gebaeudebestand/tabula/>

Die nachfolgenden Grafiken zeigen als aggregierte Ergebnisse das theoretische Reduktionspotenzial unter Betrachtung der Gesamtzahl der Gebäude. Statt des Endenergieverbrauchs wird hier der Wärmebedarf verwendet, da die Wärmebedarfsreduktion unabhängig vom Energieträger bzw. Heizungstyps ist.

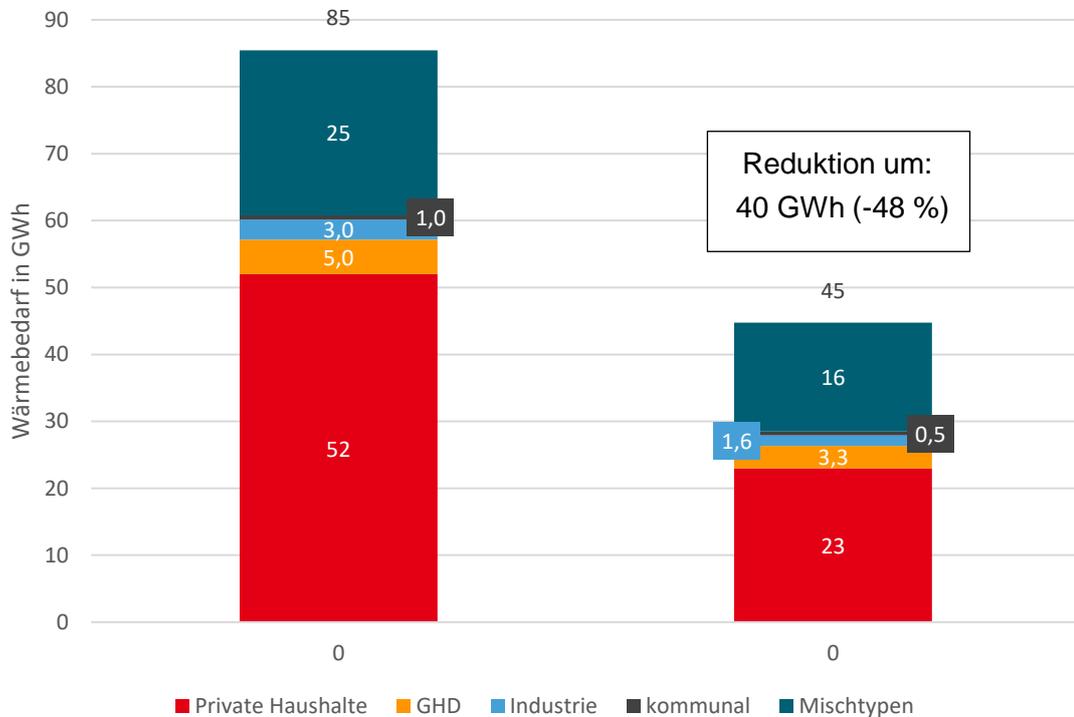


Abbildung 29: Wärmebedarf für Raumwärme und Warmwasser im Status quo und nach Nutzung des gesamten Reduktionspotenzials in Bad Iburg

Das theoretische Potenzial zur Reduktion des Wärmebedarfs beträgt 40 GWh/a, entsprechend rund 48 Prozent des aktuellen Wärmebedarfs. Die sektorscharfe Auswertung zeigt, dass die höchste relative Reduktion bei privaten Haushalten möglich ist, gefolgt von den kommunalen Gebäuden.

Die kartografische Abbildung 30 zeigt die lokale Verortung der Sanierungspotenziale. Die Realisierung dieses theoretischen Potenzials entspricht bei einer Umsetzung bis zum Jahr 2045 einer theoretischen Sanierungsquote von 5 Prozent jährlich bezogen auf alle Gebäude. Diese Quote liegt weit oberhalb des heutigen Wertes von jährlich ca. 1 Prozent und auch deutlich höher als gängige Annahmen für zukünftig steigende Sanierungsquoten. Die realistisch angesetzten Sanierungsquoten werden im Kapitel 3.2 im Rahmen der zukünftigen Wärmebedarfsentwicklung näher betrachtet.

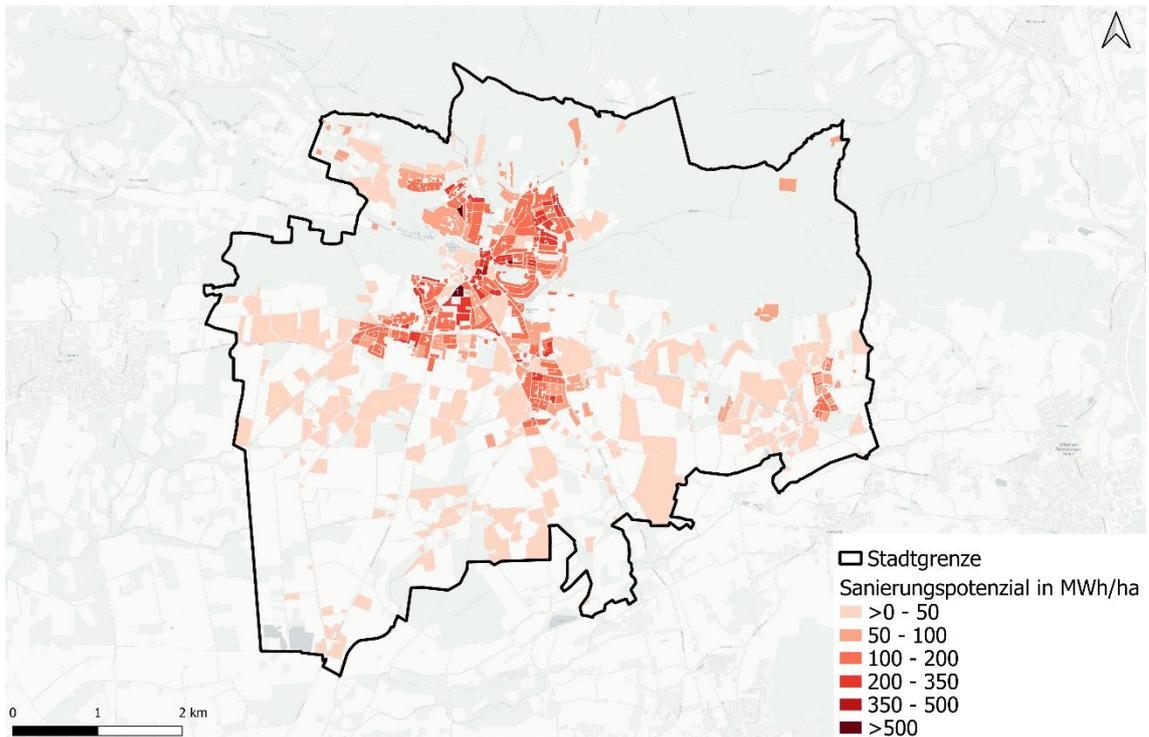


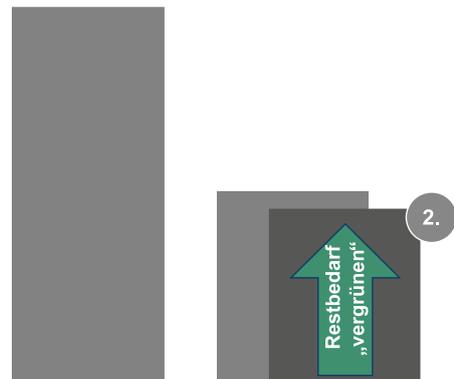
Abbildung 30: Sanierungspotenzial in Bad Iburg¹

2.3.2 Potenzial zur Deckung des Restbedarfs durch „grüne Wärme“ und Abwärme

2.3.2.1 Einleitung

Grundlage für die Ermittlung der Potenziale bilden die Richtlinien und vorgegebenen Mindestinhalte der kommunalen Wärmeplanung. Zusätzlich gibt Abbildung 31 einen Überblick über grundsätzlich mögliche Wärmequellen zur Deckung des Restbedarfs durch „grüne Wärme“ und Abwärme. Die Wärmepotenziale werden hier in vier übergeordnete Energieträger eingeteilt:

- Biomasse
- Umweltwärme
- Abwärme
- CO₂-arme Sekundärenergieträger



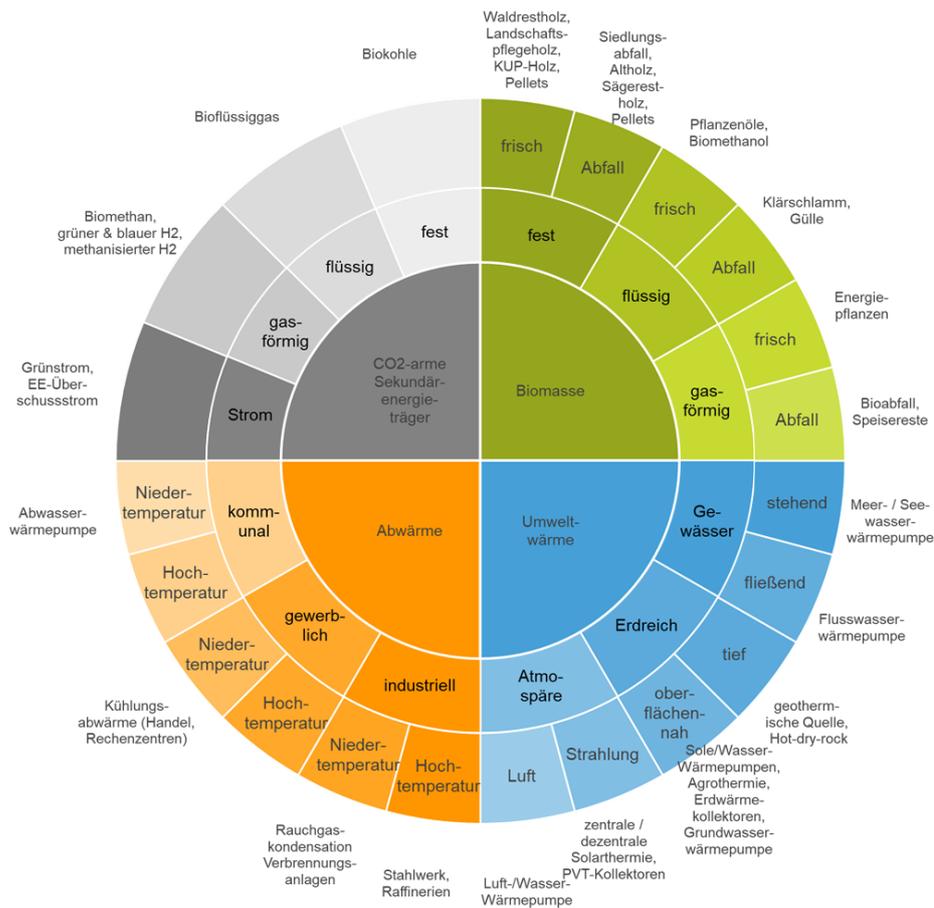


Abbildung 31: Erneuerbare Wärmepotenziale im „Grüne-Wärme-Rad“ von BET

Im Folgenden werden die für Bad Iburg relevanten Potenziale detaillierter untersucht.

2.3.2.2 Solarthermie

Solarthermie ist als **fast emissionsfreier Energieträger** eine gute Option zur Dekarbonisierung der im Sommer anfallenden Wärmebedarfe (insbesondere für den Warmwasserbedarf). Im Betrieb fallen Emissionen ausschließlich für Pumpstrom an, solange dieser nicht vollständig erneuerbar ist. Der Energieträger verursacht selbst keine Betriebskosten und steht – bei ausreichend vorhandener Fläche – unbegrenzt zur Verfügung. Dem gegenüber steht der **hohe Flächenbedarf**, der vor allem im innerstädtischen Bereich in der Nähe von Fernwärmenetzen nur in Ausnahmefällen zur Verfügung steht. Erschwerend kommt hinzu, dass eine **starke saisonale Abhängigkeit** besteht, die konträr zum Wärmebedarf verläuft (siehe Abbildung 32). Vor diesem Hintergrund kann die Solarthermie nur ein Teilelement bei der Dekarbonisierung sein. Bei Solarthermie für Wärmenetze kann typischerweise mit einem Kurzzeitspeicher ein Deckungsgrad von 5 - 10 Prozent erreicht werden. Bei Aufdach-Solarthermie kann ca. 50 Prozent des Warmwasserbedarfs über Solarthermie gedeckt werden. Dennoch wurde eine Potenzialanalyse für Solarthermie vorgenommen, um mögliche Flächen zu bewerten. Im Folgenden wird einerseits die Dachflächen-Solarthermie und andererseits die Freiflächen-Solarthermie untersucht.

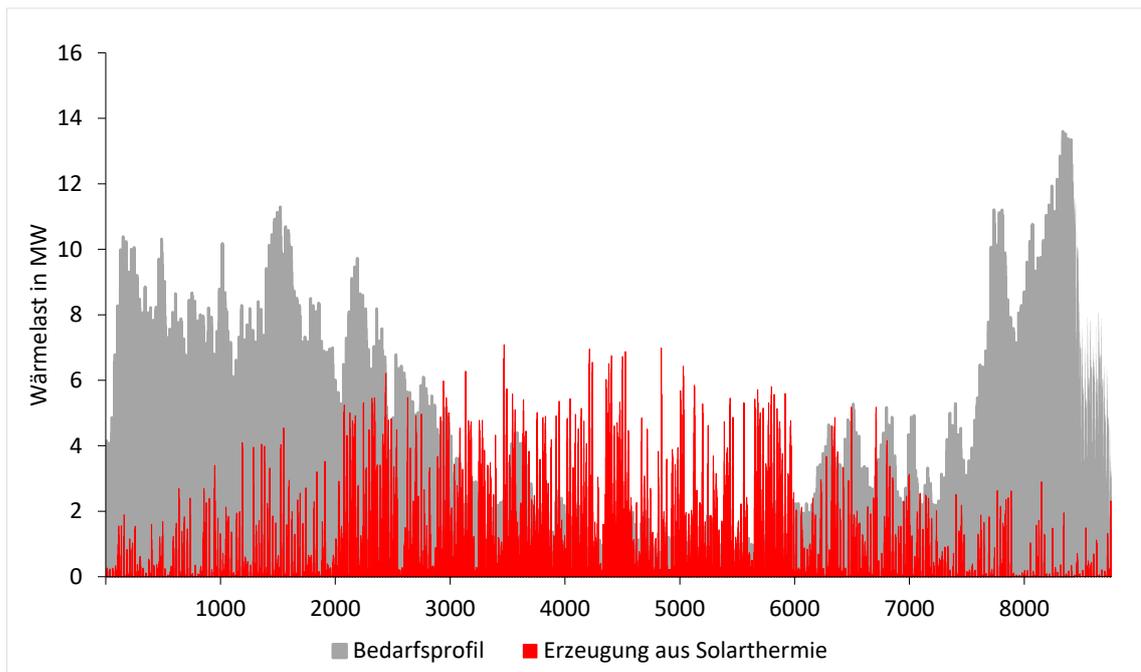


Abbildung 32: Exemplarisches Erzeugungs- bzw. Bedarfsprofil für Wärmenetz mit Solarthermie im Jahresverlauf (8.760 Stunden)

2.3.2.2.1 Dachflächen-Solarthermie

Für die Solarthermienutzung wird zunächst das dezentrale Potenzial zur Erzeugung von solarer Wärme auf Dachflächen betrachtet. Als Datengrundlage dient das Solarkataster des Landkreises Osnabrück auf Gebäudeebene. Das Solardachkataster weist als Ergebnis die auf allen geeigneten Dachseiten des Gebäudes installierbare Leistung für PV in kWp aus, die hier für die Bewertung der potenziellen thermischen Leistung herangezogen werden.

Die möglichen zu erzeugenden Solarthermie-Energiemengen werden über eine Aggregation der installierbaren PV-Leistung auf Adressebene und einen Umrechnungsfaktor für PV zu Solarthermie bestimmt. Das Solarthermiefpotenzial wird auf 50 Prozent des Warmwasserbedarfs des adressscharfen Wärmeatlas begrenzt, um nicht Potenziale auszuweisen, denen in den Gebäuden keine realistische Nutzung gegenübersteht.

Als Ergebnis wird ein nutzbares Potenzial von in Summe 2,8 GWh/a ermittelt. Dabei wird durch die oben genannte Deckelung das Potenzial sehr stark beschränkt. Ohne die Deckelung liegt das theoretische Potenzial bei 265 GWh/a. Der große Unterschied zwischen dem gedeckelten und dem ungedeckelten Potenzial ist unter anderem auf die vergleichsweise großen Dachflächen bei gleichzeitig niedrigen Warmwasserbedarfen von Nichtwohngebäuden zurückzuführen.

Zusätzlich ist bei der Nutzung der Dachflächen für Solarthermie die Nutzungskonkurrenz zu PV-Anlagen zu berücksichtigen. PV-Anlagen in Kombination mit Wärmepumpen stellen i. d. R. die kostengünstigere Versorgungsoption dar.

Die nachfolgende Grafik zeigt die baublockbezogene kartografische Darstellung in MWh/ha.

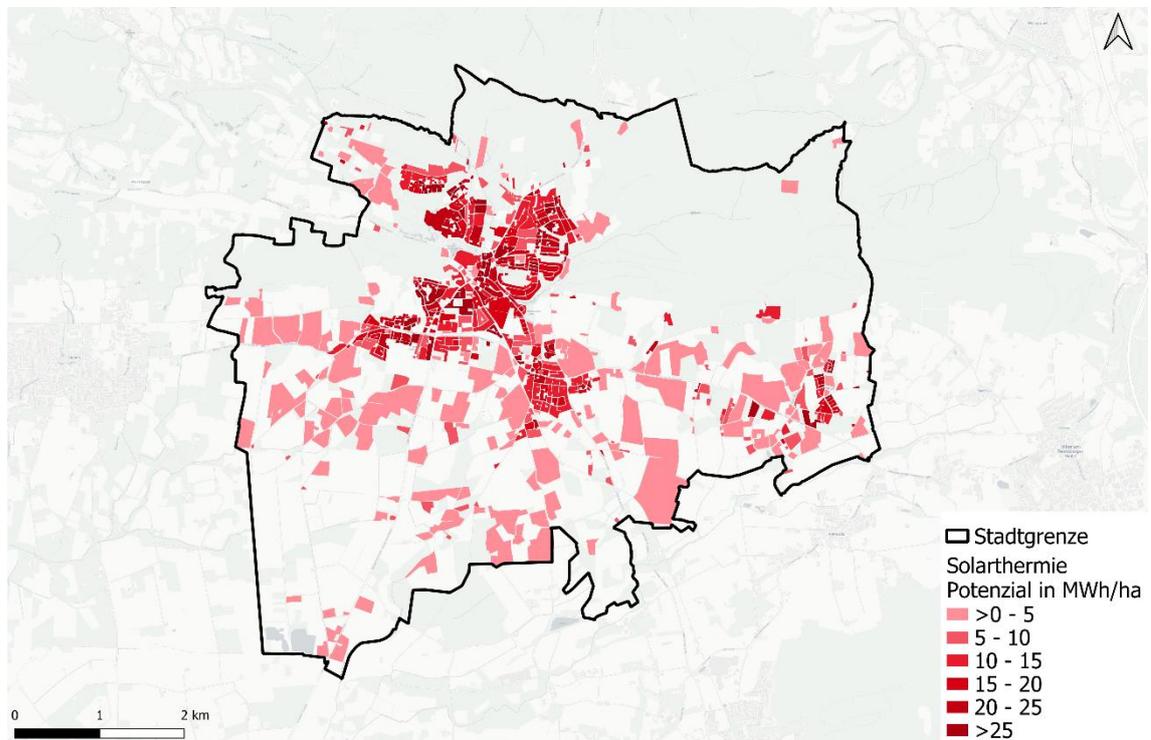


Abbildung 33: Potenzial Dachflächen-Solarthermie¹

2.3.2.2.2 Freiflächen-Solarthermie und Saisonspeicher

Grundsätzlich ergab eine GIS-Analyse der Flächen anhand ihrer Nutzungsart im Stadtgebiet von Bad Iburg viele Flächen, die theoretisch für eine solarthermische Anlage in Frage kommen könnten. Dabei wurden die Typen landwirtschaftliche Flächen und ungenutzte Flächen in Betracht gezogen. Diese liegen jedoch meist in größerer Entfernung zu bebauten und für Wärmenetze geeigneten Gebieten. Für die Potenzialanalyse wurde angenommen, dass Gebiete für den Aufbau eines Wärmenetzes in Frage kommen, wenn sie in maximal 500 Metern Entfernung zu Straßenzügen mit einer Wärmelinien-dichte von mindestens 3.000 kWh/m und einem Wärmebedarf von mindestens 300 MWh/a liegen. Zusätzlich wurde angenommen, dass eine geeignete Freifläche mindestens 1 Hektar (entspricht 10.000 m²) groß sein sollte. Um geometrisch ungeeignete Flächen auszuschließen, wurde angenommen, dass zum Aufbau einer Freiflächenanlage mindestens ein Quadrat mit einer Seitenlänge von 50 m in die Fläche hineinpassen muss. Des Weiteren wurden Flächen in Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten ausgeschlossen(vgl. Anhang 5.3).

Auf dieser Basis wurden in einer GIS-Auswertung 450 ha (4,5 Mio. m²) an theoretisch nutzbaren Flächen identifiziert, deren verfügbare Anteile an der Gesamtfläche in Abbildung 34 gezeigt werden. Unter der Annahme, dass hiervon 20 Prozent (des theoretischen Flächenpotenzials) tatsächlich genutzt werden können, ergibt sich ein reduziertes

Flächenpotenzial von ca. 90 ha (entsprechend ca. 900.000 m²) und daraus mit dem spezifischen solaren Ertrag je Kollektorfläche (Röhrenkollektor)¹⁹ für Bad Iburg ein Wärmepotenzial von 210 MW bzw. 141 GWh/a.

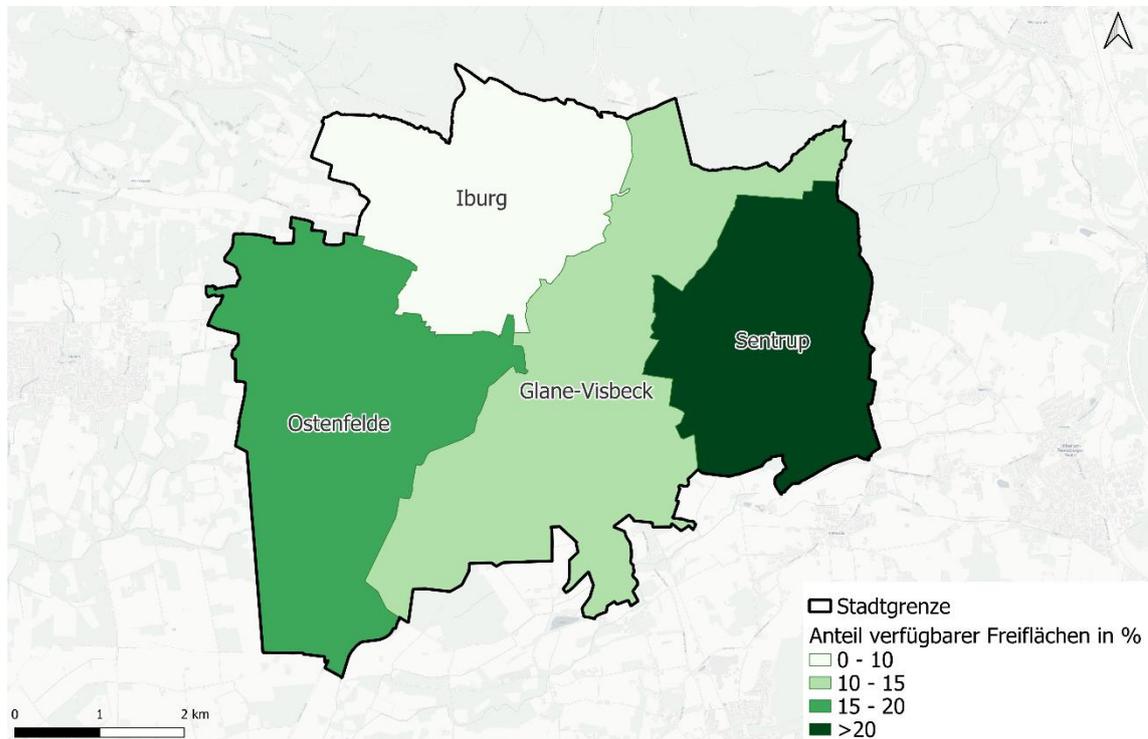


Abbildung 34: Potenzielle Freiflächen für die Wärmezeugung in Bad Iburg¹

Wieviel dieses Flächenpotenzials davon unter Berücksichtigung des sommerlichen Wärmebedarfs eines potenziell mit einer Solarthermieanlage versorgten Gebiets tatsächlich sinnvoll genutzt werden kann, wird in einem nachfolgenden Arbeitsschritt detailliert untersucht werden. Bislang sind im Flächennutzungsplan keine Flächen für Solarthermie-Freiflächenanlagen gesichert. Im weiteren Prüfverlauf potenziell geeigneter Flächen müssen dann insbesondere die Umweltaspekte, aber auch Aspekte der Stadtentwicklung und -planung, im Detail geprüft werden und mit dem überragenden öffentlichen Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien abgewogen werden.

Unter der Annahme einer Versorgung aller Gebiete mit einer Wärmeliniendichte > 3.000 kWh/m (Wärmebedarf von 18 GWh) und einer 10-prozentigen Deckung dieses Bedarfs aus zentraler Solarthermie (üblicher Erfahrungswert) erscheint maximal eine Leistung von 2,7 MW sowie eine Erzeugung von 1,8 GWh und damit ungefähr ein Prozent des oben ermittelten Flächenpotenzials sinnvoll. Hierbei wurde bereits vorausgesetzt, dass Kurzzeitwärmespeicher eingesetzt werden, um solare Wärme von den Mittags- in die Abend- und Morgenstunden zu verlagern oder ein bis zwei Tage ohne Sonneneinstrahlung überbrücken zu können.

¹⁹ Datenbasis: AGFW-Leitfaden Solarthermie, 2021

Um Solarthermie nicht nur zur Warmwasserbereitung, sondern auch für größere Anteile an der Gebäudeheizung einsetzen zu können, sind saisonale Wärmespeicher erforderlich. Diese speichern die überschüssige Wärme im Sommer ein, um sie in der kalten Jahreszeit zu nutzen. Diese Technologie benötigt jedoch weitere große Flächen. Auf Grund ihrer hohen Kosten ist sie derzeit i.d.R. nicht wirtschaftlich umsetzbar. Außerdem arbeiten Langzeitwärmespeicher erheblich effizienter, wenn sie in Kombination mit niedrigen Netztemperaturen betrieben werden, was wiederum gut wärmegeämmte Gebäude, z.B. im Neubaubereich zur Voraussetzung hat. Aufgrund der Wärmeverluste sinkt die Speichertemperatur im Zeitverlauf. Eine effiziente Lösung ist die Kombination mit einer Wärmepumpe, um die Speichertemperaturen relativ niedrig halten und die Verluste verringern zu können.

Bei einem Einsatz von saisonalen Wärmespeichern wird zusätzliche Fläche für den Speicher benötigt, wodurch die pro Fläche erzeugbare Wärmemenge sinkt. Mit saisonalen Wärmespeichern kann i. d. R. ein erheblich höherer Anteil des grundsätzlich meist großen solarthermischen Wärmepotenzials auch wirklich genutzt werden.

Unter der Annahme, dass 30 Prozent der Fläche für den Wärmespeicher benötigt wird, verbleibt vom ursprünglichen theoretischen Potenzial von 210 MW eine thermische Leistung von 147 MW. Bei zusätzlicher Berücksichtigung von Wärmeverlusten bei der Speicherung in Höhe von 20 Prozent reduzieren sich die ursprünglich 141 GWh erzeugbarer Wärmemenge auf 79 GWh/a.

2.3.2.3 Geothermie

Geothermie ist die Nutzung der natürlichen Wärme aus dem Erdinneren, die abhängig vom Temperaturniveau der Wärme entweder direkt genutzt werden kann oder mithilfe von Wärmepumpen auf ein höheres Temperaturniveau angehoben wird. Abhängig von der Bohrtiefe wird i. d. R. nach oberflächennaher Geothermie (bis ca. 400 Meter) und mitteltiefer und tiefer Geothermie (mehr als 400 bis zu 5.000 Metern Tiefe) unterschieden.

2.3.2.3.1 Oberflächennahe Geothermie

Bei der oberflächennahen Geothermie wird die relativ konstante Temperatur des Bodens oder des Grundwassers in geringer Tiefe (bis ca. 400 Meter) genutzt. Die Temperaturen liegen meist zwischen 10 und 20 °C, so dass immer eine Wärmepumpe erforderlich ist, um das für Heizzwecke notwendige Temperaturniveau (i. d. R. mindestens 50 bis 70 °C im Vorlauf) zu erreichen. Vorteil ist die ganzjährig weitgehend konstante Temperatur. Dadurch werden deutlich höhere Jahresarbeitszahlen (JAZ) der Wärmepumpe erreicht als bei außentemperaturabhängigen Wärmequellen wie Luft oder Flusswasser.

Erdsonden-Wärmepumpen

Die Wärme wird i. d. R. mit Erdwärmesonden gewonnen. Diese bestehen aus vertikalen Bohrungen, in die Rohre eingeführt werden. Ein geschlossener Wasserkreislauf nimmt die Wärme aus dem Boden auf, um sie der Wärmepumpe zuzuführen. Daneben sind

auch Erdkollektoren einsetzbar, die oberflächennah bis nur wenige Meter tief realisiert werden. Der Flächenbedarf ist jedoch noch deutlich höher als bei Erdsonden und wird daher an dieser Stelle nicht vertiefend betrachtet.

Eine einzelne Erdsonde liefert nur ca. 5 kW Heizwärme (mit unten genannten Annahmen) und kann somit i. d. R. nur ein einzelnes Haus versorgen. Für die Einspeisung in ein Wärmenetz ist ein Feld von vielen Sonden erforderlich. Diese sollten einen Abstand von mindestens 10 Metern haben, um eine negative gegenseitige Beeinflussung zu vermeiden. Somit besteht ein **hoher Flächenbedarf** für Erdsonden. Im Innenstadtbereich mit dichter Bebauung sind Erdsonden-Wärmepumpen daher nur eingeschränkt einsetzbar. Ein theoretisches Flächenpotenzial besteht weiterhin bei größeren Sportanlagen, wenn diese saniert werden. Dieser Aspekt ist bei anstehenden Sanierungen zu berücksichtigen.

Zentrale Nutzung von oberflächennaher Geothermie:

Für die Potenzialabschätzung **zentraler Nutzung oberflächennaher Geothermie** wurden folgende Annahmen getroffen:

- Bohrtiefe 100 Meter mit einer mittleren Temperatur von 11,5 °C
- Jahresarbeitszahl der Wärmepumpe bei 70 °C mittlerer Vorlauftemperatur: 2,93
- 2.000 Vollbenutzungsstunden
- Mittlere Wärmeleitfähigkeit: 2,1 W/mK

Unter der Annahme, dass für die Einspeisung in ein Wärmenetz mit der Ausnahme von Trinkwassergewinnungsgebieten dieselben Flächen genutzt werden können, die auch für die Solarthermie nutzbar sind, ergibt sich ein theoretisches Potenzial von 152 MW bzw. 304 GWh/a. Die Wasserschutzgebiete sind im Anhang 5.3 dargestellt. Ähnlich wie bei der Solarthermie kann nur der Teil des Potenzials genutzt werden, der sich in der Nähe von bewohnten Gebieten mit hoher Wärmeliniendichte und damit in der Nähe von potenziellen Wärmenetzgebieten befindet.

Wird die Bohrtiefe auf 200 m erhöht sich das Potenzial auf 297 MW bzw. 593 GWh/a. Bei steigender Bohrtiefe stehen den verbesserten Betriebsbedingungen für die Wärmepumpe (höhere mittlere Bodentemperatur und größerer Wärmeentzug) den höheren Bohrkosten gegenüber. Zusätzlich ist zu beachten, dass für die Bohrungen ab einer Tiefe von 100 m in der Regel eine bergbauliche Erlaubnis einzuholen ist.

Im Rahmen der konkreten Umsetzung sollte geprüft werden inwieweit eine Doppelnutzung der verfügbaren Freiflächen (z. B. Solarthermie und Erdwärmesonden) möglich ist.

Dezentrale Nutzung von oberflächennaher Geothermie:

Für die Potenzialabschätzung **dezentraler Nutzung²⁰ oberflächennaher Geothermie** wurden folgende Annahmen getroffen:

²⁰ Von dezentraler Nutzung wird im Allgemeinen bei Wärmeversorgungs-lösungen von Einzelgebäuden gesprochen.

- Bohrtiefe 100 Meter mit einer mittleren Temperatur von 11,5°C
- Jahresarbeitszahl der Wärmepumpe: 3,5
- 2.000 Vollbenutzungsstunden
- Mittlere Wärmeleitfähigkeit: 2,1 W/mK

Unter der Annahme, dass der Wärmebedarf mit Geothermie versorgbar ist, ergibt sich ein Potenzial von 42,6 MW bzw. 85,1 GWh/a, was 99 Prozent des Wärmebedarfs in Bad Iburg entspricht. Die kartografische Darstellung der Potenziale ist in Abbildung 35 zu sehen. Auch in diesem Anwendungsfall können Erdsonden für Kühlzwecke genutzt werden.

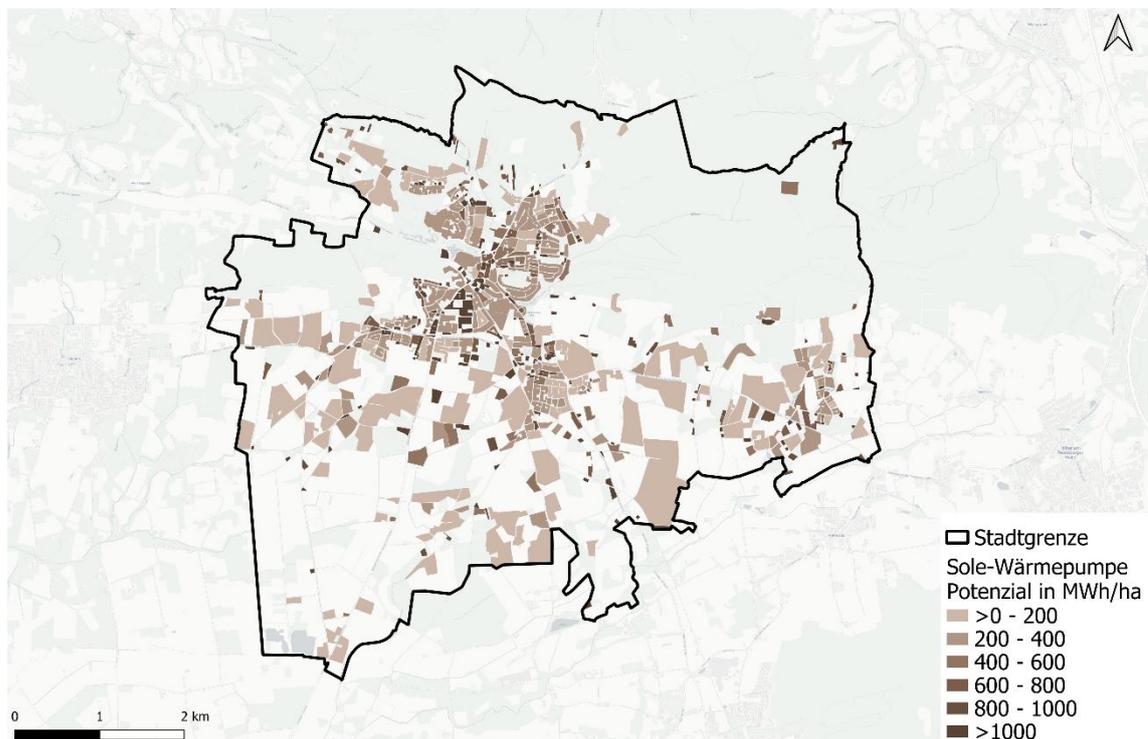


Abbildung 35: Potenzial dezentraler Sole-Wärmepumpen in Bad Iburg¹

Insbesondere in den Bereichen mit hohen spezifischen Wärmedichten zeigen sich auch hohe Potenziale für oberflächennahe Geothermie. Dies gilt besonders dort, wo es eine gute gebäudenaher Flächenverfügbarkeit gibt.

Allerdings sind die Kosten für eine oberflächennahe Geothermieanlage insbesondere aufgrund der Bohrkosten relativ zu anderen Heizungstechnologien hoch. Daher ist die Installation dezentraler Sole-Wärmepumpen i. d. R. im Vergleich zu anderen Heizungstechnologien nicht wirtschaftlich (vgl. Kap. 3.3.1 Wärmevollkostenrechnung der Heizungstechnologien). Die Errichtung von Erdwärmesonden-Anlagen muss i. d. R. durch die städtischen Behörden geprüft und genehmigt werden.

2.3.2.3.2 Tiefe und mitteltiefe Geothermie

Die tiefe und mitteltiefe Geothermie umfasst Systeme, bei denen die geothermische Energie über Tiefbohrungen mit Tiefen von 400 bis zu 5.000 Metern erschlossen wird

und deren Energie entweder direkt (d. h. ohne Niveauanhebung der Temperatur) oder unter Einsatz von Wärmepumpen genutzt werden kann. Das Wärmepotenzial ist bei Fündigkeit i. d. R. sehr groß und ganzjährig mit gleichmäßiger Temperatur verfügbar. Die Erschließung ist jedoch sehr aufwändig. Angaben zu theoretischen Potenzialen bedürfen einer Überprüfung vor Ort und liefern erste Hinweise zur Eignung aufgrund der örtlichen geologischen Verhältnisse. Insbesondere kann das Potenzial erst nach Durchführung von Tiefbohrungen genauer bestimmt werden. Diese Bohrungen kosten bereits mehrere Millionen Euro. Neben dem erprobten Verfahren der hydrothermalen Geothermie, bei der eine Bohrung bis zu einer wasserleitenden Erdschicht abgeteuft wird, gibt es als Alternativen das HDR- sowie das Eavor-Loop-Verfahren um tiefe geothermischen Quellen zu erschließen.

Das HDR-Verfahren (petrothermale Geothermie) wurde bisher nur in wenigen Pilotprojekten realisiert und kann heute noch nicht als ausgereifte Technik betrachtet werden. Bei petrothermalen Verfahren wird durch gezielte, hydraulische Stimulation im kristallinen Grundgebirge eine Wasserdurchlässigkeit erzeugt. Dabei besteht ein Risiko für die Auslösung seismischer Erschütterungen. Es laufen Forschungsprojekte zur Reduzierung dieses seismischen Risikos.

Das neue, von der Firma Eavor entwickelte Verfahren („Eavor-Loop“) arbeitet mit einem geschlossenen Wasserkreislauf. Hierfür werden zwei Bohrungen bis auf eine Ablenktiefe niedergebracht. Von dort aus werden mehrere parallel verlaufende Schleifen über Förder- und Injektionsbohrung angebunden. Spalten und Klüfte des Umgebungsgesteins werden dauerhaft verschlossen, sodass ein geschlossenes System geschaffen wird. Das Verfahren ist jedoch bis heute nur in kleinen Maßstäben getestet und befindet sich noch im Entwicklungsstadium.

Nach Informationen des Niedersächsischen Geothermiedienstes (NGD) des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) besteht im nördlichen Teil von Bad Iburg ein Gürtel mit Sandsteinformationen als ein möglicherweise explorationsrelevantes Gebiet. Bisher liegen keine weiteren Daten zur Bestimmung des geothermischen Potenzials in diesen Gebieten vor. Diese müssen in Machbarkeitsstudien und weiteren geologischen Untersuchungen ermittelt werden. Daher kann keine genauere Aussage zum Potenzial für Tiefengeothermie getroffen werden. Zudem wird die Erschließung dieser Wärmequelle aus wirtschaftlichen Gründen nicht von der Kommune angestrebt. Im Zuge des technologischen Fortschritts wird empfohlen, die Rahmenbedingungen fortlaufend zu prüfen, spätestens alle 5 Jahre im Rahmen der Fortschreibung des kommunalen Wärmeplans.

2.3.2.4 Biomasse

Biomasse steht grundsätzlich in verschiedenen Formen zur Verfügung. Feste Biomasse wie Waldrestholz, Altholz oder auch Energiehölzer können in Kesseln verbrannt werden, um Wärme zu erzeugen. Gase aus Biomasse wie Biogas und Biomethan werden meist in KWK-Anlagen zur Wärme- und Strombereitstellung genutzt. In beiden Fällen wird, beispielsweise in Abgrenzung zu Solarthermie, Wärme auf einem hohen

Temperaturniveau zur Verfügung gestellt. Zudem kann Biomasse gelagert werden und bedarfsweise für die Wärmebereitstellung genutzt zu werden. Diese Eigenschaften machen Biomasse zu einem attraktiven Energieträger. Gleichzeitig ist das Potenzial trotz der regenerativen Eigenschaft regional begrenzt, da die Wälder Regenerationszeiten benötigen oder auch die landwirtschaftlichen Flächen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen. Dabei ist darauf zu achten, dass die biologische Masse nur in dem Maße dem Ökosystem entnommen wird, wie es für Fauna und Flora verträglich ist.

Das Potenzial für feste Biomasse wurde bereits im Klimaschutzkonzept der Stadt Bad²¹ Iburg untersucht. Als Ergebnis wurde eine potenziell erzeugbare Wärmemenge von 3,9 GWh/a aus Waldpflegehölzern ausgewiesen. Diese Wärmemenge umfasst auch das bereits genutzte Potenzial. Ein lokaler Holzhackschnitzelproduzent kann nach eigenen Aussagen jährlich 4000 srm Holz zur Nutzung für die Wärmeerzeugung bereitstellen. Würde diese in einem Heizwerk verbrannt werden, entspräche dies einer Wärmeerzeugung von 2,5 GWh pro Jahr. Eine Erweiterung der Erzeugungskapazitäten durch zugeführte Holz Mengen ist möglich.

Das Potenzial für gasförmige Biomasse wird ebenfalls im Klimaschutzkonzept der Stadt Bad Iburg ausgewiesen. Aus Gülle und Substraten von Ackerflächen können insgesamt 3,19 Mio. m³ Biogas gewonnen werden. Biogas wird gängigerweise in BHKWs verbrannt, die Wärme und Strom gleichzeitig zur Verfügung stellen. Nach Aussage des Klimaschutzkonzepts lässt sich aus der Biogasmenge thermische Energie in Höhe von 8 GWh/a gewinnen. Diese Wärmemenge umfasst auch das bereits genutzte Potenzial. Dieses resultiert u.a. aus der Biogas-Anlage „Große Albers“, die mit einem BHKW Wärme in Höhe von 3,5 GWh/a mit saisonalen Schwankungen erzeugt. Nach Aussage des betreibenden Landwirts sind Rohstoffpotenziale zur Erweiterung der Erzeugung von Wärme aus Biogas vorhanden. Die bestehende Wärmeleitung lässt jedoch nur eine geringe Steigerung der Transportkapazitäten zu. Zudem ist die vorhandene Anlage in ihrer Leistung begrenzt.

Bei der dezentralen Nutzung²² von Biomasse wird der Einsatz insbesondere von Holz-Pellets einen nennenswerten Anteil darstellen, wobei Holzpellets auch überregional beschafft werden können. Somit besteht keine Abhängigkeit von den lokalen Potenzialen. Allerdings ist hierbei die Treibhausgaswirkung bei einer überregionalen Beschaffung von Pellets in diesem Falle zu berücksichtigen. Insbesondere als Ersatz für Heizöl- oder Flüssiggasanlagen wird hier ein Zuwachs aus wirtschaftlicher Sicht des Endkunden als realistisch gesehen. Die kommunale Wärmeplanung schreibt keine konkrete Heizungstechnologie vor, sondern überlässt die Wahl darüber dem Endkunden.

²¹ Stadt Bad Iburg: „Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Bad Iburg“ (Entwurf)

²² Von dezentraler Nutzung wird im Allgemeinen bei Wärmeversorgungs-lösungen von Einzelgebäuden gesprochen.

2.3.2.5 Umweltwärme

2.3.2.5.1 Fließgewässer

Aus Fließgewässern kann Wärme über Wärmetauscher entzogen werden und durch Wärmepumpen auf ein für Fernwärmesysteme nutzbares Temperaturniveau angehoben werden. Dabei unterliegen die Gewässertemperaturen jahrzeitlichen Schwankungen, welches die Effizienz der Anlagen und damit die Nutzbarkeit der Wärme einschränkt. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von ökologischen Restriktionen, denen die Installation einer Oberflächenwasserwärmepumpe unterliegt. Hierbei sind insbesondere die maximal entnehmbare Wassermenge, die Auskühlung des entnommenen Volumenstroms und die Auskühlung des Gewässers zu nennen.

In Bad Iburg gibt es keinen größeren Fluss, aus dem Wärme entnommen werden könnte. Als potenziell relevante Bäche wurden folgende identifiziert:

- Recktebach,
- Glaner Bach
- Siebenbach

Für diese Bäche liegen allerdings keine Messdaten zu Durchflussmengen vor. In Relation zu Fließgewässern der Kategorie Fluss sind die Potenziale der Bäche zudem als eher gering einzuschätzen. Daher werden diese für die Untersuchung nicht weiter berücksichtigt.

2.3.2.5.2 Luft

Eine Luft-Wärmepumpe nutzt die Umgebungsluft als Wärmequelle. Da Luft überall verfügbar ist, können Luft-Wärmepumpen unabhängig von anderen Wärmequellen wie Geothermie, Fluss, Abwärme fast überall errichtet werden. Sie sind i. d. R. einfacher und mit geringeren Investitionskosten zu installieren als andere Arten von Wärmepumpen, da sie z.B. keine Erdbohrungen für den Zugang zu geothermischen Ressourcen erfordern. Der Flächenbedarf für das Außengerät ist im Vergleich zu Erdsonden-Wärmepumpen oder Solarthermie sehr gering. Luft-Wärmepumpen können sowohl für die Beheizung einzelner Gebäude eingesetzt werden als auch als Großanlagen in Fern- und Nahwärmenetzen.

Hauptnachteil ist der Effekt, dass der Wärmeertrag von der Außentemperatur abhängt und daher im Winter am niedrigsten und im Sommer am höchsten ist. Die Wärmebedarfskurve ist genau gegenläufig. Gerade bei extremen Minustemperaturen nutzt die Wärmepumpe kaum noch Umweltwärme, so dass dann zusätzlich andere Wärmeerzeuger, z. B. Stromdirektheizungen, eingesetzt werden müssen. Dennoch können mit Luft-Wärmepumpen in unseren Breiten hohe Jahresarbeitszahlen erreicht werden, insbesondere wenn die geforderten Vorlauftemperaturen für die dezentrale Heizung oder für ein Wärmenetz niedrig sind.

Zentrale Erzeugung

Aufgrund des geringen Flächenbedarfs und der quasi unendlich verfügbaren Wärmequelle Luft ist das im Prinzip unendliche theoretische Potenzial nur durch individuelle lokale Restriktionen begrenzt, z. B. begrenzter Platz für die Aufstellung der Anlagen oder hohe Lärmschutzanforderungen. Diese Einschränkungen wirken allerdings gerade im urbanen Raum stark. Bei einem Einsatz von Luftwärmepumpen für Wärmenetze ist daher abhängig von der Lage der potenziellen Wärmenetze eine detaillierte Flächenanalyse notwendig oder alternativ die Berücksichtigung von zusätzlichen Sekundärmaßnahmen zum Schallschutz. Für die Ausweisung von Potenzialen für zentrale Großluftwärmepumpen bedarf es somit einer genaueren Planung der zukünftigen Wärmenetze in Bad Iburg, so dass die Potenziale hier nicht näher quantifiziert werden können.

Wirtschaftlich interessant sind **zentrale** Luftwärmepumpen vor allem für die Versorgung von Wärmenetzen, wenn sie mittels des Förderprogramms Bundesförderung energieeffiziente Wärmenetze (BEW) gefördert werden (bis zu 90 Prozent der Betriebskosten in den ersten 10 Jahren). Die Potenziale sind nicht durch Restriktionen der Gebäude begrenzt und Lärmemissionen können durch geeignete Flächenauswahl bzw. Sekundärmaßnahmen zum Schallschutz reduziert werden. Das Potenzial für zentrale Luftwärmepumpen orientiert sich daher an dem Bedarf und Lage der leitungsgebundenen Wärmeversorgung. Ein Potenzial wird daher an dieser Stelle nicht ausgewiesen. Im Rahmen von Machbarkeitsstudien sollte u. a. eine detaillierte Flächenanalyse durchgeführt werden.

Zur Ermittlung des Potenzials der **dezentralen** Nutzung von Umweltwärme aus der Luft wurde folgendes Vorgehen gewählt:

In einer GIS-Analyse wird die Umgebung der Gebäude untersucht. Mögliche Restriktionen sind vor allem mögliche Aufstellorte für die Außeneinheit, die auch die Abstandsbeschränkungen und Lärmemissions-Grenzwerte einhalten. (In Niedersachsen gibt es zwar keinen Mindestabstand, hier wird jedoch auch 3 m Abstand zur Grundstücksgrenze angesetzt, um Grenzwerte der Geräuschemissionen und die Rücksicht auf den Nachbarn zu antizipieren.)

Im Weiteren erfolgt eine statistische Analyse, wo wahrscheinlich ein Außengerät aufstellbar ist. Dies ermöglicht keine verlässliche Aussage je Gebäude, da die genauen Bedingungen vor Ort nicht bekannt sind, aber auf viele Gebäude aggregiert (Straßenzug oder Baublock) sind valide Aussagen möglich.

Als aggregiertes Ergebnis zeigt sich ein Potenzial in Summe von 83,5 GWh/a. Dies entspricht etwa 97 Prozent des gesamten Wärmebedarfs im Status quo.

Die nachfolgende Grafik zeigt die baublockbezogene Darstellung in MWh/ha.

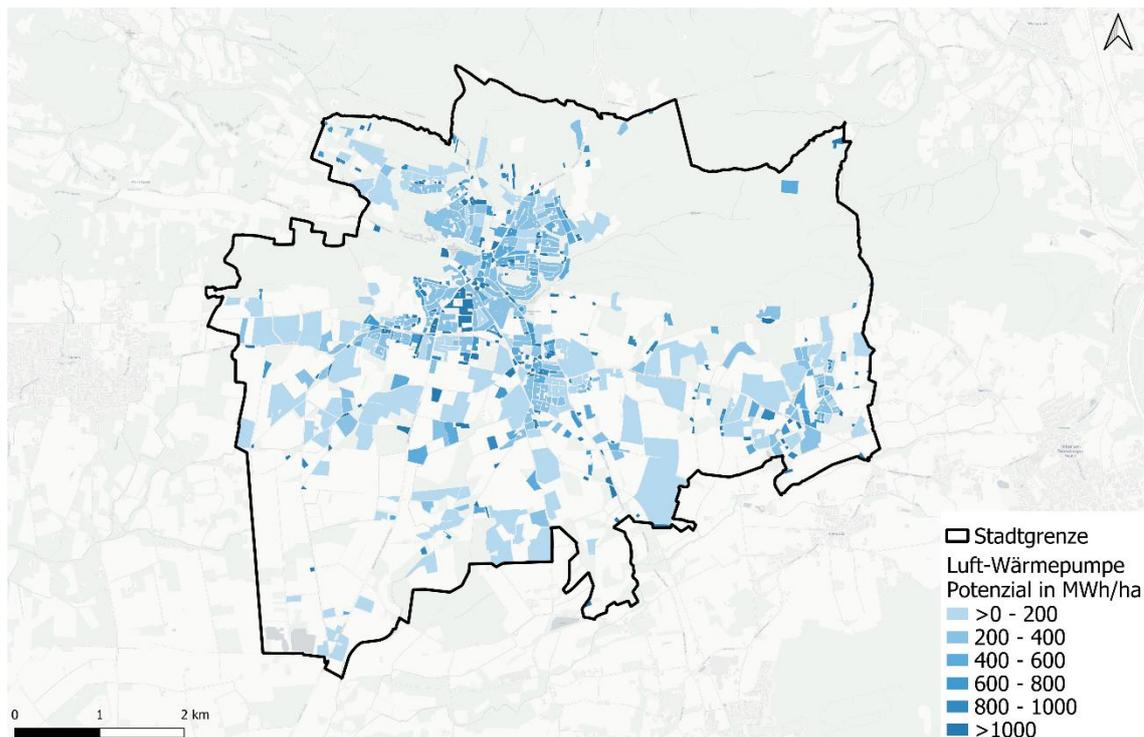


Abbildung 36: Potenzial Luft-Wärmepumpen in Bad Iburg (baublockbezogen)¹

Dabei zeigt sich ein hohes Potenzial v. a. dort, wo auch der Wärmebedarf hoch ist und die Bebauung den Einbau von Wärmepumpen zulässt.

2.3.2.6 EE-Strom zur Wärmeerzeugung

Die meisten Wärmequellen aus erneuerbaren Energien liefern keine ausreichenden Temperaturen, um sie direkt zu nutzen. Mittels Wärmepumpen muss das Temperaturniveau durch Stromeinsatz angehoben werden. Damit die Wärmeerzeugung vollständig treibhausgasneutral ist, muss auch der eingesetzte Strom vollständig aus Erneuerbaren Energien erzeugt werden. Der Strommix in Deutschland wird derzeit bereits zu mehr als 50 Prozent aus Erneuerbaren Energien erzeugt (2023: 56 Prozent lt. Stat. Bundesamt). Dieser Anteil soll gemäß den im EEG 2023 formulierten Zielen weiter ansteigen auf 80 Prozent in 2030 und 100 Prozent in 2040. Somit wird der Strom im Zeitverlauf immer grüner und langfristig vollständig treibhausgasneutral.

Dasselbe gilt für Strom, der in Elektrokesseln direkt elektrisch in Wärme umgewandelt wird. Hierbei entsteht jedoch ein höherer Stromverbrauch als bei Wärmepumpen, da Strom die alleinige Energiequelle ist und keine Umwelt- oder Abwärme genutzt wird. Elektrokessel können jedoch für die Spitzenlast und in Stunden mit überschüssiger Energie aus erneuerbaren Energien sinnvoll sein.

Durch den Einkauf von Grünstrom für strombetriebene Wärmeerzeuger kann bereits heute Wärme erzeugt werden, die als „treibhausgasneutral“ deklariert werden kann. Für die Energiewende insgesamt ist dies jedoch ohne Bedeutung. Hierfür ist allein entscheidend, dass EE-Anlagen gebaut werden.

Als lokale Energiequelle für Strom, der zur Wärmeerzeugung eingesetzt werden könnte, kommt praktisch i.W. nur Windenergie und aufgrund der gegenläufigen Profile (Wärmebedarf v. a. im Winter vs. Stromerzeugung v. a. im Sommer) eingeschränkt Solarenergie (Photovoltaik, PV) in Frage.

Stromerzeugungspotenzial aus Windkraftanlagen

Im Stadtgebiet Bad Iburg ist gemäß Flächenpotenzialanalyse für Windenergie an Land in Niedersachsen (WINNIEPOT) Windenergiepotenzial vorhanden²³. Im Rahmen der Potenzialstudie wurde das Windenergiepotenzial in Konfliktrisikoklassen eingeteilt. Die Studie weist Flächen in Niedersachsen gewisse Konfliktrisikowerte zwischen 1 (100 Prozent nutzbarer Flächenanteil) und 6 (0 Prozent nutzbarer Fläche) zu. Das auf dieser Basis ermittelte Flächenpotenzial stellt die Grundlage für die Zuweisung der Teilflächenziele auf die Träger der Regionalplanung (Landkreise bzw. Planungsregionen) dar. Im Entwurf des vorliegenden regionalen Raumordnungsprogramms sind allerdings keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ausgewiesen. Damit können für Windenergienutzung in Bad Iburg keine Potenziale angesetzt werden.

Bei der Betrachtung der Stromerzeugung zur Wärmeerzeugung ist zu beachten, dass bei Strom aus Windkraft und PV die Deckung des Verbrauchs durch die Erzeugung zeitgleich nur eingeschränkt möglich ist, auch wenn bei der Windstromerzeugung im Vergleich zur PV-Stromerzeugung ein größerer Anteil des Windstroms zu Zeiten erzeugt wird, zu denen auch ein Wärmebedarf besteht. Da Erzeugungsprofil und Bedarfsprofil nicht zusammenpassen, muss mit Überschuss- und Residualmengen gehandelt werden. Der Gesamtbedarf an Strom kann nicht allein durch Wind- oder PV-Strom gedeckt werden. Wird der Strom aus Windkraft und PV in das Stromnetz eingespeist, sorgt er dafür, dass der Netzstrom in ganz Deutschland grüner wird.

Stromerzeugungspotenzial aus zentralen Photovoltaikanlagen

Im Rahmen dieser Studie wurde auch eine grobe Abschätzung lokaler PV-Potenziale für Freiflächen vorgenommen. Hierbei wurde eine GIS-Analyse der in Frage kommenden Flächen durchgeführt. Die bereits für Solarthermie identifizierten Flächen (Nähe zu potenziellen Wärmenetzen, siehe Kapitel 2.3.2.2.2) wurden abgezogen. Es verbleibt ein theoretisches Flächenpotenzial von 1130 ha (11,3 Mio. m²), auf dem prinzipiell PV-Anlagen errichtet werden könnten.

Unter der Annahme, dass tatsächlich 20 Prozent dieser Flächen nutzbar sind, ergibt sich ein Potenzial von 230 ha (2,3 Mio. m²), auf denen theoretisch eine PV-Leistung von 226 MW errichtet werden könnte. Damit könnten mit der mittleren Solareinstrahlung von Deutschland (Mitte) 249 GWh/a Strom erzeugt werden. Die ermittelten Potenziale sind jedoch für die Wärmeerzeugung in Bad Iburg nur in geringem Maße nutzbar, da die Lastgänge von Erzeugung und Bedarf jahreszeitlich gegenläufig sind. Darüber hinaus wird der PV-Strom aus Freiflächenanlagen wegen der wirtschaftlichen Gesichtspunkte i. d. R. in das Stromnetz eingespeist, um die Förderung nach EEG zu erhalten. Dann

²³ Flächenpotenzialanalyse für Windenergie an Land in Niedersachsen (Oktober 2023)

steht er für die Wärmeversorgung nicht direkt zur Verfügung. Für eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung spielt lokal erzeugter PV-Strom daher praktisch keine Rolle.

Die Stadt Bad Iburg hat bereits drei Flächen im Stadtgebiet als Sondergebiet für den Aufbau von Agri-PV-Freiflächenanlagen festgesetzt. Diese dienen der Stromproduktion bei gleichzeitiger landwirtschaftlicher Nutzung der Flächen. Die beiden Flächen sind in der vorangegangenen Potenzialanalyse inbegriffen.

Stromerzeugungspotenzial aus dezentralen Photovoltaikanlagen

Neben dem Potenzial für Freiflächen-PV wird auch das dezentrale Potenzial zur Erzeugung von Solarstrom ermittelt. Als Datengrundlage dient das Solarkataster des Landkreises Osnabrück auf Gebäudeebene. Das Solardachkataster weist die auf allen geeigneten Dachseiten des Gebäudes installierbare Leistung in kWp aus. Als weitere Datengrundlage dient der adressscharfe Wärmeatlas.

Die Auswertung erfolgt, indem die installierbare Leistung auf Gebäudeebene aggregiert wird. Die möglichen zu erzeugenden PV-Energiemengen werden über eine Aggregation der installierbaren PV-Leistung auf Adressebene bestimmt. Als Ergebnis wird ein Potenzial von in Summe 88,2 GWh/a bzw. 80,2 MWp ermittelt. Es umfasst jede geeignete Dachfläche inkl. Garagen. Auch werden je Dachflächengröße im Vergleich zum Stromverbrauch der Gebäude stark überdimensionierte Anlagen angenommen. Eine technisch und wirtschaftlich sinnvolle Auslegung würde ein deutlich geringeres Potenzial aufzeigen, da insbesondere in Wohngebäuden PV-Anlagen auf deutlich geringere Anteile an der Dachfläche ausgelegt werden.

Die nachfolgende Grafik zeigt die baublockbezogene kartografische Darstellung in MWh/ha.

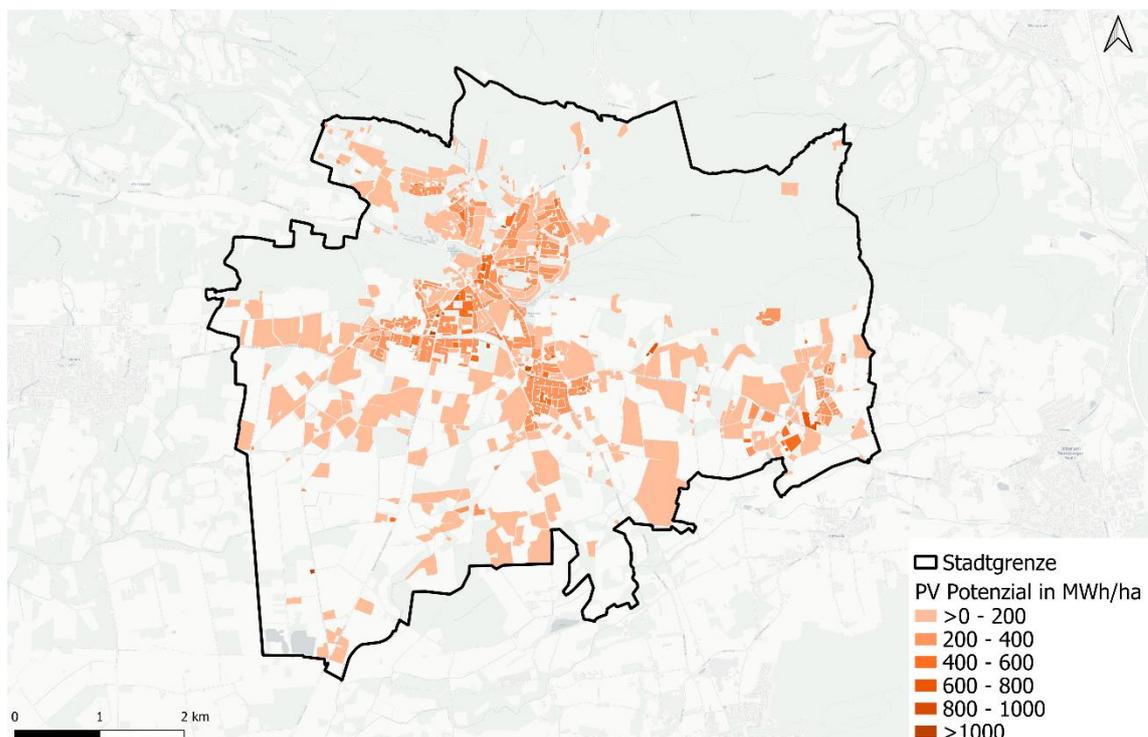


Abbildung 37: Potenzial Dachflächen-Photovoltaik in Bad Iburg¹

2.3.2.7 Abwärme

2.3.2.7.1 Unvermeidbare industrielle Abwärme

Bezüglich des Anfalls und möglichen Energieangebots aus unvermeidbarer Abwärme wurde eine Befragung der bedeutendsten Unternehmen in Bad Iburg durchgeführt. Von den im Rahmen des Stakeholder-Workshops versandten Fragebögen wurden 8 mehr oder weniger vollständig beantwortet. Drei Unternehmen haben die Bereitschaft gezeigt zukünftig Wärme abzugeben.

Am ersten Standort steht aus der Prozessabluft 4,8 GWh als Abwärme über das Jahr gleichbleibend zur Verfügung. Seitens des Betreibers besteht zwar eine generelle Bereitschaft diese Abwärme zur weiteren Nutzung zur Verfügung zu stellen, jedoch werden erst bis zum Jahresende 2024 Untersuchungen abgeschlossen sein, die u. a. zum Ziel haben eine interne Verwertung der Abwärme umzusetzen. Das Temperaturniveau einer möglichen Abwärmennutzung ist noch nicht ermittelt, ggf. müsste eine Temperaturerhöhung mittels Wärmepumpe realisiert werden. Diese Quelle kann daher im aktuellen Bericht noch nicht berücksichtigt werden.

Beim zweiten Standort steht Wärme mit Schwankungen über den Tagesverlauf bereit. Zudem fällt die Abwärme nur an Werktagen an, wodurch deren Nutzbarkeit in einem Wärmenetz eingeschränkt wird. Das Temperaturniveau für die Abwärme aus der Abluft, welche den Großteil der gewinnbaren Abwärme ausmacht, liegt zwischen 50 und 100 °C. Die Abwärme aus Abwässern hat ein Temperaturniveau unterhalb von 50 °C. Die insgesamt verfügbare Abwärmemenge ist noch nicht quantifiziert worden, wird aber derzeit genauer untersucht. Für eine erste Einschätzung würde sich mit der Annahme, dass 25 Prozent der eingesetzten Brennstoffmengen als Abwärme nutzbar gemacht werden könnten, ein theoretisches Wärmepotenzial von 0,85 GWh ergeben. Dieses Abwärmepotenzial muss unter Berücksichtigung von geplanten Sanierungsmaßnahmen weiter validiert werden, um für die konkrete Wärmeplanung berücksichtigt werden zu können. Nach Einschätzung des Unternehmens ist ein hoher technischer Aufwand damit verbunden die Abwärme auszukoppeln. Es bestehen zudem Überlegungen des Unternehmens die Abwärme selbst zu nutzen.

Der dritte Standort könnte Wärme an Werktagen unregelmäßig zur Verfügung stellen. Die Wärme steht auf verschiedenen Temperaturniveaus von 20°C bis 150°C zur Verfügung. Der Großteil der Abwärme hat ein Temperaturniveau von 20°C. Demzufolge müssen Wärmepumpen genutzt werden, um dieses Potenzial zu heben. Es würde insgesamt eine Abwärmemenge von ca. 2,3 GWh pro Jahr verfügbar sein. Nach Aussagen des Unternehmens sind die technischen Aufwände zur Auskopplung der Abwärme aus den Prozessen jedoch hoch. Auch soll zunächst die Nutzung im Unternehmen selbst geprüft werden.

Die übrigen befragten Unternehmen haben keine Angabe zu ihren Abwärmepotenzialen gemacht. Im Rahmen des am 13.11.2023 verabschiedeten Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) sind jedoch Industrieunternehmen mit jährlichen Energieverbräuchen > 2.500 MWh/a verpflichtet, nutzbare Abwärmemengen zu ermitteln und öffentlich zu machen. Die Frist zur Veröffentlichung dieser Daten ist aktuell bis zum 31.12.2024 verlängert worden. Die Daten können daher nur bedingt in die aktuelle Betrachtung einfließen, sollten jedoch im Nachgang der kommunalen Wärmeplanung detailliert untersucht werden bzw. bei der Fortschreibung des kommunalen Wärmeplans berücksichtigt werden.

Falls die genannten Quellen erschlossen würden, könnte damit insgesamt ein Wärmepotenzial aus industrieller Abwärme von ca. 8 GWh/a für Wärmenetze nutzbar gemacht werden. Die Nutzbarkeit der Abwärmequellen muss durch weitere Untersuchungen weiter konkretisiert werden. Dies erfolgt insbesondere auch im Rahmen der Untersuchung der entsprechend festgelegten Vorranggebiete für Wärmenetze.

2.3.2.7.2 Abwärme aus Abwasser

Eine Abwasser-Wärmepumpe nutzt die Wärmeenergie aus Abwasserquellen wie Abwasserkanälen, Abwasserleitungen, Kläranlagen oder industriellen Abwässern.

Der wesentliche Vorteil von Abwasser als Wärmequelle ist die relativ konstante Temperatur, die ganzjährig zur Verfügung steht. Die Wärmepumpe erreicht daher auch im Winter, ähnlich wie bei oberflächennaher Geothermie, relativ hohe Leistungszahlen (Coefficient of Performance oder COP). Der COP ist ein Maß für die gegenwärtige Effizienz einer Wärmepumpe, während die Jahresarbeitszahl ein Maß für die Effizienz der Wärmepumpe innerhalb eines ganzen Jahres ist.

Bei dem Entzug von Wärme aus Abwasserkanälen ist zu berücksichtigen, dass sich niedrige Abwassertemperaturen im Winter negativ auf die Abbauleistung der Kläranlage auswirken. Bei Überlegungen zur Nutzung von Wärme aus dem Schmutzwassernetz muss daher geprüft werden, ob sich die Zulauftemperatur des Abwassers zur Kläranlage dadurch relevant ändert. Hinzu kommt der Reinigungsaufwand der Wärmetauscher im Kanal. Die Nutzung von Abwasserwärme kommt in **bestehenden** Kanälen erst ab einer Nennweiten der Kanäle größer DN 800 in Frage. Derart dimensionierte Kanäle liegen jedoch in Bad Iburg nicht vor.

Eine weitere Möglichkeit des Entzugs von Wärme aus Abwasser besteht im Ablauf der Kläranlage in Glane. Hier stehen Abwassermengen in gereinigter Form konzentriert auf eine Wärmequelle zur Verfügung. Bei Nutzung des Ablaufes der Kläranlage wird der Klärprozess nicht negativ beeinflusst und die Reinigung ist mit deutlich geringerem Aufwand verbunden als bei der Nutzung ungereinigter Abwässer.

Das Wärmepotenzial aus dem Abwasser wurde anhand der durchschnittlichen Abwassertagesmenge in Höhe von 2000 m³ pro Tag bestimmt. Unter Berücksichtigung eines entsprechend skalierten Referenzprofils für die stündlichen Abwassermengen über ein Jahr und einem Referenzprofil für den Jahrestemperaturverlauf sowie einer angenommenen Auskühlung bis zu einer Abwassertemperatur von 4°C und einem

Zieltemperaturniveau der zu erzeugenden Wärme von 70 °C ergibt sich das in Abbildung 38 theoretische Leistungsangebot einer Wärmepumpe. Die maximale Auskühltemperatur kann eingeschränkt werden, um das Gewässer, in welches das Abwasser nach der Kläranlage eingeleitet wird, ökologisch nicht zu gefährden. Die entsprechenden Ämter bei Stadt und Kreis sind daher bei weiteren Planungen zur Umsetzung von Projekten in jedem Fall einzubeziehen.

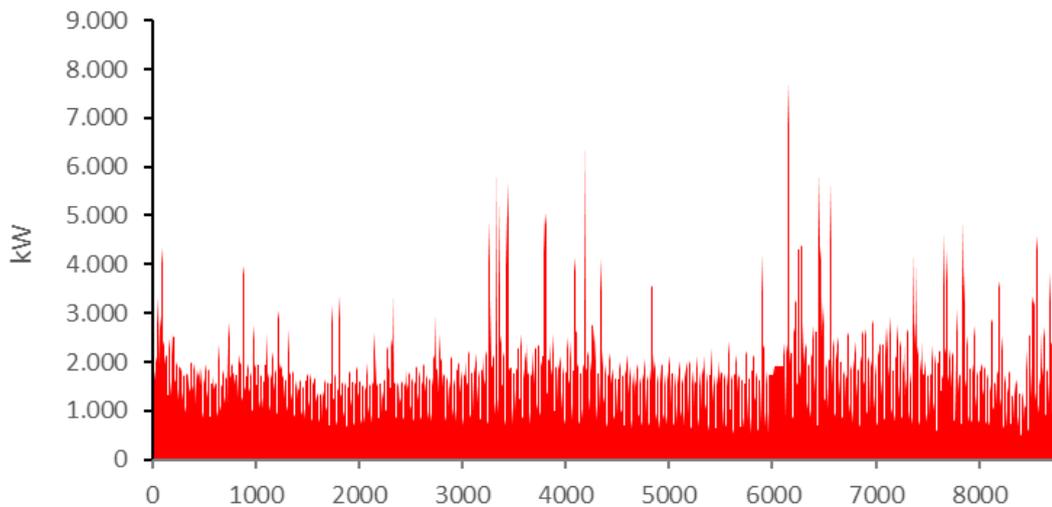


Abbildung 38: Theoretische Leistung einer Abwasser-Wärmepumpe im Abwasserstrom des Klärwerks

Die Wärmepumpe würde jedoch üblicherweise nicht auf eine thermische Leistung von 7,5 MW oder mehr ausgelegt werden, weil sie diese Leistung nur vereinzelt in wenigen Stunden liefern könnte, sondern auf einen deutlich niedrigeren Wert, um ausreichend hohe Vollbenutzungsstunden und somit eine höhere Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Eine sinnvolle Auslegung würde bei 1,4 bis maximal 2,4 MW liegen. Bei 1,7 MW thermischer Leistung ergeben sich über das verwendete Dargebotsprofil ca. 7.500 Vollbenutzungsstunden, vorausgesetzt, die Wärme kann im Sommer auch vollständig genutzt werden. Somit ergibt sich ein **Wärmepotenzial von 12,8 GWh/a**. Diese Wärmemenge steht nur in räumlicher Nähe zur Kläranlage zur Verfügung und kann voraussichtlich nicht komplett in Wärmenetzen genutzt werden.

2.3.2.7.3 Thermische Abfallbehandlung

Abfälle fallen kontinuierlich in Städten und Gemeinden an und müssen entsorgt werden. Eine Form der Entsorgung ist die Verbrennung des Abfalls. Bei Verbrennung von Abfällen kann thermische Energie gewonnen werden. Die dabei entstehende Wärme hat ein hohes Temperaturniveau, welches sich für die Einspeisung in eine Wärmenetz gut eignet. Zudem muss der Abfall ganzjährig entsorgt werden, wo durch eine recht hohe Verfügbarkeit der Wärmequelle gegeben ist.

In der Kommune Bad Iburg existiert keine Abfallverbrennungsanlage. Die relevanten Abfallmengen werden außerhalb des Betrachtungsgebiets entsorgt. Daher ist kein Potenzial aus thermischer Abfallbehandlung ausweisbar.

2.3.3 CO₂-neutrale Gase

Im Bereich der Nutzung von Gasen können CO₂-neutrale Gase bzw. für eine Übergangszeit auch eine Mischung von Gasen betrachtet werden.

Die CO₂-neutralen Gase werden in diesem Bericht wie folgt definiert (für die gesetzlichen Definitionen sei auf das Wärmeplanungsgesetz und das Gebäudeenergiegesetz verwiesen):

- Grünes Gas: Dieser Terminus ist ein Sammelbegriff für jegliche CO₂-neutralen Gase.
- Biogas: Biogas wird durch die Fermentierung von biogenen Stoffen, wie Maissilage, Gülle o. ä. in einer Biogasanlage produziert. Es besteht zu annähernd gleichen Anteilen aus Methan und CO₂ und kann, in Biogas-BHKWs eingesetzt, direkt für die Strom- und Wärmeerzeugung genutzt werden. Da das enthaltene CO₂ ursprünglich aus der Atmosphäre stammt und in der Biomasse gespeichert wurde, ist das Biogas CO₂-neutral. Wichtig ist jedoch, dass bei Leckagen CO₂ und auch Methan (mit wesentlich stärkerem Treibhauseffekt als CO₂) frei werden kann. Das Potenzial von Biogas wird in Abschnitt 2.3.2.4 behandelt.
- Klärgas: Analog zu Biogas entsteht Klärgas bei der Klärung von Abwasser und kann in BHKWs genutzt werden.
- Deponiegas: Analog zu Biogas wird Deponiegas in Mülldeponien frei. Wird es konzentriert aufgefangen, kann es auch energetisch genutzt werden.
- Biomethan: Wird das CO₂, welches im Biogas enthalten ist, abgetrennt und das Gas so auf Erdgasqualität gebracht, spricht man von Biomethan. Dieses kann, bei Einhalten der notwendigen Grenzwerte, auch in das Erdgasnetz eingespeist und so von allen Endkunden genutzt werden. Für die Freisetzung von Methan gelten die Vorschriften und Grenzwerte der GasNZV, des EEG sowie der TA-Luft.
- Synthetisches Gas: Darunter wird ein Gas verstanden, welches durch einen chemischen Prozess künstlich hergestellt wird.
- Wasserstoff: Wasserstoff muss immer durch einen chemischen Prozess erzeugt werden, da er nicht in dieser Form natürlich vorkommt. Dabei gibt es unterschiedliche „Farben“, die den Herstellungsprozess aufzeigen. Für die kommunale Wärmeplanung ist v. a. der grüne Wasserstoff relevant: Grüner Wasserstoff wird per Elektrolyse aus Wasser mithilfe von erneuerbarem Strom erzeugt. Des Weiteren gibt es noch blauen (aus Dampfreformierung von Erdgas mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung), türkisen (aus Pyrolyse von Erdgas) und orangenen (hergestellt aus Biomasse oder per Elektrolyse mit Strom aus Abfallverwertung).

- Synthetisches Methan: Synthetisches Methan wird aus CO₂-neutralem Wasserstoff mit CO₂ über den Verfahrensschritt der Methanisierung hergestellt. Damit das synthetische Methan CO₂-neutral ist, muss dieses CO₂ entweder biogen Ursprungs, d. h. aus Biomasse, sein oder aus der Atmosphäre (z. B. über Direct Air Capture zur Abscheidung von CO₂ aus der Umgebungsluft) stammen.
- Grünes Methan: Dieser Begriff fasst Biomethan und synthetisches Methan zusammen.

Zusätzlich wird in späteren Abschnitten zum Teil der Begriff Mischgas benutzt. Damit sind verschiedene Mischungen an Gasen umfasst, v. a. von Erdgas mit mindestens einem CO₂-neutralen Gas, um z. B. die Anforderungen des GEG zu erfüllen.

Die Potenziale CO₂-neutraler Gase wurden analysiert, werden jedoch aus folgenden Gründen an dieser Stelle nicht quantifiziert:

Eine Leitung des geplanten deutschen Wasserstoff-Kernnetzes verläuft zukünftig in mehreren Kilometer Entfernung von den jeweiligen Ortschaften von Bad Iburg. Die Nutzbarkeit hierdurch gelieferter Wasserstoffmengen hängt von der Einbindung in ein ggf. vorhandenes Verteilnetz und der priorisierten Nutzung für bestimmte Verbrauchergruppen, z. B. der Industrie ab. Wasserstoff soll prioritär industriellen Anwendungen der Bereiche Stahl, Chemie, Glas, Papier etc. sowie der Energiewirtschaft (als Substitut für herkömmliche Gaskraftwerke) und Anwendungen im Schwerlastverkehr bzw. ÖPNV zur Verfügung stehen. Somit ist die Nutzung von Wasserstoff für die Wärmebereitstellung in der zukünftigen Verteilstrategie nachrangig eingeplant. Es besteht hier ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor, ob Wasserstoff überhaupt lokal verfügbar gemacht wird.

Biomethan ist aktuell nur bilanziell und in geringen Mengen verfügbar und es gibt in Bad Iburg keine kurzfristig absehbaren Potenziale. Die in der kommunalen Wärmeplanung berücksichtigten Biomethanmengen müssen auf Landesebene aggregiert werden und ab 2030 in einem landesweiten Mengenabgleich plausibilisiert werden. Auch synthetisches grünes Methan steht aktuell in Bad Iburg nicht zur Verfügung.

Es fallen keine Potenziale auf Basis von Deponiegas an, da im Betrachtungsgebiet Deponien nicht vorhanden sind. Ebenfalls sind keine zu hebenden Potenziale aus Klärgas vorhanden.

Synthetisches Gas steht aktuell nicht zur Verfügung und ist für die Zukunft mit Unsicherheiten behaftet. Um die mittelfristige Verfügbarkeit für synthetisches grünes Methan abzubilden, wird in Kap. 3 modellbasiert der zukünftige Preis für dieses grüne Gas sowie eines Mischgases aus Erdgas und grünem Gas abgebildet.

Es wird empfohlen, die grundlegenden Annahmen fortlaufend zu prüfen, spätestens alle 5 Jahre im Rahmen der Fortschreibung des kommunalen Wärmeplans.

2.4 Ergebnisse

Die Tabelle 2 zeigt eine Übersicht der ermittelten theoretischen bzw. technischen Potenziale zur treibhausgasneutralen Wärmeerzeugung, die um bestehende technische Restriktionen reduziert wurden. In einem weiteren Schritt wären diese Potenziale hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs den potenziellen Bedarfen möglicher Wärmenetze gegenüberzustellen, um den tatsächlich nutzbaren Anteil des Potenzials zu ermitteln. Der aktuelle Wärmedarf von 86 GWh/a reduziert sich im Jahr 2045 um 23 Prozent auf 66 GWh/h.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht der ermittelten theoretischen Potenziale zur treibhausgasneutralen Wärmeerzeugung.

Theoretisches Wärmepotenzial (unter Berücksichtigung technischer Restriktionen)	MW	GWh/a
Zentrale Potenziale:		
Solarthermie (Freifläche)	210	141
Oberflächennahe Geothermie (Erdsonden 100 m) zentral + Wärmepumpe; <u>alternativ</u> zu Solarthermie	152	304
Mitteltiefe- und Tiefe-Geothermie (hydrothermal)	-	-
Feste Biomasse	-	3,9
Biogas	-	8,0
Umweltwärme (Fließgewässer) + Wärmepumpe	-	-
Umweltwärme (Luft) zentral + Wärmepumpe	überall verfügbar, Restriktionen einzelfallabhängig, Wärmeangebot und -bedarf gegenläufig	
Abwärme (Unvermeidbare industrielle Abwärme) + Wärmepumpe	-	8,0
Abwärme (aus Abwasser) + Wärmepumpe	1,7	13
Thermische Abfallbehandlung	-	-
Dezentrale Potenziale:		
Solarthermie (Dach)	4,1	2,8

Geothermie (Erdsonden) dezentral + Wärmepumpe	43	85
Umweltwärme (Luft) dezentral + Wärmepumpe	46	84

Tabelle 2: Übersicht der Potenziale Erneuerbarer Wärme und unvermeidbarer Abwärme

Die Potenziale werden unterschieden in zentrale und dezentrale Potenziale.

Zentrale Potenziale dienen zur Deckung des Wärmebedarfs mittels leitungsgebundener Wärmeversorgung. Insbesondere Wärmepumpen-basierte Technologien werden aktuell stark gefördert und dienen daher als Benchmark für die Erzeugungstechnologien. Die Realisierung der Potenziale muss sich dabei immer an der Nähe der Erzeugung zu den Verbrauchssenen orientieren, damit die Zuleitungen der Wärmenetze nicht zu lang und damit unwirtschaftlich werden. Eine detailliertere Bewertung der technischen und wirtschaftlichen Realisierungsmöglichkeiten erfordert Machbarkeitsstudien, die nach dem BEW gefördert werden.

Dezentrale Potenziale bestehen ebenfalls insbesondere im Bereich der Luft-Wärmepumpen, aber auch im Bereich der Biomassenutzung. Luft-Wärmepumpen können einen Großteil des dezentralen Wärmebedarfs abdecken und sind lediglich eingeschränkt durch Lärmrestriktionen oder in geringem Maße durch fehlende Aufstellflächen. Aktuell sind Förderungen nach dem BEG möglich.

Das Potenzial für CO₂-neutrale Gase in der Wärmeversorgung wird als gering angesehen. Aktuell sind keine regionalen Projekte zur Erzeugung geplant. Die gegebenenfalls über Transportnetze zukünftig zur Verfügung stehenden Gasmengen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit prioritär den produzierenden Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Insgesamt ergibt die Potenzialanalyse ausreichende Potenziale treibhausgasneutraler Wärmequellen für die Deckung des Wärmebedarfs in Bad Iburg.

Eine vollständige treibhausgasneutrale Wärmeversorgung ist nicht nur auf die Nutzung regenerativer Wärmequellen angewiesen, sondern braucht auch emissionsfrei erzeugten Strom, da einige Wärmeerzeuger wie z.B. die Wärmepumpe aber auch die Wärmenetze Strom für ihren Betrieb benötigen. Die kommunale Wärmeplanung fordert daher die Ausweisung regionaler treibhausgasneutraler Stromerzeugungspotenziale. Eine Übersicht des Potenzials aus zentralen und dezentralen Erzeugungsanlagen für Bad Iburg findet sich in nachfolgender Tabelle. Bei den ausgewiesenen Potenzialen ist jedoch zu beachten, dass die Gleichzeitigkeit zwischen der Stromerzeugung und dem Wärmebedarf nur eingeschränkt vorhanden. Damit ist die direkte Nutzung der Potenziale für die regionale Wärmeversorgung nur bedingt möglich.

Theoretisches Potenzial für lokale Stromerzeugung (unter Berücksichtigung technischer Restriktionen)	MW	GWh/a
Zentrale Potenziale:		
Solar (PV) (Freifläche)	226	249
Wind (Abgleich mit ROP erforderlich)	Kein Potenzial	
Dezentrale Potenziale:		
Solar (PV) (Dach)	80,2	88,2

Tabelle 3: Übersicht zu den Potenzialen erneuerbarer Stromerzeugung

3 Zielszenarien und Entwicklungspfade

**Aufgabenstellung: Auf welchem Weg gelingt das?**



Ziel: Entwicklung Szenario zur Erreichung der Treibhausgasneutralität im Jahr 2045, konkret:

- Planung des Weges zur Treibhausgasneutralität 2045 mit „Meilensteinen“ für 2030, 2035 und 2040
- Zonierung des Betrachtungsgebietes (z.B. nach Art der Bebauung, Quartieren, Stadtvierteln oder anderen geeignete homogenisierende Clusterungskriterien mit Blick auf die Wärmeversorgung): Ausweisung der Gebiete für die entweder eine leitungsgebundene oder eine dezentrale Versorgung besonders geeignet ist.
- Zuordnung möglicher Erzeugungstechnologien



Ergebnis: Szenario zur Deckung des zukünftigen Wärmebedarfs mit EE, konkret:

- Entwicklung eines Szenarios zur Deckung des zukünftigen Wärmebedarfs mit erneuerbaren Energien zur Erreichung einer treibhausgasneutralen Wärmeversorgung.
- Identifikation und Ausweisung von Gebieten, die sich für die leitungsgebundene Wärmeversorgung anbieten und solchen, die sich für eine dezentrale Versorgung eignen. Zusätzlich Ausweisung von „Übergangsbereichen“, für die beide Versorgungsarten in Betracht kommen.
- Durchführung bzw. Abgleich mit vorhandenen Erzeugungs- und Zielnetzplanungen
- Erstellung von „Meilensteinen“ auf dem Weg nach 2045 („Weg“)
- Ermittlung wirtschaftlicher Kennwerte als Zielgrößen (z.B. Preis/kWh für die Wärmebereitstellung) in Form von Wärmeverkostungsvergleichen für eine Anzahl typischer Versorgungsfälle, die die Versorgung in der Kommune umfassend abbilden.

3.1 Aufgabenstellung

Die Ausgangslage ist geklärt (Bestandsanalyse) und die Möglichkeiten zur Zielerreichung wurden identifiziert (Potenzialanalyse). Nun ist ein Weg aufzuzeigen, der vom Status quo zum Ziel führt. Dies beschreibt das „Zielszenario“.

In welchen Gebieten können welche der identifizierten Potenziale für eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung genutzt werden?

3.2 Wärmebedarfsentwicklung: Bedarfsreduktion und Restwärmebedarf über die Zeit

Ohne jeden Zweifel ist einer der größten Hebel für die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung die **Bedarfsreduktion**. Jede Kilowattstunde, deren Erzeugung von vorneherein nicht erforderlich ist, hilft. Somit ist ein zentraler Baustein der gesamten Wärmeplanung, welche sich hier in den Zielszenarien und Entwicklungspfaden konkretisiert, die Identifizierung von Möglichkeiten, die Wärmebedarfe im Einzelnen und somit in Summe absolut zu minimieren. Die „Vergrünung“ des dann verbleibenden Restwärmebedarfs muss konsequent als Sekundärziel verstanden werden.

3.2.1 Methodik

Raumwärme und Warmwasser

Mit Blick auf die Raumwärme, „das Heizen“, ist der Ansatzpunkt für diesen Hebel natürlich die Gebäudedämmung bzw. etwas weiter gefasst die **Sanierung von Gebäuden**. Hinzu kommt die Effizienzsteigerung für die Warmwasserbereitung durch z. B.

87 von 166

Dämmung der Verteilungen. Dieses Potenzial für den Gebäudebestand in Bad Iburg zu bestimmen und ein Zielszenario wie auch einen Entwicklungspfad zu diesem Ziel aufzuzeigen, ist Gegenstand dieses Kapitels.

Hierfür wurde ein **Modell** entwickelt, welches auf dem **Wärmeatlas** aufbaut. Auf die Zukunft ausgerichtet wird der „statische“ Wärmeatlas, der aus der Bestandsanalyse resultiert und den Status quo abbildet, sodann durch den Einbezug **weiterer Parameter** fortgeschrieben.

Diese Einflussparameter sind für die Raumwärme und Warmwasser:

- Sanierungspotenzial
- Sanierungsrate
- Klimaeffekt

Das **Sanierungspotenzial** wird in der Potenzialanalyse ermittelt. Dadurch werden die Gebäude mit dem höchsten Potenzial (v. a. alte und unsanierte Gebäude) tendenziell als erstes saniert. Neuere Gebäude mit wenig Potenzial werden eher später oder gar nicht saniert. Dabei wird für alte und unsanierte Gebäude ein höheres Sanierungspotenzial ermittelt als für neuere oder bereits sanierte Gebäude.

Ein Zufallsalgorithmus trägt der Unsicherheit Rechnung, dass jede Gebäudeeigentümerin und jeder Gebäudeeigentümer über Maßnahmen selbst entscheidet, sich demnach also nicht sicher voraussagen lässt, welches Gebäude wann saniert wird. Daraus ergibt sich mit den oben genannten Parametern die „Sanierungsaffinität“. Die **Sanierungsaffinität** wird für 5-Jahres-Zeiträume ermittelt (erster Zeitraum 2025-2030).

Jene Gebäude mit der höchsten unterstellten Sanierungsaffinität werden schließlich ausgewählt, um im Modell die jeweils angesetzte **Sanierungsrate** zu erreichen. Die Rate selbst wird linear steigend von heute **1 Prozent auf 1,7 Prozent** im Jahr 2045 im Modell abgebildet, vgl. auch die am 28.5.2024 in Kraft getretene Europäische Richtlinie zur Gesamteffizienz von Gebäuden²⁴. Dies berücksichtigt zum einen, dass der Handlungsdruck auf Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer (bzw. allgemeiner: die Bereitschaft zu sanieren) über die Zeit ansteigen wird. Wo CO₂-Preise heute noch keinen Anreiz für die Reduktion des Energieverbrauchs geben, wird aufgrund steigender CO₂-Preise der Druck erhöht. Demnach ist es realistisch, von einer Steigerung der Sanierungsrate in der Zukunft auszugehen. Zum anderen ist die Sanierungsrate nach oben realiter begrenzt, da nicht beliebig Ressourcen für die Sanierung, konkret insbesondere finanzielle Mittel, aber auch Kapazitäten im Handwerk, zur Verfügung stehen. Eine Umsetzung des in Kapitel 2.3.1 hergeleiteten theoretischen Sanierungspotenzials ist daher unrealistisch.

²⁴ https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202401275



Abbildung 39: Abhängigkeit des Gelingens der Wärmewende von individuellen Wirtschaftlichkeitserwägungen

Erneut ist es für das Grundverständnis wichtig, dass auch hier **keine Detail-„Planung“ auf Ebene einzelner Gebäude** erfolgt. Auf überlagerter Ebene – konkret für die vorherrschenden Gebäudetypen und in der Granularität der definierten Baublöcke – werden die relevanten Einflussparameter abgebildet. Die Ergebnisse werden zwar in der Bottom-up-Analyse auf einzelne Gebäude angewandt, die Zuordnung erfolgt jedoch stochastisch-probabilistisch, d. h. quasi zufällig. Der Einfluss der Zufallszahlen wurde jedoch so gewählt, dass weiterhin die relevanten Einflussparameter die Verteilung der Sanierung im Stadtgebiet definieren.

Schließlich wird im Modell ergänzend berücksichtigt, dass der Klimawandel Wirkung entfaltet und die mittleren Jahrestemperaturen steigen. Dieser „**Klimaeffekt**“ wird über die Gradtagzahlen, eine in der Gaswirtschaft gebräuchliche Kennzahl etwa zur Prognose von Mengenbedarfen, operationalisiert. Es wird somit unterstellt, dass durch steigende Temperaturen, also wärmere Winter, künftig weniger geheizt werden wird. Konkret stehen die Szenarien unter der Annahme, dass allein dadurch bis 2045 der Raumwärmebedarf um 10 Prozent zurückgeht.

Prozesswärme

Die für die Industrie erforderliche Prozesswärme findet ebenfalls Berücksichtigung. Die grundsätzliche Annahme, dass Produktionsprozesse einem Effizienzfortschritt unterliegen, wird im Modell durch eine Reduktion des Prozesswärmebedarfs von 10 Prozent bis ins Jahr 2045 unterstellt.

Neubaugebiete

Zusätzlich zum bereits existierenden Gebäudebestand werden zwei geplante Neubaugebiete berücksichtigt, die aber nur einen marginalen Effekt auf die Entwicklung des Wärmebedarfs haben.

3.2.2 Ergebnisse

Die Ergebnisse der **Wärmebedarfsentwicklung** sind in Abbildung 40 dargestellt. Auch hier wird als dargestellte Größe nicht der Endenergieverbrauch (also die eingesetzten Energieträgermengen) sondern der Wärmebedarf verwendet. Bis 2045 reduziert sich der Wärmebedarf von heute 85,9 GWh auf 65,9 GWh, also um 20,0 GWh bzw. 23 Prozent. Dabei nimmt der Wärmebedarf v. a. aufgrund von Sanierung ab (-23,2 Prozent) und

durch geplante Neubauten langfristig marginal zu (0,04 Prozent). Somit wird in etwa bis 2045 die Hälfte des ermittelten theoretischen Potenzials von 48 Prozent erschlossen.

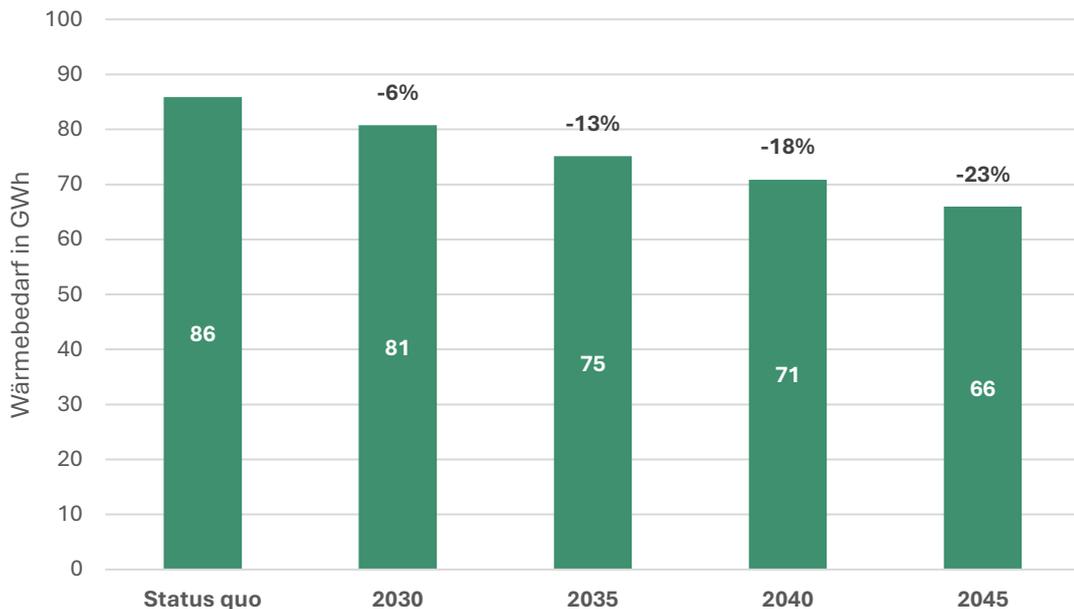


Abbildung 40: Absoluter bzw. relativer Wärmebedarfsrückgang in GWh und Prozent für Bad Iburg

Im Ergebnis liegen nach der Simulation zur Fortschreibung des Wärmebedarfs mit dem Modell nicht nur die aggregierten Werte für das Untersuchungsgebiet, sondern auch die Verteilung auf Gebäude- bzw. Baublockebene vor.

3.3 Wärmebedarfsdeckung

3.3.1 Wirtschaftliche Betrachtung aus Endkundensicht

3.3.1.1 Hintergründe, Annahmen und Modellbeschreibung

Mit dem im vorigen Kapitel abgeleiteten Wärmebedarfsrückgang um 23 Prozent auf Basis der festgelegten Sanierungsraten geht der prognostizierte Wärmebedarf auf 77 Prozent im Jahr 2045 zurück, bezogen auf den heutigen Wärmebedarf. Zur Deckung dieses Rest-Bedarfs muss die Wärmeversorgung und damit der Großteil der heutigen Heizungen gegen grüne Technologien getauscht werden. Die individuelle Bereitschaft der Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer, diesen Technologiewechsel zu vollführen, ist somit ganz wesentlich für das Gelingen der Wärmewende. Und hierfür sind – neben gesetzlichen Vorgaben z. B. über das Gebäudeenergiegesetz – wirtschaftliche Überlegungen mit ausschlaggebend. Denn die Investitionen sind beträchtlich und deswegen wird die Entscheidungsfindung der handelnden Personen nicht allein von Einsicht und Überzeugung zum Klimaschutz getrieben.

Eine Wärmeplanung, die also diese Wirtschaftlichkeitserwägungen außer Acht lässt, plant systematisch unrealistisch. Somit ist eine Untersuchung der Wirtschaftlichkeit unterschiedlicher Technologien aus Endkundensicht erforderlich. Diese bilden wir in sogenannten Kunden-Technologie-Kombinationen (KuTeK) ab. Einschränkungen zur Verfügbarkeit, z. B. für Gas, werden hier nicht betrachtet, da es sich um einen Vergleich unterschiedlicher Wärmeerzeugungstechnologien handelt.

Technisch handelt es sich bei der Analyse um eine Vollkostenbetrachtung in Anlehnung an **VDI 2067**. Hierbei werden drei Kostendimensionen in den Blick genommen:

1. Kapitalgebundene Kosten (Investition, Installation, Förderung)
2. Bedarfsgebundene Kosten (Kosten für Energieverbrauch)
3. Betriebsgebundene Kosten (Wartung und Instandhaltung)

Die **kapitalgebundenen Kosten** umfassen

- die Investition in ein neues Heizungssystem²⁵,
- seine Installation bzw. den Umbau des Heizungssystems (Tausch von Ventilen und unter Umständen auch von Heizkörpern sowie hydraulischer Abgleich des Systems)
- Fördermöglichkeiten unter Berücksichtigung der Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) bzw. der Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW)

Unter den **bedarfsgebundenen Kosten** sind die Kosten für Erzeugung der Wärme im engeren Sinne, also Brennstoff oder Strom inkl. aller Abgaben und Umlagen, zu verstehen.

Die **betriebsgebundenen Kosten** schließlich beinhalten die Kosten für Wartung und Instandhaltung der Anlagen.

Alle drei Kostenarten müssen Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer berücksichtigen, wenn sie im Rahmen einer Kalkulation abwägen, ob sie sich für eine neue Heizungstechnologie entscheiden möchten. Diese Kosten werden dann in Relation zu den erwarteten Kosten des Weiterbetriebs des bisherigen Heizungssystems gesetzt, sofern dies natürlich eine Option darstellt. Auch und insbesondere für die Auswahl aus den sich bietenden Alternativen wird sie oder er einen solchen Kostenvergleich anstellen. Dabei ist es wichtig, nicht nur die heutige Preisstruktur (v. a. der verbrauchsgebundenen Kosten) zu berücksichtigen, sondern auch zukünftige Entwicklungen wie z. B. die zu erwartenden CO₂-Preis-Steigerungen oder die Erhöhung von Netznutzungsentgelten zu antizipieren (siehe Exkurs zu BET-Energiemarktszenarien unten).

In der „KuTeK-Logik“ wird „die Kundin“ bzw. „der Kunde“ durch einen Gebäudetyp repräsentiert. Im Wesentlichen handelt es sich um je drei Typen von **Einfamilien-** oder **Mehrfamilienhäusern** unterschiedlichen Alters und damit Dämmstandards.

²⁵ Die Investitionskosten wurden mit den Kostenansätzen des lokalen Handwerks abgestimmt. Dies beinhaltet wohlgerne nicht die Kosten für etwaige Gebäudedämmung.

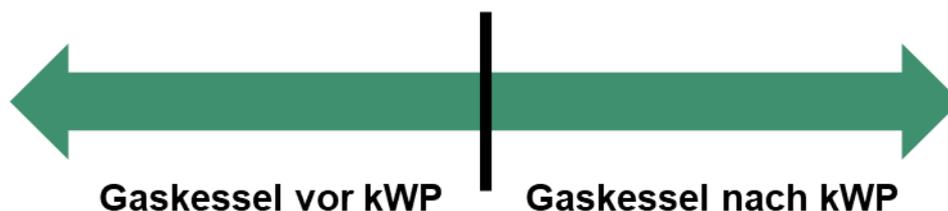
Theoretisch – und unter Berücksichtigung des Gebäudeenergiegesetzes – stehen der Kundin bzw. dem Kunden stets mehrere Heizungstechnologien zur Verfügung. Dies sind die beiden gängigen Technologien der **Wärmepumpen (Luft- und Sole-Wärmepumpen)** und die beiden **Verbrennungsheizungen** mit **Pellets** (als nachwachsender Rohstoff (NaWaRo)) und mit **Gas**, heute i. d. R. Erdgas, zukünftig auch mit grünem Gas. Bei der Luft-Wärmepumpe wird auch ein Hybridgerät untersucht, welches eine Luft-Wärmepumpe mit einem Gaskessel kombiniert. Somit kann die Wärmepumpe kleiner dimensioniert werden und der Gaskessel kann bei Bedarf die Bedarfsspitzen auch mit hohen Vorlauftemperaturen decken. Dabei wird sichergestellt, dass das Hybridgerät GEG-konform ist und somit der Gaskessel nur einen kleinen Anteil der Wärmebereitstellung übernimmt. In den untersuchten Fällen entspricht dies ca. 10 Prozent. Zusätzlich wird hier von einem steigenden Anteil von grünem Gas ausgegangen, der eingesetzt wird (angelehnt an die Werte aus GEG § 71 Absatz 9). Heizöl befeuerte Technologien werden für diesen Variantenvergleich nicht betrachtet, da hier der Einsatz neuer Heizungstechnologien betrachtet wird. Grünes (treibhausgasneutrales) Heizöl steht aktuell nicht zu wirtschaftlichen Konditionen zur Verfügung. Für Bestandsanlagen wären jedoch Hybridlösungen denkbar durch den Zubau beispielsweise einer Wärmepumpe, die dann 65 % des zu deckenden Wärmebedarfs treibhausgasneutral liefern könnte. Nach dem aktuell geltenden GEG dürfen fossil befeuerte Heizungsanlagen längstens bis 2044 betrieben werden, bei einer Einhaltung des Ziels des NKlimaG nur bis 2040 (vgl. GEG, §§ 71h, 72).

Für den Gaskessel werden zwei Varianten betrachtet:

Nach GEG darf vor der Frist zum Beschluss der kommunalen Wärmeplanung (für Bad Iburg 30.06.2028) weiterhin ein Gaskessel neu eingebaut werden, der steigende Grün-gasanteile nach GEG § 71 Absatz 9 einhält. Dieser Gaskessel wird im Folgenden „**Gas-kessel vor kWP**“ genannt und gilt als heutige Referenz.

Nach der Frist zum Beschluss der kommunalen Wärmeplanung (für Bad Iburg 30.06.2028) muss die 65 Prozent-Regel nach GEG § 71 Absatz 1 eingehalten werden. Eine frühere Geltung des GEG würde nach derzeitiger Rechtsauffassung ausgelöst, wenn, z. B. nach der Durchführung von Machbarkeitsstudien für Wärmenetze, die Stadt Wärmenetzvorranggebiete verbindlich durch Satzungsbeschluss festlegen würde (für die Übergangsregelungen und weitere Details sei auf das Gesetz selbst und die entsprechenden Paragraphen verwiesen). Da das NKlimaG bereits eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung vorgibt, wird im Jahr 2040 ein Sprung auf 100 Prozent grünes Gas angesetzt. Dieser Gaskessel wird im Folgenden „**Gaskessel nach kWP**“ genannt. Diese Anpassung gilt ebenso für die vorgenannten Hybridgeräte und Gaskessel vor kWP.

30.06.2028



Tatsächlich eignet sich nicht jeder Heizungstyp in gleichem Maße für jeden Gebäudetyp, so dass sich dieser „theoretische Lösungsraum“ für die Praxis in Abhängigkeit vom jeweiligen Gebäudetyp verengt. In der nachfolgenden Matrix werden die Kunden-Technologie-Kombinationen dargestellt, die für die sich anschließenden Analysen zur kommunalen Wärmeplanung zugrunde gelegt werden.

	Luft/Wasser-Wärmepumpe	Sole/Wasser-Wärmepumpe	Holz-Pelletheizung	Gas-Brennwertkessel
<p>Typ 1: Einfamilienhaus, Neu-Bestand (EFH A+ - C)</p>				
<p>Typ 2: Einfamilienhaus, Bestand (EFH D - F)</p>				
<p>Typ 3: Einfamilienhaus, Alt-Bestand (EFH G - H)</p>				
<p>Typ 4: Mehrfamilienhaus, Neu-Bestand (klein/mittel/groß) (MFH A+ - C)</p>				
<p>Typ 5: Mehrfamilienhaus, Bestand (klein/mittel/groß) (MFH D - F)</p>				
<p>Typ 6: Mehrfamilienhaus, Alt-Bestand (klein/mittel/groß) (MFH G - H)</p>				

Abbildung 41: Definition der möglichen Kunden-Technologie-Kombinationen (KuTeK)

Im Anhang finden sich die detaillierten Kennwerte für die einzelnen Gebäudetypen.

Für Pelletheizungen und Gaskessel werden für die Modellierung typische Wirkungsgrade verwendet. Die Annahmen zur Auslegung von Wärmepumpensystemen (Luft-Wärmepumpe, Sole-Wärmepumpe, Hybridgerät) verdienen dagegen erhöhte Aufmerksamkeit. Je nach Gebäudetyp und Sanierungsstand sind Vorlauftemperaturen und Wirkungsgrade von hoher Bedeutung für die Bewertung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Die Auslegung der Systeme auf die Gebäudetypen der KuTeK orientiert sich an der Jahresarbeitszahl und dem Anteil der Gaskessel (bei Hybridsystemen). Die Ermittlung von Jahresarbeitszahlen wiederum erfolgt über Simulationen mit exemplarischen Lastgängen und Kennlinien gängiger Wärmepumpen-Hersteller für Wärmepumpen unterschiedlicher Größen.

Exkurs: BET-Energiemarktszenarien zur Entwicklung des deutschen Energiesystems

Es müssen – auch im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung – sehr grundlegende Annahmen für die Entwicklung des zukünftigen Energiesystems getroffen werden. Ohne sich auf eine solche Grundeinschätzung festzulegen, fährt sich die Planung an einem gewissen Punkt fest. Die Parameter dieser „Energiewelten“ und die Zusammenhänge sind komplex. Um diese Ungewissheit ein Stück weit fassbar zu machen, hat BET mehrere fundamentale Energiemarktszenarien entwickelt, welche jeweils einem Narrativ folgen und Annahmen über die Verwendung und Veränderung der Energieträger im Energiesystem enthalten und ebenso daraus abgeleitete relevante Preise sowie Abgaben und Umlagen auf Strom etc. umfassen. Zwei dieser Szenarien stellen auf die Erreichung der Klimaneutralität in 2045 ab, wenngleich diese auf unterschiedlichem Weg erreicht wird: **Für diesen Bericht wurden die Modellrechnungen so parametrisiert, dass eine Treibhausgasneutralität schon im Jahr 2040 erreicht wird.**

Elektronenszenario: Klimaneutralität 2045 Elektronen (KN 45-E)

Das Szenario KN 45-E nimmt den heutigen politischen Willen als Richtschnur. Die Klimaziele werden für das Jahr 2040 erreicht. Auch die Zwischenziele, insbesondere zum EE-Ausbau für die Jahre 2030 und 2035 und das Ziel von 15 Millionen E-PKW bis 2030, werden erreicht. Gleichzeitig wird ein vorgezogener Kohleausstieg im Jahr 2030 angenommen. Infolge des Ukraine-Kriegs ist die Bedeutung einer stärkeren energetischen Unabhängigkeit gewachsen. Energieimporte sollen stärker diversifiziert und durch einen forcierten Ausbau Erneuerbarer Energien und die weitere Einsparung von Energie („Effizienz“) mittel- bis langfristig reduziert werden. Dies beinhaltet, dass große Fortschritte in vielen Bereichen, z. B. Ausbau von Strom- und Fernwärmenetzen, Ausbau EE, Ausbau Ladeinfrastruktur, Effizienzgewinne, Gebäudedämmung, Nutzerverhalten, Errichtung von Backupkapazitäten, Anpassung des normativen Rahmens antizipiert werden. Gasverteilnetze werden im Endsystem nur für die Versorgung der Industrie und Energiewirtschaft benötigt. Die Gasnetznutzungsentgelte steigen sehr stark an. Der Einsatz von Wasserstoff in der Gebäudewärme erfolgt nur indirekt über die Fernwärme.

Molekülszenario: Klimaneutralität 2045 Moleküle (KN 45-M)

Die Annahme des Gelingens im Elektronenszenario ist ambitioniert – insbesondere die Effizienz (inklusive Sanierung der Gebäude) und der Ausbau der EE (Akzeptanz / Flächen), aber auch der Ausbau von Strom- und Fernwärmenetzen sowie der Hochlauf der Elektromobilität stellen immense Herausforderungen dar.

Im Szenario KN 45-M wird diesen potenziellen Schwierigkeiten stärker Rechnung getragen und angenommen, dass u. a. die Elektrifizierung der Endverbraucherinnen und Endverbraucher im Gebäude-Bereich nicht vollständig gelingt. Wasserstoff und synthetische Gase verbleiben teilweise in der Raumwärme und damit auch der Bedarf für ein reduziertes Gasverteilnetzgerüst. Die Gasnetznutzungsentgelte steigen moderat

an. Der etwas langsamere Ausbau der EE führt dazu, dass die absoluten EE-Ausbauziele für 2030 verfehlt werden.

Gleichzeitig erfolgt die Elektrifizierung in den Endverbrauchssektoren langsamer. Allerdings wird Klimaneutralität in 2040 auch hier erreicht. Das Ziel einer stärkeren Importunabhängigkeit ist in dieser Welt weniger stark gewichtet und (ggü. dem Status quo stärker diversifizierte) Energieimporte spielen mittel- bis langfristig eine größere Rolle als im Elektronenszenario. Dieses Szenario bildet nicht nur einen anderen Pfad ab, sondern auch einen etwas anderen Endpunkt des technischen Systems. Allerdings ist festzuhalten, dass auch dieses Szenario eine starke Elektrifizierung und eine hohe Energieeinsparung beinhaltet.

Für die kommunale Wärmeplanung in Bad Iburg wird das **Elektronen-Szenario als bundesweites Energiemarktszenario** zugrunde gelegt. Das bedeutet, die Welt der Zukunft wird überwiegend elektrisch sein, (grünes) Gas wird eher eine untergeordnete Rolle spielen. Dies hat eine Reihe Konsequenzen für die Zielformulierung und die Entwicklungspfade dort hin:

- Es rückt beispielsweise aus den KuTeK der **Gaskessel** als eine der vier Basis-Technologien weiter in den Hintergrund, als dies im Moleküle-Szenario der Fall gewesen wäre.
- **Grüne Gase** spielen in diesem Szenario demnach bundesweit in der Raumwärme keine bedeutende Rolle. In der logischen Konsequenz behalten **Gasfernleitungsnetze** und **Gasverteilnetze** für Erdgas bzw. grünes Methan und Wasserstoff langfristig lediglich eine Bedeutung für die Versorgung der Industrie und der Energiewirtschaft.
- Im Elektronen-Szenario wird ein Anstieg erneuerbarer, elektrischer Energien angenommen: Der bundesweite Ausbau von **Photovoltaik** und **Windkraft** schreitet stetig voran, die aktuellen Ausbauziele werden erreicht.
- Der Wärmemarkt im engeren Sinne ist gekennzeichnet durch eine Zunahme des Marktanteils von **Wärmenetzen auf 27 Prozent** bis zum Jahr 2045 und einem gleichzeitig starken Zuwachs an Wärmepumpen (Steigerung des Marktanteils auf 51 Prozent). Im Vergleich zum Molekülszenario, welches weniger auf Elektrifizierung setzt und damit gleichzeitig auf einen geringeren Ausbau der Wärmenetze, ist der im Elektronen-Szenario ausgewiesene Ausbau an Wärmenetzen als ambitioniert zu betrachten.

3.3.1.2 Ergebnisse

Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Betrachtung aus Sicht der Endkundinnen und Endkunden zeigen die folgenden Darstellungen. Es sei zur Interpretation der Darstellungen angemerkt, dass die Preise nicht inflationiert sind, sondern dass es sich um „reale“ Beträge, also Werte in der Zukunft vergleichbar mit den heutigen Preisen, handelt.

Für die **grünen Gase** in Bad Iburg wird zunächst angenommen, dass ein Teil der überregionalen Erdgasinfrastruktur für grüne Gase (grünes Methan) **zur Verfügung** steht.

Wasserstoff wird absehbar in Bad Iburg **nicht zur Verfügung stehen** und würde auch aufgrund des Aufwands für die Umrüstung der Verbrauchsgeräte und den Umbau des bestehenden Gasnetzes keine Alternative darstellen. Stattdessen wird perspektivisch eine Methanisierung angenommen, die Wasserstoff überregional in synthetisches Methan umwandelt (weitere Ausführungen in Abschnitt 3.3.3), welches dann zur Lieferung der Restgasmengen in einem deutlich reduzierten Gasverteilnetz für die verbleibenden Endkunden zu Verfügung steht.

Preislich wird dies wie folgt berücksichtigt: Bis zur Fertigstellung des H₂-Backbones und entsprechender Methanisierungsanlagen wird Biomethan als grünes Gas für die Erfüllung der Anforderungen des GEG verwendet. Während eines Übergangszeitraums wird das Biomethan sukzessive durch synthetisches Methan ersetzt. Der Großhandels-Preis für dieses Gas setzt sich dabei durch den Wasserstoff-Import-Preis und einen Aufschlag für die (überregionale) Herstellung und Speicherung des synthetischen Methans inkl. Preis für das benötigte CO₂ zusammen.

Da die Verfügbarkeit und der Preis grünen Gases aus aktueller Sicht nur mit groben Annahmen ermittelt werden können, sind diese Annahmen im Rahmen der Verstetigungs- und Controllingprozesse bzw. der 5-jährigen Überprüfung der kWP zu validieren und die Szenarien ggf. anzupassen.

Die nachfolgende Abbildung zeigt zunächst die Preisverläufe für die unterschiedlichen Energieträger, die in den betrachteten Versorgungslösungen zum Einsatz kommen. Die Preisverläufe basieren auf dem Energiemarktszenario KN 45-E (s. Exkurs). Sie beinhalten neben dem (Großhandels)-Marktpreis des Energieträgers zusätzliche Preiskomponenten wie z. B. Netzentgelte, Steuern und Abgaben, die für die lokale Nutzung des Energieträgers im Gebäude anfallen. **Die Gasnetzentgeltentwicklung wurde aus einer starken Reduktion der Gasmengen abgeleitet (die konsistent ist zu den Ergebnissen aus Abschnitt 3.3), wodurch sich die Netzentgelte real mehr als versechsfachen.**

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Energieträger in unterschiedlichem Umfang für die Wärmeerzeugung benötigt werden. Für die Bereitstellung einer MWh Wärme über eine Wärmepumpe ist ein geringerer Energieeinsatz (Stromeinsatz) erforderlich als bei Gasen oder Pellets in den jeweiligen Versorgungslösungen. Auch wenn diese Preise im Zeitverlauf Schwankungen unterliegen, so zeigt sich, dass die effektiven Veränderungen im Vergleich zu den heutigen Preisen im Rahmen bleiben. Es ergibt sich über die nächsten 20 Jahre eine Änderung der Reihenfolge der Preise (real, ohne MWSt.). Gas wird zukünftig der teuerste Energieträger auf Grund der starken Preissteigerungen, insbesondere auch bei den Netzentgelten. Die Strompreise zeigen ein eher konstantes Niveau. Die Biomassepreise (Pellets) steigen moderat:

- Erdgas (gelb gepunktet) sieht von 2025 bis 2045 eine Steigerung von 119 Prozent, v. a. aufgrund steigender Gasnetzentgelte infolge des sinkenden Absatzes insgesamt und der steigenden CO₂-Preise.
- Der „Mischgaspreis (vor kWP, inkl. CO₂)“ (gelb gestrichelt) bildet die Anforderungen des GEG § 71 Absatz 9 ab, die für Gaskessel gelten, die nach dem 01.01.2024 und **vor** Frist der kommunalen Wärmeplanung in Bad Iburg (30.06.2028) eingebaut wurden. Gut sichtbar sind die Stufen zu den Jahren 2029, 2035 und 2040 zu denen Steigerungen des Anteils grüner Gase vorgeschrieben sind. Hier ist durch den hohen Preis für grünes Methan und die steigenden Gasnetznutzungsentgelte eine Steigerung um 154 Prozent im Vergleich zu 2025 erkennbar.
- Der „Mischgaspreis (nach kWP, inkl. CO₂)“ (gelb durchgezogen) repräsentiert den Endkunden-Gaspreis, der nach GEG § 71 Absatz 1 für neue Gasheizungen gilt, die **nach** Frist der kommunalen Wärmeplanung in Bad Iburg gilt (30.06.2028). 2025 läge dieser Preis bereits 2,6 ct/kWh oberhalb des Erdgaspreises. Da 2040 auch 100 Prozent grünes Gas (bzw. nach den oben getroffenen Annahmen in Bad Iburg grünes Methan) eingesetzt werden muss, ist langfristig der gleiche Preis wie beim Mischgas (vor kWP) zu erkennen.

Holzpellets erfahren eine Preissteigerung von 22 Prozent. Die Preise für Strom, ob als Haushaltsstrom oder für Wärmepumpen, pendeln in naher Zukunft nach unten durch, erholen sich dann jedoch ab etwa 2040 auf etwa heutigem Niveau bzw. leicht darüber.

Hervorzuheben ist, dass schon ab 2040 grünes Methan teurer ist als der Strom für Wärmepumpen. Dabei ist eine Wärmepumpe viel effizienter als ein Gaskessel, wodurch die bedarfsgebundenen Kosten (für Brennstoff/Strom) für die Wärmepumpe wesentlich niedriger sein werden. Dieser Aspekt wird in den folgenden Grafiken noch ersichtlich.

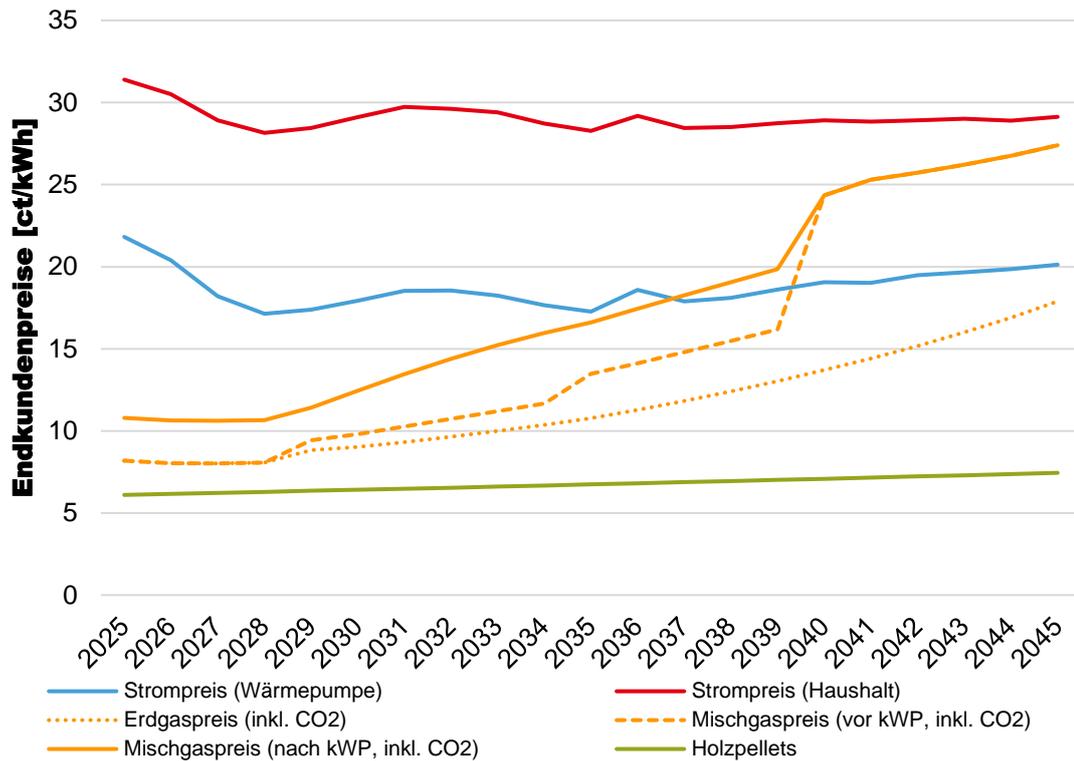


Abbildung 42: Variable Kosten der Endkunden in ct/kWh (real 2024, ohne MwSt.)

In den folgenden Abbildungen werden für ausgewählte Gebäudetypen die **Wärmevollkosten** dargestellt, d. h. diejenigen Kosten, die unter Berücksichtigung aller Kostenbestandteile für die Bereitstellung einer MWh Wärme durch die betrachtete Versorgungslösung entstehen. Dabei sind zunächst die vier in Bad Iburg am häufigsten vertretenen Gebäudetypen dargestellt: Einfamilienhaus - D bis F, Einfamilienhaus - G bis H, kleines Mehrfamilienhaus - D bis F und kleines Mehrfamilienhaus - G bis H. Die Darstellung der Wärmevollkosten aller Typgebäude sind im Anhang in Abschnitt 5.4 zu finden.

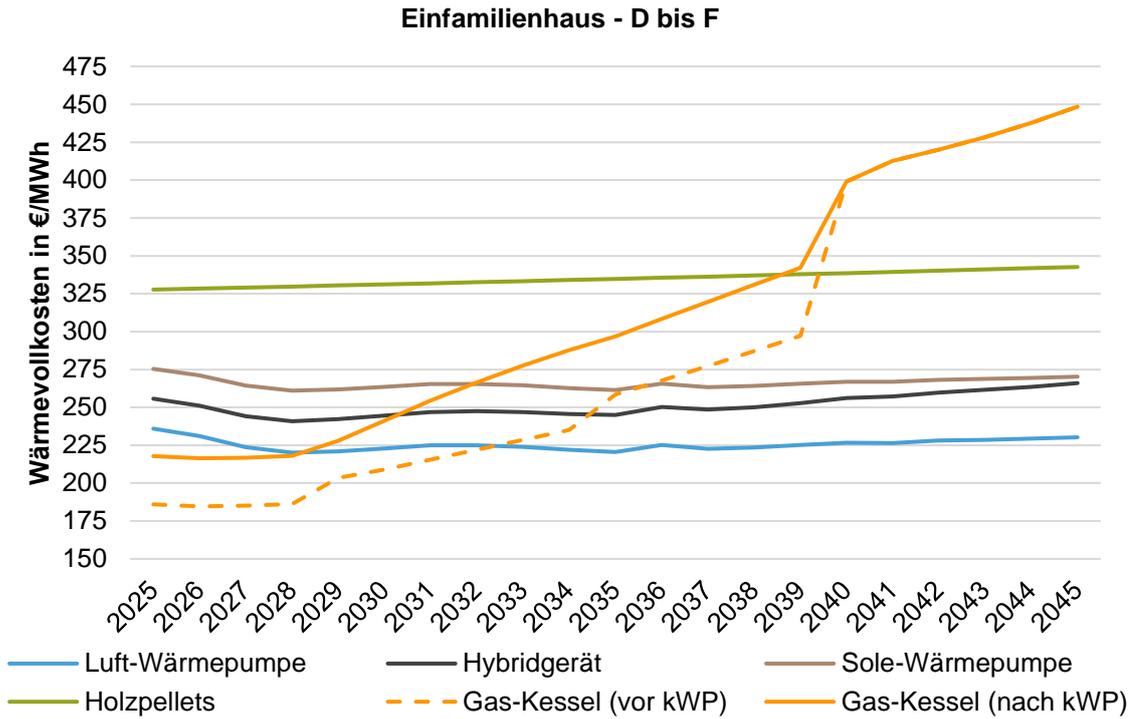


Abbildung 43: Wärmevollkosten je Technologie für ein Einfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.)

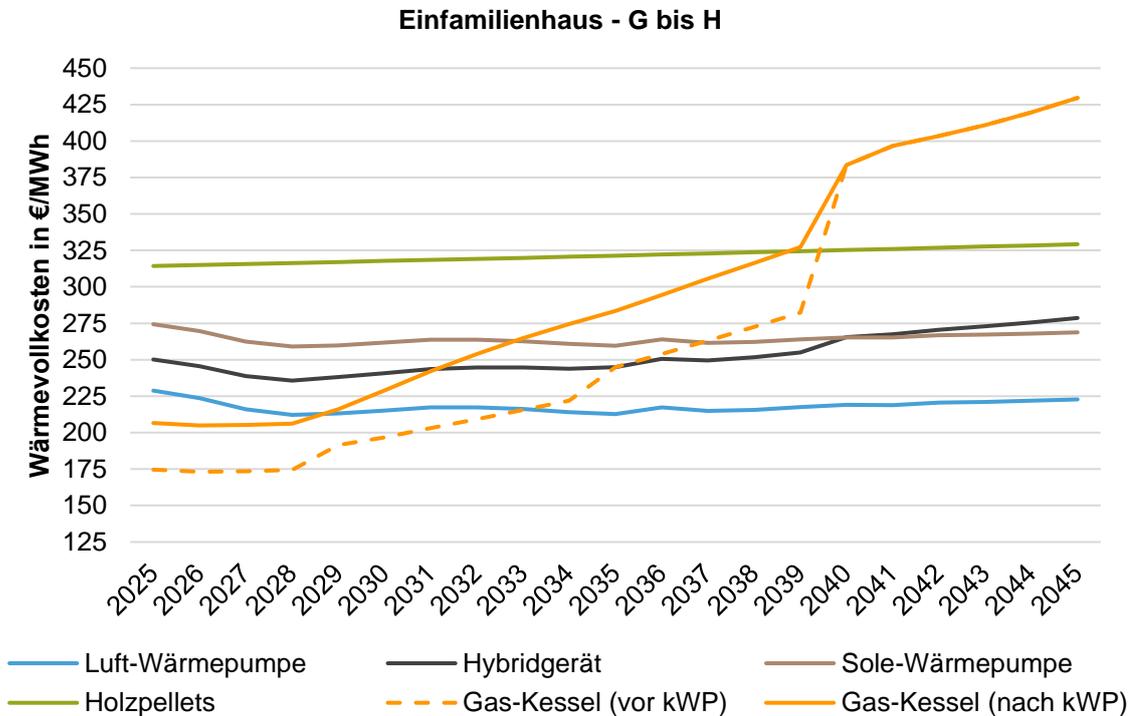


Abbildung 44: Wärmevollkosten je Technologie für ein Einfamilienhaus - G bis H (real 2024, ohne MwSt.)

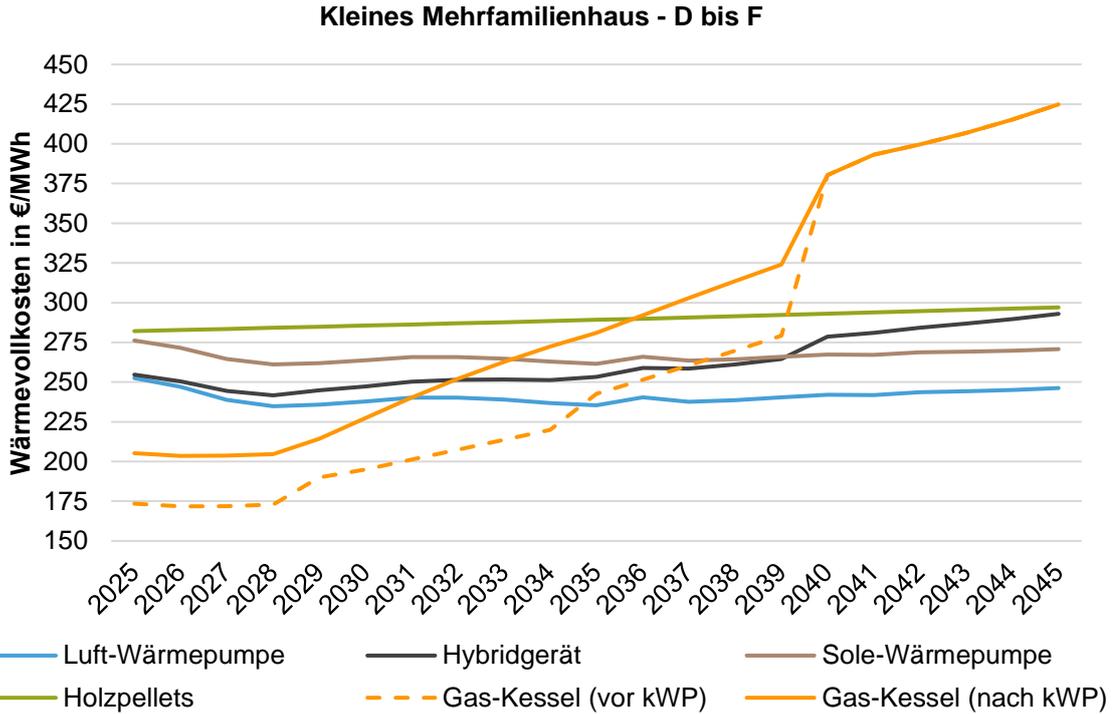


Abbildung 45: Wärmevollkosten je Technologie für ein kleines Mehrfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.)

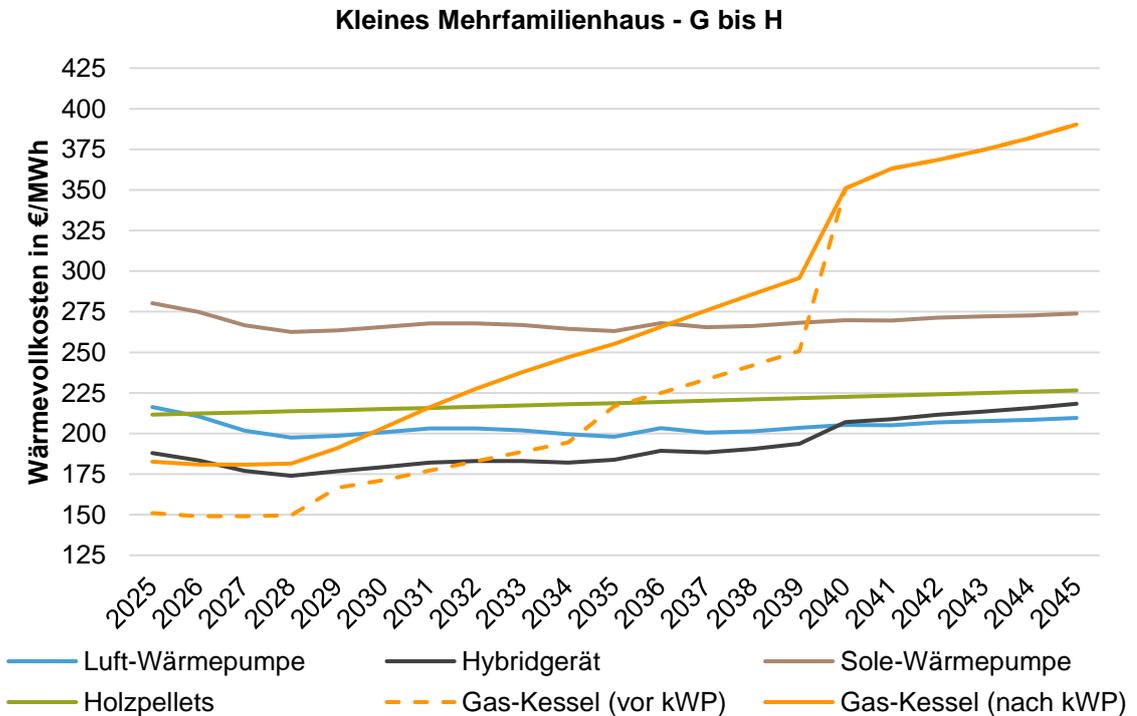


Abbildung 46: Wärmevollkosten je Technologie für ein kleines Mehrfamilienhaus - G bis H (real 2024, ohne MwSt.)

Zunächst ist erkennbar, dass die Größenordnung der Wärmevollkosten vom Typgebäude abhängt. Das liegt daran, dass große Wärmeerzeuger pro kW günstiger sind als kleine. Dieser Effekt schlägt sich v. a. bei den kapitalintensiven Technologien Sole-Wärmepumpe und Holzpelletkessel, aber auch etwas abgeschwächt bei den Luft-Wärmepumpen nieder. Dort ist der Anteil der kapitalgebundenen Kosten am größten, wohingegen beim Gaskessel (unabhängig vom eingesetzten Gas) die Brennstoffkosten überwiegen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Wärmevollkosten der betrachteten Technologien, analog zu den Energiepreisen, bis 2045 real moderat steigen. Ausnahmen sind hier die Gaskessel, bei denen die Kosten aufgrund der steigenden Anteile von grünem Methan stärker steigen.

In vielen Gebäudetypen ist der „Gaskessel vor kWP“ zu Beginn noch die günstigste Technologie, wobei dieser nach Gelten dieser kommunalen Wärmeplanung so nicht mehr neu eingebaut werden darf. Alternativ ist der „Gaskessel nach kWP“ möglich, wobei dieser nur in Ausnahmen zu Beginn die günstigste Technologie ist. Zu beachten ist, dass dieser Gaskessel aufgrund des steigenden Anteils grünen Methans immense Kostensteigerungen mit sich bringt, was dazu führt, dass langfristig meist alle anderen Technologien günstiger sind.

Nach diesem Gaskessel bzw. langfristig ist meist die Luft-Wärmepumpe oder das Hybridgerät günstiger. Das Hybridgerät ist v. a. bei größeren Gebäuden bzw. bei schlechterer Energieeffizienzklasse interessant, da dort die Einsparung in den Kosten aufgrund der kleiner dimensionierbaren Wärmepumpe stärker sichtbar sind.

Der Pelletkessel ist meist sehr teuer. Nur bei Gebäuden mit hohem Wärmebedarf zeigt sich der Skaleneffekt in den Investitionskosten, wodurch der Pelletkessel wirtschaftlich interessant wird. Allerdings ist auch der größere Platzbedarf für die Pelletlagerung zu berücksichtigen.

Die Nutzung eines neuen Gaskessels ist, aufgrund der ab 2028 erwartbaren Kostensteigerungen (abhängig vom Gebäudetyp), je nach Gebäudetyp ab 2028 bis 2035 im Vergleich zu Wärmepumpen teurer.

Die Sole-Wärmepumpe kann sich aufgrund der hohen Investitionskosten und nur leicht besseren Effizienz kaum durchsetzen. Hinzu kommt, dass aufgrund der hohen Kosten schnell die aktuell gültige Deckelung der BEG-Förderung greift und so die Förderung stärker begrenzt ist.

Somit lässt sich zusammenfassen, dass in vielen Typgebäuden mittel- und langfristig Wärmepumpenlösungen, v. a. Luft-Wärmepumpen mit und ohne Gaskessel wirtschaftlich am interessantesten sind. Selbst wenn kein Gasnetz verfügbar sein sollte, wäre bei Verzicht auf den Gaskessel nur mit begrenzten Mehrkosten zu rechnen.

Je nach Gebäudetyp kann auch die Nutzung eines Pelletkessels günstiger sein. Hierbei ist jedoch auch langfristig die Verfügbarkeit der Pellets notwendig, wobei auch hier analog zur Nutzungskonkurrenz bei grünen Gasen die zukünftigen Preise unsicher sind.

Pellets sind nicht regional oder lokal verfügbar. Zusätzlich ist die Prüfung der Verfügbarkeit von Flächen für die Aufstellung eines Pelletbehälters erforderlich.

Die Attraktivität der Technologien wird weiter als Input für die Modellierung des Heizungswechsels in Abschnitt 3.3.3 verwendet.

3.3.2 Zukünftige Wärmenetz- und Gasnetzinfrastruktur

3.3.2.1 Wärmenetze

3.3.2.1.1 Methodik

Die Untersuchung möglicher, zukünftiger Wärmenetze erfolgt aus zwei Richtungen:



Im Rahmen der **Wärmebedarfsermittlung** werden zunächst Wärmenetze skizziert (d. h. planerisch grob entworfen), die sich auf Basis der Wärmeliniedichten besonders für eine Wärmeversorgung eignen. Dort, wo Wärmeliniedichten von über 2.000 kWh/m (vgl. KEAN, eigene Berechnungen) ermittelt wurden und relativ „zusammenhängend“ auftreten, sind Wärmenetze grundsätzlich technisch-wirtschaftlich denkbar.

Aus der **Potenzialanalyse** und den Stakeholder-Gesprächen haben sich zudem Erzeugungspotenziale ergeben, die eine Errichtung dieser denkbaren Netzinfrastruktur mittragen können, da langfristig eine treibhausgasneutrale und wirtschaftliche Wärmeerzeugung gegeben sein muss.

Diese beiden Analyseergebnisse werden miteinander verschnitten und es ergeben sich mögliche (Fern-)Wärmenetzgebiete.

Sodann wird eine nähere **Bewertung der skizzierten Wärmenetze** vorgenommen. Dies umfasst

- die Kostenbetrachtung der **Wärmenetze** selbst (also v. a. die Kosten für die Errichtung) einschließlich der
- Bewertung der korrespondierenden **Erzeugung** (unter Vollkostengesichtspunkten) sowie
- die Beachtung von „Nebenbedingungen“ aus dem Wissen um die konkreten **Gegebenheiten vor Ort**.

Im Ergebnis werden Wärmenetze abgeleitet, die realistisch erschließbar sind. Die eventuellen Herausforderungen und Hemmnisse für den Ausbau der Infrastruktur werden in dem Zuge jeweils benannt.

3.3.2.1.2 Ergebnisse

Für die Stadt Bad Iburg haben sich vorrangig nachfolgende Gebiete (vgl. Abbildung 47) als geeignete Areale für die Errichtung von Wärmenetzen herauskristallisiert:

- Bad Iburg Mitte: Der westliche Bereich der Innenstadt Bad Iburgs bietet sich aufgrund der Wärmeliniedichten für die Errichtung eines Wärmenetzes ausgehend vom Schulzentrum an. Für die Erzeugung stehen als mögliche Quellen zur Verfügung:
 - Theoretisch besteht die Möglichkeit die vorhandene Wärmelieferung des bestehenden Wärmenetzes aus dem Biogas-BHKW im Süd-Osten von Bad Iburg zu erweitern. Da das Biogas-BHKW aber erzeugungsseitig ausgelastet ist ein realistischer Ausbau hier nicht kurzfristig zu erwarten.
 - Luft- oder Sole-Wärmepumpen, die bei einer Einspeisung in ein Wärmenetz über die BEW-Förderung in den ersten 10 Jahren mit bis zu 90 Prozent der Betriebskosten gefördert werden können.
 - Gaskessel für die Spitzenlast, die langfristig (analog zu den neuen Gaskesseln bei den Endkunden) mit grünem Methan betrieben werden. Zwar ist das verwendete Gas vergleichsweise teuer, dafür ist jedoch die Investition in die Anlage wesentlich günstiger als es z.B. bei einer größeren Wärmepumpe der Fall ist. Dies wirkt sich positiv auf die Gesamtkosten des Netzes aus.
- Dörenberg-Klinik: Erschließung der Reha Klinik Sonnenhof und erhöhter Wärmelinien entlang der Verbindungstrasse. Für die Erzeugung stehen als mögliche Quellen zu Verfügung:
 - Holhackschnitzelkessel, welcher durch Hackschnitzel einer lokalen Brennholzproduktion befeuert werden kann. Dort kann ebenfalls der Kessel errichtet werden. In Spitzenlasten können zusätzliche Mengen durch einen Zulieferer bezogen werden.
 - Gaskessel für die Spitzenlast, die langfristig mit grünem Methan betrieben werden.

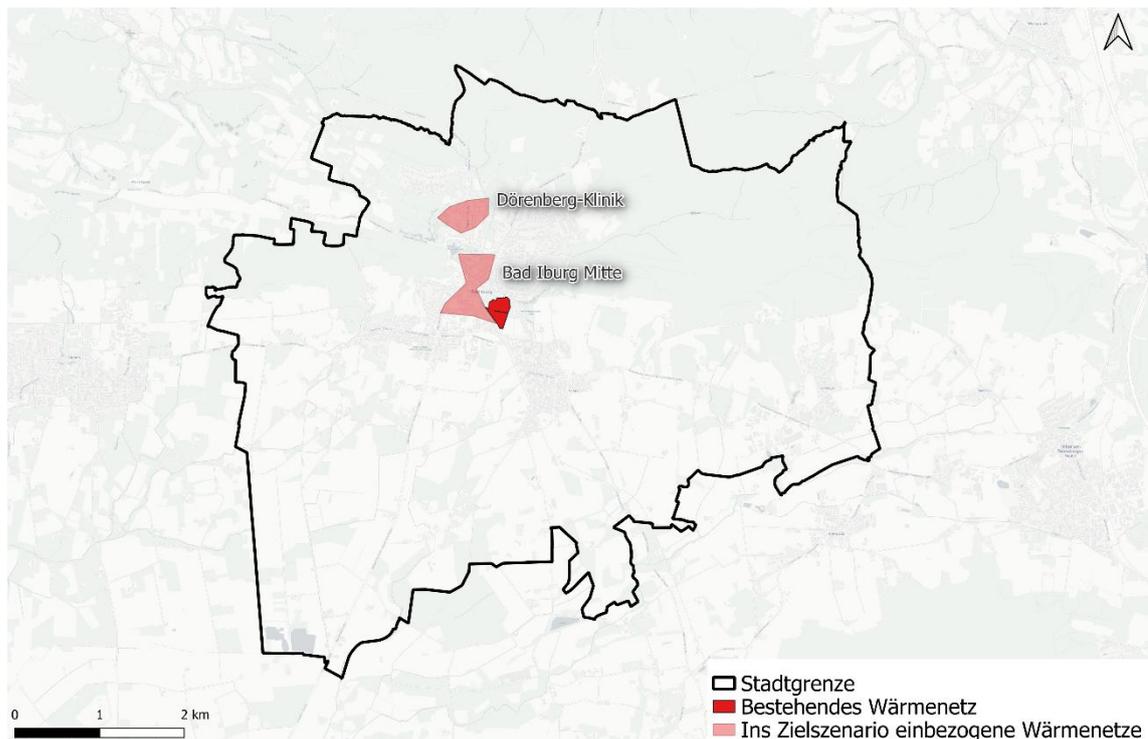


Abbildung 47: Darstellung der bestehenden, der ins Zielszenario einbezogenen und der potenziellen Wärmenetze für Bad Iburg¹

Beide Netze haben sich als potenziell geeignet herausgestellt, sowohl technisch als auch wirtschaftlich: Mit ihnen werden Bereiche erschlossen, die erhöhte Wärmeliniendichten aufweisen und bei denen z. T. dezentrale Wärmepumpen-Lösungen aufgrund der engen Platzverhältnisse herausfordernd sind. Außerdem sind überschlägig ermittelte Kosten für die Wärme aus dem Wärmenetz aus Sicht der Endkundinnen und Endkunden interessant im Vergleich zu den ermittelten Kosten aus den KuTeK. Dafür wurde für die jeweilige Durchmischung der Typgebäude je Wärmenetzgebiet ein Vergleichspreis für Konkurrenztechnologien (Luft-Wärmepumpe, Hybridgerät, Sole-Wärmepumpe, Pelletkessel) ermittelt und den Wärmekosten aus dem Wärmenetz gegenübergestellt. Nur in den Gebieten, wo Wärmenetze günstiger sind als die dezentralen, mit Vollkosten gerechneten Technologien, werden Wärmenetze dargestellt. Wärmenetze rechnen sich aber erst mit hohen Anschlussgraden, die i. d. R. größer als 80 Prozent sind. Das bedeutet, dass sich vier von fünf potenziellen Endverbrauchern in einem Wärmevorranggebiet für einen Anschluss an die leitungsgebundene Wärmeversorgung entscheiden müssen, damit ein solches Wärmenetz wirtschaftlich zu betreiben ist. Detailliertere Untersuchungen können dann im Rahmen von Machbarkeitsstudien erfolgen.

3.3.2.2 Gasnetze

Wie bereits oben beschrieben, wird in dem Zielszenario v. a. aufgrund von Preisrisiko und der Unklarheit der Verfügbarkeit davon ausgegangen, dass Gase langfristig keine Rolle mehr in der dezentralen Wärmeversorgung spielen, wobei aus heutiger Sicht keine Klarheit über die Stilllegung des Gasnetzes in der Fläche besteht. Ein flächiger Weiterbetrieb des Gasnetzes wird zur Versorgung der dezentralen Endkunden im Zielszenario

nicht berücksichtigt, sondern stattdessen lediglich ein Weiterbetrieb der Teile des Gasnetzes, welche für die Versorgung der wenigen Prozesswärme-Kunden und Wärmeerzeugungsanlagen für Wärmenetze notwendig sind. Hierbei sind folgende Punkte zu beachten: Aufgrund der unsicheren Verfügbarkeit und Preislage sind Prognosen schwer möglich und wurden aus heutiger Sicht bestmöglich getroffen. Dies betrifft sowohl die Preisentwicklung des Gases selbst als auch die Netzentgelte. Eine dezidierte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Gasnetzbetriebs ist nicht durchgeführt worden, weder für den Weiterbetrieb des reduzierten Netzes für die Prozesswärme-Kunden und Wärmeerzeugungsanlagen für Wärmenetze noch für die dezentrale Versorgung. Es kann sich bei zukünftiger, detaillierter Betrachtung ergeben, dass bestimmte Netzbereiche zukünftig aufgrund von wirtschaftlichen Gesichtspunkten möglicherweise doch weiter betrieben oder andere Teile eben nicht weiter betrieben werden können. Diese Untersuchungen sprengen jedoch den Rahmen der kommunalen Wärmeplanung, weshalb hier zunächst davon ausgegangen wird, dass das Gasnetz zum überwiegenden Teil spätestens ab 2040 stillgelegt ist.

Eine Umwidmung des bestehenden Erdgasnetzes auf Wasserstoff wird nicht in Betracht gezogen, aufgrund des Aufwands und der damit verbundenen Kosten – z. T. müssten Komponenten ausgetauscht werden, aber auch Parallelleitungen errichtet werden. Ein direkter Bedarf an Wasserstoff aus dem Sektor Industrie oder Gewerbe konnte nicht identifiziert werden.

Stattdessen wird für die verbleibenden Restmengen für die Prozesswärme und Spitzenlastherzeugung für die Wärmenetze perspektivisch in Deutschland eine Methanisierung angenommen, die Wasserstoff in synthetisches Methan umwandelt oder es wird alternativ direkt synthetisches Methan importiert. Wird sichergestellt, dass bilanziell kein CO₂ oder Methan in die Atmosphäre gelangt, ist dieses synthetische Methan CO₂-neutral. Zudem ist es bei ausreichender Qualität direkt austauschbar mit Erdgas, was bedeutet, dass sukzessive steigende Anteile eingespeist werden können. Darüber hinaus wird angenommen, dass diese Gasmengen über weiter betriebene Gasleitungen bis nach Bad Iburg geleitet werden. Damit steht für die geringen verbleibenden Gasmengen grünes Methan zur Verfügung.

3.3.3 Entwicklung der Wärmeversorgung

Transformationsmodell

Das Herzstück der kommunalen Wärmeplanung ist die – sich aus den Vorbetrachtungen zusammenfassend ergebende – Entwicklung der Wärmeversorgung. Hier wird modellhaft die Frage beantwortet, wann welches Gebäude zu welcher Technologie wechselt. Auch hier gilt: Es handelt sich nicht um Empfehlungen, Entscheidungen, Vorfestlegungen oder gar Vorschriften für einzelne Gebäude, sondern (technisch gesprochen) um eine Simulation, die auf dem Gebäudebestand der Stadt aufsetzt, ohne die tatsächliche, individuelle Zukunft eines einzelnen Gebäudes bestimmen zu wollen oder zu können. Wichtig ist auch hier, dass die Verteilung der Präferenzen der Endkunden bzw. Gebäude

modellhaft abgebildet wird wie Eignung einer Technologie für das Gebäude oder wirtschaftliche Attraktivität für den Endkunden. Dies ist mit dem anschließend beschriebenen Modell sichergestellt.

Das Modell fußt erneut auf dem Wärmeatlas und zieht weitere Parameter für die Simulation Abbildung der „individuellen“ Technologiewechsel hinzu. Diese Parameter sind:

- Heizungsalter
- Vorhandensein von Etagenheizungen
- Lage des Gebäudes in einem Wärmenetzgebiet
- Heizungswechselrate (hier wird angenommen, dass bis 2040 alle Heizungen gewechselt werden)
- Mindestalter für Heizung, damit ein Wechsel überhaupt berücksichtigt wird: 20 Jahre
- Durchschnittliches Alter für den Heizungswechsel: 30 Jahre
- Einhaltung der Vorgaben des GEG bei einem Technologiewechsel

Aus dem Wärmeatlas werden zunächst alle gebäudespezifischen Parameter zusammengetragen: Das jeweilige **Alter** der vorhandenen Heizungsanlage, die Frage, ob **Etagenheizungen** im Gebäude vorhanden sind oder nicht ergeben eine individuelle Ausprägung jedes Gebäudes mit seinen jeweiligen Eigenschaften. In Kombination mit der jeweiligen Lage des Gebäudes mit Blick auf die Frage, ob es in einem **Wärmenetzneu- oder -ausbaugbiet** bis 2045 liegt, sind alle relevanten Gebäudeparameter erfasst. Die Parameter werden jeweils normiert und gewichtet. Auch hier wird über einen Zufallsalgorithmus die Unsicherheit simuliert, dass Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer selbst entscheiden und sich nicht rational voraussagen lässt, welches Gebäude wann die Heizung wechseln wird. Daraus ergibt sich die „**Heizungswechselaffinität**“. Abhängig von der Anzahl der Gebäude, welche in dem Zeitintervall (z. B. 2025-2030) ihre Heizung wechseln, werden die Gebäude mit der höchsten Heizungswechselaffinität ausgewählt.

Für die Entscheidung, zu welcher **Heizungstechnologie** gewechselt wird, werden folgende Parameter berücksichtigt:

- Eignung für Luft-Wärmepumpen (aus der Potenzialanalyse)
- Eignung für Hybridgeräte (analog zu Luft-Wärmepumpe nur mit kleinerem Außengerät)
- Eignung für Sole-Wärmepumpen (aus der Potenzialanalyse)
- Zukünftige Wärmenetzgebiete und dazugehörige, angenommene Baujahre
- Pelletkessel werden aufgrund des hohen Platzbedarfs für den Pelletbehälter nur dort eingebaut, wo heute bereits Heizöl verwendet wird oder wo in 2040 keine andere Heizungsoption möglich ist.
- Es werden keine neuen Gaskessel und Hybridgeräte, die auf einer leitungsgebundenen Gasversorgung basieren, eingebaut, um zu vermeiden, dass diese bis

2040 erneut ausgetauscht werden müssen. Dies antizipiert eine entsprechende Mitwirkung der Kunden bzw. Kommunikation des Gasnetzbetreibers.

Als Ausnahme davon wird als eine weitere Option berücksichtigt: In Fällen, wo keine andere Heizungstechnologie als Neugerät einsetzbar ist, aber die Platzverhältnisse dies zulassen, werden Hybridgeräte berücksichtigt. Neben der Wärmepumpe wird dann ein Gaskessel berücksichtigt, in dem statt Erdgas und synthetischem Methan dann Flüssiggas (nicht leitungsgebunden) für die Spitzenlast eingesetzt wird. Im Jahr 2040 wird angenommen, dass diese geringen Mengen (je Hybridgerät ca. 10 Prozent der Wärmemenge) durch grünes Flüssiggas bereitgestellt werden.

- Für die beiden industriellen bzw. gewerblichen Großverbraucher, die Prozesswärme benötigen, wird von einer Umstellung auf grünes Methan im Jahr 2035 mit steigenden Anteilen bis 2040 ausgegangen. Dies gilt ebenso für die Spitzengaskessel, die bei der Versorgung der zukünftigen Wärmenetze zum Einsatz kommen.
- Wechselraten basierend auf den Preiszeitreihen der KuTeK: Dabei wird davon ausgegangen, dass die Endkundinnen und -kunden v. a. zur günstigsten Technologie wechseln, jedoch auch gewisse Mehrkosten tolerieren und sich subjektiv eher für die zweit- oder drittgünstigste Technologie entscheiden. Je günstiger die Technologie, desto höher ist die Wechselrate zu dieser. Dabei wird aufgrund der verpflichtenden Energieberatung vor dem Einbau einer neuen Gasheizung davon ausgegangen, dass eine gewisse Vorausschau der Endkunden geschieht, d. h. es werden die preislichen Veränderungen der nächsten zehn Jahre bereits in die Heizungswahl einbezogen.

All diese Parameter, Faktoren und Bedingungen werden kombiniert und mit Zufallszahlen überlagert, um die „individuelle Entscheidung“ für eine Technologie zu treffen.

Treibhausgasemissionen

Der Pfad der technischen Entwicklung der Wärmeversorgung ist damit abgebildet. Die Wirkung der Transformation auf die **Treibhausgasemissionen** ist noch zu beschreiben (Anpassung an den Leitfaden des BMWK). Hierfür wird (analog zur Bestandsanalyse) eine Umrechnung des Wärmebedarfs in Endenergieverbrauch mit technologiespezifischen Wirkungsgraden vorgenommen.

Daraus werden sodann unter Zuhilfenahme von zu-künftigen Emissionsfaktoren (aus den Leitfäden vom BMWK/BMWSB¹², der KEA-BW¹³ (Mittelung der Werte von 2030 und 2040 für 2035 und Extrapolation für 2045) und dem GEG (für Flüssiggas)) die Treibhausgas-Emissionen berechnet. Für grünes Flüssiggas wird als Abschätzung der doppelte Emissionsfaktor wie für synthetisches Methan angesetzt.

Für die Treibhausgasemissionen der neuen Wärmenetze wird zwischen Bestandsnetzen und neuen bzw. erweiterten Netzen unterschieden:

Für die Treibhausgasemissionen der neuen Wärmenetze wird der oben beschriebene Erzeugungsmix angesetzt. Es gibt ein bestehendes Wärmenetz in Bad Iburg das bereits

treibhausgasneutral mit Wärme aus einer Biogasanlage betrieben wird. Die Emissionen werden (analog zu den Emissionen der dezentralen Wärmeerzeuger) mit den oben genannten Emissionsfaktoren bewertet.

Ergebnisse

Diese Analysen dienen dem Zweck, die Anforderungen aus § 17 Abs. 1 WPG zu erfüllen:

„Im Zielszenario beschreibt die planungsverantwortliche Stelle **für das beplante Gebiet als Ganzes** anhand der Indikatoren nach Anlage 2 Abschnitt III die **langfristige Entwicklung der Wärmeversorgung**, die im Einklang mit der Einteilung des beplanten Gebiets in voraussichtliche Wärmeversorgungsgebiete nach § 18, der Darstellung der Wärmeversorgungsarten für das Zieljahr nach § 19 und mit den Zielen dieses Gesetzes stehen muss.“

Anlage 2 Abschnitt III:

III. Zielszenario nach § 17

Das Zielszenario nach § 17 beschreibt anhand der nachfolgenden Indikatoren, wie das Ziel einer auf erneuerbaren Energien oder der Nutzung von unvermeidbarer Abwärme basierenden Wärmeversorgung erreicht werden soll. Die Indikatoren sind, soweit nicht im Folgenden etwas anderes bestimmt wird, für das geplante Gebiet als Ganzes und jeweils für die Jahre 2030, 2035, 2040 und 2045 anzugeben. Die Indikatoren sind:

1. der jährliche Endenergieverbrauch der gesamten Wärmeversorgung in Kilowattstunden pro Jahr, differenziert nach Endenergiesektoren und Energieträgern,
2. die jährliche Emission von Treibhausgasen im Sinne von § 2 Nummer 1 des Bundes-Klimaschutzgesetzes der gesamten Wärmeversorgung des geplanten Gebiets in Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent,
3. der jährliche Endenergieverbrauch der leitungsgebundenen Wärmeversorgung nach Energieträgern in Kilowattstunden pro Jahr und der Anteil der Energieträger am gesamten Endenergieverbrauch der leitungsgebundenen Wärmeversorgung in Prozent,
4. der Anteil der leitungsgebundenen Wärmeversorgung am gesamten Endenergieverbrauch der Wärmeversorgung in Prozent,
5. die Anzahl der Gebäude mit Anschluss an ein Wärmenetz und deren Anteil an der Gesamtheit der Gebäude im geplanten Gebiet in Prozent,
6. der jährliche Endenergieverbrauch aus Gasnetzen nach Energieträgern in Kilowattstunden pro Jahr und der Anteil der Energieträger am gesamten Endenergieverbrauch der gasförmigen Energieträger in Prozent,
7. die Anzahl der Gebäude mit Anschluss an ein Gasnetz und deren Anteil an der Gesamtheit der Gebäude im geplanten Gebiet in Prozent.

Die nachfolgenden Grafiken beziehen sich auf die in diesem Abschnitt III geforderten Darstellungen.

Durch die Bemühungen im Rahmen der Bedarfsreduktion und Effizienzsteigerung durch Heizungswechsel geht der absolute Endenergieverbrauch für Wärme in Bad Iburg von heute ca. 116 GWh um ca. 41 Prozent auf 68 GWh im Jahr 2045 zurück, siehe Abbildung 48. Dieser Rückgang setzt sich aus der bereits in Abschnitt 3.2.2 dargestellten Wärmebedarfsreduktion und dem Effizienzgewinn durch den Austausch alter Heizungen zusammen.

Neben dieser absoluten Bedarfsreduktion ändert sich der relative Energieträgereinsatz sehr stark: Stammen heute noch ca. 90 Prozent der Wärmeenergie aus fossilen Quellen, so sind diese bis zum Jahr 2040 vollständig durch Erneuerbare Energieträger substituiert.

Umweltwärme wird mit einem Anteil von 50 Prozent die wichtigste Quelle für die Rest-Wärmebedarfsdeckung in 2045 sein. Weitere relevante Teile stellen Strom (23 Prozent) sowie Biomasse und Wärmenetze (9 Prozent bzw. 12 Prozent) dar. Da Strom und Umweltwärme zusammen die Wärmepumpen repräsentieren, lässt sich daraus schließen, dass diese fast drei Viertel des Wärmebedarfs decken. Einen eher geringeren Anteil nimmt synthetisches Methan (5 Prozent) ein, welches jedoch nur für die Prozesswärmebereitstellung verwendet wird. Oberflächennahe Geothermie sowie grünes Flüssiggas sind in 2045 fast zu vernachlässigen.

Außerdem fällt auf, dass sich die Entwicklung von Wärmebedarf (Abbildung 40) und Endenergieverbrauch annähern: Im Status quo ist der Endenergieverbrauch aufgrund der Wirkungsgradverluste, v. a. in den Gas- und Heizölkesseln, um 35 Prozent höher als der Wärmebedarf. Langfristig nähern sich die beiden Werte an, da v. a. Wärmepumpen sehr effizient arbeiten und auch die Wirkungsgrade der neuen Gaskessel über denen heutiger Bestandskessel liegen.

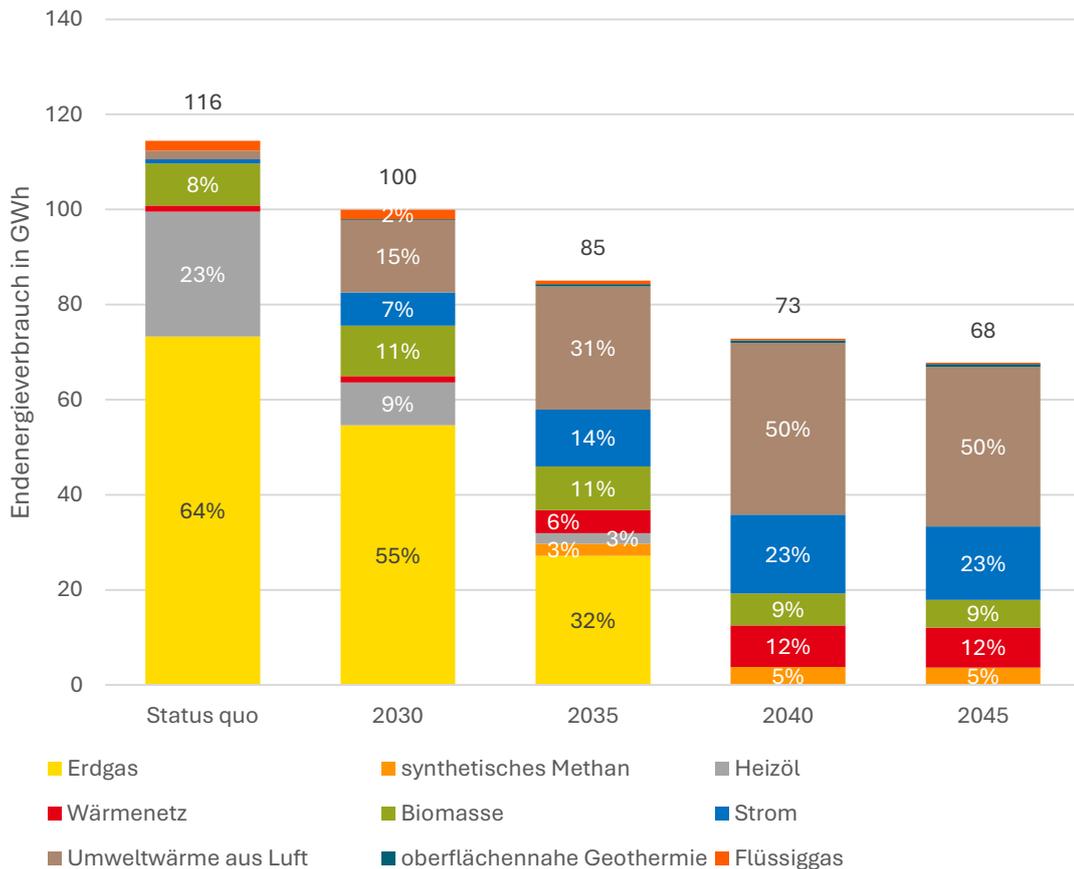


Abbildung 48: Endenergieverbrauch nach Energieträgern in Bad Iburg über die Zeit (Anlage 2, Nr. III. 1, 4 und 6)

Bei der Betrachtung der Entwicklung des Endenergiebedarfs in den einzelnen Sektoren findet eine Verlagerung nur marginal statt: ca. 4 Prozentpunkte verschieben sich von den privaten Haushalten zum GHD- und Industriesektor, da bei den Haushalten aufgrund der Einsparungen durch Sanierung ein stärkerer Rückgang stattfindet als bei den Sektoren GHD und Industrie, z. T. begründbar durch den Prozesswärmebedarf.

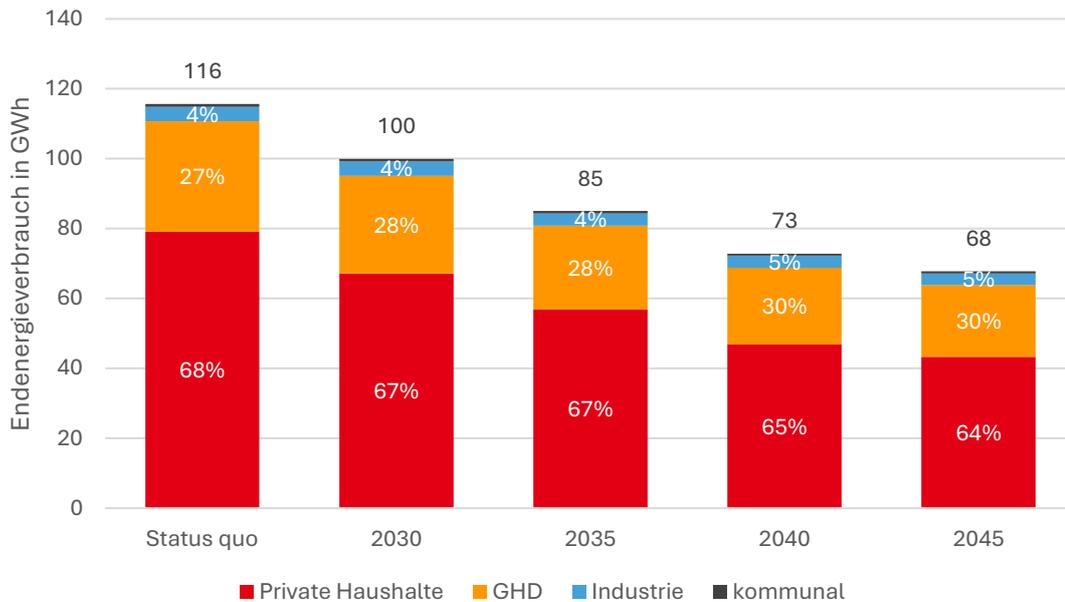


Abbildung 49: Endenergieverbrauch nach Sektoren in Bad Iburg über die Zeit (Anlage 2, Nr. III. 1)

Die korrespondierenden Treibhausgasemissionen sind durch die starke Dominanz von Gas und Öl in Bad Iburg im Wesentlichen ein 1:1-Abbild des Ausstiegs aus diesen beiden Technologien. Hier sei nochmal darauf hingewiesen, dass mit den Emissionsfaktoren aus dem WPG-Leitfaden aufgrund der Berücksichtigung der Vorkette auch in den Jahren 2040 und 2045 noch Restemissionen verbleiben. Die Emissionen werden jedoch um 96 Prozent bzw. 97 Prozent reduziert.

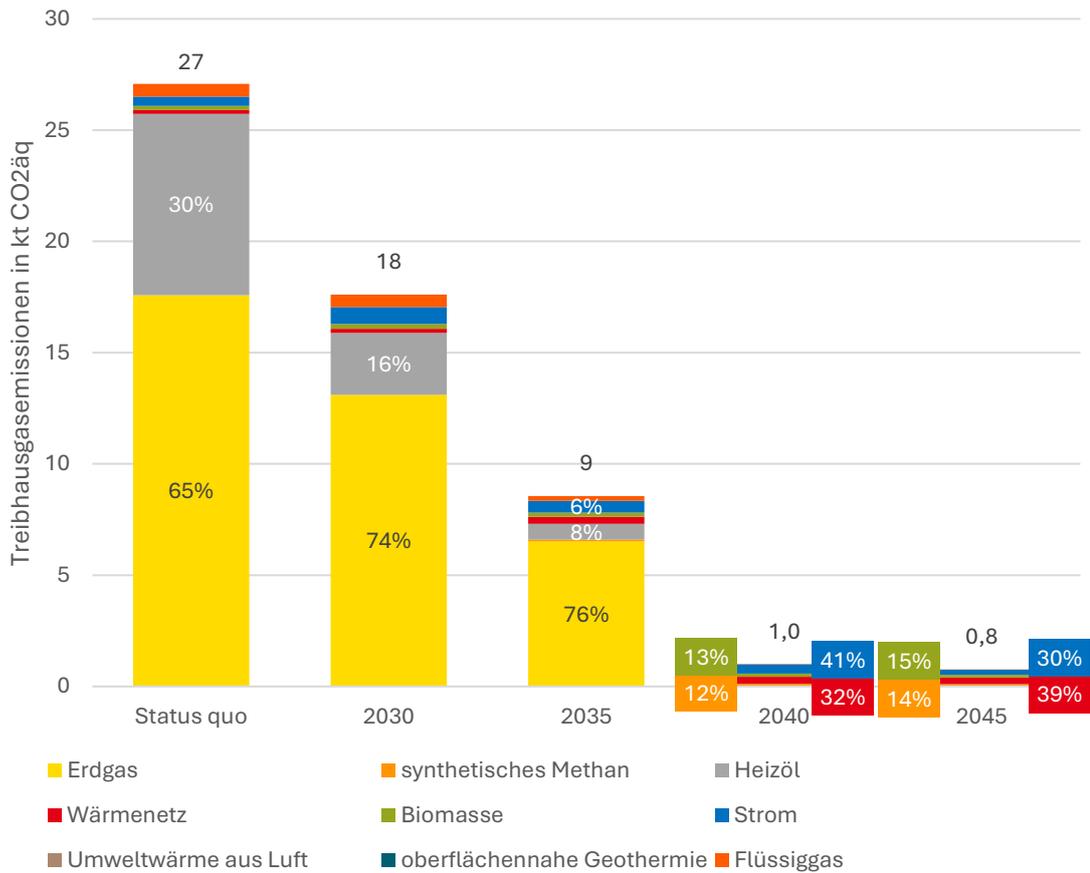


Abbildung 50: Treibhausgasemissionen nach Energieträgern in Bad Iburg über die Zeit (Anlage 2, Nr. III. 2)

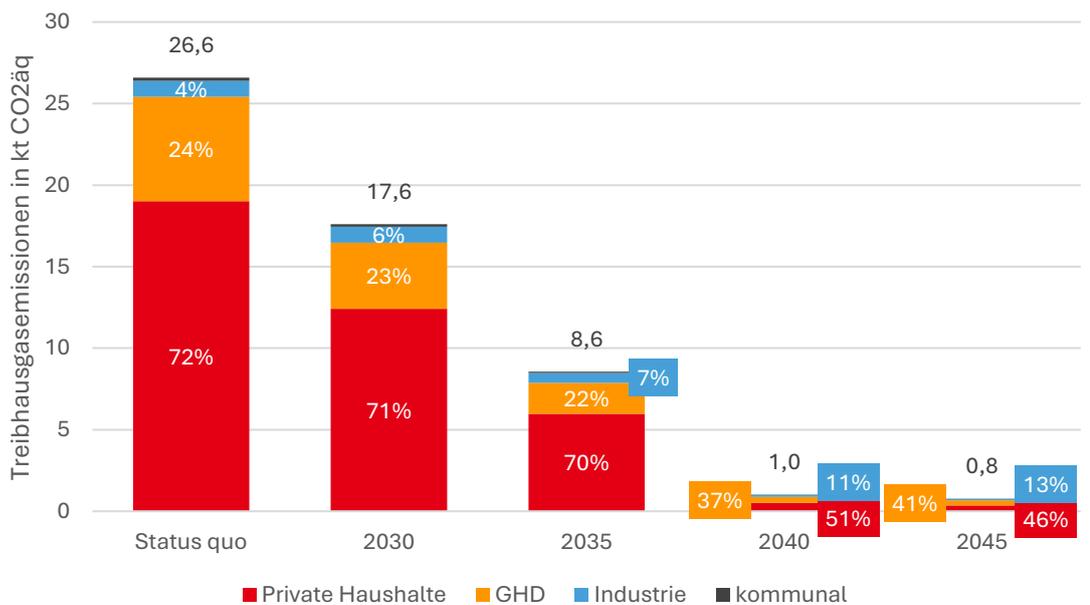


Abbildung 51: Treibhausgasemissionen nach Sektoren in Bad Iburg über die Zeit (Anlage 2, Nr. III. 2)

Die Aufteilung der Energieträger für die Erzeugung der Wärme in den **Wärmenetzen** wird in der folgenden Grafik gezeigt. Dabei wurde bei KWK-Anlagen der Energieträgereinsatz mittels Carnot-Methode aufgeteilt. Heute wird als Energieträger ausschließlich Biogas eingesetzt, die aktuell eingesetzte jährliche Energiemenge beträgt 0,4 GWh. Mit der Netzerweiterung und dem Neubau von Wärmenetzen steigen insbesondere die Anteile von Umweltwärme und Strom durch den Einsatz von Wärmepumpen. Der Anteil von Biomasse ist ab 2040 am größten. Mit grünem Gas in Form von synthetischem Methan kommt ein weiterer Erneuerbarer Energieträger zu Einsatz. Insgesamt wächst der Endenergieverbrauch der Wärmenetze bis 2040 auf 9,9 GWh an und sinkt danach wieder leicht aufgrund von Sanierung der Gebäude.

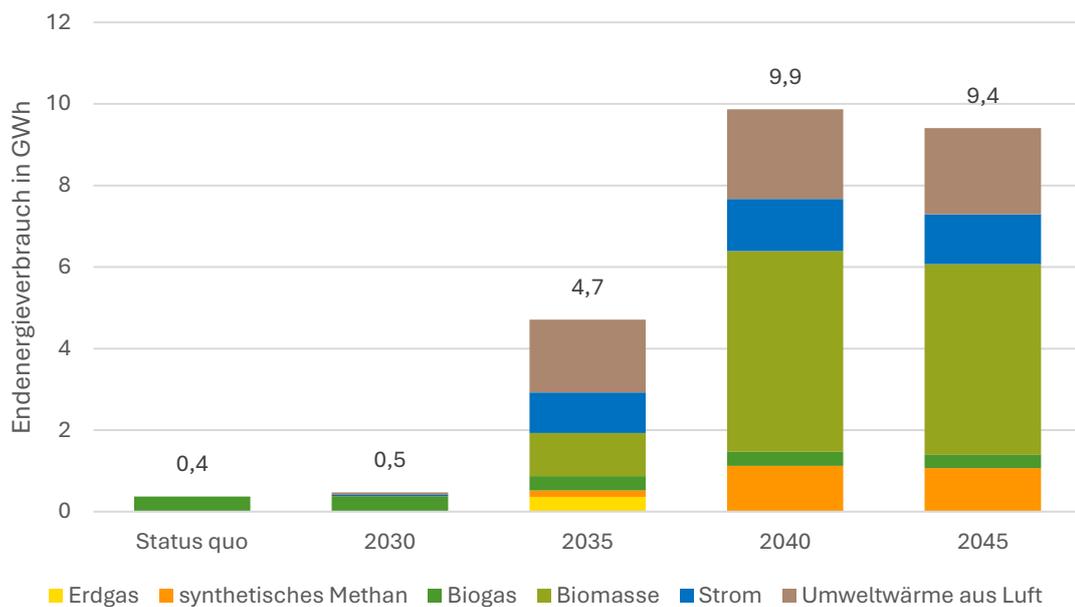


Abbildung 52: Energieträgereinsatz für Wärmenetze in Bad Iburg (Anlage 2, Nr. III. 3)

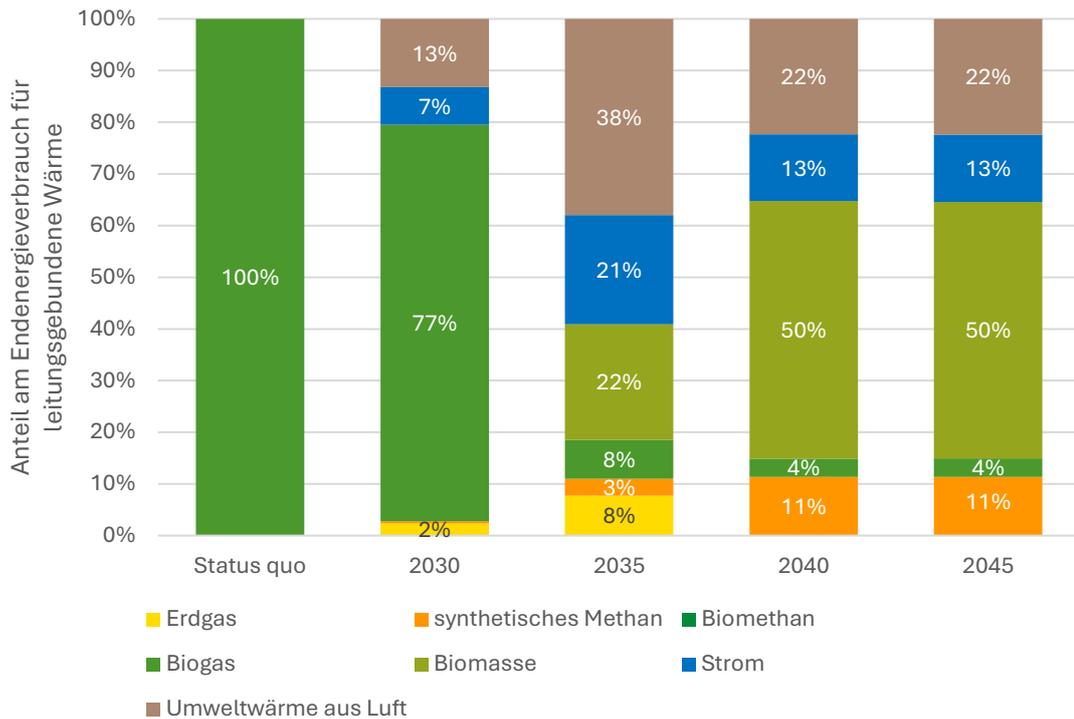


Abbildung 53: Anteil der Energieträger am Endenergieverbrauch an der leitungsgebundenen Wärmeversorgung in Bad Iburg über die Zeit (Anlage 2, Nr. III. 3)

Heute sind über 1.800 Gebäude an das (Erd-)Gasnetz angeschlossen. Dies entspricht ca. 68 Prozent der gesamten Gebäude im Stadtgebiet. Der Wert wird der Berechnung nach bis 2040 auf nur wenige Anschlüsse zurückgehen. Diese Verbraucher müssen dann statt mit Erdgas mit synthetischem grünem Gas oder Biomethan beliefert werden. Bei den verbleibenden Gasverbrauchern handelt es sich ausschließlich um Verbraucher mit Prozesswärmebedarf oder Versorgung von Spitzenlastkessel für Wärmenetze.

Der Anteil der Wärmenetze wird bis 2045 auf 6 Prozent und über 160 Anschlüsse ansteigen.

Der Rest der Gebäude, die nicht über Gas- oder Wärmenetze versorgt werden, wird über nicht leitungsgebundene, dezentrale Technologien, überwiegend strombasierte Wärmepumpen oder Biomasse auf der Basis von Pellets versorgt werden.

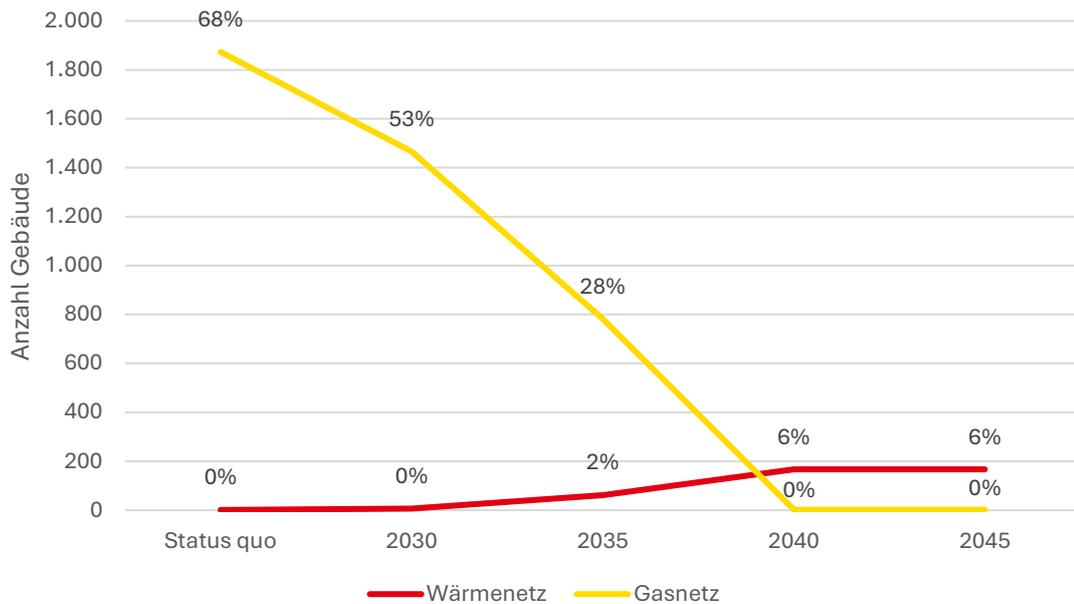


Abbildung 54: Anzahl und Anteil der Gebäude mit Anschluss an Wärmenetze bzw. an Gasnetze

3.3.4 Voraussichtliche Wärmeversorgungsgebiete und Wärmeversorgungsarten

Führt man die bisherigen Analysen zusammen, dann resultieren daraus die voraussichtlichen Wärmeversorgungsgebiete bzw. die Wärmeversorgungsarten.

Das „beplante Gebiet“, also der Stadt Bad Iburg, wird dem § 18 WPG gemäß auf Grundlage der Bestandsanalyse und der Potenzialanalyse in voraussichtliche Wärmeversorgungsgebiete eingeteilt. Das Wärmeplanungsgesetz fordert dabei die Beachtung folgender Bedingungen:

- geringe Wärmegestehungskosten,
- geringe Realisierungsrisiken,
- ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und
- geringe kumulierte Treibhausgasemissionen.

Dem Gebot der Kostenminimierung wird durch die Verwendung der Kunden-Technologie-Kombinationen und der darauf basierenden Simulation der Technologiewechsel Rechnung getragen. Die erste Prüfung der Machbarkeit von Wärme- und Wasserstoffnetzen minimiert das Realisierungsrisiko. Die Versorgungssicherheit ist das erste Gebot jeder Netzplanung. Soweit möglich und sinnvoll, wird sie bei den Planungen hier mitgedacht, spielt jedoch dann in der konkretisierenden, technischen Planung eine größere Rolle. Die Minimierung der kumulierten Treibhausgasemissionen ist in den vorstehenden Überlegungen enthalten. Da die neuen Wärmenetze direkt mit treibhausgasneutraler Wärmeerzeugung aufgebaut werden, ist hier für eine Minimierung der Emissionen gesorgt. Die dezentralen Wärmeerzeuger werden außerdem ausschließlich durch erneuerbare Wärmeerzeuger ausgetauscht. Die einzige Ausnahme ist der Gaskessel, welcher

zu Beginn noch mit hohem Erdgasanteil beheizt wird. In der Praxis ist die Wahl der Technologie jedoch den Eigentümerinnen und Eigentümern selbst überlassen, wodurch hier nur eine begrenzte Einflussnahme bzgl. der Emissionsminimierung gegeben ist.

Zusätzlich zu den voraussichtlichen Wärmeversorgungsgebieten sind geplante Teilgebiete mit erhöhtem Energieeinsparpotenzial darzustellen. Dafür werden jene Baublöcke im Stadtgebiet ausgewählt, die ein Sanierungspotenzial von über 200 MWh je Hektar Fläche aufweisen. Diese Flächen zeigt die nachfolgende Abbildung 55:

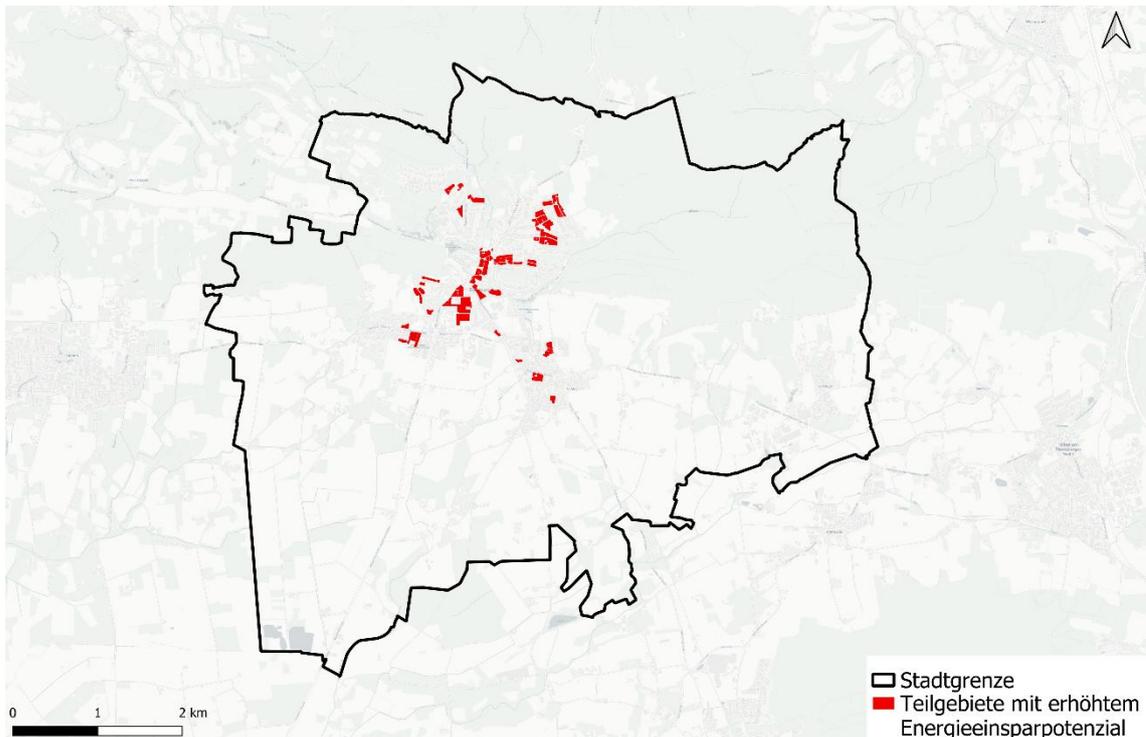


Abbildung 55: Teilgebiete mit erhöhtem Energieeinsparpotenzial in Bad Iburg¹

Die folgenden Kartendarstellungen zeigen die voraussichtlichen Wärmeversorgungsgebiete für die überwiegende (vorrangige) Technologie – also für die dezentrale Versorgung (blau) und für Wärmenetze (rot). Auch die (noch) vorrangige Versorgung mit Gas ist eingetragen. Die nachfolgenden Karten bilden die Entwicklung vom Status quo über die Stützjahre 2030, 2035 und 2040 (nach WPG § 18) ab. Es wird deutlich, wie die gelben erdgasversorgten Gebiete, die heute klar dominieren, sukzessive durch die roten Wärmenetze und die blauen Flächen, welche dezentrale Wärmelösungen anzeigen, verdrängt werden. **Wasserstoffnetzgebiete werden in Bad Iburg unter den derzeitigen Voraussetzungen und Aussichten nicht erwartet.** Aufgrund des Aufwands und der damit verbundenen Kosten – z. T. müssen Komponenten ausgetauscht werden, aber auch Parallelleitungen errichtet werden – wird eine Umwidmung des bestehenden Erdgasnetzes auf Wasserstoff nicht in Betracht gezogen.

Die Darstellungen sind auf der Basis der Simulationen auf Gebäudeebene erstellt worden. Dabei sind die Energieträger in dem jeweiligen Jahr auf die zwei Baublockseiten jedes Straßenzugs aggregiert worden. Im Vergleich zu Baublöcken bieten diese eine detailliertere Darstellung, die eher der Versorgungsinfrastruktur (die i. d. R. in der Straße

liegt) folgt. Die Farbgebung zeigt an, welcher Energieträger den größten Anteil am Endenergieverbrauch stellt. Für die dezentralen Lösungen sind alle nicht-gas- oder wärmenetzgebundenen Energieträger zusammengefasst, d. h. alle Wärmepumpen, Nachtspeicherheizungen, Biomasse, Heizöl etc.

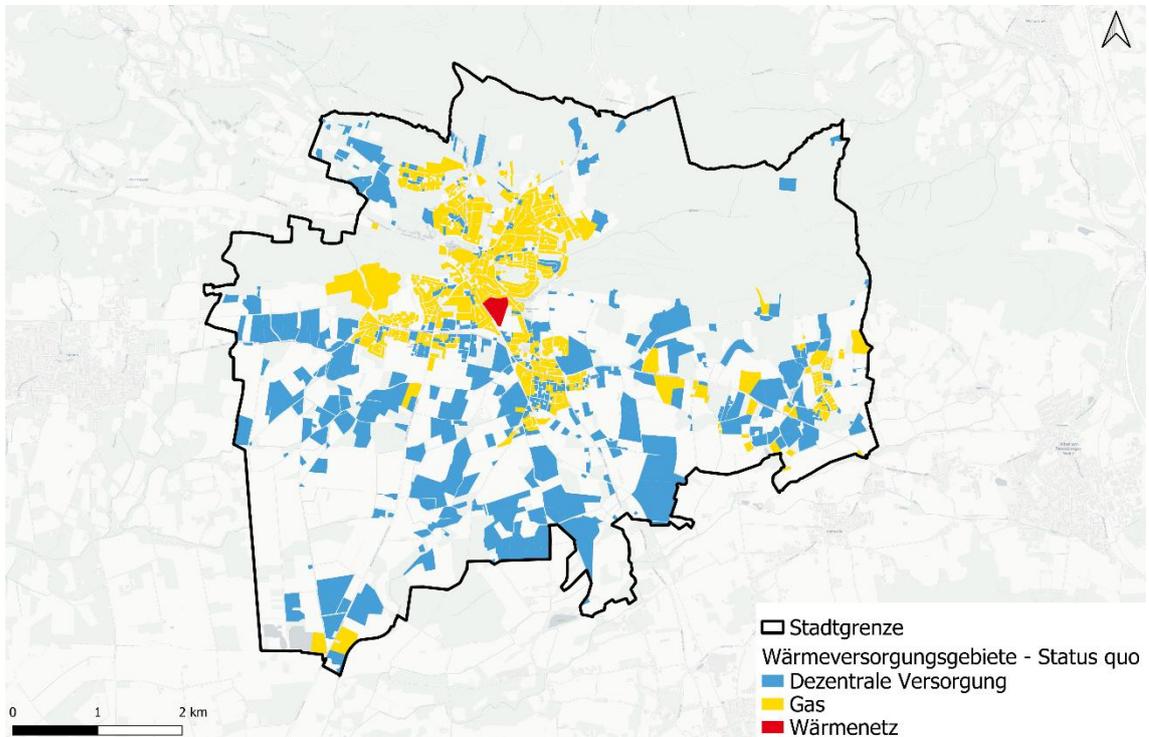


Abbildung 56: **Vorrangige** Wärmeversorgungsgebiete Status quo in Bad Iburg¹

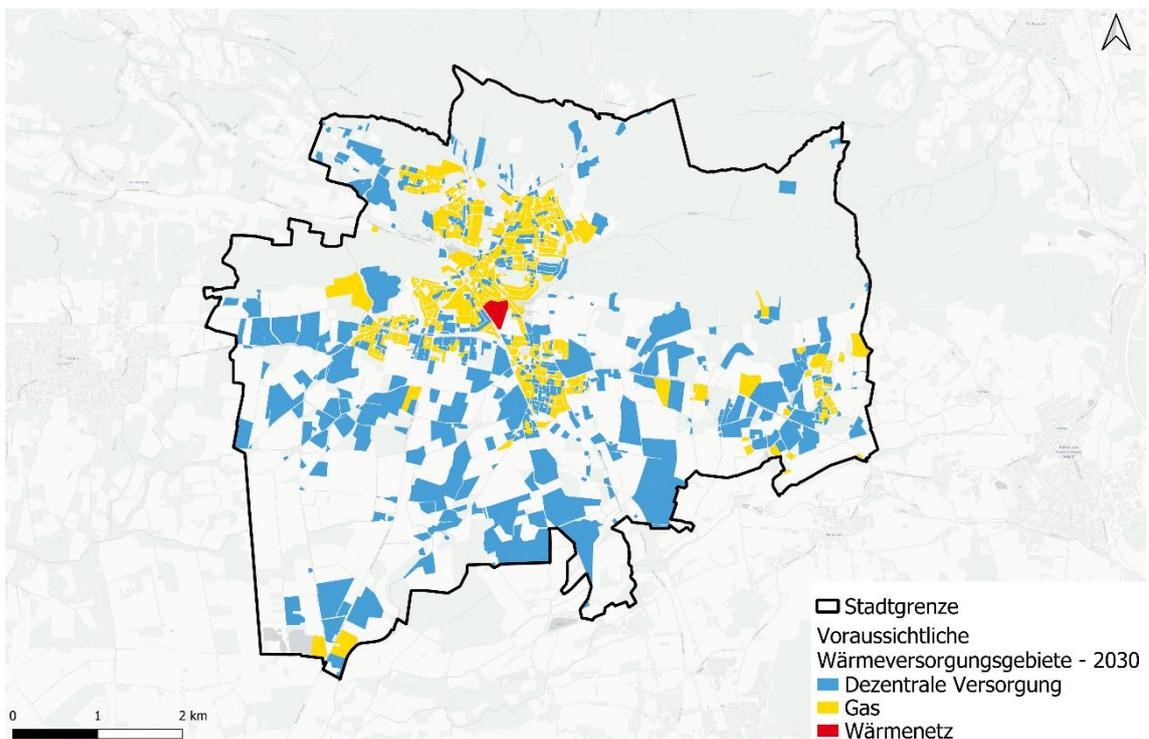


Abbildung 57: **Voraussichtliche, vorrangige** Wärmeversorgungsgebiete 2030 in Bad Iburg¹

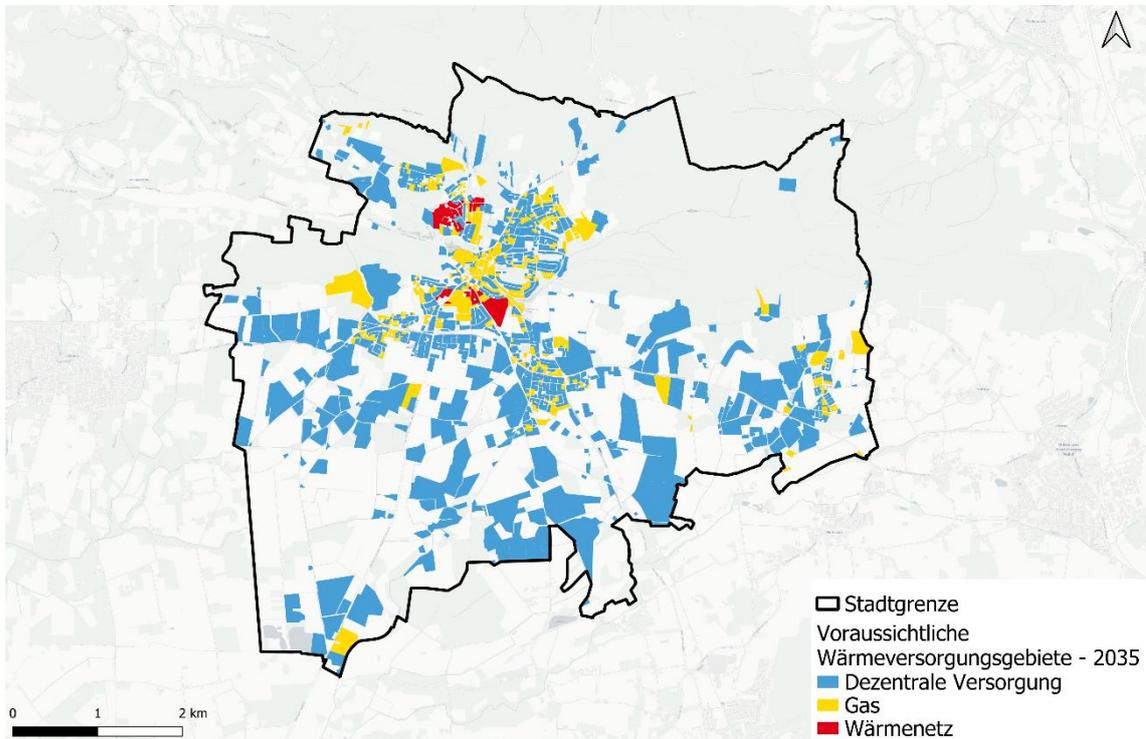


Abbildung 58: **Voraussichtliche, vorrangige** Wärmeversorgungsgebiete 2035 in Bad Iburg¹

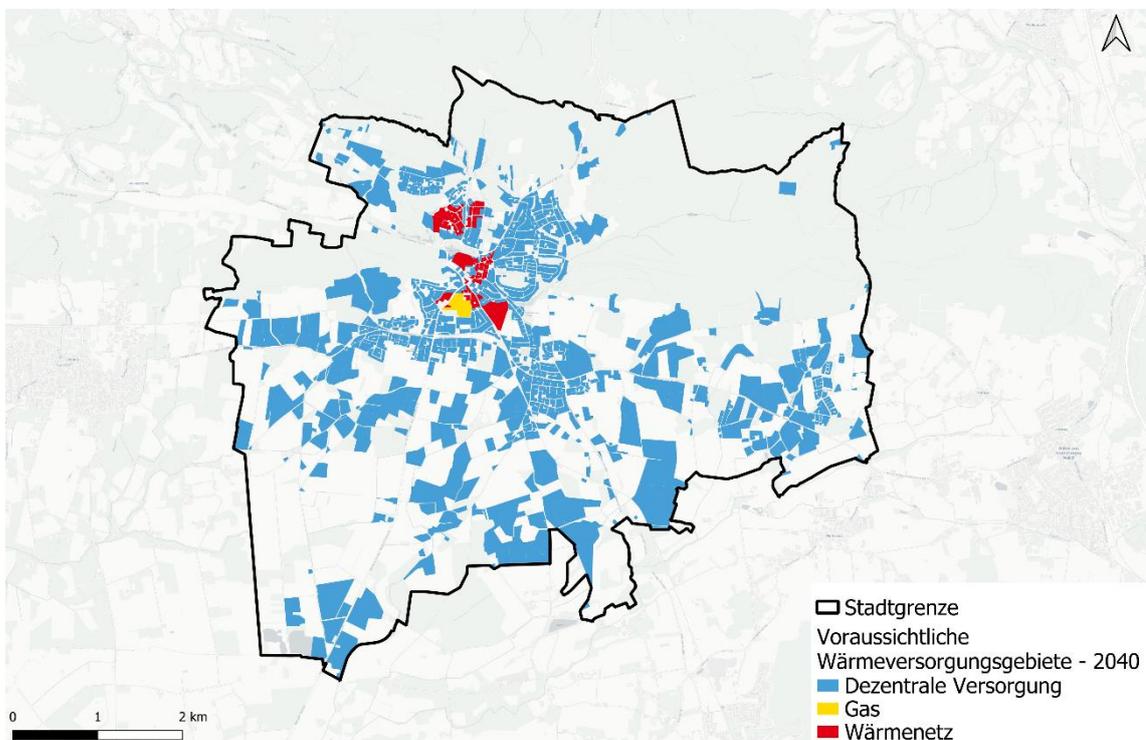


Abbildung 59: **Voraussichtliche, vorrangige** Wärmeversorgungsgebiete 2040 in Bad Iburg¹

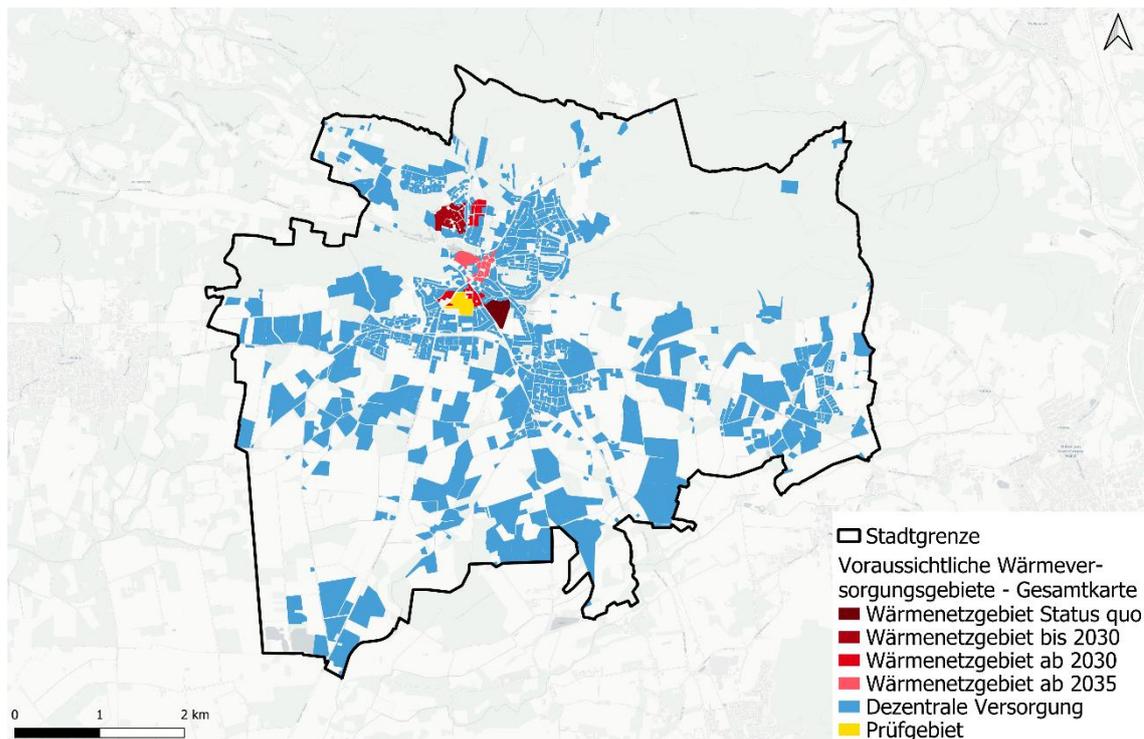


Abbildung 60: Übersicht über die **voraussichtlichen, vorrangigen** Wärmeversorgungsgebiete in Bad Iburg¹

Im Jahr 2040 und auch 2045 ist die dezentrale Wärmeversorgung bei weitem dominierend im Stadtgebiet. Einzelne Wärmenetze sind errichtet worden. Dort, wo gelbe Flächen verbleiben (lediglich in einem Gewerbe-/Industriegebiet), kommen v. a. synthetisches Methan oder Biomethan zum Einsatz (Erreichung der Treibhausgasneutralität bis 2040).

Zur Interpretation ist anzumerken: Die Farbe, in welcher ein bestimmter Baublock eingefärbt ist, zeigt die für den jeweiligen Baublock **vorrangige** Heiztechnologie an. Das bedeutet nicht, dass diese Technik in jenem Baublock ausschließlich vorzufinden ist. Demnach können auch in einem rot gekennzeichneten Gebiet, in dem ein Wärmenetz die vorrangige Technologie stellt, vereinzelt oder auch in signifikantem Umfang Wärmepumpen vorzufinden sein.

Wärmeversorgungsarten im Zieljahr

Die abschließende **Prognose der Wärmeversorgungsarten** im Jahre 2045 gemäß §§ 17, 18 und 19 WPG wurde unter folgenden Annahmen durchgeführt:

Wärmenetze

Gebiete, in denen heute bereits Bestandswärmenetze existieren oder in denen neue Wärmenetze als Ergebnis der vorherigen Analysen eine geeignete Lösung darstellen, gelten als „**sehr wahrscheinlich geeignet**“ für Standorte von Wärmenetzen im Jahr 2045.

Andere analysierte, aber vorerst verworfene Wärmenetze (siehe Abschnitt 3.3.2.1.2) gelten als „**wahrscheinlich geeignet**“. Solche Wärmenetze wurden in Bad Iburg nicht identifiziert.

Verbleibende Baublockseiten an Straßenzügen mit Wärmelinienichten von mehr als 1.500 kWh/m, die nicht in die ersten beiden Kategorien fallen, werden als „**wahrscheinlich ungeeignet**“ klassifiziert.

Alle übrigen Gebiete sind als Wärmenetze „**sehr wahrscheinlich ungeeignet**“.

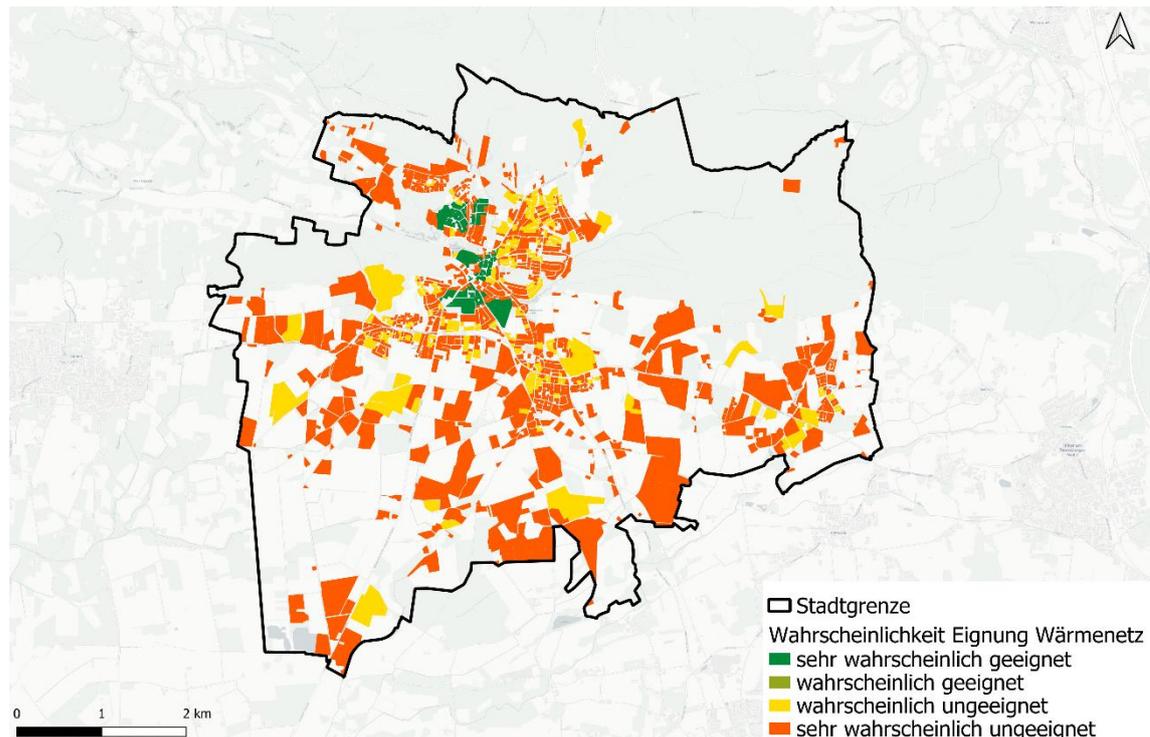


Abbildung 61: **Voraussichtliche** Eignung für eine Wärmeversorgung aus Wärmenetzen in Bad Iburg¹

Es zeigt sich, dass besonders im Ortskern von Bad Iburg sowie um die Dörenberg-Klinik relativ gute Bedingungen für Wärmenetze vorliegen und Lösungen mit leitungsgebundener Wärme vorstellbar sind.

Dezentrale Heiztechnologien

Die Klassifizierung der Wahrscheinlichkeiten für den Einsatz von dezentralen Anlagen erfolgt prinzipiell wie die oben beschriebene Einteilung für Wärmenetze. Kriterium für die Einteilung ist hier der aktuelle Anteil dezentraler Technologien am Endenergieverbrauch im Jahr 2045. Maßstab ist die Bottom-up-Rechnung. Jede Heizung, die nicht über ein Wärmenetz versorgt wird, oder positiv formuliert jede Heizung, die mit Biomasse betrieben oder als Wärmepumpe etc. ausgestattet ist, wird gezählt. Der Anteil dieser Technologien am Endenergieverbrauch entscheidet über die Einteilung in die jeweilige Wahrscheinlichkeitsklasse.

Anteil Dezentrale	Eignung
>75 %	„sehr wahrscheinlich geeignet“
<75 %, >50 %	„wahrscheinlich geeignet“
<50 %, >25 %	„wahrscheinlich ungeeignet“
<25 %	„sehr wahrscheinlich ungeeignet“

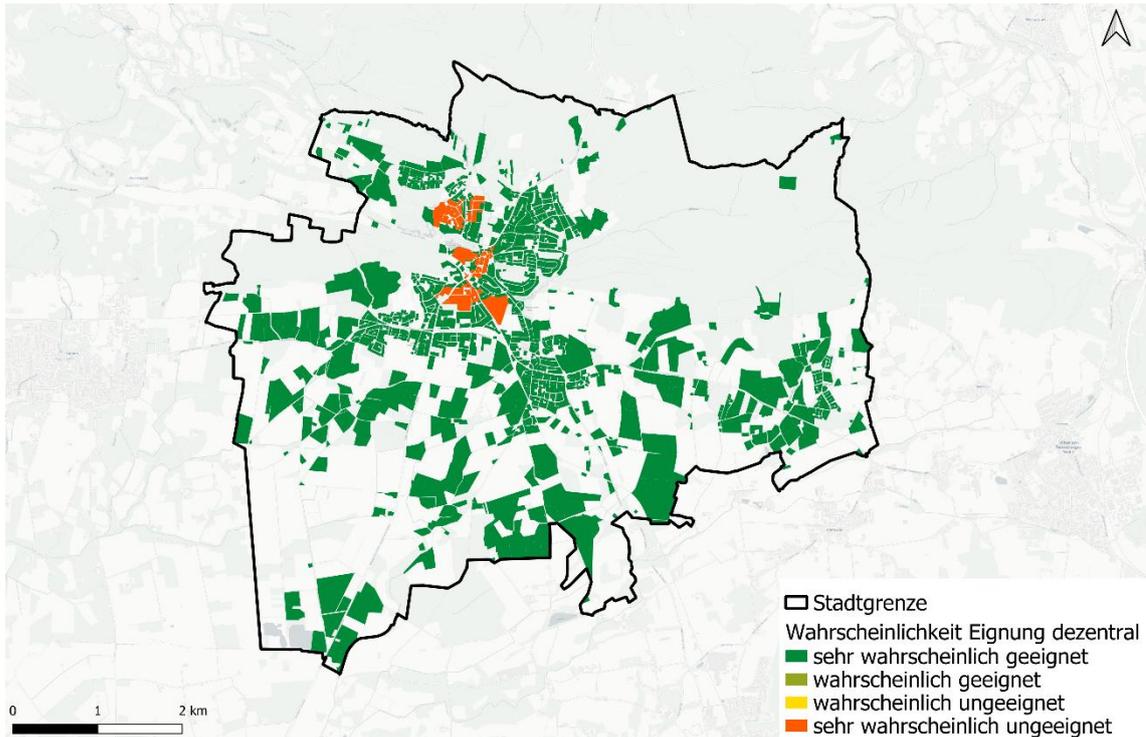


Abbildung 62: **Voraussichtliche** Eignung für eine dezentrale Wärmeversorgung in Bad Iburg¹

Wasserstoff:

Generell: „sehr wahrscheinlich ungeeignet“

Wasserstoffnetzgebiete werden in Bad Iburg unter den derzeitigen Voraussetzungen und Aussichten nicht erwartet. Aufgrund des Aufwands und der damit verbundenen Kosten – z. T. müssen Komponenten ausgetauscht werden, aber auch Parallelleitungen errichtet werden – wird eine Umwidmung des bestehenden Erdgasnetzes auf Wasserstoff nicht in Betracht gezogen. Alle Baublöcke im Stadtgebiet werden demnach als „sehr wahrscheinlich ungeeignet“ für die Versorgung mit Wasserstoff zur Gewinnung von Wärme eingestuft. Eine kartographische Darstellung erübrigt sich somit.

Grünes Methan:

Im Zieljahr werden voraussichtlich nur Verbraucher aus Gewerbe und Industrie mit Prozesswärmebedarf sowie die Spitzenkessel für die Wärmeerzeugung für die Wärmenetze

weiterhin mit grünem Methan versorgt. Eine Versorgung der dezentralen Endkunden in der Fläche ist nicht vorgesehen. Eine kartographische Darstellung erübrigt sich somit.

3.3.5 Zusammenfassung

Über die Analysen zur Wirtschaftlichkeit von Versorgungslösungen aus Sicht der Endkundinnen und Endkunden sowie Annahmen zur Sanierung und einer modellgestützten Simulation des Heizungswechsels wurde ein detailliertes Abbild einer möglichen treibhausgasneutralen Wärmeversorgung Bad Iburgs aufgezeigt. Gut geeignete Wärmenetzgebiete wurden identifiziert inkl. der möglichen Bereitstellung der Wärme. Bei den dezentralen Wärmeerzeugern v.a. in Form von Wärmepumpenlösungen ergibt sich der größte Zuwachs. Gas wird fast vollständig zurückgedrängt und spielt als grünes Gas (synthetisches Methan, Biomethan) ausschließlich zur Versorgung von Prozesswärmekunden und für die Spitzenlasterzeugung in den Wärmenetzen eine Rolle.

Diese Ergebnisse bilden die Grundlage für weitere detaillierte Betrachtungen, wie Machbarkeitsstudien für Wärmenetze und die dazugehörige Erzeugung oder auch weitere Untersuchungen bzgl. der Gasnetzstrategie. Auch die Auswirkungen des starken Zubaus von Wärmepumpen auf das Stromverteilnetz sollten untersucht werden.

Wichtig ist es an dieser Stelle zu betonen, dass die obigen Darstellungen und Ausführungen einen möglichen Weg aufzeigen und weder eine Verpflichtung für die Nutzung einer bestimmten Technologie in einem Gebiet für die Endkundinnen und Endkunden darstellen, noch die Verpflichtung für einen Versorger, die entsprechende Infrastruktur (z. B. Wärme oder Gas) zu errichten, betreiben oder stillzulegen. Die kommunale Wärmeplanung soll, auch gemäß WPG bzw. NKlimaG (Niedersachsen), zunächst eine Orientierung für alle Beteiligten bieten.

Die vorliegende kommunale Wärmeplanung stellt darüber hinaus den Sachstand auf Grundlage der aktuellen Gegebenheiten dar. Da die kWP einerseits zu verstetigen ist und andererseits alle 5 Jahre validiert werden muss, können in der Überarbeitung Weiterentwicklungen und Änderungen der Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Daraus können ggf. neue Optionen und Handlungsfelder entstehen.

4 Strategie und Maßnahmenkatalog

Die Strategie für die Wärmewende in Bad Iburg basiert auf dem zuvor erarbeiteten Zielszenario mit den beschriebenen Zielwerten für die Stützjahre 2030, 2035 und 2040.

Mit der Strategie soll die Grundlage gelegt werden, um die Ziele auch zu den entsprechenden Stützjahren zu erreichen. Wesentliche Handlungsfelder bestehen in der Reduktion des Wärmebedarfs durch Sanierung und Heizungsumstellung, der Erschließung von Potenzialen der erneuerbaren Wärmeerzeugung sowie der Realisierung von neuen Wärmenetzen. Darüber hinaus ist eine treibhausgasneutrale Gasversorgung, im Bereich der industriellen Versorgung von Bedeutung, sofern keine Alternativen zur

Prozesswärmeversorgung, z. B. durch eine stärkere Elektrifizierung der Wärmebedarfe zur Verfügung stehen. Zusätzlich wird auch langfristig für die Spitzenlastherzeugung für die Wärmenetze eine Nutzung von grünem Methan angenommen.

Dazu werden im folgenden Maßnahmenkatalog Maßnahmen aufgeführt, die sich in kommunikative, organisatorische oder technische sowie flankierende Maßnahmen unterteilen lassen.

4.1 Betrachtung von Fokusgebieten in Bad Iburg

Weitere konkrete Maßnahmen werden aus der detaillierteren Untersuchung der Fokusgebiete abgeleitet. Als Fokusgebiete wurden, entsprechend der Anforderungen der KRL, zwei Gebiete ausgewählt:

- Gewerbe- und Industriegebiet
- Dörenberg-Klinik

Die Auswahl der Fokusgebiete wurde nach Auswahlkriterien getroffen, wie z. B. Blaupausefähigkeit und Übertragbarkeit der Untersuchungsgebiete auf andere Quartiere, Einflussmöglichkeit der Stadt, Größe bzw. Anzahl der Gebäude, durchschnittliches Gebäudealter mit hohem Reduktionspotenzial des Wärmebedarfs, kurz- bis mittelfristige Realisierbarkeit von möglichen Maßnahmen, Sozial- und Eigentümerstrukturen sowie Nähe zu Abwärme- oder erneuerbaren Wärmepotenzialen. Nachfolgend sind die Gebiete dargestellt und es wird zur weiteren Ausarbeitung zu den Fokusgebieten ausgeführt. Fokusgebiete sind nicht identisch mit den ermittelten Wärmenetzgebieten, können jedoch ein Teilgebiet dieser Gebiete sein.

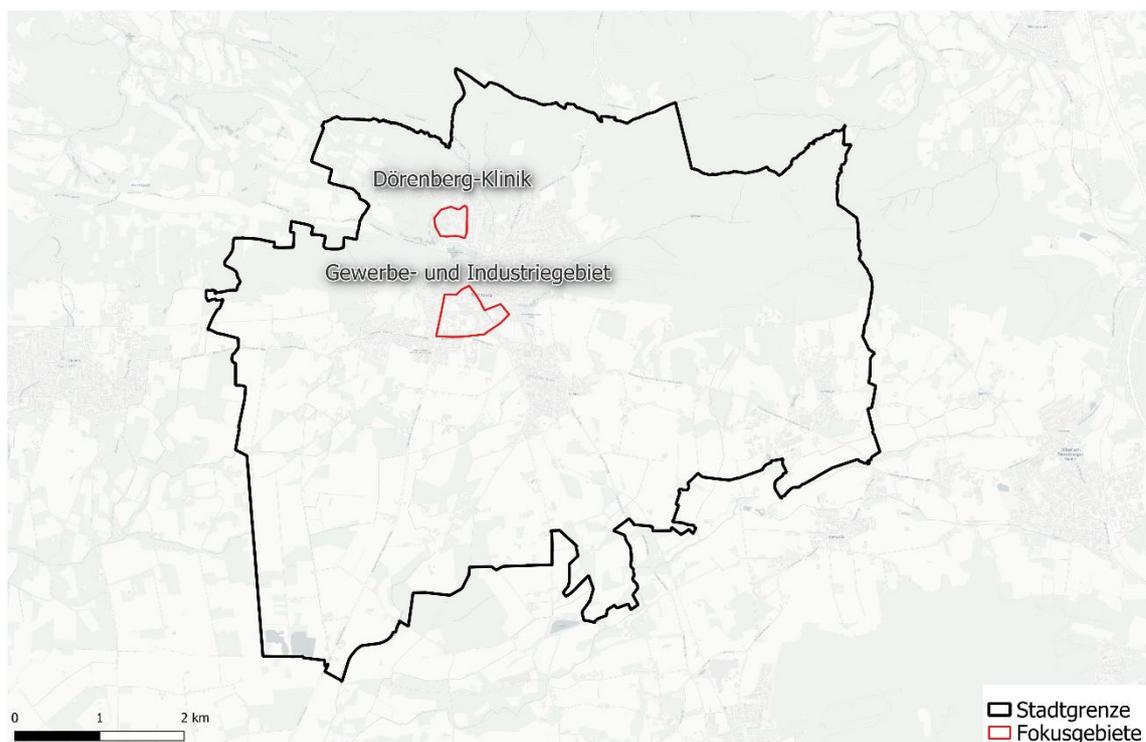


Abbildung 63: Übersicht der ausgewählten Fokusgebiete in Bad Iburg¹

4.1.1 Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet

Das Gewerbe- und Industriegebiet in Bad Iburg ist ein Gebiet mit relativ dichter gemischter Bebauung im Süden des Ortskerns von Bad Iburg. Die ermittelten Wärmeliniendichten liegen zum Teil, besonders aufgrund der ansässigen Industrie und GHD-Betriebe, im Grenzbereich einer überschlägig ermittelten Eignung für Wärmenetze. Hinzu kommt ein bereits existierendes Wärmenetz eines Schulkomplexes im östlichen Bereich des Gebietes mit ausweiterbarer Wärmelieferung aus einem Biogas-BHKW, sowie weitere nördlich angrenzende erhöhte Wärmeliniendichten. Aufgrund dessen könnte sich eine leitungsgebundene Wärmeversorgung als realisierbar erweisen. Daher wird hier in einem ersten Schritt die Erstellung einer (nach BEW geförderten) Machbarkeitsstudie empfohlen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse könnten dann auf weitere ähnlich gelagerte Quartiere übertragen werden. Im konkreten Fall wird empfohlen mit einer Machbarkeitsstudie die Gebiete des Gewerbe- und Industriegebietes sowie die angrenzenden Wohngebiete mit der Realschule und dem neu zu errichtenden Schul-Campus zu untersuchen.

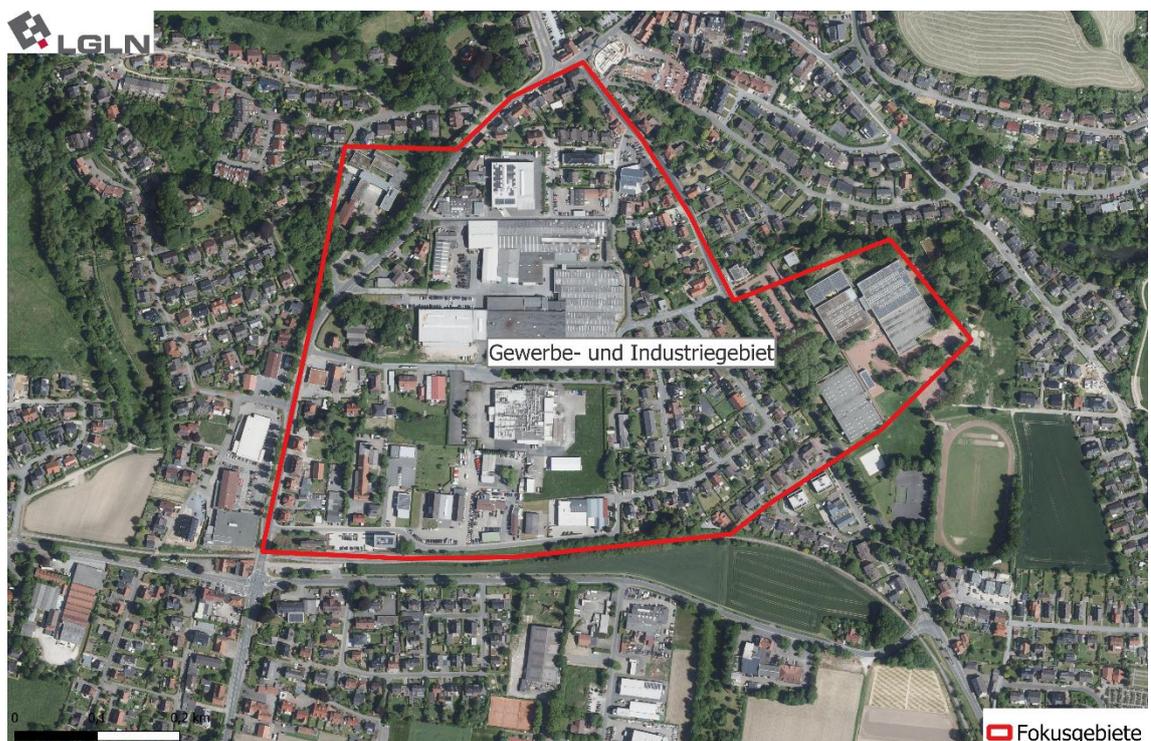


Abbildung 64: Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet²⁶

²⁶ © GeoBasis-DE/LGLN 2024

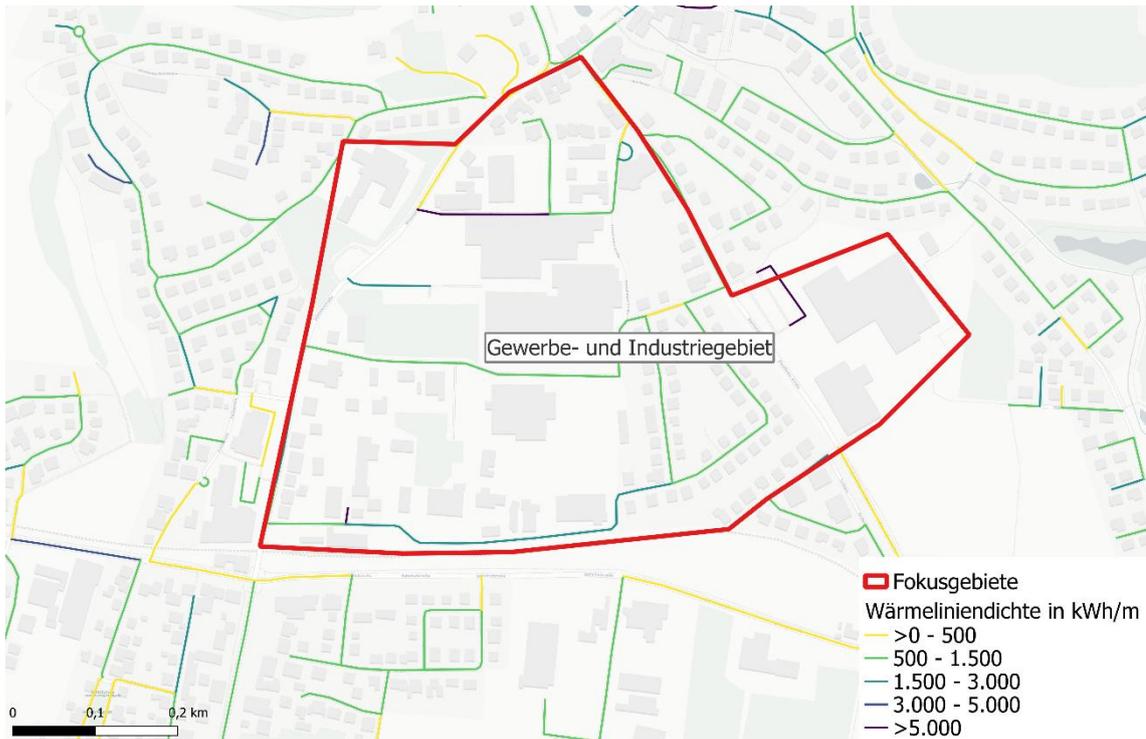


Abbildung 65: Wärmelinienichten im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet¹

Das Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet umfasst 109 Gebäude bzw. beheizte Adressen. Abbildung 66 zeigt die Zusammensetzung des Gebäudebestands auf. Es liegen überwiegend Wohngebäude, dominiert durch Einfamilienhäuser, vor. Auffällig ist, dass ein Industriegebäude vorliegt, welches mit 53 Prozent den mit Abstand größten Teil des Endenergieverbrauchs verursacht.

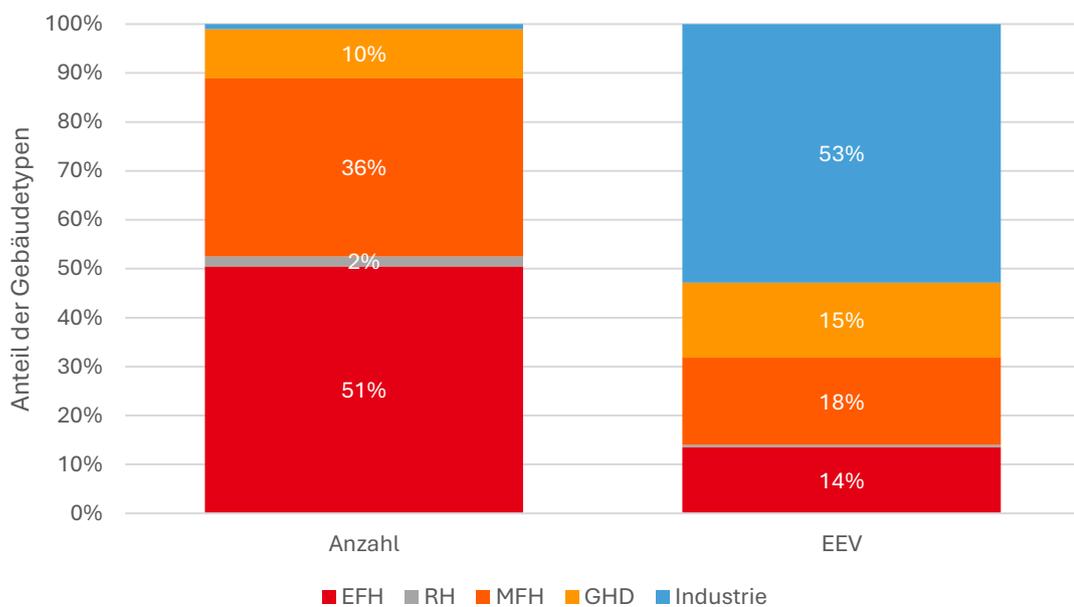


Abbildung 66: Verteilung der Gebäudetypen und Aufteilung des Endenergieverbrauchs (EEV) im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet

Abbildung 67 zeigt, dass sehr viele der Gebäude (89 Prozent) in den Jahren 1949 – 1978, gefolgt von denen die bis 1948 (9 Prozent) errichtet wurden. Das Sanierungspotenzial liegt bei 43 Prozent, womit das Gebiet etwas unterhalb des gemittelten Werts von Bad Iburg liegt (48 Prozent).

Bei den Heizungsaltern gibt es einen Anteil von 15 Prozent an der Anzahl, bei denen kein Heizungsalter über die Schornsteinfegerdaten zugeordnet werden konnte. 52 Prozent der Geräte sind jünger als 20 Jahre und es werden 17 Prozent der Gebäude mit Heizungen, die älter als 30 Jahre sind, beheizt. Hier gibt es großen Handlungsbedarf, da hier eher ineffiziente Heizungen erwartet werden und ein zunehmender Sanierungsdruck entsteht.

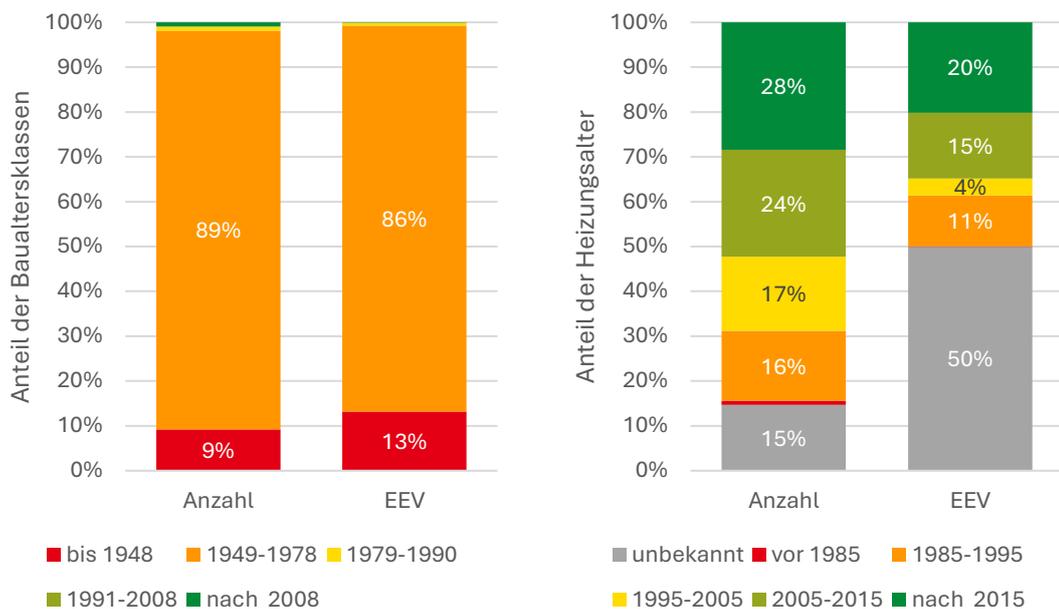


Abbildung 67: Verteilung der Baualtersklassen und Heizungsalter im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet

Die erste Säule in Abbildung 68 zeigt die Verteilung des Endenergieverbrauchs im Status quo. Hier liegt ein Erdgasanteil von 74 Prozent vor. Die restlichen Anteile verteilen sich v. a. auf Heizöl und Wärmenetze.

Die Bottom-Up-Rechnung (vgl. Abschnitt 3.3.3) ergibt die Energieträgerverteilung der restlichen Säulen für die Jahre 2030, 2035, 2040 und 2045 in der Abbildung. Dabei zeigt sich gleichermaßen ein Ausbau des Wärmenetzes sowie ein Zubau von Luft-Wärmepumpen (Strom und Umweltwärme aus Luft). Das wegfallende Erdgas wird größtenteils durch synthetisches Methan für die Bereitstellung von Prozesswärme und Spitzengaskessel für Wärmenetze kompensiert. Gleichzeitig findet eine gewisse Sanierung statt, welche den Wärmebedarf und somit auch den Endenergieverbrauch reduziert. Im Jahr 2045 werden 27 Prozent der Energie zum Heizen durch das Wärmenetz bereitgestellt. Gas (synthetisches Methan) spielt mit 46 Prozent eine entscheidende Rolle im Gebiet,

wobei dieses lediglich von einem Industriekunden bezogen wird. Die restlichen Anteile werden über Luft-Wärmepumpen und Biomasse gestellt.

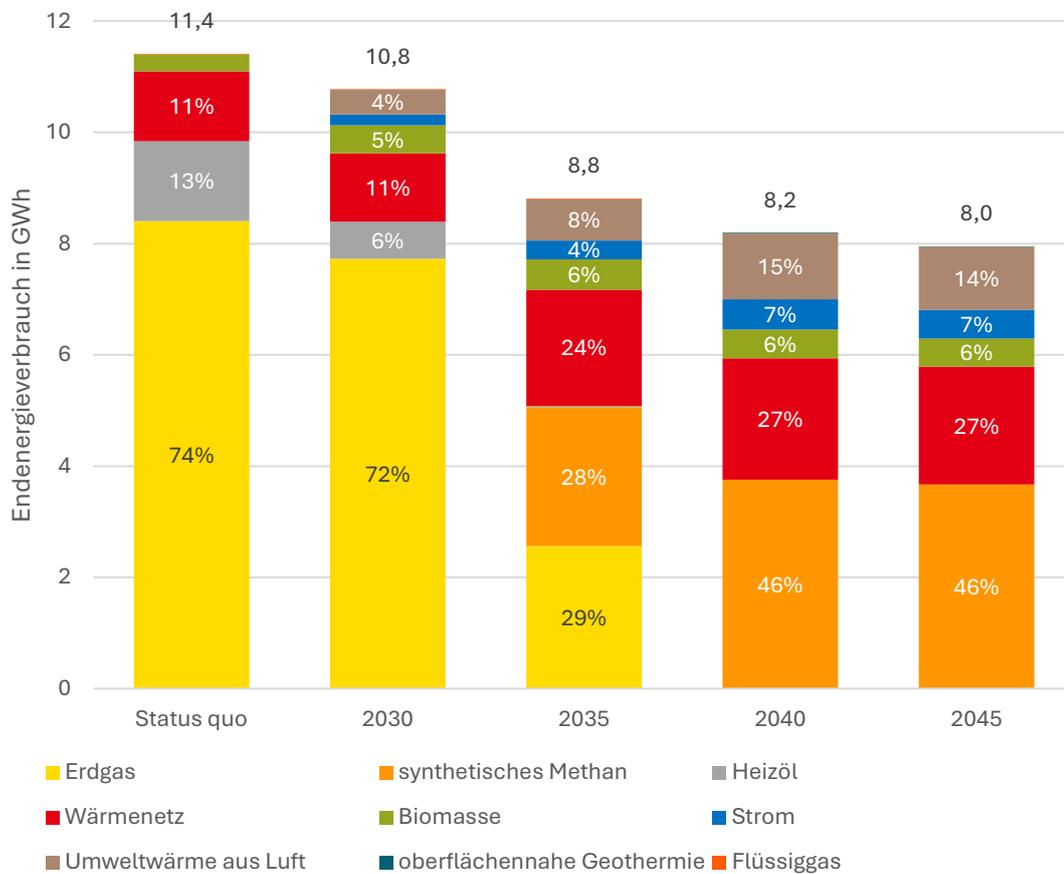


Abbildung 68: Prognostizierte Veränderung des Endenergieverbrauchs für Wärme im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet

Die Treibhausgasentwicklung im Fokusgebiet in Abbildung 69 unterstreicht den Wechsel von Gas und Heizöl den aufgezeigten alternativen Energieträgern. Die größten verbleibenden Emissionen werden durch den Einsatz von synthetischem Methan für Prozesswärme und Spitzenlastkessel für Wärmenetze verursacht. Ein weiterer hoher Anteil der verbleibenden Emissionen wird durch das Wärmenetz verursacht, da hier zum Teil Biogas in einem BHKW verwendet wird, was noch einen Emissionsfaktor größer Null aufweist. Nichtsdestotrotz werden die Emissionen im Gebiet bis 2040 um 92 Prozent reduziert.

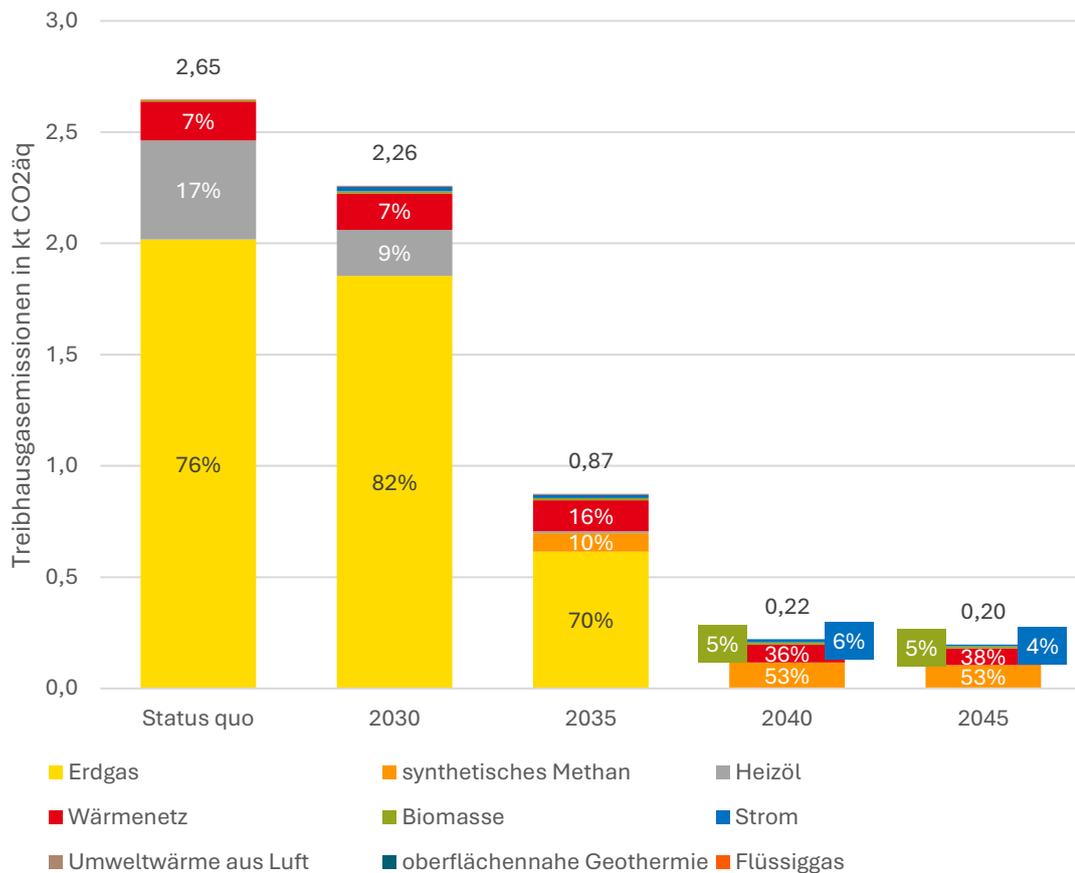


Abbildung 69: Veränderung der Treibhausgasemissionen im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet

Auch die Entwicklung der Gas- und Wärmenetzanschlüsse in Abbildung 70 zeigt den prognostizierten Wechsel von Gas zu, unter anderem, dem Wärmenetz. 18 Prozent der Gebäude sind in 2040 bzw. 2045 am Wärmenetz angeschlossen und zwei Gebäude am Gasnetz.

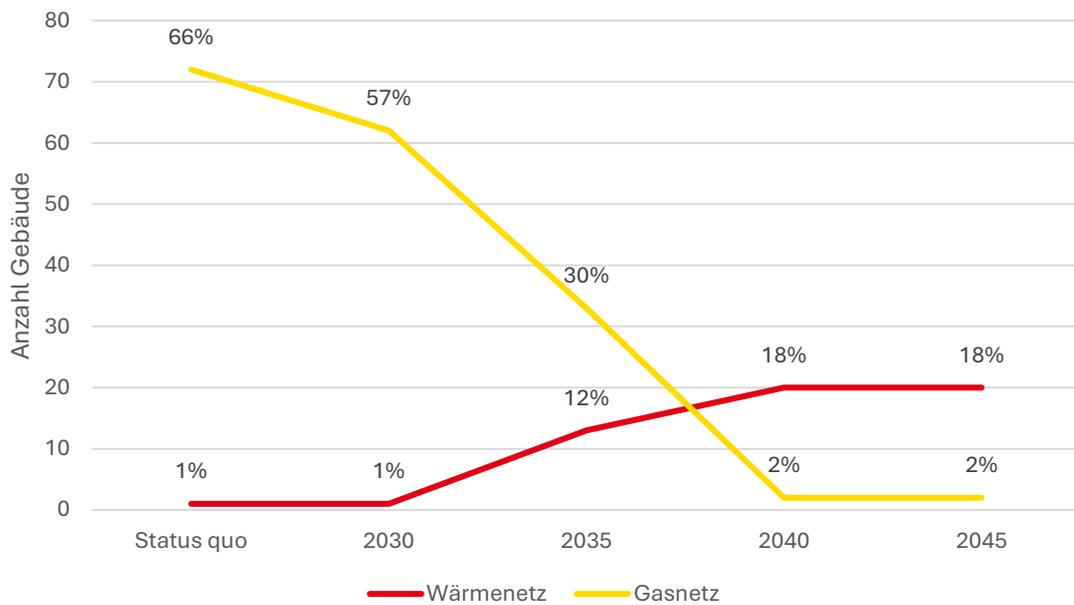


Abbildung 70: Veränderung der Anzahl Gebäude mit Gas- und Wärmenetzanschlüssen im Fokusgebiet Gewerbe- und Industriegebiet

Das bereits vorhandene Wärmenetz spricht für eine prioritäre Untersuchung, ob sich eine Ausweitung der leitungsgebundenen Wärmeversorgung hier wirtschaftlich darstellen lässt und sich daraus entsprechend zusätzliche Ausweisung von Wärmenetzgebieten ableiten lassen. Hier wäre es wichtig, den Endverbrauchern rechtzeitig eine mögliche Verfügbarkeit einer leitungsgebundenen Wärmeversorgungsoption aufzuzeigen, damit vorzeitige Investitionen in dezentrale Lösungen vermieden werden können und auf der anderen Seite die Option auf eine hohe Anschlussquote an ein potenzielles Wärmenetz erhalten bleibt. Es wird dabei prioritär empfohlen, zeitnah eine Machbarkeitsstudie, die nach der Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW) mit 50 Prozent förderfähig ist, zu beantragen und durchzuführen. Das Untersuchungsgebiet sollte neben dem eigentlichen Fokusgebiet auch den außerhalb liegenden Teil des potenzielle Wärmenetzgebiet in Bad Iburg Mitte umfassen.

4.1.2 Fokusgebiet Dörenberg-Klinik

Die Dörenberg-Klinik im Nord-Westen von Bad Iburg weist einen hohen Wärmebedarf auf. In Kombination mit den erhöhten Wärmeliniendichten in der Umgebung der Klinik ergibt sich Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche leitungsgebundene Wärmeversorgung. Diese könnte prioritär durch einen Holzhackschnitzelkessel mit lokaler Zulieferung gespeist werden. Im konkreten Fall wird empfohlen mit einer Machbarkeitsstudie das Gebiet Dörenbergklinik ergänzt um die angrenzende Wohnbebauung unter Einbeziehung der Sonnenhof-Klinik zu untersuchen.

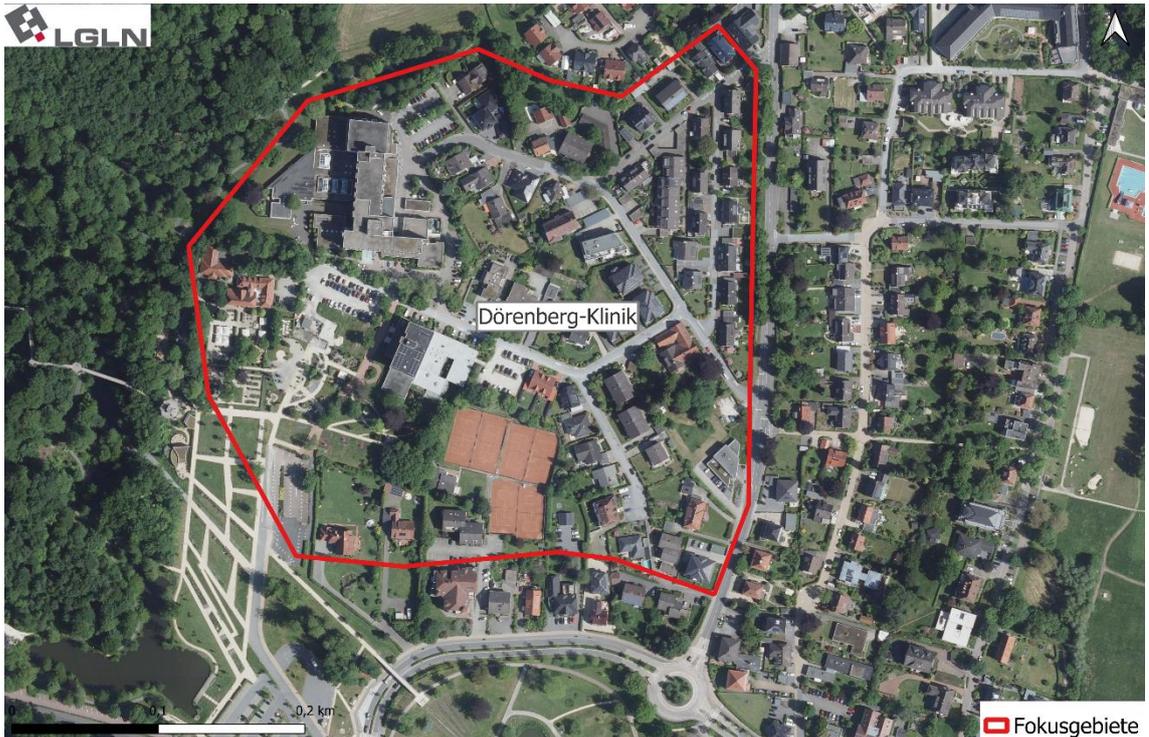


Abbildung 71: Fokusgebiet Dörenberg-Klinik²⁷



Abbildung 72: Wärmelinendichten im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik¹

Das Fokusgebiet umfasst 62 Gebäude bzw. beheizte Adressen. Abbildung 73 zeigt die Verteilung der Gebäudetypen. Dabei fällt auf, dass Mehrfamilienhäuser mit Abstand

²⁷ © GeoBasis-DE/LGLN 2024

dominieren. Neben Einfamilien- und Reihenhäusern in gleichem Anteil liegen ebenfalls wenige GHD-Gebäude vor.

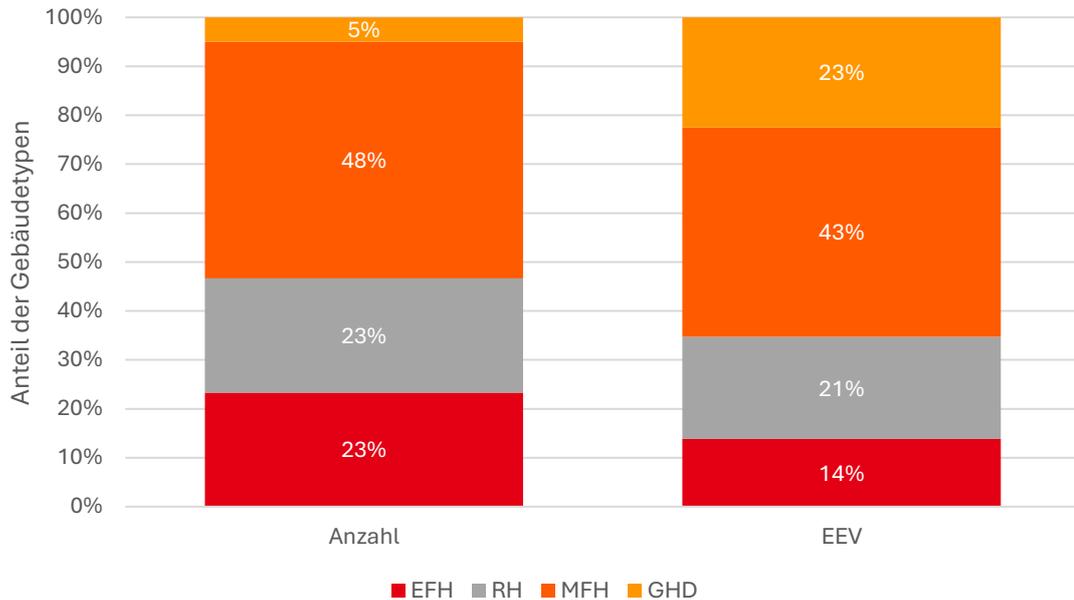


Abbildung 73: Verteilung der Gebäudetypen und Aufteilung des Endenergieverbrauchs (EEV) im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik

Die Auswertung der Daten zu Baualtersklassen in Abbildung 74 ergibt einen Anteil von 16 Prozent der Gebäude, die von vor 1948 stammen. Der größte Anteil der Gebäude wurde jedoch in den Jahren 1949-1978 errichtet. Der Anteil an neueren Gebäuden liegt bei 24 Prozent, jedoch verbrauchen diese mit 62 Prozent den Großteil des Endenergieverbrauchs. Dies lässt sich durch einzelne Gebäude in dieser Baualtersklasse mit hohem Verbrauch, wie der Dörenberg-Klinik, begründen. Das Sanierungspotenzial innerhalb des Fokusgebietes liegt mit 50 Prozent des Wärmebedarfs oberhalb des gemittelten Wertes von Bad Iburg (48 Prozent). Mit 58 Prozent sind ein Großteil der Heizungen maximal 20 Jahre alt. Der Anteil an Heizungen älter als 30 Jahre liegt lediglich bei 3 Prozent.

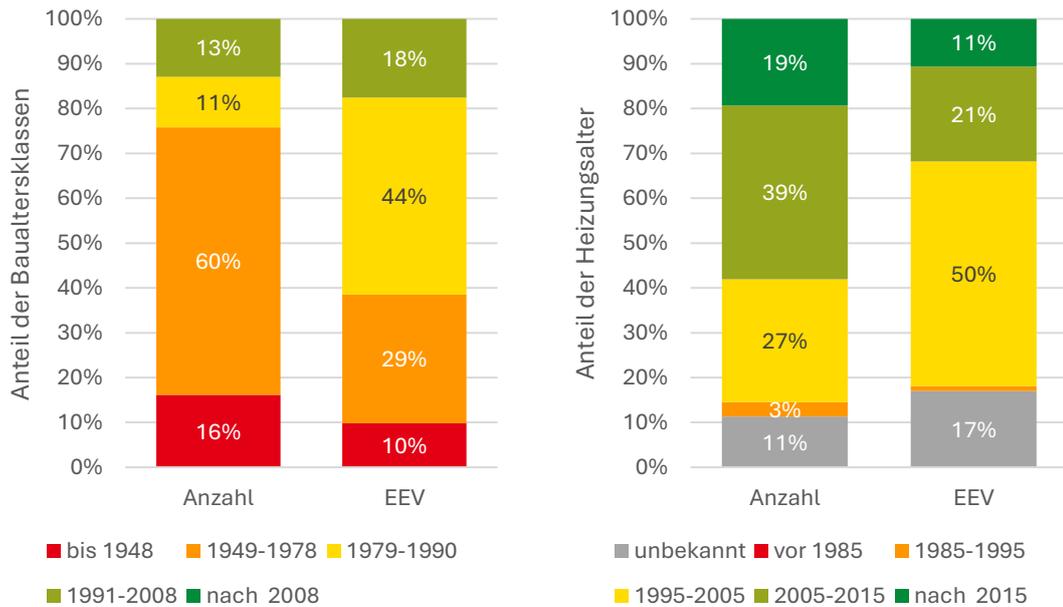


Abbildung 74: Verteilung der Baualtersklassen und Heizungsalter im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik

Abbildung 75 zeigt auf, dass die Wärmeversorgung im Status quo im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik aktuell sehr stark auf Erdgas basiert. Ein weiterer wesentlicher Anteil am Endenergieverbrauch wird durch Heizöl gedeckt. Daneben sind kleine Anteil an Biomasse und Luft-Wärmepumpe (Strom und Umweltwärme aus Luft) vorhanden.

Die Bottom-Up-Rechnung zeigt anschließend, wie sich die Nutzung der Energieträger entwickelt. Durch Sanierungen und Wirkungsgradgewinne durch Heizungswechsel sinkt der Endenergieverbrauchs bis 2045 um 35 Prozent. Der Einsatz von Erdgas wird nahezu eins-zu-eins durch das Wärmenetz ersetzt. Neben diesem spielen mit etwa 10 Prozent noch vereinzelt Luft-Wärmepumpen eine Rolle, sodass insgesamt Heizöl und Biomasse schon in 2040 komplett wegfallen.

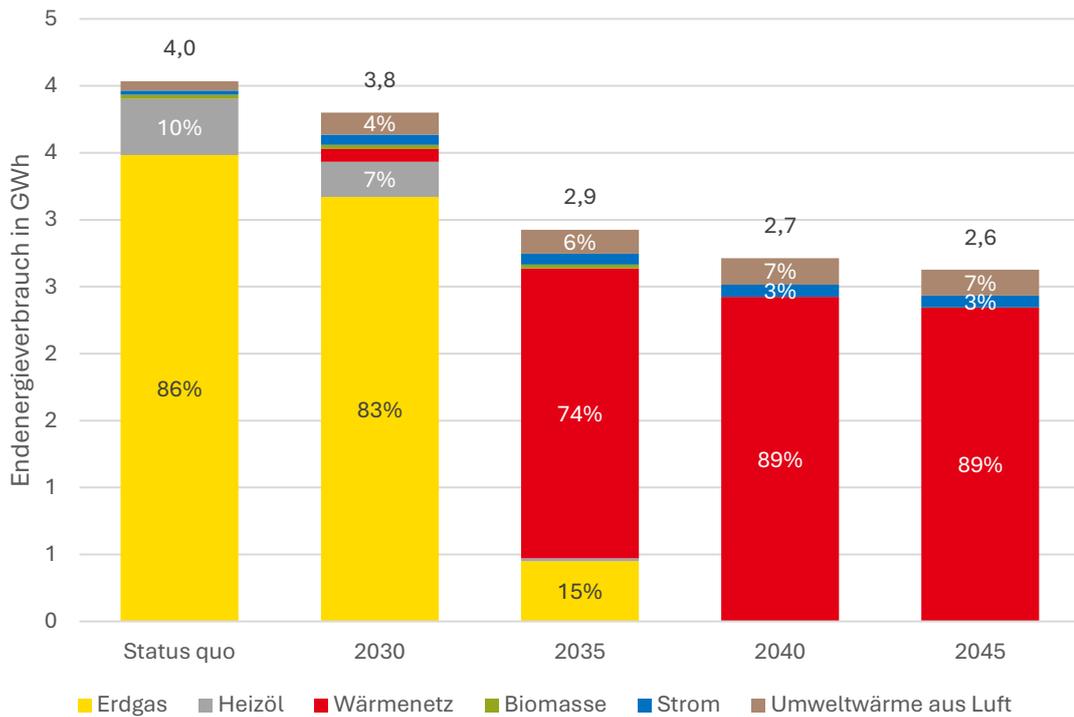


Abbildung 75: Prognostizierte Veränderung des Endenergieverbrauchs im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik

Die korrespondierende Treibhausgasentwicklung im Fokusgebiet in Abbildung 76 unterstreicht die entsprechende Substitution von Erdgas und Heizöl als Energieträger vor allem durch das Wärmernetz.

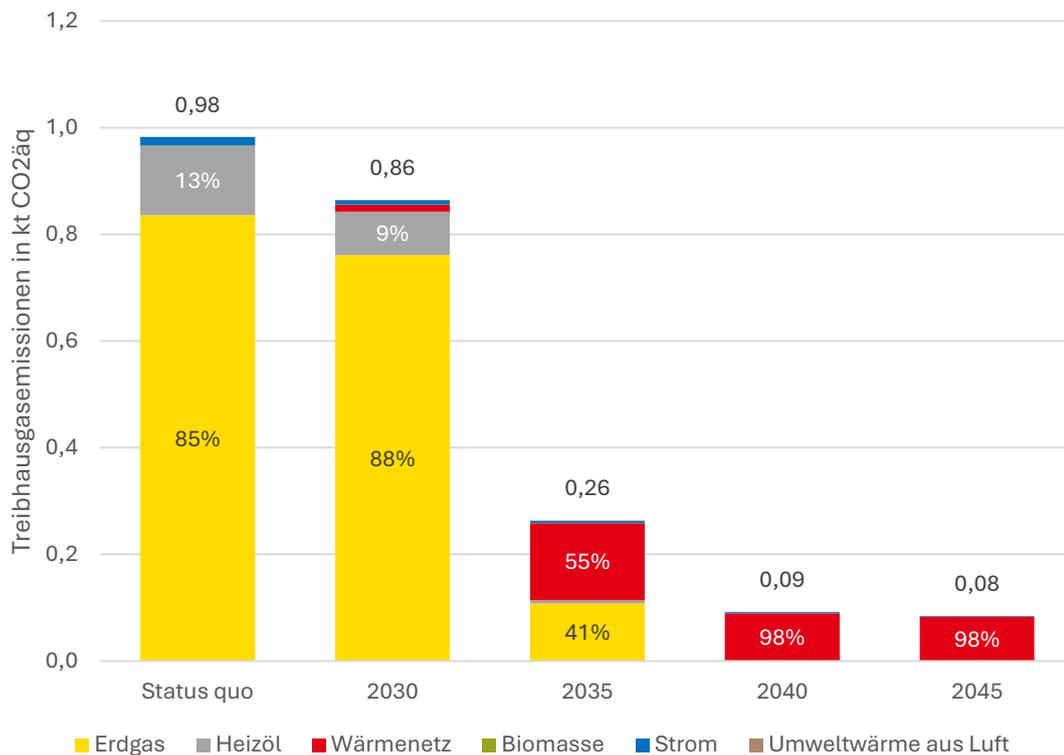


Abbildung 76: Veränderung der Treibhausgasemissionen im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik ²⁸

In Abbildung 77 ist die Abnahme der Gebäude mit Gasanschlüssen sowie der Zuwachs der Wärmenetzanschlüsse dargestellt. In Folge der Substitution des Erdgases reduziert sich der Anteil von heute 76 Prozent auf 0 Prozent in 2040. Ab 2040 sind fast 3 von 4 Gebäuden im Fokusgebiet ans Wärmenetz angeschlossen.

²⁸ Geringe Restemissionen verbleiben auch 2045, bedingt durch Emissionen der Energieträger in der Vorkette bzw. durch die vorgegebenen Emissionsfaktoren für die Berechnungen

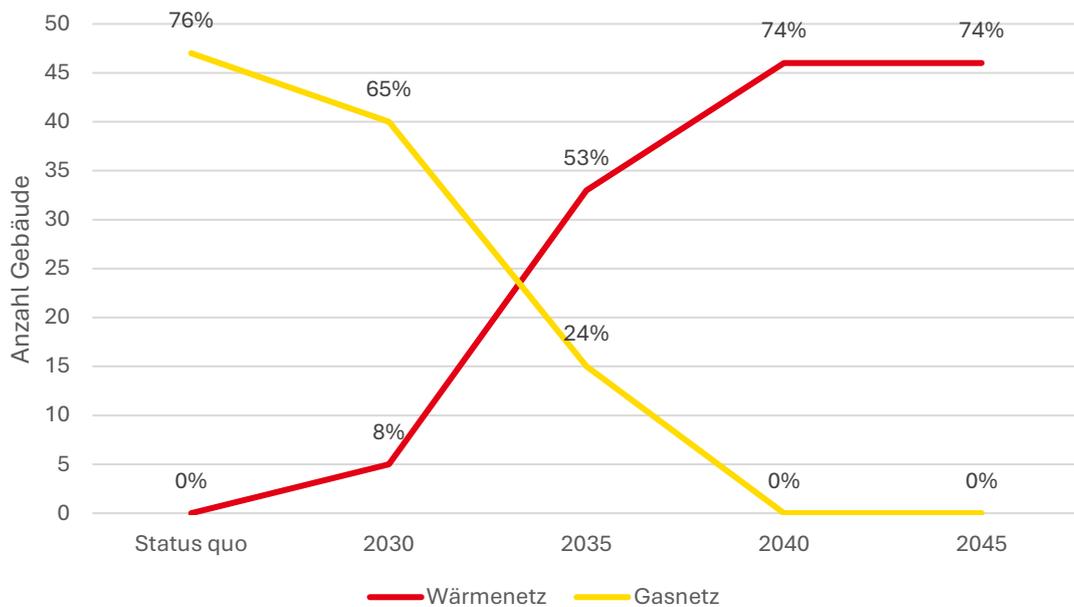


Abbildung 77: Veränderung der Anzahl Gebäude mit Gas- und Wärmenetzanschlüssen im Fokusgebiet Dörenberg-Klinik

Aufgrund des hohen Wärmeverbrauchs der Dörenberg-Klinik und der erhöhten Wärmeliniendichten um die Klinik ist eine prioritäre Untersuchung eines wirtschaftlichen Betriebs von leitungsgebundener Wärmeversorgung sinnvoll. Hier wäre es wichtig, den Endverbrauchern rechtzeitig eine mögliche leitungsgebundene Wärmeversorgungsoption aufzuzeigen, damit vorzeitige Investitionen in dezentrale Lösungen vermieden werden können und auf der anderen Seite die Option auf eine hohe Anschlussquote an ein potenzielles Wärmenetz erhalten bleibt. Es wird dabei prioritär empfohlen zeitnah eine Machbarkeitsstudie, die nach der Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW) mit 50 Prozent förderfähig ist, zu beantragen und durchzuführen.

4.2 Maßnahmenkatalog

In diesem Kapitel werden Maßnahmen aufgeführt, die kommunikative, organisatorische oder technische Maßnahmen darstellen.

Folgende Maßnahmen, die z. T. auch in Steckbriefform zusammengefasst sind, werden vorgeschlagen:

Kommunikative Maßnahmen

- Beratung Energetische Sanierung und Heizungstechnologien
- Weitere Maßnahmen

Organisatorische Maßnahmen

- Integration des Wärmeplans in die Bauleitplanung
- Aufsetzen eines Monitoringkonzeptes zur Steuerung der Umsetzung der identifizierten Maßnahmen
- Fortführung der Vernetzung der Stakeholder anlassbezogene Gesprächsrunden

Technische Maßnahmen

- Erstellung von Machbarkeitsstudien nach BEW für neue Wärmenetze
- Weitere Maßnahmen

4.2.1 Kommunikative Maßnahmen

K 1: Beratung Energetische Sanierung und Heizungstechnologien:

Nr. K 1: Energieberatung			
Handlungsfeld	Kommunikative Maßnahmen	Priorisierung	++
Räumliche Verortung	Stadtgebiet in Kooperation mit den Nachbarkommunen		
Startjahr	2024	Zieljahr	2027
Zielsetzung	Steigerung der Sanierungsrate für private Wohngebäude		
Kurzbeschreibung	<p>Um die Sanierungsrate von Gebäuden zu steigern, eignet sich das Beratungsangebot an Bürgerinnen und Bürger. Geplant ist ein ortsfestes Beratungsangebot, welches durch Bürgerinnen und Bürger aufgesucht werden kann, in Form einer kostenfreien gebäudeindividuelle Initialberatung durch neutrale, qualifizierte Energieberater oder -beraterinnen. Im Fokus stehen dabei die Aufklärung und Informationsvermittlung bei Immobilienbesitzern, um Bewusstsein zu steigern, Sanierungsschritte zu priorisieren und Förderoptionen für eine energetische Sanierung zu besprechen. Die Kampagne soll Eigentümer motivieren, Sanierungen umzusetzen.</p> <p>Die Beratung erfolgt in Kooperation mit den Nachbarkommunen.</p>		
Umsetzungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. In 2025; Meilenstein: Veröffentlichung des Beratungsangebotes 2. Gewinnung von Energieexpertinnen und- Experten; Meilenstein: Vertrag 3. Ansprache der Haushalte/ Eigentümer im Quartier: Mailing, Öffentlichkeitsarbeit, lokale Information; Auftaktveranstaltung; Meilenstein: 20 Beratungstermine vereinbart 		
Synergien (+) / Hemmnisse (-)	<p>(+) Kombination mit den Angeboten der Verbraucherzentrale oder des örtlichen Energieversorgers (TEN)</p> <p>(+) Mehraufträge lokales Handwerk durch Sanierungsmaßnahmen</p> <p>(+) Betriebskostensenkung für Eigentümer v. a. beim Heizen</p> <p>(+) Eigentümer unabhängig von Sanierungsmaßnahmen für nutzungsbedingte Energieeinsparung sensibilisiert</p> <p>(+) Beratungsangebote zu Klimaschutz / -anpassung kombinierbar</p> <p>(-) Einfluss auf Wärmenetzplanung, wenn Nachfrageseite reduziert</p>		
Endenergieeinsparung	Abhängig von Sanierungstiefe zwischen 10	Minderung THG jährlich (t CO₂ äq/a)	Einsparungen von ca. 50 Prozent der THG-

(MWh/a)	– 20 Prozent Endenergieeinsparung / Maßnahme		Emissionen pro Gebäude (im Schnitt 3,5 t CO ₂ äq/a)
		Kumulierte THG-Einsparung (t CO₂ äq)	
Federführung/ Beteiligte	<ul style="list-style-type: none"> • Planungsverantwortliche Stelle für die kommunale Wärmeplanung der Stadt Bad Iburg • Externe Energieexpertinnen und- experten • Ggf. Verbraucherzentrale, weitere Multiplikatoren 		
Personeller Aufwand	ca. 10 Fachtage / Jahr KSM		
Finanzieller Aufwand	Ggf. Beratungshonorare der Energieexpertinnen und- experten Ggf. Druck Flyer / Plakate je Jahr		
Finanzierungsmechanismen	Aktuell keine Förderoptionen Für ggf. anfallende Kosten ist der Kostenträger ist die Stadt Bad Iburg		

Weitere Maßnahmen

Als weitere Maßnahme sollte die Bürgerschaft über Dienstleistungsangebote im Energiebereich informiert werden, z. B. über entsprechende Möglichkeiten des Contractings.

Informationsangebote in regelmäßigen Abständen u. a. in Kooperation mit dem örtlichen Energieversorger (TEN)

Laufende Aktualisierung von Informationsangeboten zur energetischen Sanierung und Heizungstechnologien sowie zu aktuellen Fördermitteln und rechtlichen Rahmenbedingungen, ggf. Verlinkungen mit den Beratungsangeboten anderer Institutionen oder Energieversorgern (TEN).

4.2.2 Organisatorische Maßnahmen

O 1: Integration des Wärmeplans in die Bauleitplanung

Nr. O 1: Integration des Wärmeplans in die Bauleitplanung			
Handlungsfeld	Organisatorische Maßnahmen	Priorisierung	+
Räumliche Verortung	Gesamtes Stadtgebiet		
Startjahr	2025	Zieljahr	fortlaufend
Zielsetzung	Integration der Planungen zur treibhausgasneutralen Wärmeversorgung in Prozesse der Bauleitplanung		
Kurzbeschreibung	Die gesetzliche Vorgabe des BauGB §1 Absatz 6, Nr. 7g wird eingehalten.		
Umsetzungsschritte & Meilensteine (M)	<ol style="list-style-type: none"> 1. Fortführung der Beteiligung der für Klimaschutz Verantwortlichen an verwaltungsinternen Planungsrunden, Beteiligungen im Rahmen von B-Plänen, Veränderungen / Überarbeitungen Flächennutzungsplan und anderer städtebaulichen (auch informellen) Planungen für das Stadtgebiet (etwa Satzungen) 2. Ggf. Beteiligung bei Vorlagen für politische Gremien 3. Fortführung der Beteiligung bei weiteren informellen Planungen 4. Fortführung der Einbindung für Klimaschutz Verantwortlichen in strategische Planungen (bspw. Leitlinien) kommunaler Liegenschaften 		
Erfolgsindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> • Belange und Projekte der Wärmeplanung sind in der Bauleitplanung berücksichtigt 		
Synergien (+) / Hemmnisse (-)	<p>(+) Belange des Klimaschutzes werden, Energieeinsparung und Treibhausgas-Minderung</p> <p>(-) begrenzte verwaltungsinterne Ressourcen</p>		
Endenergieeinsparung (MWh/a)	Nicht quantifizierbar da abhängig vom Projekt	Minderung THG jährlich (t CO₂ äq/a)	Nicht quantifizierbar
		Kumulierte THG-Einsparung (t CO₂ äq)	Nicht quantifizierbar
Federführung/ Beteiligte	<ul style="list-style-type: none"> • Für Klimaschutz Verantwortliche • Stadtentwicklung und Bauplanung • Immobilienbetrieb (für kommunale Liegenschaften) 		

Personeller Aufwand	Variabel, je nach Anzahl der Verfahren; Schätzung bis zu 10 FT / Jahr
Finanzieller Aufwand	keiner
Finanzierungsmechanismen	Nicht relevant

O 2: Aufsetzen eines Monitoringkonzeptes zur Steuerung der Umsetzung der identifizierten Maßnahmen

Nr. O 2	Aufsetzen eines Monitoringkonzeptes zur Steuerung der Umsetzung der identifizierten Maßnahmen		
Handlungsfeld	Organisatorische Maßnahmen	Priorisierung	+++
Räumliche Verortung	Gesamtes Stadtgebiet		
Startjahr	2025	Zieljahr	2045
Kurzbeschreibung	<p>Laufendes Monitoring der Zielerreichung der umsetzenden Maßnahmen, Aufsetzen und Controlling Zeitplanung</p> <p>Weiterführung der im NKlimaG vorgesehen 3-jährlichen Energieberichte für die öffentlichen Liegenschaften.</p> <p>(Neu-)Priorisierung der identifizierten Maßnahmen</p>		
Zielsetzung	Sicherstellung der Erreichung der definierten Maßnahmen		
Umsetzungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erstellung Zeitplan mit Zielen und Meilensteinen (bis 2025, dann fortlaufende Aktualisierung) 2. Bestimmung Verantwortlichkeiten (bis 2025, dann fortlaufende Aktualisierung) 3. Aufsetzen eines Steuerungsprozesses (bis 2025, dann fortlaufende Aktualisierung) 		
Erfolgsindikatoren	Vorliegen und verbindliche Einhaltung des erstellten Monitoring-Konzeptes		
Kosten über gesamten Lebenszyklus	keine		
Personeller Aufwand			
Positive Auswirkungen			
Endenergieeinsparung (MWh/a)	Nicht quantifizierbar	Minderung THG jährlich (t CO₂ äq/a)	Nicht quantifizierbar
		Kumulierte THG-Einsparung (t CO₂ äq)	Nicht quantifizierbar
Einzubindende Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Stadt Bad Iburg (Leitung) • EVU/ TEN ggf. weitere Dienstleister (Berichterstatter) • Beteiligte an den durchgeführten Stakeholder-Workshops 		

	<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Beteiligte (siehe genannte Akteure in übrigen Steckbriefen)
Flankierende Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • keine
Finanzierungsmechanismen	<ul style="list-style-type: none"> • interner Aufwand, Kostenträger Kommune

O 3: Einzelprojekte/ Weitere Maßnahmen

Organisation regelmäßiger Gesprächsrunden mit den Stakeholder aus dem Prozess der Akteursbeteiligung sowie ggf. weiteren relevanten Stakeholdern. Ggf. sind auch anlassbezogene Termine vorzusehen. Ziel ist dabei insbesondere die Vernetzung und der frühzeitige Austausch über geplante Maßnahmen und Projekte.

4.2.3 Technische Maßnahmen

T 1: Erstellung von Machbarkeitsstudien nach BEW für neue Wärmenetze

Nr. T 1: Erstellung von Machbarkeitsstudien nach BEW für neue Wärmenetze			
Handlungsfeld	Technische Maßnahme	Priorisierung	+++
Räumliche Verortung	Vorzugsgebiete Wärmenetze (Ortskern, Gewerbegebiet und ergänzendes Wohngebiet)		
Startjahr	2025	Zieljahr	2026
Kurzbeschreibung	<p>Die Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW) fördert die weitere technische und wirtschaftliche Untersuchung der Machbarkeit von neuen Wärmenetzen und der dazugehörigen Wärmeerzeuger</p> <p>Vorliegen einer BEW-Machbarkeitsstudie ist darüber hinaus auch Voraussetzung für Betriebskostenförderung (u. a. Solarthermie und Wärmepumpen) sowie Investitionskostenförderung nach BEW</p>		
Zielsetzung	<p>Zeigen des Pfads zur Entwicklung neuer Wärmenetze, die bis 2040 vollständig dekarbonisiert betrieben werden. Für die Erzeugung der Wärme werden die in der Potenzialanalyse dargestellten Potenziale erneuerbarer Wärmeenergie mit den Bedarfen abgeglichen und technisch sowie wirtschaftlich bewertet. Bei der Betrachtung der Potenziale sind insbesondere bei genehmigungsrechtlichen Fragestellungen die örtlichen Behörden einzubeziehen. Die Zuordnung der möglichen Erzeugungstechnologien erfolgt im Zuge einer möglichen Antragstellung. Es wird eine Ermittlung der Investitionskosten sowie der förderfähigen Kosten und die Darstellung der Wirtschaftlichkeit durchgeführt.</p> <p>Identifizierte Verdichtungs- oder Erweiterungspotenziale können für den weiteren Wärmenetzausbau genutzt werden.</p>		
Umsetzungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erstellung Projektskizze je Netz und Beantragung von Fördermitteln (BAFA) 2. Einreichung der Machbarkeitsstudie beim BAFA 		
Erfolgsindikatoren	Machbarkeitsstudie liegt vor		
Synergien (+) / Hemmnisse (-)	<p>(+) Vorarbeiten der KWP nutzbar (u. a. zu Wärmenetzausbau und -verdichtung sowie Potenziale von erneuerbarer Wärme)</p> <p>(-) Verzögerung von Fördermittelvergabe durch BAFA aufgrund haushaltspolitischer Randbedingungen</p>		
Endenergieeinsparung	Nicht quantifizierbar, da abhängig vom	Minderung THG jährlich (t CO₂ äq/a)	Nicht quantifizierbar

(MWh/a)	jeweiligen Netz und aktueller Wärmerzeugung	Kumulierte THG-Einsparung (t CO₂ äq)	Nicht quantifizierbar
Einzubindende Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Wärmenetzbetreiber (Leitung) • In der Regel externe/r Dienstleister • Verwaltung der Stadt Bad Iburg • Weitere externe Akteure (örtlicher Versorger, Netzbetreiber, Energieinitiativen/ -genossenschaften, benachbarte Kommunen, etc.) 		
Personeller Aufwand	30 bis 50 PT (stark abhängig von Wärmenetzgröße, Synergien möglich) beim Dienstleister (Modul 1, ohne HOAI 2-4)		
Finanzieller Aufwand	Kosten stark abhängig von der Größe des Wärmenetzes und dem Untersuchungsfokus, Aufwand ca. 30 - 60 T€ je Wärmenetz (Durchführung Machbarkeitsstudie, Modul 1, ohne HOAI 2-4), Förderung zu 50 Prozent durch BEW		
Finanzierungsmechanismen	z. B. Wärmenetzbetreiber (nur nicht-geförderter Anteil), 50 Prozent Förderung durch BAFA		

T 2: Einzelprojekte/ Weitere Maßnahmen

Nach der Erstellung von Machbarkeitsstudien für neue Wärmenetze kann im Falle der Wirtschaftlichkeit die Detailplanung und Umsetzung der Wärmeerzeugungen und -netze initiiert werden. Dies könnte mit der Ausweisung von Wärmenetzgebieten einhergehen. Infrastruktur: Die Entwicklung der Gas- und Wasserstoffinfrastruktur wird im Rahmen des Möglichen beobachtet.

Prozessübergreifende Elemente der kommunalen Wärmeplanung

Die Arbeitsschritte zur Erstellung der kommunalen Wärmeplanung orientieren sich am Technischen Annex der Kommunalrichtlinie unter Berücksichtigung der Anforderungen aus dem WPG.

	Kapitel 1	AP 1: Bestandsanalyse
	Kapitel 2	AP 2: Potenzialanalyse
	Kapitel 3	AP 3 A: Zielszenarien und Entwicklungspfade
	Kapitel 4	AP 3 B: Strategie und Maßnahmenkatalog
	Kapitel 5.1	AP 4: Beteiligung von Verwaltungseinheiten und allen weiteren relevanten Akteuren
	Kapitel 5.2	AP 5: Verstetigungsstrategie
	Kapitel 5.3	AP 6: Controlling-Konzept
	Kapitel 5.4	AP 7: Kommunikationsstrategie

In den vorangehenden Kapiteln wurden mit einer strukturierten Problemlösungsmethodik die Ausgangslage im Bestand (AP1) und die Potenziale (AP2) analysiert sowie die Zielszenarien (AP 3A) und die Strategie der Wärmewende mit dem Maßnahmenkatalog (AP 3B) entwickelt.

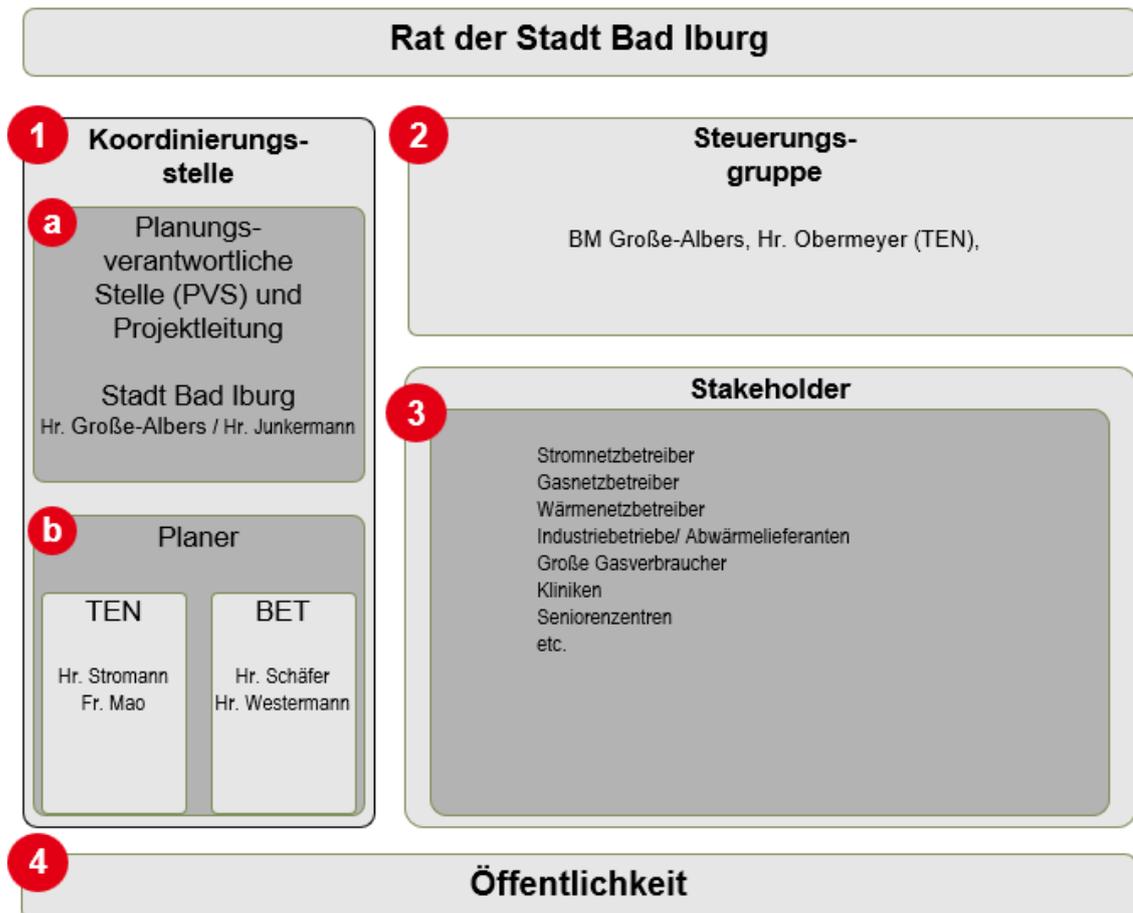
Die Arbeitspakete 4 bis 7 (Beteiligung von Verwaltungseinheiten und allen weiteren relevanten Akteuren, Verstetigungs-, Kommunikationsstrategie sowie Controlling-Konzept) wurden kontinuierlich und parallel zur Entwicklung der Wärmeplanung bearbeitet. Das bedeutet, sie sind begleitend, parallel oder ergänzend zu den vorangestellten Arbeitspaketen erforderlich und haben eine unterstützende Funktion des (kontinuierlichen) Planungsprozesses.

So ist in durch die Beteiligung von Verwaltungseinheiten und allen weiteren relevanten Akteuren (AP 4) sicherzustellen, dass alle wichtigen Verwaltungseinheiten und relevanten Akteure in den Planungsprozess geeignet eingebunden werden. Die **Verstetigungsstrategie** (AP 5) mit Organisationsstrukturen und Zuständigkeiten sorgt für die Fortführung des Prozesses nach der initialen Berichterstellung. Die Planungen und

Maßnahmen sollen aus dem Konzept in die Praxis überführt werden. Außerdem ist die Planung regelmäßig zu aktualisieren und anzupassen. Das **Controlling-Konzept** (AP 6) stellt sicher, dass die vorgestellten Maßnahmen zu Projekten mit messbarem Fortschritt werden. Im Falle einer Abweichung von den gesetzten Zielen sind weitere Maßnahmen zu ergreifen. Die **Kommunikationsstrategie** (AP 7) schließlich zielt insbesondere auf die unterstützungsorientierte Zusammenarbeit mit weiteren Zielgruppen ab und umfasst die Information der Öffentlichkeit über den Planungs- und Umsetzungsfortschritt. Ihre Kernelemente sind der Zwischen- und Endbericht sowie die begleitende Öffentlichkeits- und Pressearbeit zur kommunalen Wärmeplanung. Zudem beinhaltet die Kommunikationsstrategie auch die Formate, in denen über Fortschritte und Erfolge bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen in der Zukunft informiert werden soll.

4.3 Beteiligung von Verwaltungseinheiten und allen weiteren relevanten Akteuren

Im Rahmen der „Partizipationsstrategie (AP 4)“ wurde zunächst die **Projektstruktur** entwickelt. Sie illustriert, welche Organisationen, Einheiten der Verwaltung, Gruppen und Kreise für die Erstellung der Wärmeplanung von besonderer Bedeutung sind.



Die Einbindung der **Verwaltung** erfolgte durch die zentrale Koordinierungsstelle und übergeordnet in der Steuerungsgruppe. Wesentliche Inhalte wurden im Rahmen der

Veröffentlichung des Zwischenberichts vorgestellt, u. a. auch in einer Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 12. September 2024. Danach wurde der Öffentlichkeit die Gelegenheit zur Kommentierung des Zwischenberichts gegeben.

Ein besonderes Augenmerk galt im Prozess vor allem den **Stakeholdern** (Gruppe 3). Ein umfassendes Akteursmapping innerhalb der Koordinierungsstelle bildete die Grundlage für die Einbindung der relevanten Stakeholder. Sie wurden umfassend informiert und eingebunden. Zu Beginn erfolgte eine individuell aufbereitete Information für die Stakeholdergruppe. Hierzu wurde am 16. April 2024 ein Workshop durchgeführt, bei dem die Teilnehmenden intensiv die Herausforderungen und Chancen der kWP diskutierten. Dadurch konnten die Stakeholder intensiv in die Thematik der kWP eingeführt werden und ihrerseits wichtige Aspekte und Anregungen in die Diskussion einbringen. Der Workshop hatte zum Ziel, alle relevanten und wichtigen Akteure einzubeziehen und zur aktiven Mitwirkung am Wärmeplanungsprozess zu motivieren. Dies umfasste einerseits die Information und Konsultation sowie andererseits die Untersuchung der Möglichkeiten und der Bereitschaft, an der Wärmewende in Bad Iburg, etwa als Abwärmelieferant oder als potenzieller Wärmekunde bzw. Bereitsteller erneuerbarer Wärme, zu partizipieren. Ergänzend wurden weitere bilaterale Gespräche geführt, insbesondere auch um die Möglichkeiten von Projektinitiativen auszuloten. Vor der Veröffentlichung des Zwischenberichts wurde in einem zweiten Schritt der Stadtentwicklungsausschusses am 12. September 2024 informiert. Die Ergebnisse des Zwischenberichts wurden hier vorgestellt und zur Diskussion gestellt. Ziel war es vor allem, die Bestands- und Potenzialanalyse vorzustellen und einen ersten Einblick in die Zielszenarien zu geben.

Den Akteuren in Bad Iburg sowie weiteren Trägern öffentlicher Belange (TÖBs) und Stakeholdern, aber auch der interessierten Öffentlichkeit wurde der Zwischenbericht am zur Einsicht online zur Verfügung gestellt.

Im Ergebnis konnte mit diesem Vorgehen eine sehr gute Akzeptanz unter den maßgeblichen Stakeholdern erreicht werden.

Nach der Auswahl und Festlegung der Fokusgebiete (Ortskern und Dörenbergklinik) wurden weitere Detailanalysen für diese Gebiete durchgeführt. Eine Einbindung des angrenzenden Wohngebietes mit Anbindung der Sonnenhof-Klinik könnte sinnvoll sein. Dies schafft eine Basis für die Umsetzung zukünftiger Maßnahmen der Wärmewende.

Angrenzenden Kommunen wurde die Gelegenheit zur Kommentierung der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Bad Iburg mit der Veröffentlichung des Zwischenberichts gegeben. Da die Planungen in den Nachbarkommunen unterschiedliche Entwicklungsstadien aufweisen, sind bisher noch keine konkreten Kommunen übergreifende Potenziale identifiziert worden. Es gibt bereits einen regelmäßigen Austausch der angrenzenden Kommunen.

4.4 Verstetigungsstrategie

Die "Verstetigungsstrategie (AP 6)" für die kommunale Wärmeplanung umfasst Strategien und entwickelt konkrete Maßnahmen, um die Wärmeplanung dauerhaft in den Planungs- und Entscheidungsprozessen der Stadt Bad Iburg zu verankern. Nur so kann erreicht werden, dass die erarbeiteten Pläne und Maßnahmen weiterentwickelt, konkretisiert und auch in die Praxis umgesetzt werden. Hierzu sind entsprechende Organisationsstrukturen, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten sowie Ressourcen erforderlich. Die Strategie muss ein Ziel und einen „Fahrplan“ beinhalten.

Organisatorisch ist die Verstetigungsstrategie im Bereich **Klimaschutz** verortet, analog zur Verantwortlichkeit für die **Kommunale Wärmeplanung**. Sie zeichnet für die Strategie und ihre Umsetzung verantwortlich. Da es sich bei der kommunalen Wärmeplanung um eine zukünftig verpflichtende Daueraufgabe handelt, muss eine ausreichende Ressourcenausstattung für die Maßnahmenumsetzung, das Controlling, die Einbindung der Akteure und die Fortschreibung gewährleistet sein.

Mit der Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes (Bund) in die Ländergesetzgebung, die im Laufe des Jahres 2025 erwartet wird, werden voraussichtlich auch anteilig Mittel für die Erstellung und perspektivisch die Fortschreibung der kommunalen Wärmeplanung, die sogenannten Konnexitätsmittel vom Land Niedersachsen zur Verfügung gestellt. Diese könnten dann voraussichtlich sowohl externe Kosten, z. B. für Gutachter, decken, aber auch die Kosten für verwaltungsinterne Personalkosten decken. Zudem gilt es die dynamische Förderkulisse für Umsetzungsmaßnahmen zu nutzen und die Mittel für beispielsweise Beratungsangebote sicherzustellen.

Im Rahmen der Stakeholder-Workshops wurde vorgeschlagen, einen fortgeführten Austausch mit der Stadt zu pflegen und ggf. auch in einem regelmäßigen Format zu etablieren. Die Rückmeldungen dazu waren durchweg positiv. Nach Abschluss der Arbeiten zu diesem Bericht sollte zeitnah eine Gruppe der Stakeholder geformt werden, die anlassbezogen tagen und die Themen weiter vorantreiben sollte. Als Aufgaben und Ziele wurden benannt,

- die kommunale Wärmeplanung in Bad Iburg weiterzuentwickeln,
- Projekte zu initiieren und
- bei der Umsetzung der Wärmewende mitzuwirken.

Im Jahr 2025 sollte diese Gruppe etabliert werden.

Die geschaffenen verwaltungsinternen Strukturen sollten mindestens jährlich fortgeführt werden, um intern den Fortschritt zu diskutieren. Ferner sind die Belange der kommunalen Wärmeplanung auf Arbeitsebene in Regelprozesse der Verwaltung zu integrieren. Neben der Integration in die Bauleitplanung ist – wie bereits praktiziert – die Beteiligung an formellen und informellen, räumlichen Planungsinstrumenten der Stadt oder die Beteiligung an Energiegesprächen vorzusehen.

Daneben beginnen die konkreten Planungen und Analysen der Vorranggebiete. Insbesondere die Initiierung von Machbarkeitsstudien, die durch die BEW-Mittel gefördert

werden, sind der nächste Schritt, um die identifizierten Vorranggebiete für eine leitungsgebundene Wärmeversorgung im Falle einer Wirtschaftlichkeit in die konkrete Projektrealisierung zu bringen.

Des Weiteren soll durch die Gruppe der Stakeholder die örtliche Vernetzung erfolgen, um anstehende Maßnahmen im Sinne der kommunalen Wärmeplanung abzustimmen. Konkrete Beispiele sind die Projektentwicklung eines möglichen Wärmenetzes im Bereich Ortskern oder im Bereich der Dörenbergklinik. Insbesondere sollten aber auch die Möglichkeiten der industriellen und gewerblichen Abwärmenutzung kontinuierlich validiert werden (s. Kap. 2.3.2.7.1, EnEfG und Plattform für Abwärme des BAFA) oder bei der Entwicklung von Neubaugebieten die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung berücksichtigt werden.

Im Bereich der Potenziale für die Wärmeerzeugung ist kontinuierlich zu prüfen, ob die zugrunde liegenden Ansätze angepasst werden müssen. Das betrifft neben den Abwärmepotenzialen, für die sich neue technologische oder regulatorische Rahmenbedingungen ergeben können, vor allem auch die Potenziale für die erneuerbare Wärmeerzeugung. Die Nutzung von Geothermie könnte nach Erstellung entsprechender Studien ein neu zu bewertendes Potenzial darstellen. Bislang wird der Geothermienutzung in Bad Iburg eine untergeordnete Rolle zugeordnet.

Da derzeit kein synthetisches (grünes) Gas zur Verfügung steht, ist neben dem Bedarf die entsprechende mittel- und langfristige Verfügbarkeit kontinuierlich zu prüfen. In Kap. 3 wird modellbasiert der zukünftige Preis für synthetisches grünes Gas sowie eines Mischgases aus Erdgas und synthetischem Gas abgebildet. Es wird empfohlen, die grundlegenden Annahmen fortlaufend zu prüfen, spätestens alle fünf Jahre im Rahmen der Fortschreibung des kommunalen Wärmeplans.

Ebenfalls kontinuierlich zu prüfen ist die Entwicklung der Gasnetzinfrastrukturen, insbesondere auch auf der übergeordneten Fernleitungsebene. Dabei ist die Entwicklung der Wasserstoffinfrastrukturen zu beachten ebenso wie die Entwicklung der Erdgasinfrastrukturen auf der Verteilnetzebene und damit die generelle Verfügbarkeit dieser Infrastrukturen. Vor dem Hintergrund stark steigender Gasnetznutzungsentgelte ist von einem starken Rückgang der Gasverbräuche auszugehen, die dann eine weitere Steigerung der Netzentgelte impliziert. Inwieweit Gasnetze mit den geänderten Rahmenbedingungen dann wirtschaftlich zu betreiben sind, ist kontinuierlich zu prüfen und liegt in der Verantwortlichkeit des Netzbetreibers.

4.5 Controlling-Konzept

Das Controlling-Konzept besteht aus zwei Säulen:

- Kontinuierliche Datenerfassung und -dokumentation
- Validierung des Umsetzungsgrades der vorgeschlagenen Maßnahmen

Die Erfassung und Dokumentation von Daten, die den Umsetzungsgrad der Wärmewende dokumentieren, ist elementar. Aufgrund der unterschiedlichen Datenquellen, die

zur Verfügung stehen, ist zu empfehlen, z. B. jährlich einen Kurzbericht zur Umsetzung der Maßnahmen und der einfach zu erhebenden Daten zu erstellen. Die alle drei Jahre vorzulegenden Energieberichte für die öffentlichen Liegenschaften (NklimaG §17) sind zu berücksichtigen. Eine ausführliche und tiefere Überprüfung der Daten erfolgt im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen fünfjährigen Überarbeitung der kommunalen Wärmeplanung. In den Berichten und Fortschreibungen sollten die Reduktionen der wärmeversorgungsbedingten THG-Emissionen, die sich beispielsweise aus den verbrauchten Energiemengen ableiten lassen, dokumentiert werden. Dies geschieht im Rahmen der wärmebezogenen Endenergie- und THG-Bilanz zur Fortschreibung des Wärmeplans.

Das Controlling-Konzept hat dafür Sorge zu tragen, dass die Maßnahmen, die im Wärmeplan erarbeitet wurden, auch tatsächlich zur Umsetzung gelangen. Sie müssen als Projekte geplant und geleitet werden. Zu jedem Projekt gehört ein Projektcontrolling, welches Zielerreichung, Qualität, Zeitpläne und Budgets im Blick behält. Auch wird die jährliche Dokumentation des Umsetzungsgrades der jeweiligen Maßnahmen empfohlen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Umsetzung des Ausbaus und vor allem der Neuerrichtung von Wärmenetzen gelegt werden.

Im Kern ist das „Lastenheft“ für das Controlling-Konzept der Maßnahmenkatalog. Es ist ein Monitoring sowie eine Berichterstattung, v. a. zu Maßnahmen in kommunaler Verantwortung, zu implementieren.

Ein wichtiger Gradmesser sind somit die Projekte, die in der Verantwortung der Stadt Bad Iburg selbst liegen. An erster Stelle stehen hier die Maßnahmen zur gezielten Unterstützung der Bürgerschaft bei der Umsetzung der Wärmewende, aber auch flankierende Maßnahmen wie die energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften, da diese bei der Umsetzung der Wärmewende eine Leuchtturmfunktion und daher eine herausragende Bedeutung haben.

Ein weiterer wichtiger Gradmesser der Wärmewende ist die Dokumentation der Sanierungen im Gebäudebestand. Da hier die Datenlage schwierig ist, ist die Erfassung des Sanierungsstandards der Gebäude im Rahmen der fünfjährigen Überprüfung der kWP durch eine Überarbeitung und Plausibilisierung des Wärmetlas sinnvoll. Falls erforderlich wären bei einer Verfehlung der angesetzten Sanierungsraten und -tiefen entsprechend ergänzende Maßnahmen zu ergreifen. Generell sollten Maßnahmen auch bedarfsorientiert zwischen den fünfjährigen Berichtsintervallen angepasst, neu- bzw. weiterentwickelt werden.

4.6 Kommunikationsstrategie

Die Kommunikationsstrategie wurde bereits in einer frühen Projektphase entwickelt.

Ihre Aufgabe ist, neben der Information der Bevölkerung und der Förderung von Akzeptanz, die Kommunikation der Ergebnisse, die im Zwischen- und Endbericht dokumentiert werden. Die Kommunikation ist ein entscheidender Faktor zum Erfolg der kommunalen

Wärmeplanung. Zu Beginn wurde sich daher in der Koordinierungsstelle darauf geeinigt, die Kommunikationskanäle sowohl der Stadt als auch der TEN zu nutzen.

Grundlegende sowie aktuelle Informationen zur kommunalen Wärmeplanung werden auf der Internetseite der Stadt Bad Iburg bzw. über eine entsprechende Verlinkung zur TEN bereitgestellt. Die Inhalte der Website werden kontinuierlich weiterentwickelt, um einen hohen Informationsgehalt zu bieten.

Weitere Informationen zur kommunalen Wärmeplanung wie auch zu den begleitenden Themen, z. B. energetische Sanierung, Angebote von Energiedienstleistungen, aktuell geltende Regelungen des GEG oder auch nutzbare Förderprogramme, werden auf den Formaten der Stadt bzw. der TEN veröffentlicht.

Zusätzlich zu den Anforderungen des Fördermittelgebers und entsprechend der Vorgaben des, noch nicht auf Landesebene geltenden, Bundes-Wärmeplanungsgesetzes wurde ein umfangreicher Zwischenbericht erstellt, der der Öffentlichkeit für Kommentierungen und Stellungnahmen zugänglich gemacht wurde (s. AP 5).

Die erfolgreich implementierten Kommunikationsformate zur Information der Bürgerinnen und Bürger über die kommunale Wärmeplanung und die nächsten geplanten Schritte sollten fortgeführt werden, ggf. auch mit Bürger-Informationsveranstaltungen. Zudem sieht das AP 4 Maßnahmen zur Kommunikation und Beratung vor, deren fortlaufend Umsetzung empfohlen wird.

Besonderes Augenmerk sollte auf die Entwicklung der Vorranggebiete für Wärmenetze gelegt werden. Auf der Basis der bereits durchgeführten Detailanalysen sollte der Austausch mit den betroffenen Anwohnenden, Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümern sowie Unternehmen intensiviert werden, damit im Falle einer Realisierung von Wärmenetzen hohe Anschlussquoten erreicht werden können.

5 Anhang

5.1 Anteil sonstiger Energieträger am Endenergieverbrauch

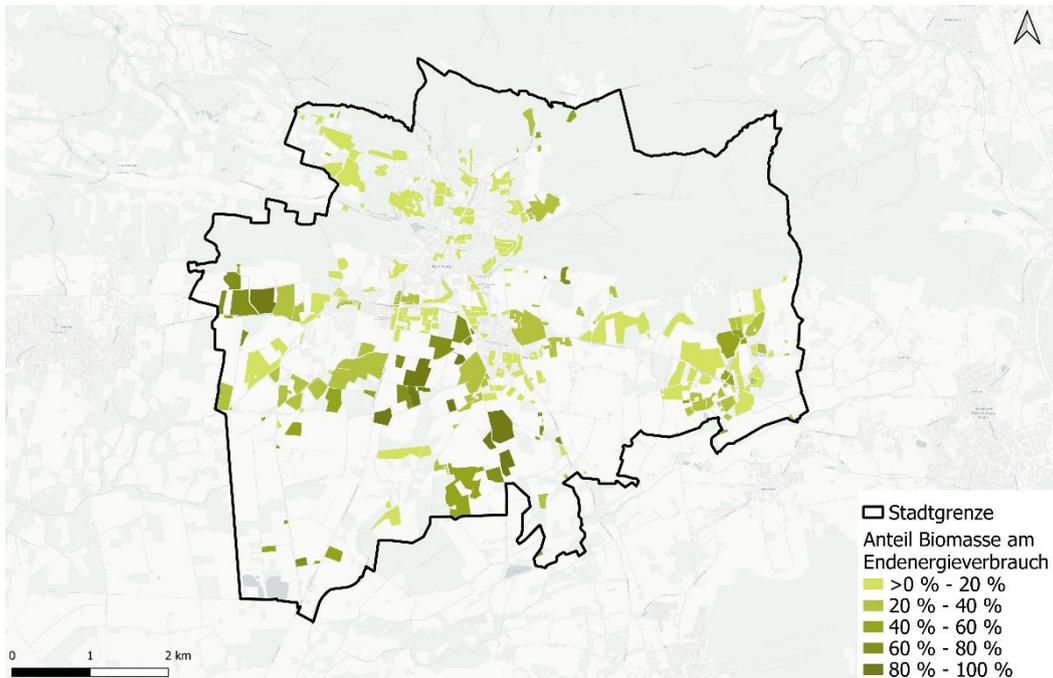


Abbildung 78: Anteil Biomasse am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

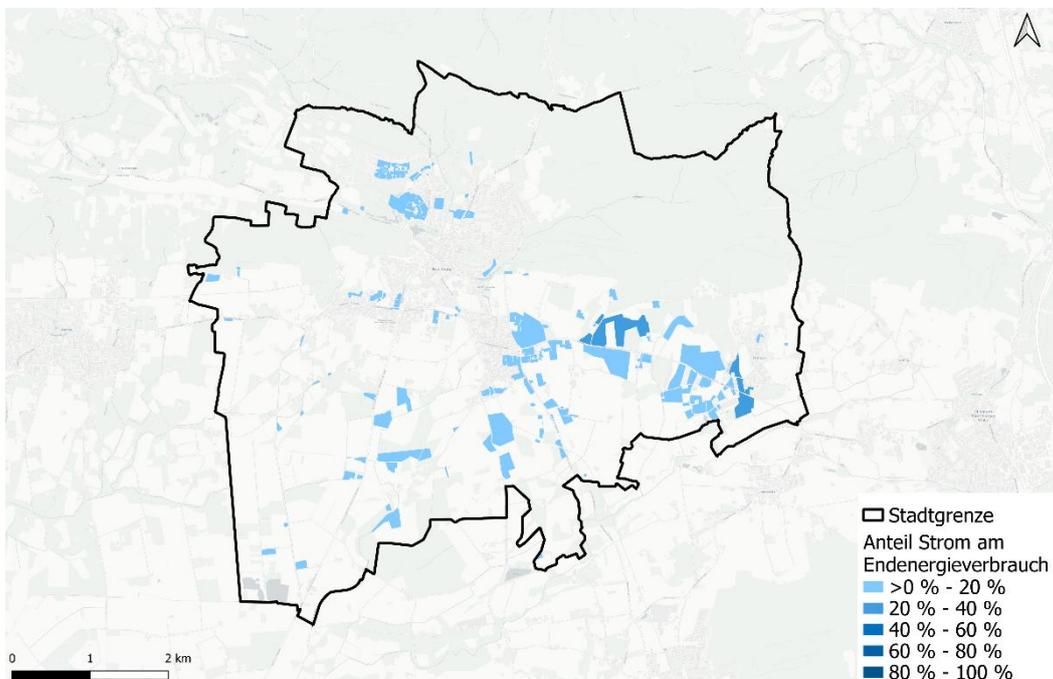


Abbildung 79: Anteil Strom am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

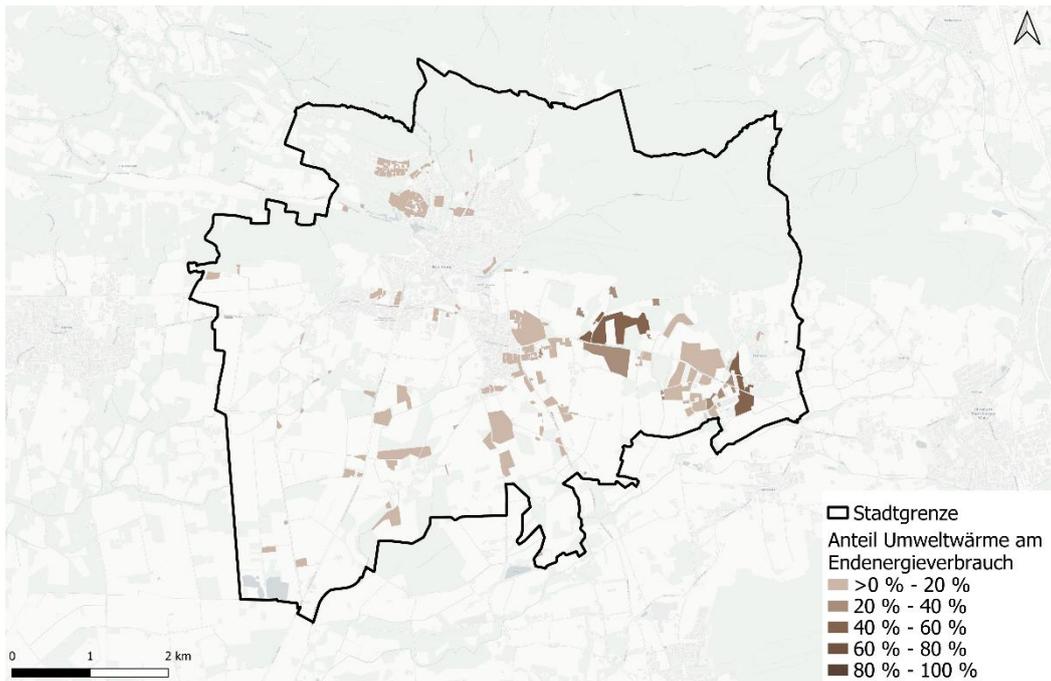


Abbildung 80: Anteil Umweltwärme am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

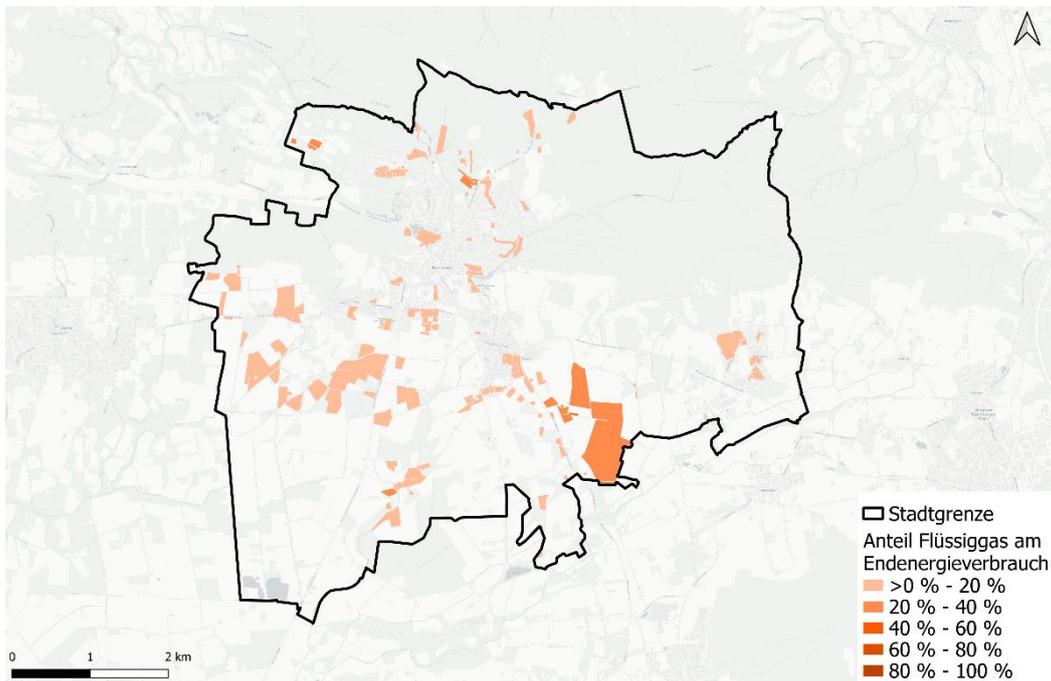


Abbildung 81: Anteil Flüssiggas am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

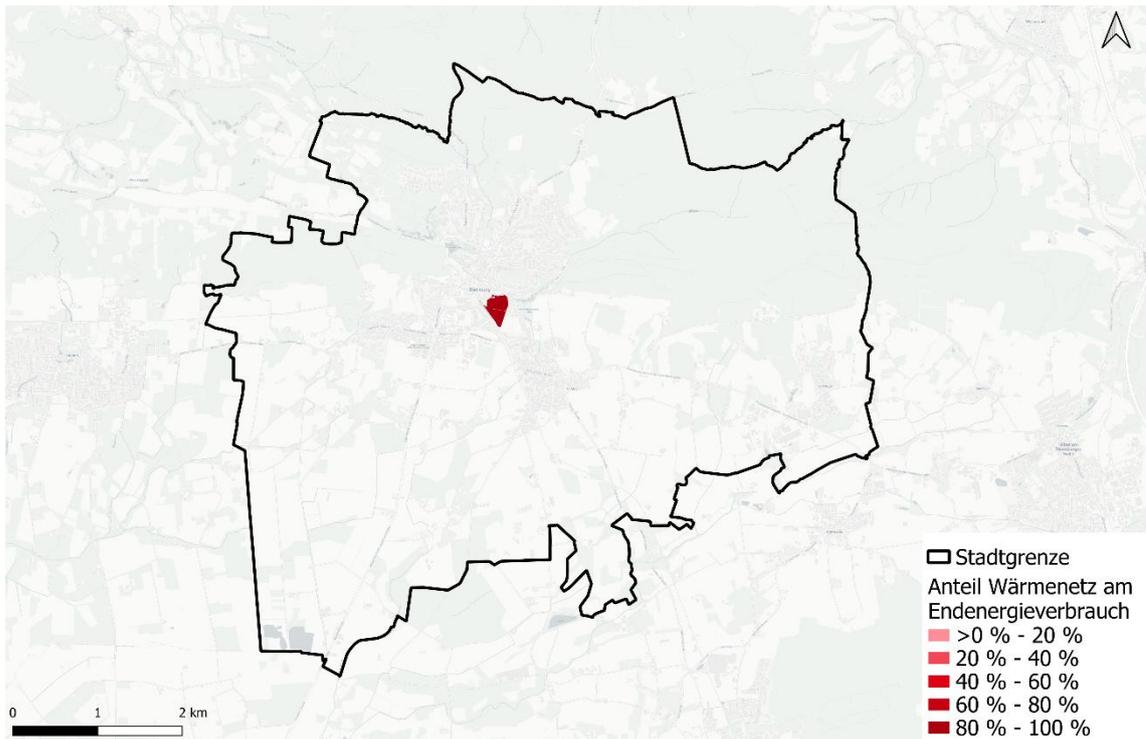


Abbildung 82: Anteil Wärmenetz am Endenergieverbrauch in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

5.2 Anzahl sonstiger dezentraler Wärmeerzeuger

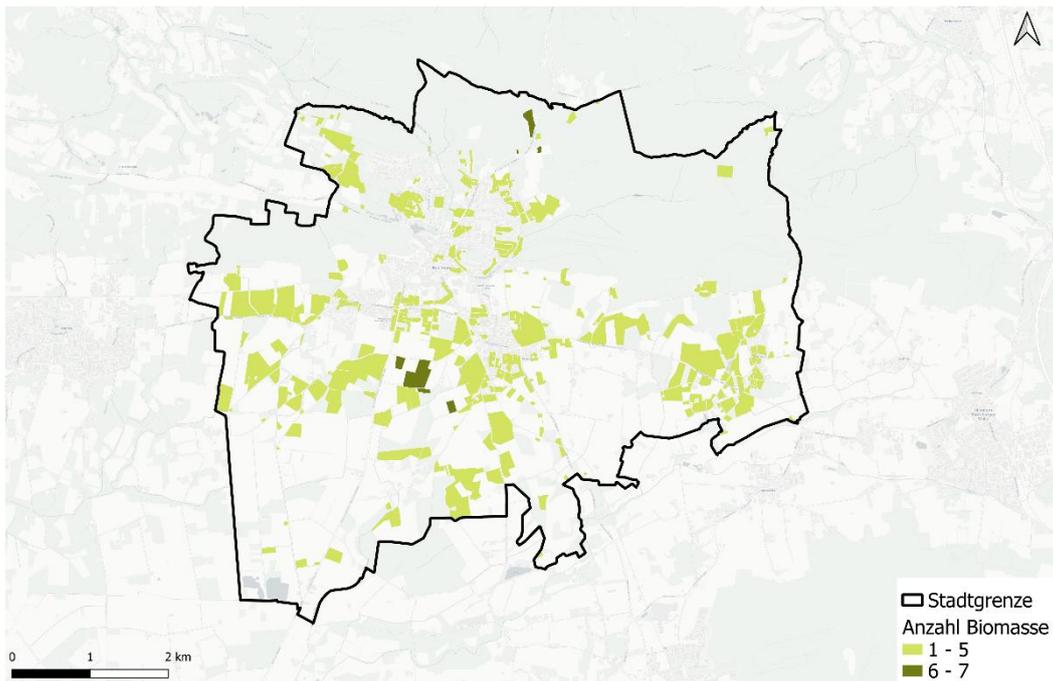


Abbildung 83: Anzahl Biomasse Wärmeerzeuger in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

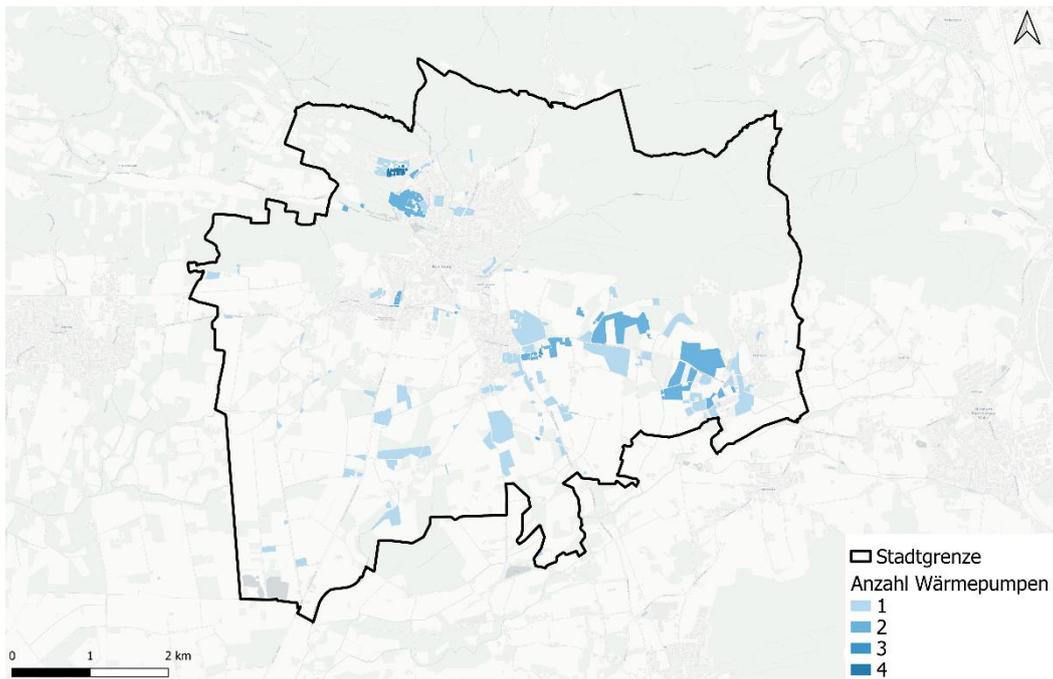


Abbildung 84: Anzahl Wärmepumpen in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

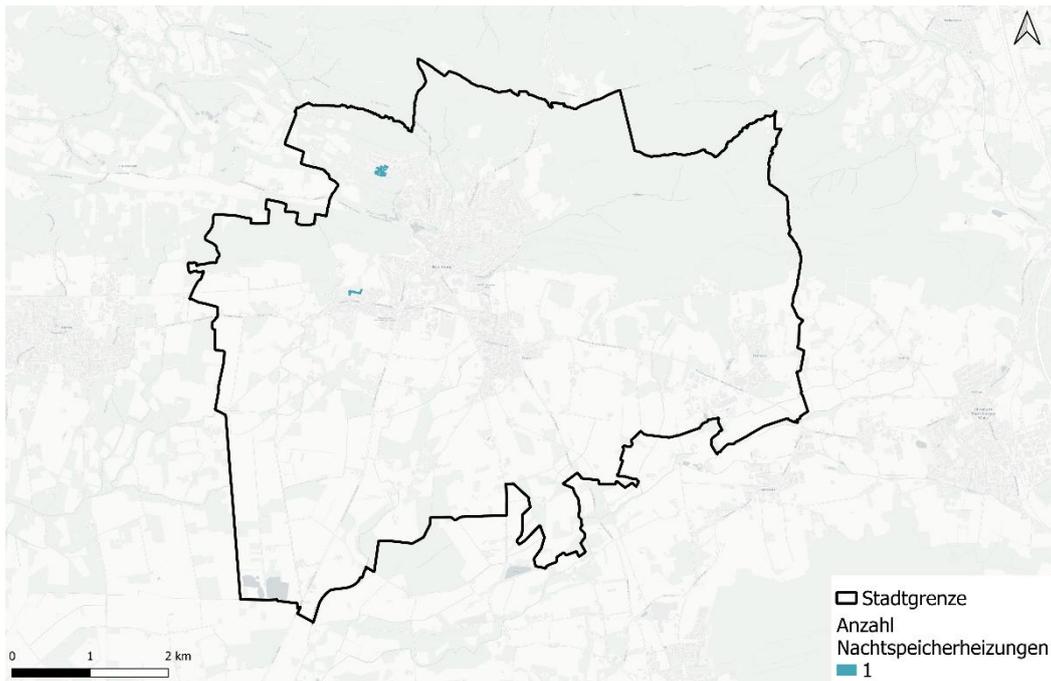


Abbildung 85: Anzahl Nachtspeicherheizungen in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

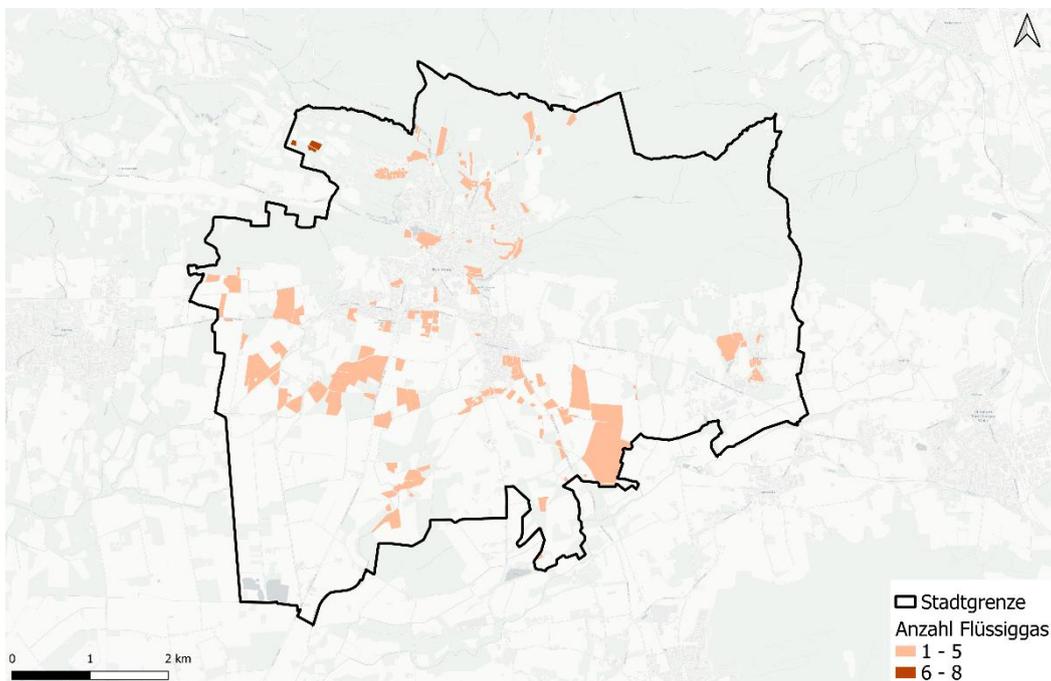


Abbildung 86: Anzahl Flüssiggas in Bad Iburg (auf Baublöcke bezogen)¹

5.3 Ausschlussgebiete Freiflächenpotenziale

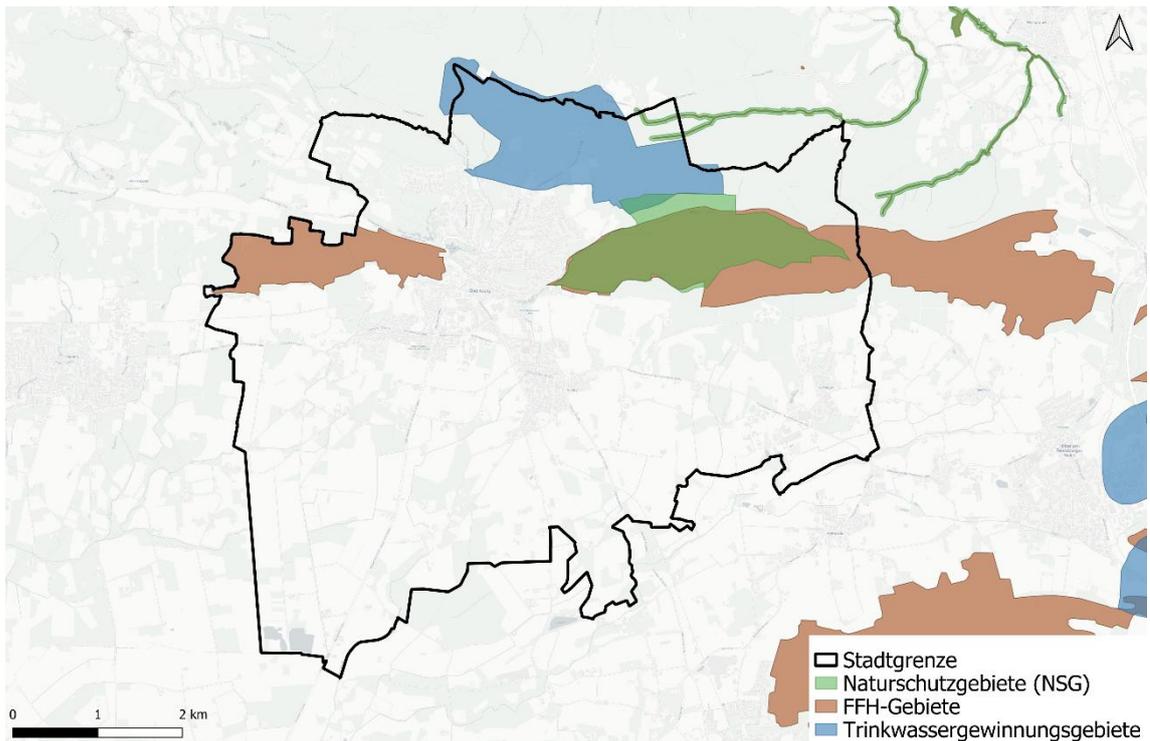


Abbildung 87: Ausschlussgebiete der Freiflächenpotenziale¹

Abbildung 87 zeigt die bei der Potenzialermittlung berücksichtigten Schutzflächen in der Form von Naturschutzgebieten, Fauna-Flora-Habitat(FFH)- und Trinkwassergewinnungsgebieten.

5.4 Wärmeverkostungsvergleich der dezentralen Heizungsoptionen

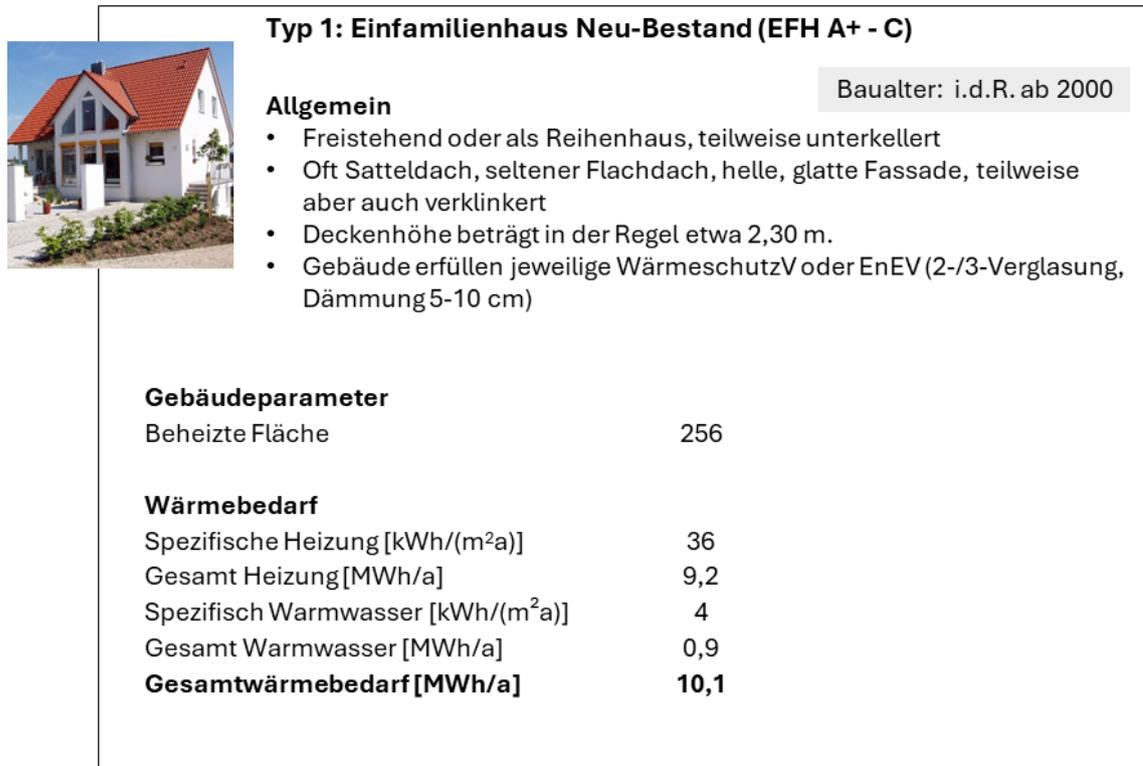


Abbildung 88: Gebäudetyp 1 der KuTeK

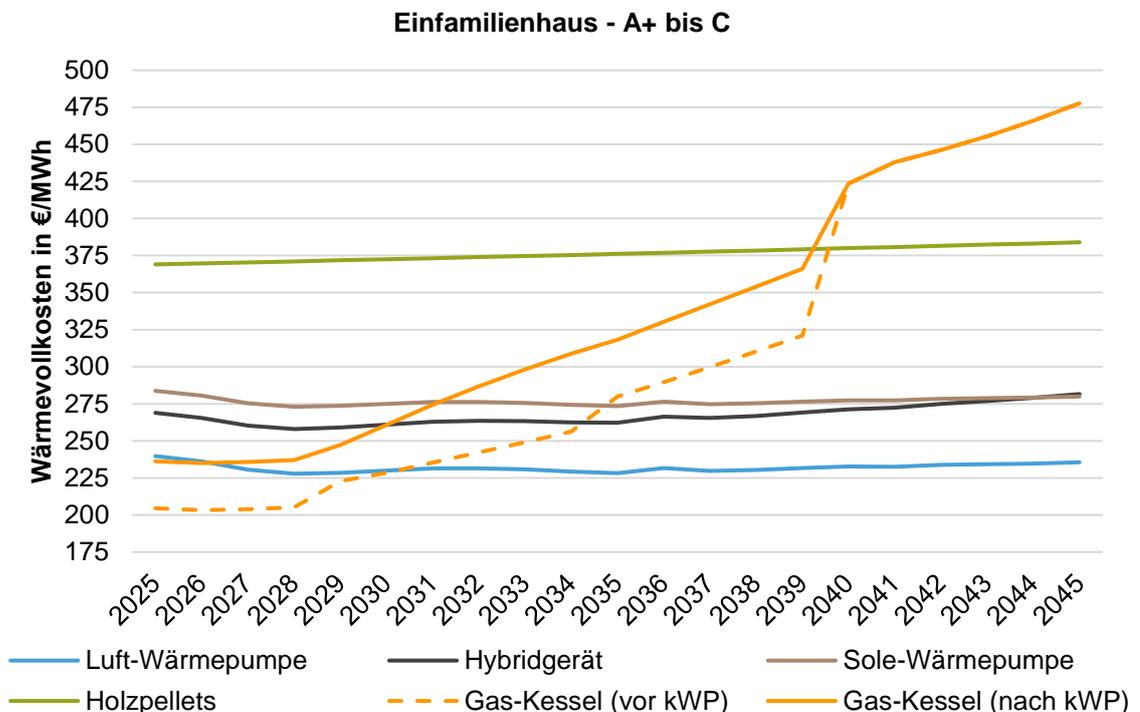


Abbildung 89: Wärmeverkosten je Technologie für ein Einfamilienhaus - A+ bis C (real 2024, ohne MwSt.)



Typ 2: Einfamilienhaus Bestand, teilmodernisiert (EFH D - F)

Baualter: i.d.R. 1970-2000

Allgemein

- Meist freistehend, teilweise unterkellert (unbeheizt)
- Überwiegend gedämmtes Mauerwerk, wenig ungedämmtes Mauerwerk, verklankert
- Deckenhöhe beträgt in der Regel etwa 2,5 m.
- Im Bestand teilweise schon saniert (Fenster, Heizungsanlage), meist Fassade in Originalzustand

Gebäudeparameter

Beheizte Fläche 151

Wärmebedarf

Spezifische Heizung [kWh/(m ² a)]	86
Gesamt Heizung [MWh/a]	13,0
Spezifisch Warmwasser [kWh/(m ² a)]	7
Gesamt Warmwasser [MWh/a]	1,1
Gesamtwärmebedarf [MWh/a]	14,1

Abbildung 90: Gebäudetyp 2 der KuTeK

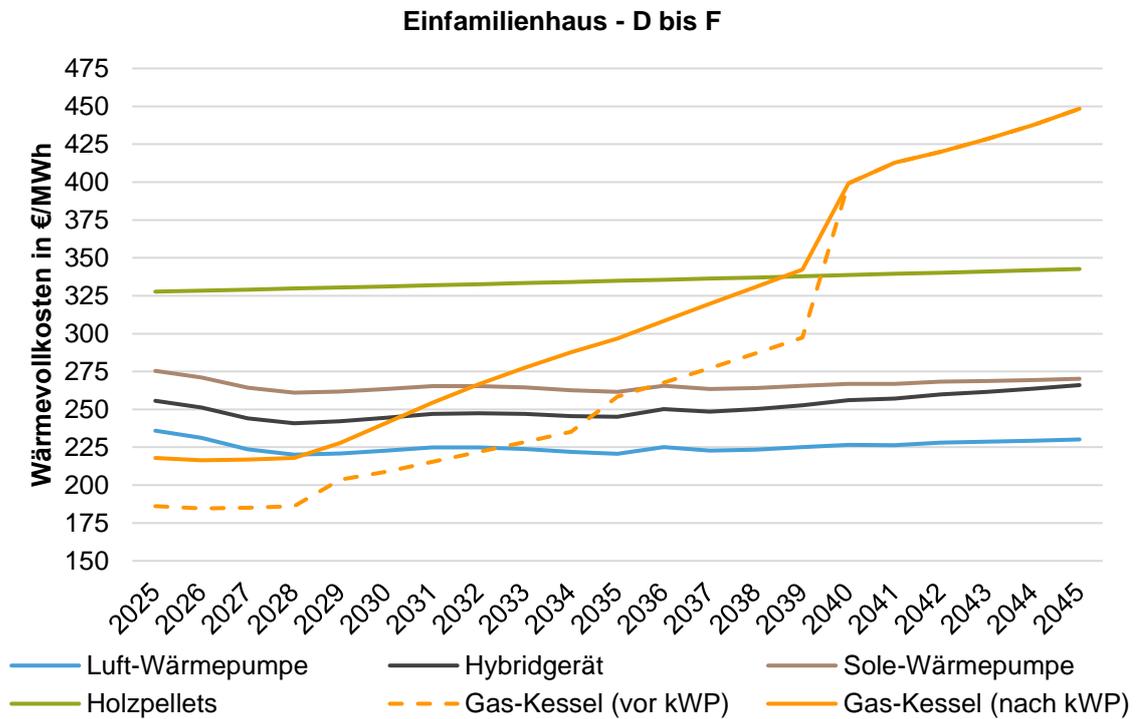


Abbildung 91: Wärmevollkosten je Technologie für ein Einfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.)



Typ 3: Einfamilienhaus Alt-Bestand, wenig modern. (EFH G - H)

Baualter: i.d.R. vor 1970

Allgemein

- Teils Originalverglasung
- Deckenhöhe beträgt in der Regel etwa 2,30 m.
- Im Bestand nur wenig saniert (tw. Fenster, Heizungsanlage). Sanierungsoptionen aufgrund des Baualters aufwendig und/oder eingeschränkt

Gebäudeparameter

Beheizte Fläche 114

Wärmebedarf

Spezifische Heizung [kWh/(m ² a)]	159
Gesamt Heizung [MWh/a]	18,1
Spezifisch Warmwasser [kWh/(m ² a)]	11
Gesamt Warmwasser [MWh/a]	1,3
Gesamtwärmebedarf [MWh/a]	19,4

Abbildung 92: Gebäudetyp 3 der KuTeK

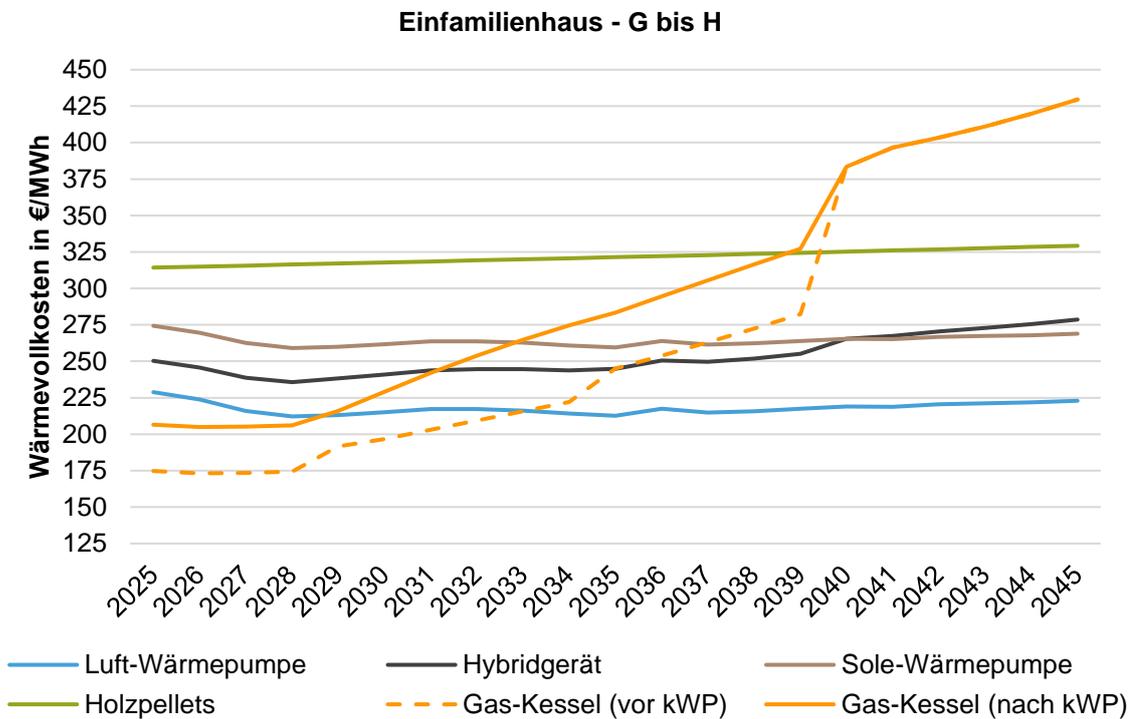


Abbildung 93: Wärmevollkosten je Technologie für ein Einfamilienhaus - G bis H (real 2024, ohne MwSt.)



Typ 4: Mehrfamilienhaus Neu-Bestand (MFH A+ - C)

Baualter: i.d.R. ab 2000

Allgemein

- Freistehend oder als Reihenhaus, teilweise unterkellert
- Oft Satteldach, seltener Flachdach, helle, glatte Fassade, teilweise aber auch verklindert
- Deckenhöhe beträgt in der Regel etwa 2,30 m.
- Gebäude erfüllen jeweilige WärmeschutzV oder EnEV (2-/3-Verglasung, Dämmung 5-10 cm)

Gebäudeparameter	klein	mittel	groß
Gesamtwohnfläche	306	675	2155
Wärmebedarf			
Spezifische Heizung [kWh/(m ² a)]	43	38	17
Gesamt Heizung [MWh/a]	13,2	25,6	36,0
Spezifisch Warmwasser [kWh/(m ² a)]	4	4	4
Gesamt Warmwasser [MWh/a]	1,2	2,7	8,7
Gesamtwärmebedarf [MWh/a]	14,4	28,3	44,7

Abbildung 94: Gebäudetyp 4 der KuTeK in klein/mittel/groß

Kleines Mehrfamilienhaus - A+ bis C

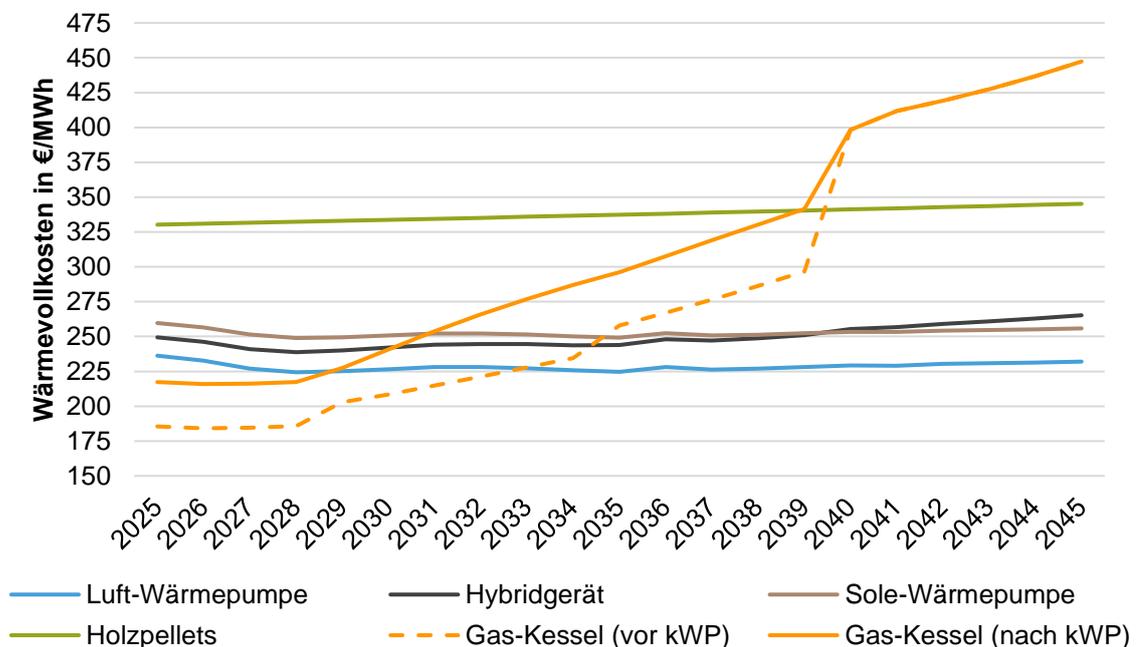


Abbildung 95: Wärmevollkosten je Technologie für ein kleines Mehrfamilienhaus - A+ bis C (real 2024, ohne MwSt.)

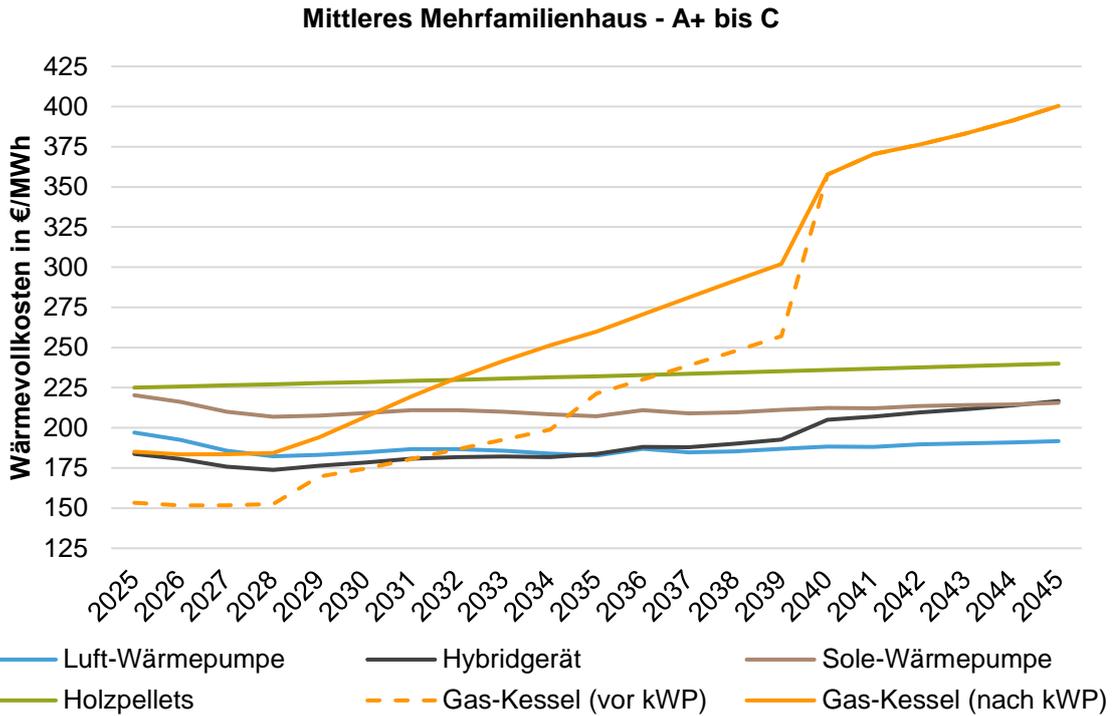


Abbildung 96: Wärmevervollkosten je Technologie für ein mittleres Mehrfamilienhaus - A+ bis C (real 2024, ohne MwSt.)

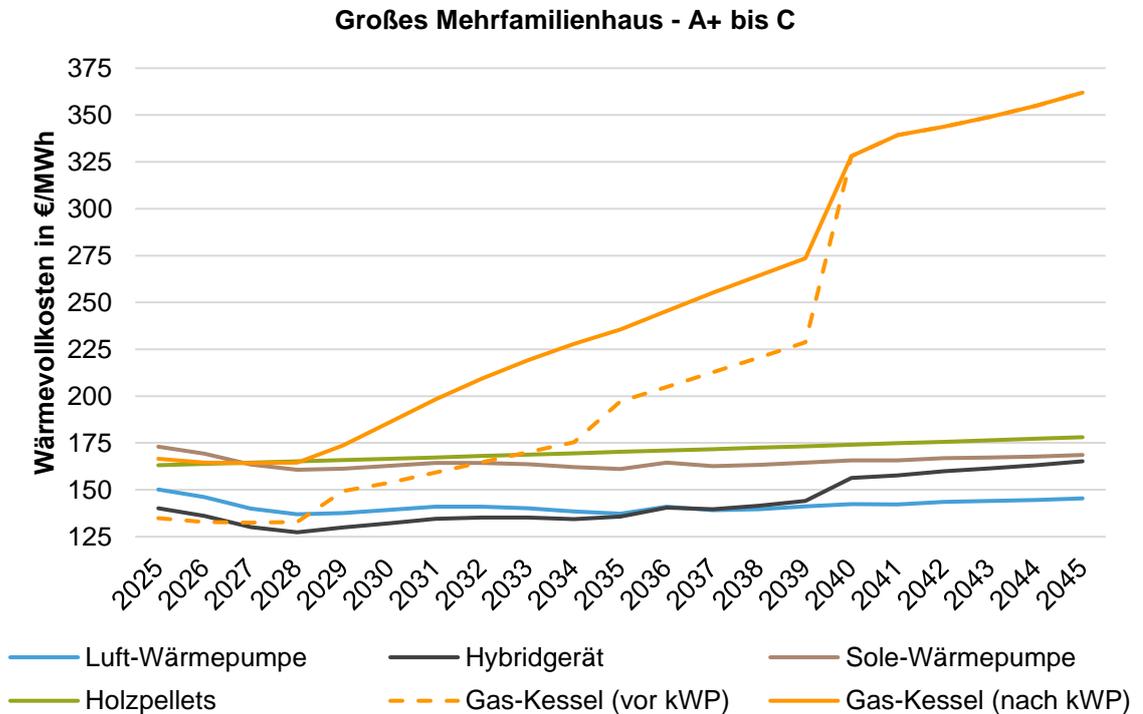


Abbildung 97: Wärmevervollkosten je Technologie für ein großes Mehrfamilienhaus - A+ bis C (real 2024, ohne MwSt.)



Typ 5: Mehrfamilienhaus Bestand, teilmodernisiert (MFH D - F)

Baualter: i.d.R. 1970-2000

Allgemein

- In der Regel schlichte Fassaden, aber oft Balkone
- Deckenhöhe im Inneren meist weniger als 3 m.
- Im Bestand teilweise schon saniert (Fenster, Fassade, Heizungsanlage)

Gebäudeparameter	klein	mittel	groß
Gesamtwohnfläche	286	653	1735
Wärmebedarf			
Spezifische Heizung [kWh/(m ² a)]	75	38	91
Gesamt Heizung [MWh/a]	21,5	25,6	157,1
Spezifisch Warmwasser [kWh/(m ² a)]	6	4	6
Gesamt Warmwasser [MWh/a]	1,8	2,7	11,1
Gesamtwärmebedarf [MWh/a]	23,4	28,3	168,1

Abbildung 98: Gebäudetyp 5 der KuTeK in klein/mittel/groß

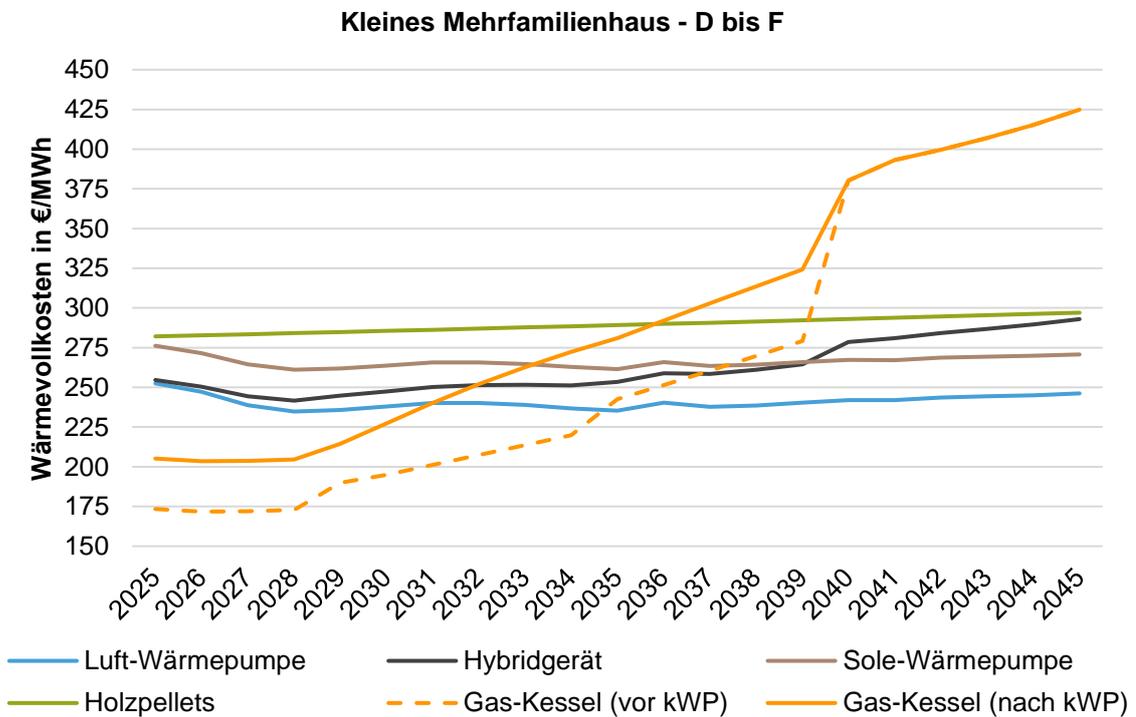


Abbildung 99: Wärmevollkosten je Technologie für ein kleines Mehrfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.)

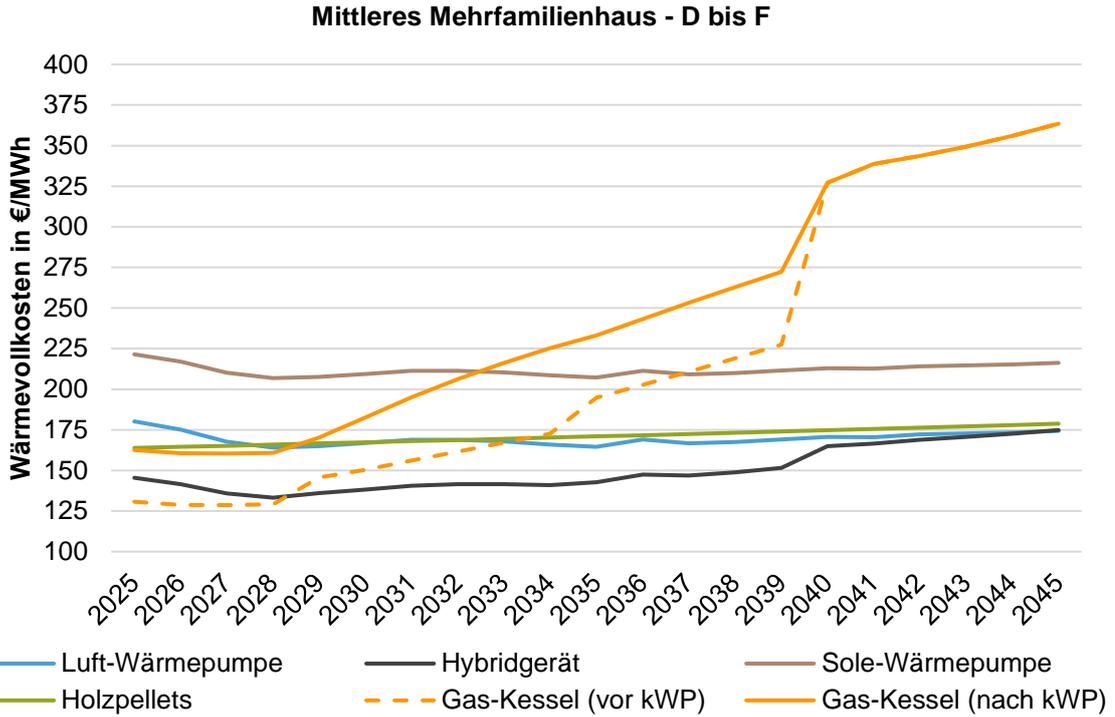


Abbildung 100: Wärmevollkosten je Technologie für ein mittleres Mehrfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.)

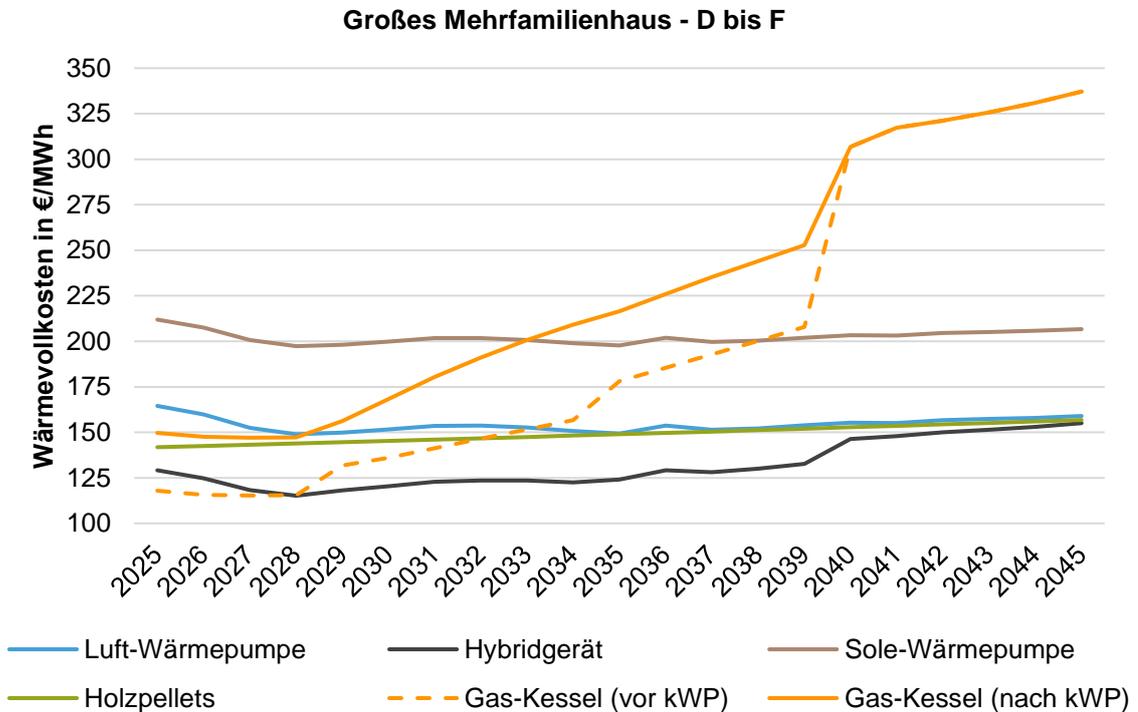


Abbildung 101: Wärmevollkosten je Technologie für ein großes Mehrfamilienhaus - D bis F (real 2024, ohne MwSt.)



Typ 6: Mehrfamilienhaus Alt-Bestand, wenig modern. (MFH G - H)

Baualter: i.d.R. vor 1970

Allgemein

- Teils Originalverglasung
- Deckenhöhe beträgt in der Regel etwa 2,30 m.
- Im Bestand nur wenig saniert (tw. Fenster, Heizungsanlage). Sanierungsoptionen aufgrund des Baualters aufwendig und/oder eingeschränkt

Gebäudeparameter	klein	mittel
Gesamtwohnfläche	265	638
Wärmebedarf		
Spezifische Heizung [kWh/(m ² a)]	166	145
Gesamt Heizung [MWh/a]	43,9	92,7
Spezifisch Warmwasser [kWh/(m ² a)]	14	14
Gesamt Warmwasser [MWh/a]	3,7	8,9
Gesamtwärmebedarf [MWh/a]	47,6	101,6

Abbildung 102: Gebäudetyp 6 der KuTeK in klein/mittel

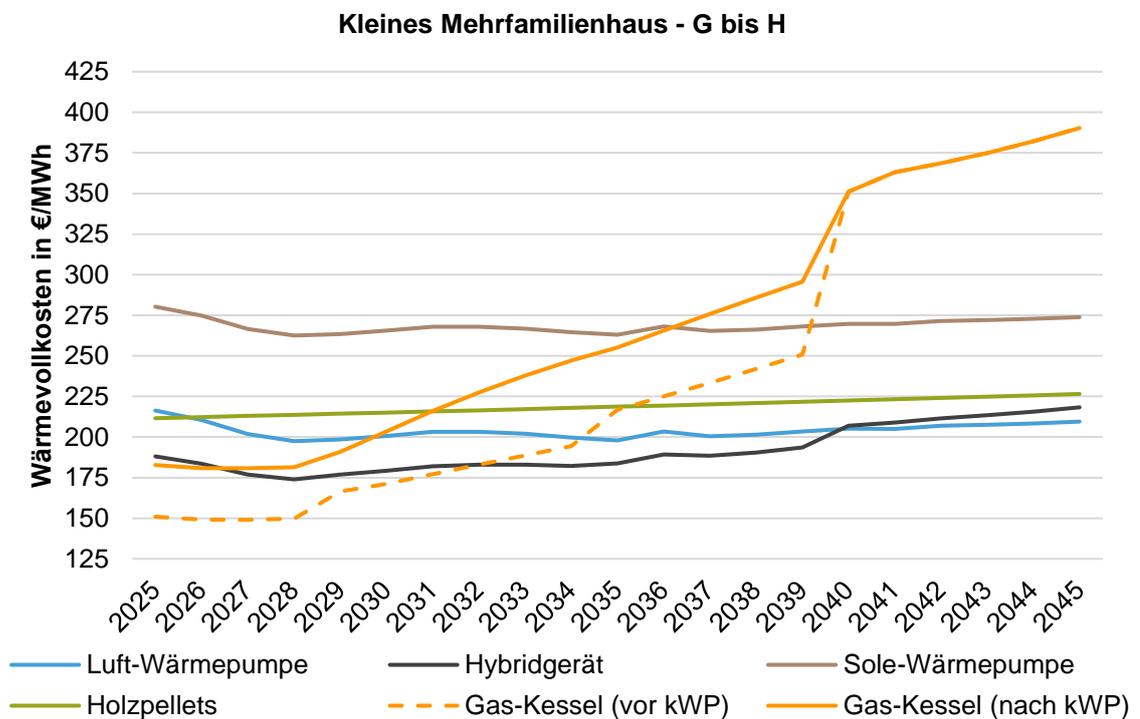


Abbildung 103: Wärmevollkosten je Technologie für ein kleines Mehrfamilienhaus - G bis H (real 2024, ohne MwSt.)

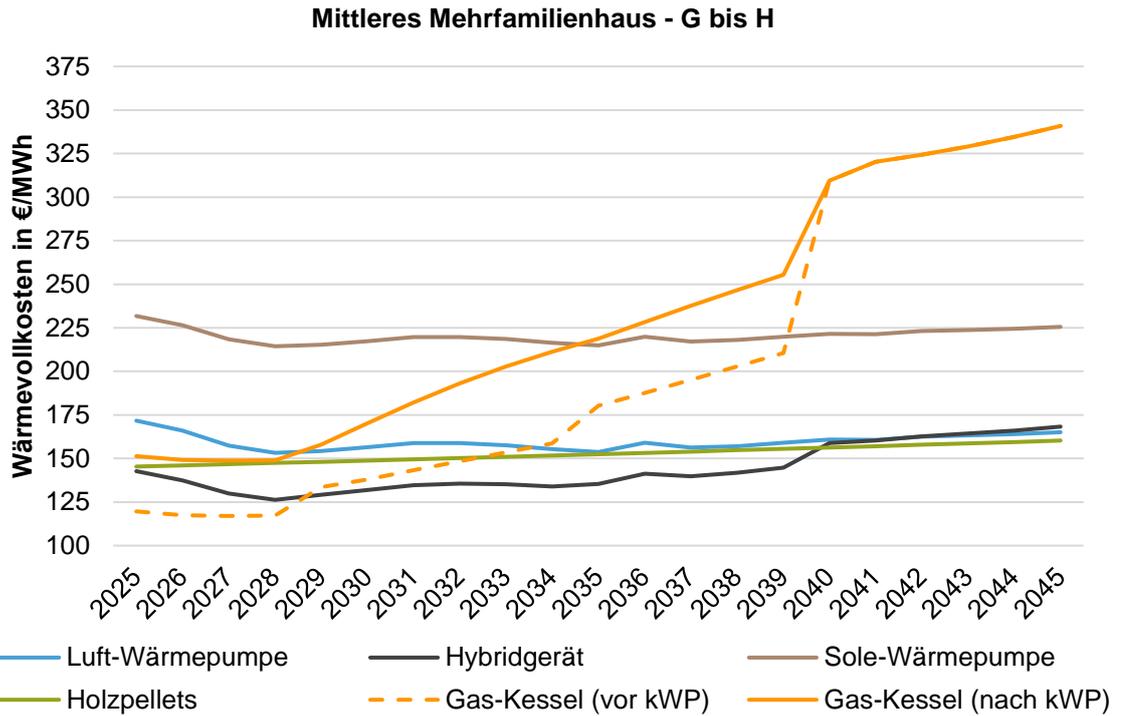


Abbildung 104: Wärmeevollkosten je Technologie für ein mittleres Mehrfamilienhaus - G bis H (real 2024, ohne MwSt.)